

Verwaltungsbericht
1982-1990
der
Universitätsstadt
Tübingen

Stadtarchiv
Tübingen
UM
252
10

1252/10a



**Verwaltungsbericht
1982-1990
der
Universitätsstadt
Tübingen**



552/1955A

Vorwort



Eine neue Chance

Dieser Verwaltungsbericht knüpft bei seinen Vorgängern an, baut auf ihnen auf und führt sie bis in die Gegenwart fort. In solcher Tradition gliedert, detailliert, bilanziert er und versucht, zur Geschichte geronnene Kommunalpolitik eines überschaubaren Zeitraumes in Worte und Zahlen, in Aktiva und Passiva zu komprimieren. Ein Bericht also wie viele andere? Keineswegs.

Die Tübinger Verwaltungsberichte zeichnen sich vor denen anderer Städte dadurch aus, daß sie sich jeglichem zeitlichen Rhythmus entziehen. Der letzte, vorgelegt im Frühjahr 1982, reflektierte sieben Jahre städtischen Geschehens, dessen Vorgänger nur fünf Jahre und dem wiederum ging ein Bericht voraus, der bloße vier Jahre Stadtgeschichte Revue passieren ließ. Jetzt, im aktuellen Bericht, geht es um die "Tübinger Verhältnisse" in der Zeit von 1982 bis 1990, also um ein knappes Jahrzehnt; das ist, soweit überschaubar, ein zeitlicher Rekord. Solche Unberechenbarkeit hat Gründe, natürlich; doch rationale sind es nicht und ich will sie

auch nicht erörtern. Selbst das Faktum, daß dieser und der letzte Bericht zusammengekommen ganz genau meine beiden ersten Amtszeiten umfassen, ist mehr Zufall denn Planung. Die Wirklichkeit ist immer überraschender als die Vision, was ein durchaus tröstliches Phänomen ist.

Die neun Jahre, denen sich der vorliegende Bericht rückschauend zuwendet, enden genau dort, wo das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts und damit auch des Jahrtausends beginnt. In dieser kurzen, langen Zeit - und das ist ein anderes den Bericht charakterisierendes Merkmal - veränderte sich die Erde noch mehr als zuvor von einer Naturwelt zu einer Kunstwelt. Der aufgeklärte Mensch, der einmal meinte, die Natur mit seinem Wissen beherrschen zu können, mußte deutlicher denn je und immer wieder erfahren, daß es ihm oft wie Goethes Zauberlehrling geht: "Herr, die Not ist groß! Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los."

Die atomare Katastrophe von Tschernobyl,

die genau in die Mitte des Berichtszeitraumes fällt, ist dafür, neben anderen kriegerischen, chemischen oder biologischen Verheerungen, das vernichtend strahlende Menetekel; der Turm zu Babel, Ursymbol menschlicher Hybris, ist vor genau fünf Jahren einmal mehr schrecklich zusammengebrochen. Wo es einst die vorgegebene Natur war, die den Menschen bedrohte, ängstigt ihn jetzt zunehmend seine eigene Wissenschaft von eben dieser Natur. Der Mensch hat, seiner Lust zum Extremen fröndend, an Maß und Skepsis eingebüßt und ist mit seinesgleichen, mit der Natur und mit Gott etwas aus der Balance geraten.

Zu solcher Erkenntnis von den Grenzen des menschlich Machbaren gesellt sich, ebenfalls im Berichtszeitraum, die Erfahrung vom Ende eines politisch-utopischen Zeitalters. Der "real existierende Sozialismus" hat sich, gemessen an seinen humanitären Zielen, als Lug und Trug erwiesen. Schlagartig brachen gesellschaftliche und staatliche Systeme, glücklicherweise weit mehr sanft als gewalttätig, in sich zusammen. Das ganze Europa ist jetzt - wer hätte das vor kurzem gedacht? - auf dem zwar mühseligen, aber doch und gerade darum menschlichen Weg der Freiheit und Demokratie.

Und die Deutschen schließlich finden sich plötzlich wieder in einer neuen politischen Einheit, die noch vor kurzem als reale, greifbare Möglichkeit unvorstellbar schien. Ein vorgeblich idealer, in Wahrheit und Wirklichkeit totalitärer politischer Anspruch mußte endgültig seinen Bankrott erklären und einmal mehr bestätigte sich bitter, was schon Hölderlin seinen Hyperion gegen alles Absolute sagen läßt: "Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, daß ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte." Ob die Menschheit das je begreifen und künftig auf weitere ideologische Experimente verzichten wird?

All diese, menschliches Denken und Fühlen aufregende Ereignisdichte der letzten Jahre mag manchen weit von Tübingen entfernt erscheinen; und doch wirkte und wirkt sie hinein in das sensible Leben der Stadt und ist deshalb auch in diesem Bericht, einmal deutlicher, einmal schwächer, zu spüren. Tübingen ist nicht das von einigen beschwörend ersehnte "Glück im Winkel"; vielmehr ist die Stadt auf Gedeih und Verderb einge-

bunden in alles, was ringsum in ihrer näheren und ferneren Nachbarschaft geschieht, eine Einstrahlung übrigens, der umgekehrt eine ebenso starke Tübinger Ausstrahlung entspricht.

Auf die ökologische Herausforderung etwa reagierte der Gemeinderat dadurch, daß er Umwelt- und Energiebeauftragte ernannte und daß er den Individualverkehr zunehmend und mit mancherlei Schikanen ebenso zu beschränken versucht, wie er den öffentlichen Personennahverkehr fördert und ihm zu wachsenden Fahrgastzahlen verhilft. Der politische Wandel andererseits, der sich in Mittel- und Osteuropa vollzogen hat, spiegelt sich wider sowohl in einer eskalierenden Aussiedler- und Asylantenproblematik als auch in einer neuen Orientierung nach Osten, die die bisherige, zurecht gelobte und gefeierte Westintegration der Deutschen zum Vorbild hat und sie ergänzen soll.

Manifeste Tübinger Beispiele dafür sind die erst zwei Jahre alte und neunte Städtepartnerschaft mit Petrosawodsk, der Hauptstadt der autonomen Republik Karelien, oder die freundschaftlichen Beziehungen, die spontan nach dem Fall der Mauer mit Jena in Thüringen geknüpft wurden. So wirken sich die Veränderungen in der großen, weiten gleichzeitig auch in der engen Tübinger Welt aus, worauf noch einmal zurückzukommen sein wird.

Kommunalpolitik ist in dieser sich rapide verändernden Welt, in der alte ideologische, militärische und politische Ordnungen dramatisch zerbrochen sind und die nach neuen Orientierungen sucht, gewiß komplexer und diffiziler, mühsamer auch und teils diskursiver, teils trivialer geworden als sie es früher war; das dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß das stets dichter werdende Netz an informativen und kommunikativen Möglichkeiten alles Geschehen weit und breit zunehmend durchlässiger, aber auch aufreizender erscheinen läßt.

Der Gemeinderat, der, gemessen am letzten Bericht, mit jetzt 64 Köpfen bei beiden Wahlen zahlenmäßig leider statt kleiner noch größer geworden ist, diskutiert seine Themen ausgiebiger und kontroverser denn je. Sein Abstimmungsverhalten ist bei inzwischen sieben Fraktionen oft nicht voraussehbar und manch schon gefaßter Beschluß

steht auch wieder zur Disposition. Einige beklagen das und meinen bedauernd, Tübingen sei unregierbar. Daran mag allenfalls richtig sein, daß diese Stadt vom Stil und Inhalt her anders regiert werden muß als andere Städte, was aber allemal spannend und herausfordernd ist, werden hier doch Trends und Entwicklungen seismographisch schon dann aufgespürt, wenn sie für viele landauf, landab noch im Urgrund schlummern. Wie falsch, jedenfalls einseitig und standortgeprägt die Behauptung von der Unregierbarkeit ist, zeigt im übrigen gerade dieser Bericht im Detail und an vielen Entwicklungsdaten genauso wie ein unvoreingenommener, wacher Blick auf das lebendige städtische Geschehen.

Tübingen mag als Stadt manche Defizite, etwa im Sportstättenbereich, und von seiner historischen Zentralität im Laufe der Zeit einiges eingebüßt haben. Es hat insbesondere, weil Industrie und Gewerbe aus traditionellen und aktuellen Gründen rar sind, eine einseitige, öffentlich-lastige Struktur und ist der großen Universität und der vielen Behörden wegen weitgehend eine "staatsmonopolistische Veranstaltung" mit mancherlei Vorteilen, aber auch vielen strukturellen und finanziellen Nachteilen; es hat zu wenig Bauplätze und Wohnungen und ist dementsprechend teuer; es leidet an zu vielen Autos, für die zu wenig Platz auf den Straßen und in den Parkhäusern ist; und es hat, eine Folge seiner Struktur, wie zu allen Zeiten zu wenig Geld, um die Vielzahl der begründeten oder vermeintlichen bürgerschaftlichen Ansprüche zu befriedigen.

Eines aber mangelt dieser Stadt gewiß nicht, nämlich ihre ungebrochene Attraktivität, die im Berichtszeitraum noch zugenommen hat. Das bezeugen die stetig wachsenden und manchmal schon bedrohlichen Besucher-, Studentén- und Einpendlerzahlen genauso wie die trotz aller baulichen Beschränkungen zunehmende Bevölkerung. Deren Zahl hat inzwischen die 80 000 nachhaltig überschritten und liegt damit am Ende des Berichtszeitraumes um mehr als 8 000 oder 11 % höher als zu seinem Beginn.

Solche Attraktivität kommt nicht von ungefähr; sie ist begründet in dem, was widersprüchlich und schlagwortartig die junge, alte oder aber die große, kleine Stadt heißt, ein spezifisches Tübinger Erbe, das auch im

letzten Jahrzehnt von Gemeinderat und Verwaltung sorgfältig gepflegt wurde. Dies ließe sich mit vielen Beispielen bezeugen und der Bericht tut dies auch. Es sind etwa die städtebaulichen Veränderungen im Rahmen der Wohnumfeld- und Stadtqualitätsprogramme, also beispielsweise die Umwandlung der alten Kelter in eine Markthalle oder der Neubau der Feuerwehr und die mit beiden verbundene Aufwertung des Kelterplatzes; es sind die Neugestaltung des Wöhrplatzes und die Wiederbelebung des Neckarmüllereigeländes; es sind die ökologischen (Wertstoff- und Schadstoffsammelstellen), die schulischen (Carlo-Schmid-Gymnasium), die sozialen (Kinderhäuser) Neuerungen; es sind die universitären (Theologikum, Schloßrenovierung) und die behördlichen (Regierungspräsidium) Baumaßnahmen; es sind die neugebauten (B 27), die umgebauten (Hegelstraße, Wilhelmstraße) und die rückgebauten (Weststadt) Straßen; es sind die sanierenden, erhaltenden und erweiternden Investitionen in die Grundversorgung (Stadtwerke) und es sind die Erschließungsmaßnahmen, die neue Wohngebiete (Herrlesberg), neue Gewerbegebiete (Unter dem Holz), neue Behördengebiete (Mühlbachacker) und neue Universitätsgebiete (Klinikum) ermöglichten.

Aus dieser ganzen Fülle dessen, was sich getan hat, will ich nur den kulturellen Bereich näher beleuchten, weil gerade er in der Stadtpolitik, inzwischen selbst als Standortargument, immer wichtiger und für das Wohlbefinden der Menschen immer bedeutender geworden ist.

Während die junge, explosionsartig gewachsene Musikschule im Gebäude der ehemaligen Waldorfschule ein nach wie vor passendes Domizil hat, plagen die Volkshochschule, die einst im abbruchgefährdeten Schwabenhaus mittelfristig befriedigend untergebracht schien, neue Raumnöte. Auch das Landestheater, dem die Stadt im ehemaligen "Stuhlschäfer" zu einer erstmals eigenen und zudem originellen Spielstätte in der Südstadt verhalf, die seither intensiv genutzt und sowohl innerlich wie äußerlich stetig aktiviert wurde, stößt inzwischen an räumliche Grenzen.

Mit und in den alten Stadtwerken beim Nonnenhaus hat Tübingen andererseits endlich eine moderne städtische Bücherei bekom-

men; hier wurde im Rahmen der Altstadtsanierung fortgesetzt, was mit der Renovierung der baufälligen Scheuer beim Salzstadel, aus der ein beliebtes Vereinszentrum wurde, und mit dem Umbau des alten Schlachthauses über dem Ammerkanal, das sich in eine belebte Werkstatt mit Galerie für die Tübinger Künstler verwandelte, begonnen hat, nämlich eine Politik, die auch der Kultur im Herzen der Altstadt einen dem Wohnen und Werken gleichkommenden Rang einräumt. Das markante Hölderlinhaus wurde im Innern behutsam umgestaltet und ist zu einer vielbesuchten Wehestätte für Kenner und Liebhaber geworden. Die Kunsthalle schaffte sich mit spektakulären Ausstellungen noch größeren Ruhm und noch strahlenderes Ansehen weit über Tübingen hinaus als bisher schon.

Städtische Kultur ist, das zeigen diese Beispiele auch, an vielen Orten festzumachen, ist multilokal; ihre Struktur ist weit mehr durch kleine als durch große Einheiten gekennzeichnet, die sich über die ganze Stadt ausgebreitet haben. Das gilt auch für das derzeit ehrgeizigste Projekt, nämlich das in vielerlei Hinsicht beachtliche soziokulturelle Zentrum, welches in der ehemaligen Möbelfabrik Beck beim Waldhörle entsteht und mit einer gewerblichen Nutzung in gewagter Weise kombiniert ist. Dieses und das Stuhlschäferbeispiel zeigen im übrigen eine andere, ebenfalls typische Tübinger Entwicklung, nämlich altes Gewerbe in junge Kultur zu verwandeln, eine der Stadt eigentümliche und ihr Gesicht besonders prägende Linie, die sich abhebt von jener Politik der funkelneuen, hochglänzenden Kulturpaläste, welche sich andere, reichere Städte leisten können.

Im früheren Kornhaus, das im Laufe seiner langen Geschichte schon viele Nutzer erlebt hat, nahm endlich ein Gedanke Gestalt an, der die Tübinger bereits seit 100 Jahren bewegt: mit der Sanierung dieses stadtgeschichtlich bedeutenden Bauwerkes und seiner Bestimmung zum Stadtmuseum wurde ein ehemaliger Kornspeicher in einen "Speicher der Geschichte" verwandelt. Die traditionelle Kultur, etwa die Konzertreihe der "Museums-gesellschaft", erfreut sich trotz gelegentlicher öffentlicher Fundamentalkritik ungebrochener Beliebtheit, während die einst so stimmungsvollen Open-air-Festivals auf dem Marktplatz oder im Schloßhof neue

Formen und ein neues Publikum suchen. Schließlich machte Tübingen mit seinen unkonventionell improvisierten Landeskunstwochen ebenso auf sich aufmerksam wie mit den neuen Sommerfestspielen des Melchinger Theaters Lindenhof und des Tübinger Zimmertheaters. Und die Französischen Filmtage genießen inzwischen ein hohes Ansehen, was sich von den bisherigen DDR-Filmtagen leider nicht mehr sagen läßt; ihre Blüte und Aktualität erstarrte inzwischen zur geschichtlichen Reminiszenz.

Damit schließt sich der gedankliche Kreis; ich bin wieder beim Anfang, bei der neugewonnenen deutschen Einheit oder, umfassender, bei den politischen Umwälzungen in Europa und ihren Auswirkungen auf Tübingen. Im Zuge der Entspannung zwischen Ost und West haben die Franzosen Ende 1990 offiziell angekündigt, ihre Soldaten aus Tübingen abzuziehen. Damit steht die Stadt vor einer neuen städtebaulichen Herausforderung, die qualitativ und quantitativ durchaus der Sanierung der Altstadt nahekommt. Tübingen, seit mehr als 100 Jahren Garnisonsstadt, steht plötzlich vor der Frage, wie das bisherige, einschließlich des Truppenübungsplatzes 116 ha große Garnisonsgelände künftig nichtmilitärisch genutzt werden soll. In vielen Intensiven, teils kontroversen, am Ende im wesentlichen aber doch einvernehmlichen Gesprächen zwischen Bund (als dem Eigentümer), Land und Stadt (als Nutzungsinteressenten) konnte eine Abgrenzung der konkurrierenden Ansprüche erreicht werden.

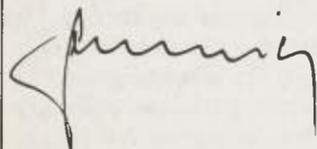
In der Hindenburgkaserne, die zwischen Stadt und Universität aufgeteilt wird, sollen Studenten und Tübinger Wohnungssuchende unterkommen. Die Lorettokaserne soll vorübergehend überwiegend vom Land genutzt werden und endgültig an die Stadt gehen. In den Bereich Alexanderstraße sollen künftig vor allem Bundes- und Landesbehörden einziehen. Der Truppenübungsplatz und das Sportgelände sollen zunächst beim Bund bleiben bis die Führung der Trasse für die B 27 (Schindhautunnel oder Stuttgarter Straße) geklärt ist. Das Versorgungsdepot an der Reutlinger Straße und das Casino auf dem Wöhrplatz sollen sofort in das Eigentum der Stadt übergehen; letzteres ist für die renommierten Tübinger Kulturinstitute, also das Deutsch-Französische, das Deutsch-Amerikanische und das Europazentrum, vor-

gesehen, während das Versorgungsdepot gewerblich genutzt werden soll.

"Mut zu neuen Ufern" hatte ich meine Überlegungen für den letzten Verwaltungsbericht überschrieben; dasselbe Motto könnte auch diesem Bericht vorangestellt werden. Die attraktive Stadt Tübingen mit ihrer wachsenden Bevölkerung, mit ihrer alarmierenden Zahl von Wohnungssuchenden, mit ihren nahezu 30 000 Einpendlern, von denen knapp 20 000 Berufspendler sind, mit ihrer immer noch hohen zentralörtlichen Funktion, die in der Universität, den Kliniken und den vielen, sich um Regierungspräsidium und Landratsamt scharenden Behörden vielfältige Ansprüche befriedigen muß, welche nicht aus ihr selbst herauswachsen, sondern von außen aufgegeben sind, diese dynamische Stadt hat durch die überraschende Möglichkeit, ihr bisheriges Garnisonsgelände künftig zivil nutzen zu können, eine neue Chance bekommen. Diese große städtebauliche Aufgabe wird für Tübingen neben allem anderen auch zu einem finanziellen Kraftakt werden; doch mit dieser Anmerkung gleitet die Rückschau, die diesen Bericht auszeichnet, hinüber in die visionären Vorstellungen von einem "Tübingen 2000".

Am Ende danke ich allen, die diesen Bericht möglich gemacht haben: dem Gemeinderat, der die notwendigen Gelder bewilligte, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich zusätzlich, aber wohl auch zu ihrem eigenen Gewinn mühen und Rechenschaft geben mußten, über das, was sie in neun Jahren mitverantwortet haben, und schließlich dem Redakteur des Berichts, Konrad Rumbaur, der als distanziert-kritischer Sympathisant der kommunalen Tübinger Szene die ganze Vielfalt der Details zu einer Einheit formte, auf daß die Leser nicht vor lauter Bäumen keinen Wald mehr sehen.

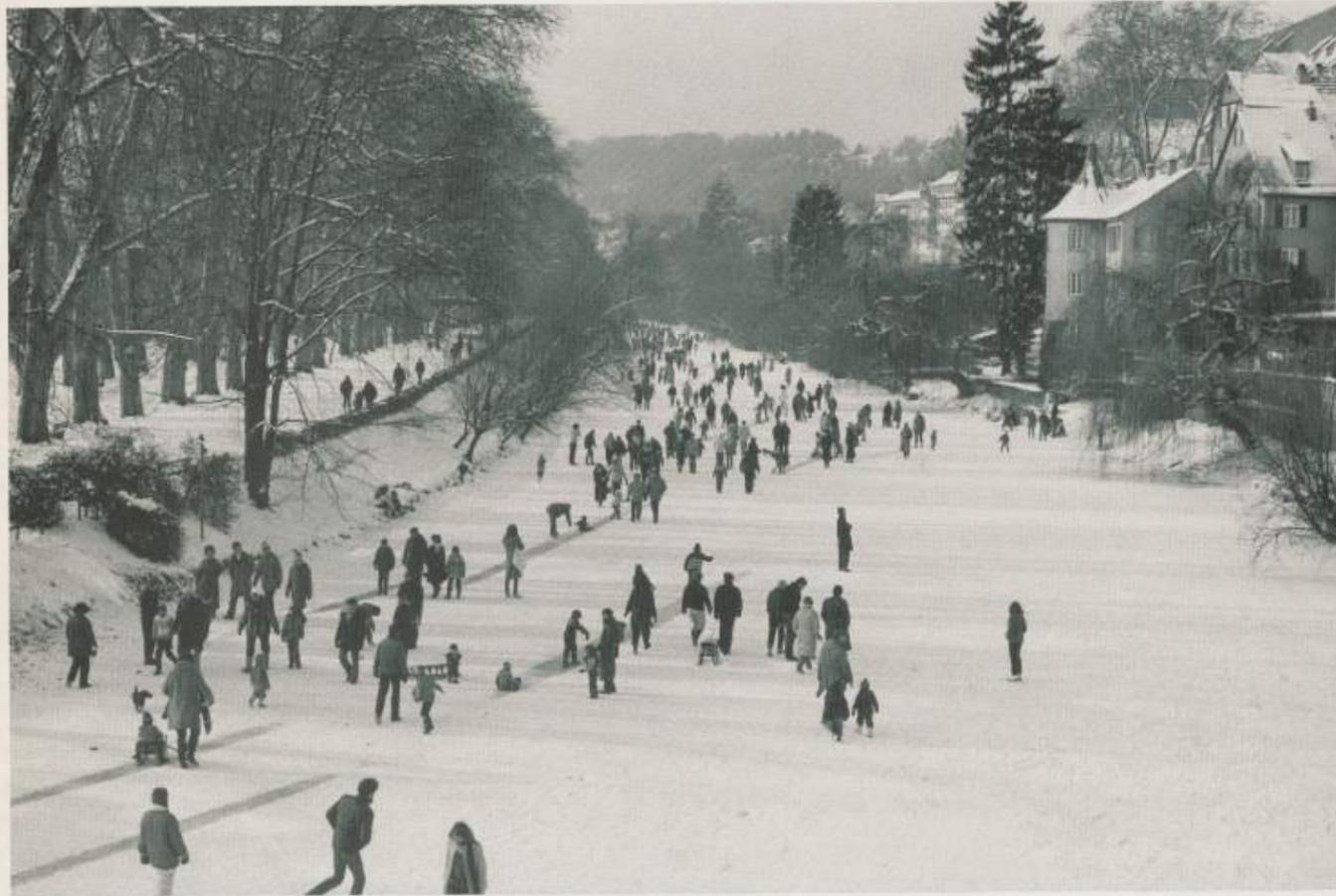
Tübingen, im Mai 1991



Dr. Eugen Schmid
Oberbürgermeister



Im Vordergrund:
die Südstadt



im Januar 1985

Seltene Ereignisse -
Neckar und Platanenallee

im Februar 1990



Inhalt

Chronik 1982 - 1990	11
Der Gemeinderat	30
Ehrungen und Beehrungen	36
Die Ämter und ihre Aufgaben innerhalb der Geschäftskreise	38
Das Hauptamt	40
Die Frauenbeauftragte	44
Die Umweltbeauftragte	46
Das Personalamt	48
Das Rechnungsprüfungsamt	50
Die Stadtkämmerei	52
Die Stadtkasse	56
Das Liegenschaftsamt	58
Die Parkhausgesellschaft	61
Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Tübingen - GWG	62
Das Rechtsreferat	64
Das Ordnungsamt	65
Das Standesamt	70
Das Schul- und Sportamt	73
Das Kulturamt	77
Das Sozialamt	83
Das Bauverwaltungsamt	87
Das Stadtplanungsamt	91
Das Stadtsanierungsamt	95
Das Bauordnungsamt	99
Das Hochbauamt	100
Das Tiefbauamt	102
Das Stadtvermessungsamt	111
Das Veterinäramt	114
Lustnau	117
Derendingen	118
Weilheim	119
Kilchberg	121
Bühl	123
Hirschau	124
Unterjesingen	127
Hagelloch	129
Bebenhausen	131
Pfrondorf	133
Stadtwerke Tübingen GmbH	134

Unbekannt:
Geographischer Mittelpunkt "vom Ländle"



Bekannt:
Mittelpunkt "vom Städtle"



Im Überblick

Chronik 1982-1990

1982

Januar

14. Kälteste Nacht seit 13 Wintern (-20,8° C).
16. Ausstellungseröffnung mit Aquarellen von Paul Cézanne in der Kunsthalle. Die bis 21. März gezeigte Ausstellung erreicht den Rekord von über 140 000 Besuchern.
27. Pfarrer Martin Scheel, Leiter des Instituts für ärztliche Mission, erhält die Ehrendoktorwürde der Evangelisch-Theologischen Fakultät.

Februar

2. Der Gemeinderat beschließt den Haushalt 1982 mit 201 Millionen DM Gesamtvolumen.
13. Einweihung der "Hirsch"-Begegnungsstätte für Ältere.
17. Zunftstuben-Einweihung der Narrenzunft Bühl im ehemaligen Backhäusle.
19. Am Südportal des Fußgängertunnels rutscht der Schloßberghang.
20. Lastwagen des Deutschen Roten Kreuzes bringen Lebensmittel und Kleidung nach Polen.

März

3. Gründung des Vereins "Frauenhaus Tübingen" mit städtischer Beteiligung.
4. Vertrag zwischen Kusterdingen und Tübingen über den Anschluß des Teilorts Immenhausen und des Möhringer Bahnhofsgeländes an die Tübinger Kläranlage.
8. Wiederwahl des Ersten Bürgermeisters Albrecht Kroymann für acht Jahre.
10. Bei der Sanierung des Gebäudes Haaggasse 4 (Rathausweiterung) werden älteste Balkenreste auf das Jahr 1359 datiert (ältestes bekanntes Fachwerkhaus in Tübingen).
12. Eröffnung der Familien- und Verbraucherausstellung.
22. Der Gemeinderat verleiht dem Textilfabrikanten Gerhard Rösch das Ehrenbürgerrecht und stimmt dem Bebauungsplan "Ost-West-Tangente" zu. Damit gibt er den Plan einer "Nordtangente" endgültig auf. Ferner beschließt er den Bebauungsplan für das

neue Wohngebiet "Breite" in Pfrondorf.
23. Der Abbruch der Häuser in der hinteren Grabenstraße für ein Kauf- und Parkhaus ("Markt am Nonnenhaus") wird begonnen. ▼

segnungshalle in Bühl.
26. Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan für das Wohngebiet "Neue Äcker" am Rande des Stadtteils Waldhäuser-Ost.



27. Einweihung der Reithalle des Lustnauer Reit- und Fahrvereins an der Pfrondorfer Straße.
29. Vor dem oberen Schloßportal wird anstelle der am 25. März gefällten morschen Schloß- oder Ulrichslinde eine neue Linde gepflanzt.

April

- Im Sommersemester studieren an der Eberhard-Karls-Universität 21 112 Studierende.
Eröffnung zweier Frauenhäuser für mißhandelte Frauen und Kinder durch die Vereine "Frauen helfen Frauen" und "Frauenhaus Tübingen".
23. Die hölzerne Ammerbrücke beim Schafstall ist renoviert und an ihrem angestammten Platz oberhalb der Goldersbacheinmündung aufgebaut.
25. Einweihung des neuen Weilheimer Gemeindehauses und der neuen Aus-

Mai

- Auf dem Ursraier Egert beginnen die Erschließungsarbeiten für das neue Wohngebiet.
7. Lilli Zapf, Autorin des Buches "Die Tübinger Juden", erhält die Bürgermedaille.
8. Der in Eigenleistung von Hirschauer Bürgern hergestellte Kinderspielplatz wird übergeben.
14. Generalkonsul Franz D. Lucas, Stifter des Leopold-Lucas-Preises, erhält die Ehrensanktorwürde der Universität.
15. 150 Jahre Parfümerie Gebhardt in der Neckargasse.
22. Ehemalige Angehörige des 35. Infanterie-Regiments enthüllen bei der Hindenburg-Kaserne einen Gedenkstein für ihre gefallenen und vermißten Kameraden.
25.5.- Ausstellung im Theodor-Haering-Haus:
15.8. Lotte Reiniger Scherenschnitte.

26. Zehn Jahre Tübinger Bezirkskuratorium für offene Altenarbeit.
Einweihung neuer Tennisplätze auf dem Holderfeld Waldhäuser-Ost.

Juni

4. 150 Jahre Landesgirokassen-Filiale Tübingen.
4.-6. 8. Tübinger Festival des Club Voltaire "Für den Frieden".
5. Ausstellungseröffnung mit Werken des Tübinger Malers Martin Schmid in der Kunsthalle.
5./6. 125 Jahre Sängerkranz Derendingen und Musikverein Hirschau.
6. Altbürgermeister Franz Reich und Altgemeinderat Paul Schnitzler aus Hirschau und der Kingersheimer Bürgermeister Marius Fischer erhalten die Goldene Bürgermedaille.
11. Das 500 Meter lange Teilstück der Kreisstraße 6900 beim Berufsschulzentrum Feuerhägle ist fertig.
18./19. 30 Jahre Albert-Schweitzer-Realschule.
22. 2 500 Belegschaftsangehörige der Firma Zanker demonstrieren auf dem Marktplatz gegen die drohende Werksschließung.
23. Der Weilheimer Friedhof mit Aussegnungshalle wird übergeben.
24. Das Stocherkahnrennen auf dem Neckar gewinnt die Verbindung Stochdorpha.
26. Tag der offenen Tür im Rathaus.
28. Der Gemeinderat beschließt den Tübinger Radwegeplan. Der Leiter des Hauptamts Eugen Raich wird zum Stadtkämmerer gewählt als Nachfolger von Albert Fauser, der in den Ruhestand tritt.
Gedenkfeier zum 100. Geburtstag des Philosophen und Pädagogen Professor Eduard Spranger.

Juli

1. Ehrenbürger Fabrikant Gerhard Rösch verstirbt im 76. Lebensjahr
8. 25 Jahre evangelisches Waldheim "Spatzennest" Pfrondorf.
12. Der langjährige Hirschauer Gemeinderat Eugen Werz erhält zum 75. Geburtstag die Silberne Bürgermedaille
14. Die Tübinger Studentenverbindung "Wingolf" spendet dem Deutschen Schiffahrtsmuseum in Bremen einen Stocherkahn. Die Studenten überbringen das Geschenk auf dem Wasserweg.

August

9. Die AEG-Telefunken, zu der die Zanker-Werke gehören, hat beim Amtsgericht Frankfurt/M. den Vergleich beantragt.
13. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim bestätigt die Unzulässigkeit des von der Bürgerinitiative Schimpf/Nordtangente initiierten Bürgerbegehrens zur Hinteren Grabenstraße. Für den Bereich des bereits im Bau befindlichen Kaufhauses "Markt am Nonnenhaus" war ein Bürgerentscheid über die Bebauung mit Bürgerzentrum und Altfwohnungen gefordert worden. Ausstellungseröffnung in der Kunsthalle



Der Sternplatz vor der Umgestaltung im Rahmen des Wohnumfeldprogrammes

- 21/22. 75 Jahre Hundesportverein Tübingen.
29. 30jähriges Bestehen des Amerika-Hauses.

September

1. Die Franzosen räumen das Militärhospital "Emile Roux" auf dem Sand, das in der Folge als Reservelazarett der Bundeswehr genutzt wird.
12. 150 Jahre Orgel in der St. Gallus-Kirche Derendingen.
13. Der Gemeinderat beschließt die ersten Staßenumbauten nach dem Wohnumfeldprogramm Südstadt.

17. Tag der offenen Tür der Eberhard-Karls-Universität.

19. Einweihung des neuen Tierheims beim Schützenhaus.
20. Die Firma A. Friedrich Flender GmbH & Co. KG übernimmt die Kilchberger Bauknecht-Werke (früher Himmelwerk).
26. Neckartalfest der Bürgerinitiativen gegen die "Neckartalaufbahn".
30. Übergabe des Berufsschulzentrums in Derendingen durch den Landkreis Tübingen.

Oktober

2. Der An- und Umbau der städtischen Kindertagesstätte an der Fronsdbergstraße ist fertig.
3. Oberbürgermeister Eugen Schmid wird mit 66,05 Prozent der Stimmen für acht Jahre wiedergewählt.
17. 75 Jahre Evang. Kantorei Pfrondorf. Preisverteilung im Tübinger Blumenschmuckwettbewerb.
24. Die Rentnerin Irene Preuner verstirbt im 82. Lebensjahr; die Universitätsstadt ist als Alleinerbin eingesetzt.



Irene-Preuner-Haus (ehem. Pauline-Krone-Heim)

27. Der alte, fast vergessene Schöpfbrunnen an der Ecke Hirschgasse/Kornhausstraße ist bei der Altstadtanlieferung aufgedeckt und wieder hergestellt worden.
Podiumsdiskussion in der Lustnauer Turn- und Festhalle über Hochwasserschutz für Lustnau, Rückhaltebecken im Schönbuch.

Gedenktafel an der Mauer beim Holzmarkt



November

- 2./3. Der traditionelle Martinimarkt wird zum zehnten Mal wieder in der Altstadt abgehalten, aus der er in den Nachkriegsjahren verdrängt worden war.
8. Demonstration vor dem Rathaus für eine atomwaffenfreie Zone in und um Tübingen.
12. 3. Tübinger Symposium über Solararchitektur.
13. 1. Tübinger Jugend-Rock-Fest in der

November

26. Anhörung der betroffenen Gemeinden wegen eines geplanten Speicherbeckens im Bühler Tal. Mit dem Staubecken soll der Kühlwasserbedarf der Kraftwerke am Neckarsicher gestellt werden.

Dezember

3. Die Bürgerinitiative Bebenhausen übergibt Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser 17 706 Unterschriften gegen ein Hochwasserrückhaltebecken im Goldersbachtal oberhalb Bebenhausens.
7. Oberbürgermeister Eugen Schmid wird zum Vorsitzenden des Nachbarschaftsverbandes Reutlingen-Tübingen gewählt.
13. Jochen Großhans wird zum Leiter des Hauptamtes gewählt.
16. Abschluß der Renovierung der alten Schule in Unterjesingen.

1983

Januar

15. Beim Neujahrsempfang der Stadt werden Altstadtrat Christian Märkle mit der Bürgermedaille und Schulamtsdirektor a.D. Karl König, ehemaliger Leiter der Volkshochschule, mit der Uhlandplakette ausgezeichnet.
27. Demonstration Zivildienstleistender auf dem Holzmarkt gegen die Zivildienstverlängerung auf zwanzig Monate.
29. Eröffnung des Restaurants McDonald's Am Lustnauer Tor 2.
30. 50 Jahre nach der Machtergreifung Hitlers wird auf dem Holzmarkt eine Mahn- und Gedenktafel angebracht. Sie erinnert an die Tübinger Juden, die während der nationalsozialistischen

15. Hermann-Hepper-Turnhalle. In Derendingen wird ein Teil der Waldhörnlestraße in Paul-Dietz-Straße umbenannt. Weitere Neubenennungen im Gewerbegebiet "Unter dem Holz/Steinlachwasen": Unter dem Holz, Ernst-Simon-Straße und Dußlinger Weg.
22. Die Unterstadt um die Jakobuskirche wird als zweites Altstadtquartier ver-

31. Herrschaft ermordet oder vertrieben wurden.
Der Gemeinderat verabschiedet den Haushalt 1983 mit 199 Millionen DM Gesamtvolumen.

März

6. Bundestagswahl, Ergebnisse Tübingen: Jürgen Todenhöfer (CDU) 42,5 %, Herta Däubler-Gmelin (SPD) 44,0 %, Dietmar Schöning (FDP) 3,65 %, Walter Schwenninger (Grüne) 9,1 %. Zweitstimmen: CDU 37,1 %, SPD 34,8 %, FDP 11,3 %, Grüne 16,3 %. Der Wahlkreis Tübingen-Hechingen wird in Bonn durch die Abgeordneten Däubler-Gmelin, Todenhöfer und Schwenninger vertreten.

12. Eröffnung der Familien- und Verbraucherausstellung.
Gründung des "Förderkreises Unterjesinger Kelter".

14. UFW-Stadtrat Otto Kentner erhält bei der Verabschiedung aus dem Gemeinderat die Bürgermedaille. Der Gemeinderat beschließt das Gesamtkonzept für das Wohnumfeldprogramm zur Verkehrsberuhigung und Verbesserung der Lebensqualität in der Südstadt.

21. Der Gemeinderat verabschiedet die städtebaulichen Rahmenpläne für Weilheim und Kilchberg.

24. Konstituierende Sitzung des Tübinger Gesamtelternbeirats für Kindergärten, Tagheime und Schülerhorte.

24.-15. Ausstellung im Theodor-Haering-Haus: Geschichte der Naturwissenschaften in Tübingen.

27. Die Basketballer des SV 03 steigen in die Bundesliga auf.

April

4. Ein Großbrand zerstört das Fabrikgebäude der Firma Möbel-Funk in Hirschau.

11. Der Gemeinderat beschließt den Hirschauer Bebauungsplan "Rittweg" samt rekultiviertem Baggersee und den Pfrondorfer Bebauungsplan "Breite".
Für das Sommersemester haben sich 22 183 Studierende eingeschrieben.

18. Das Filmtheater "Metropol" an der Blauen Brücke wird abgerissen.
Bernd Leifeld wird als Nachfolger von Klaus Pierwoß zum Intendanten des Landestheaters gewählt.

21. Richtfest bei der Sanierung des West- und Südfügels auf dem Schloß.

24. 75 Jahre CVJM Derendingen.
29. Einweihung des Berufsschulenzentrums im Feuerhägle.

Mai

1. Eine Gruppe Jugendlicher verhindert in der Nacht das Mai-Singen von Korporationsstudenten auf dem Marktplatz. Es kommt zu Handgreiflichkeiten.
3. Die Renovierung der Schillersaal-Bühne im Museum ist abgeschlossen.
8. Gedenkveranstaltung auf dem Marktplatz zum 50. Jahrestag der Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten.

9. Erdbeben am Nordhang des Goldersbachtals durch starke Regenfälle.

17.-30.6. Ausstellung im Theodor-Haering-Haus: Kelten, Römer, Alemannen. Zur Vor- und Frühgeschichte Tübingens.

27. Stadtarchivar Professor Jürgen Sydow geht in den Ruhestand.

27.-29. Tübinger Festival des Club Voltaire "Für Afrika - Gegen Apartheid und Rassismus".

29. Unbekannte haben auf dem Stadtfriedhof 40 Gräber geschändet.

Juni

10.-12. Übergabe der bei der Altstadtsanierung neugestalteten Ammergasse. Der jahrzehntlang zugedeckte Ammerkanal wurde wieder geöffnet und mit zahlreichen kleinen Brücken überspannt.



Alte Blaue Brücke mit Filmtheater "Metropol"

12. Einweihung der Orgel in der Stephanskirche.

16. Übergabe des städtischen Parkhauses Am Stadtgraben.
Das Stocherkahnrennen auf dem Neckar gewinnt die Verbindung Würtembergia.

18. 100. Stiftungsfest des Vereins Deutscher Studenten zu Tübingen.

20. Eröffnung der Ausstellung des Universitätsarchivs "Treu und fest hinter dem Führer - Die Anfänge des Nationalsozialismus an der Universität Tübingen".

Juli

2. Kunstmarkt beim Alten Schlachthaus und in der Metzgergasse.

9. Einweihung der neuen Silber-Schule.

9./10. 75 Jahre Tübinger Hütte des Deutschen Alpenvereins, Sektion Tübingen.

11. Unter dem Motto "Kennen Sie Tübingen?" startet das Kulturamt erstmals und mit großem Erfolg eine Reihe heimatkundlicher Stadtführungen.

13. Robert Kallenberg, Vorsitzender des Bürger- und Verkehrsvereins, erhält die Bürgermedaille.

15.-17. Tübinger Stadtfest.

September

3. Fertigstellung des "Lustnauer Zentrums", Wohn- und Geschäftshaus an der Dorfackerstraße.

5. Wolf Mühlberger, ehemaliger Tübingen

ger Oberbürgermeister verstirbt im 84. Lebensjahr in Stuttgart.

11. Leichtes Erdbeben um 13.48 Uhr (Stärke 3,7 auf der Richterskala). Bei einem Einbruch werden aus der Johanneskirche zehn Maßkelche im Wert von 80 000 DM gestohlen.

12. Der Gemeinderat beschließt den städtebaulichen Rahmenplan für Hagelloch.

17. 75 Jahre Advent-Gemeinde.

21. Beteiligung des italienischen Elektrokonzerns Zanussi an der Firma Zanker.
26. Der Gemeinderat beschließt die Bauungspläne für das Wohngebiet "Herlesberg" und "Stauden".

28. Übergabe der Glocke für die Weilheimer Aussegnungshalle.

30. Emil Hartmeyer, Leiter des Tiefbauamtes, geht in den Ruhestand.

Oktober

1. Das Feuerhägle-Gymnasium wird als gemeinsame Außenstelle der drei Gymnasien an der Uhlandstraße übergeben.

10. Der Gemeinderat fordert, den geplanten vierspurigen Neubau der Bundesstraße 27 im Neckartal nur zweispurig und weitgehend entlang der bestehenden Trasse der Bundesstraße 297 auszuführen.

12. Fertigstellung des vierspurigen Ausbaus der Rheinlandstraße (B 28), der Ortsausfahrt nach Herrenberg.

13. Am Bebenhäuser Rathaus wird eine Tafel mit den Namen der ehemaligen Bürgermeister angebracht. Sie erinnert an die kommunale Selbständigkeit der Gemeinde zwischen 1823 und 1974.

14.-16. Zehnjähriges Bestehen der Städtepartnerschaft Aigle-Tübingen.

15. Übergabe der neuen Pestalozzischule im Feuerhägle.
Hartmut Wickert wird zum Intendanten des Zimmertheaters gewählt.

16. Abschlußveranstaltung des Blumenschmuckwettbewerbs.
Eröffnung der Tennisplätze des Tennisclubs Unterjesingen.

18. Freigabe des neuen 1 100 Meter langen Waldweges von Kilchberg nach Bühl.

22./23. 20jähriges Bestehen der Partnerschaft Hirschau-Kingersheim (Elsaß).

26. Horst Kunz wird als Nachfolger von Robert Kallenberg zum 1. Vorsitzenden des Bürger- und Verkehrsvereins gewählt.

November

2. Der Ausbau des Verkehrsknotens "Blaue Brücke" beginnt.

6. Einweihung des evangelischen Kindergartens auf Waldhäuser-Ost.

8. Übergabe der Paketzentrale und der Krafffahrzeug-Bereichswerkstatt der Bundespost in den Mühlbachäckern.

9. Eröffnung der 3. Tübinger Jugendbuchwoche, Schwerpunktthema Kindertheater.

10. Die Renovierung "Schimpf", Am Lustnauer Tor 1, ist abgeschlossen.

19. Verleihung der Zelter-Plakette an den Chor der St.-Johannes-Kirche zu dessen 100jährigem Bestehen.



"Markt am Nonnenhaus" mit darauf liegender Wohnbebauung. Parkhaus Am Stadtgraben und renoviertes Haus Schimpf

24. Eröffnung "Markt am Nonnenhaus".
27. 150 Jahre Evangelische Kirche Pfrondorf.

Dezember

5. Jaques Le Rider neuer Direktor des Institut Culturel Franco-Allemand als Nachfolger von Henry Reynaud.

7. 25 Jahre Zimmertheater.

13. Das Deutsche Rote Kreuz bringt drei LKW mit Lebensmitteln nach Polen.

19. Verabschiedung des Haushalts 1984 mit 192 Millionen DM Gesamtvolumen durch den Gemeinderat.

28. Das Kultusministerium stimmt den Anträgen der Schule und des Schulrä-

gers zur Beendigung des Schulversuchs "Gesamtschule Waldhäuser-Ost" zu.

1984

Januar

1. Auflösung der Ortsverwaltung Tübingen der IG Metall und Eingliederung in die Verwaltungsstelle Reutlingen.

6. 25 Jahre Besenwirtschaft im Keltersaal.

14. Ausstellungseröffnung in der Kunsthalle mit Werken von Edgar Degas.

23. Der Gemeinderat beschließt eine Bürgerversammlung zum Thema "Ato-

mare Bedrohung Tübingens und städtische Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung". Auf Intervention des Regierungspräsidiums muß das Thema auf "Städtische Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung" beschränkt werden (siehe 10. April). Ferner beschließt der Gemeinderat die erste Stufe eines Stadtverkehrskonzepts, durch das der öffentliche Nahverkehr mit dem Stadtbuss verbessert wird.

Februar

1. Übergabe des ersten öffentlichen Schutzraumes in Tübingen im Feuerhägle-Gymnasium.

März

- 10. Eröffnung der 10. Familien- und Verbraucherausstellung.
- 15. Heinrich-Rudolf Lang wird neuer Geschäftsführer des Bürger- und Verkehrsvereins als Nachfolger von Wolfgang Werner.
- 25. Landtagswahl; Ergebnisse Tübingen: CDU 35,7 %, SPD 32,2 %, FDP 9,9 %, Grüne 21,6 %. Der Wahlkreis Tübingen wird im Landtag durch Gerhard Weng (CDU), Gerhard Weimer (SPD), Fritz Kuhn (Grüne) und Hinrich Enderlein (FDP) vertreten.
- 30. Beginn des 4. Medizinischen Kongresses zur Verhinderung eines Atomkrieges.

April

- 6. Versammlung in Lustnau zum Thema Ortsumfahrung im Neckartal.
- 10. Bei der Bürgerversammlung "Städtische Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung" wird unter anderem eine umfassende Information der Bevölkerung über den Zivilschutz, insbesondere über dessen Wirkungslosigkeit im Ernstfall gefordert. Soweit es die Zuständigkeit der Stadt erlaubt, soll jede Form der Vorbereitung auf einen Krieg unterlassen und verhindert werden.



Perugia - Blick auf den Corso Vanucci mit Palazzo dei Priori und Fontana Maggiore

Mai

Das Landestheater erhält eine selbständige Abteilung für Kinder- und Jugendtheater unter Leitung von Jürgen Zielinski.

- 4. Übergabe des Altenpflegeheim-Neubaus des Pauline-Krone-Heims.
 - 5. Bernhard Späth wird Leiter der Volkshochschule als Nachfolger von Gertrud Zapp.
 - 18. Gründungsversammlung des Kreisverbandes "Junge Liberale".
 - 19. 25 Jahre Städtepartnerschaft Monthey-Tübingen.
 - 24. Gründung des Jazzclubs Tübingen.
 - 25. Übergabe der erweiterten Lustnauer Friedhofskapelle.
 - 26. Übergabe des Stadtwerke-Neubaus an der Eisenhutstraße.
- Juni
- 5. Die Renovierung des Bürgerhauses Marktgasse 2/Am Markt 3, ist abgeschlossen.
 - 15. Gedenkfeier zum 20. Todestag des Ehrenbürgers Professor Theodor Haering. Inbetriebnahme der neuen Fleischmarkt- und Zerlegeanlage im Schlachthof.
 - 15.-17. 10. Tübinger Festival des Club Voltaire "Für die Geschwister Scholl und ihre Freunde".
 - 17. Europawahl; Ergebnisse Tübingen: CDU 34 %, SPD 25,1 %, Grüne 24,0 %, FDP 9,8 %.

- 21. Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen Tübingen und Perugia in Italien.
- 21.-25. 125. Stiftungsfest der Studentenkorporation Guestfalla.
- 23. Eröffnung der baden-württembergi-

schen Kleintheaterstage mit einer Premiere des Zimmertheaters im Bebenhäuser Pflegehof; Friedrich Theodor Vischer "Faust III".

- 24. 75 Jahre Tübinger Tennis-Club.
- 27.-9.9. Ausstellung im Theodor-Haering-Haus; Heinrich Seufferheld 1866-1940 - Graphik.
- 28. Die Alte Straßburger Burschenschaft Germania zu Tübingen gewinnt das Stocherkahnrennen auf dem Neckar.
- 29. 30. Tübinger Sommerfest.

Juli

Messungen ergeben, daß der Großholzbrunnen und der Aubrunnen mit chlorierten Kohlenwasserstoffen vergiftet sind und bis auf weiteres für die Trinkwasserversorgung ausfallen.

- 4. Ausstellungseröffnung "Sport nach 1945 bis in die sechziger Jahre" in der Hauptstelle der Kreissparkasse zum 20jährigen Bestehen der Tübinger Deutschen Olympischen Gesellschaft.
- 7. Erste französische Film- und Kulturtagung.
- 7. Gründung des Orchesters "Sinfonietta Tübingen".
- 7./8. 500 Jahre Unterjesinger Kirche.
- 11. Derscheidende Landestheater-Intendant Klaus Pierwoß und derscheidende Zimmertheater-Intendant Siegfried Bühler werden mit der Hölderlin-Plakette geehrt.
- 14./15. 100 Jahre Musikverein Bühl.
- 21. Kunstmarkt rund um das "Alte Schlachthaus".
- 26. Gründung des "Vereins der Freunde des Stadtmuseums".

August

- 7. Das Teilstück der Kreisstraße 6900 zwischen Waidhörle- und Danziger Straße in Derendingen wird für den Verkehr freigegeben.
- 17. Abschlußkonzert des "2. International Jazz Workshop" in der Musikschule.

September

- 6. Das Südwestfunk-Landesstudio Tübingen nimmt seinen Erweiterungsbau auf dem Österberg in Betrieb.
- 7. Ausstellungseröffnung mit Werken von Joseph Beuys in der Kunsthalle.
- 16. Nach über 30 Jahren findet wieder ein Seifenkistenrennen statt.
- 27. Eröffnung der Bundesstraße 27 neu zwischen Aich und Kirchentellinsfurt.

Oktober

- Für das Wintersemester haben sich 23 402 Studierende an der Universität eingeschrieben.
- 3. Zehn Jahre Kreiskuratorium für offene Altenarbeit.
- 17. Der Wildermuth-Brunnen ist durch eine Ölfahne im Grundwasser akut bedroht. Die Verschmutzung geht vom Bahnbetriebswerk aus.
- 21. Abschlußveranstaltung des Blumenschmuckwettbewerbs.
- 24. Theodor Eschenburg erhält zum 80. Geburtstag das Bundesverdienstkreuz am Schulterband mit Stern.
- 25. Eröffnung des Bebenhäuser Kindergartens im hölzernen Jugendhaus. Das "Arsenal" und das "Studio Museum" erhalten Preise des Bundesinnenministeriums für ihre hervorragenden Kinoprogramme.
- 26. Einweihung und Übergabe der Sporthalle des Landkreises im Berufsschulzentrum Feuerhüggle.
- 28. Gemeinderatswahl; Ergebnisse: CDU 16 Sitze (23,7%), AL 14 (21,0%), SPD 13 (19,4%), UFW 10 (16,2%), Freie Liste 7 (11,6%), FDP 3 (4,6%), DKP 2 (3,5%), zusammen 65 Sitze.

Tübingen in der ersten halben Minute der ARD-„Tagesschau“, also kurz nach 20 Uhr – wann kommt das schon vor, wann ist das Städtle sooo wichtig? Gestern abend war es der Fall. Denn die Zugewinne („überraschend“) der Grünen und Alternativen bei der württembergischen Kommunalwahl war die Spitzenmeldung der TV-Leute. Und da hält halt Tübingen ganz offenbar den Landesrekord, so daß der „Tagesschau“-Sprecher verkünden konnte, in Tübingen hätten die Grünen sogar mehr Stimmen als die SPD erhalten und seien damit zweitstärkste Fraktion im dortigen Rathaus geworden. Kinder, Kinder – jetzt weiß es die ganze staunende Bundesrepublik!

... das Echo (Schwäbisches Tagblatt vom 30.10.1984)

Kreistagswahl; Ergebnisse im Kreisgebiet: FWV 27,6%, CDU 26,9%, SPD 20,2%, Grüne 17,9%, FDP 4,6%, DKP 2,6%.

November

- 7.-14. Tübinger Jugendbuchwoche, Schwerpunktthema Technik.

- 11. Treffen der baden-württembergischen Kinder- und Jugendtheater im Landestheater.
- 17. Eröffnung der Stadtbücherei-Zweigstelle im Gymnasium Feuerhüggle.
- 28.-3.2. Tübingen um 1900 - Der Fotograf Hermann Bauer.

Dezember

- 1. 100 Jahre Allgemeine Ortskrankenkasse Tübingen.
- 8. Zehn Jahre Tübinger Kunstgeschichtliche Gesellschaft.
- 11. Gedenkfeier zum fünften Todestag Carlo Schmid auf dem Stadtfriedhof.
- 13.-3.2. Gemälde und Ölstudien von Theodor Schütz.
- 14. Gedenkfeier zum 100. Geburtstag des Architekten und Klichberger Ehrenbürgers Paul Schmittthener.

1985

Januar

- 9. Der Neckar ist zum ersten Mal seit 14 Jahren wieder fest zugefroren.
- 13. Beim Neujahrsempfang der Stadt erhalten Erwin Geist, Gewerkschafts-Sekretär und ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter, sowie Ludwig Hönle, Präsident des VdK und Direktor der GSW, das Ehrenbürgerrecht. Die Altstadträte Hedwig Rieth, Elisabeth Kirmeyer-Renner, Gottfried Fritz und Albert Weidle werden mit der Bürgermedaille ausgezeichnet. Erstmals nach 15 Jahren wieder Tübinger Jugend-Skitag am Österberg.
- 25. Wiedereröffnung des renovierten und neugestalteten Hölderlinhauses als Dichtergedenkstätte.

Februar

- 4. Neu- oder Wiederwahl von Ortsvorsteherinnen und -vorstehern durch den Gemeinderat: Barbara Scholkmann (Bebenhäuser) als Nachfolgerin von Heinz Reichert, Erwin Deutsche (Hagelloch), Hermann Endreß (Hirschau), Erich Krauß (Klichberg), Wilhelm Rötchenbach (Pfrondorf) als Nachfolger von Wilhelm Nerz, Fritz Maichle (Unterjesingen) als Nachfolger von Richard Schmid, Roland Glaser (Weilheim). Übernahme der Firma Zanker (AEG) durch den schwedischen Konzern Electrolux.

März

- 5. Demonstration von Asylbewerbern aus der Thiepvalkaserne gegen die Asylpolitik des Landes, die Lagerbedingungen und Sammelverpflegung.
- 9. Eröffnung der Familien- und Verbraucherausstellung.
- 18. Wahl von Hugo Lohmüller zum Ortsvorsteher in Bühl, als Nachfolger von Ernst Hönle.
- 25. Verabschiedung des Haushalts 1985 durch den Gemeinderat mit einem Gesamtvolumen von 211 Millionen DM.
- 26. Unter dem Asphalt der Wilhelmstraße werden bei Bauarbeiten alte Wasserleitungsrohre aus Holz, sogenannte Teuchel, gefunden.

April

- 15. Das Wertstoffwerk Dußlingen, das den Müll des Abfallzweckverbandes Tübingen-Reutlingen sortieren und einer Wiederverwertung zuführen soll, nimmt seinen Betrieb auf.



- 19. Ausstellungseröffnung mit Aquarellen und Ölbildern von Valeska Biese in der Kunsthalle.
- 21. Einweihung der neuen evangelischen Dietrich-Bonhoeffer-Kirche auf Waldhäuser-Ost.
- 29. Der Gemeinderat beschließt, die neuen Straßen auf dem Herrlesberg nach bedeutenden Frauen zu benennen.
- 30. Beginn der ersten DDR-Filmtage in Tübingen.

Mai

1. 75 Jahre Ammertalbahn. Übergabe des ausgebauten Landgrabens und des Wasserrückhaltebeckens in Weilheim.
4. 100 Jahre Autolackiererei Gräter.
7. Übergabe der An- und Neubauten der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik.
8. Gedenkfeier der Stadt zum Kriegsende vor 40 Jahren am 8. Mai 1945.
- 15.-14.7. Ausstellung im Theodor-Haering-Haus: 550 Jahre Tübinger Rathaus (1435-1985).
18. 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr Hirschau.
20. Der Gemeinderat beschließt den Pfrondorfer Bebauungsplan "Hofstrütle".
- 31.-2.6. 11. Tübinger Festival des Club Voltaire "Das andere Amerika".

Juni

11. Beginn der 2. Französischen Film- und Kulturtage.
16. 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr Lustnau.
18. Theodor Eschenburg, Politologe und Staatsrat a.D., erhält das Ehrenbürgerrecht.
22. 30 Jahre Tübinger Musikschule.
23. Einweihung des umgebauten Feuerwehrmagazins der Freiwilligen Feuerwehr Pfrondorf.
30. Tübinger Seifenkistenrennen.

Juli

1. Sitzung des Gemeinderats in der Hermann-Hepper-Turnhalle wegen der bedrohten Arbeitsplätze bei der Firma Zanker.
4. Die Burschenschaft Derendingia gewinnt das 30. Stocherkahnrennen auf dem Neckar.
8. Gedenkfeier der Universität zum 100. Geburtstag des Philosophen Ernst Bloch.
14. 75 Jahre Evangelisch-methodistische Gemeinde Weilheim.
15. Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan für das Wohngebiet "Auchtert-Bangert" in Hagelloch und stimmt für Radwege entlang der Wilhelmstraße in beiden Richtungen.
- 19./20. Beim Tübinger Stadtfest wird der Partnerschaftsvertrag mit Perugia gegenzeichnet und das Jubiläum der 25jährigen Partnerschaft mit Aix-en-Provence gefeiert.

August

- 2.-9. 3. Internationaler Jazz-Workshop.
30. Auftakt zu einem Jahrmarkt mit historischen Karussellen rund um den Anlagensee.
31. Das "Löwen-Kino" wird von den "Lamm-Lichtspielen" übernommen.
- 31./1.9. Eine Gemeinderatsdelegation reist zur Feier des 25. Jahrestages der Indienststellung des Minenjagdbootes "Tübingen".

September

1. Wolfgang Birkner vom Tübinger Ruderverein wird mit der Deutschen Nationalmannschaft Weltmeister im Leichtgewicht-Vierer. Das erste Nacht-SAM (Nacht-Sammel-Anruf-Mietfahrzeug) der Bundesrepublik, das anfangs als Frauentaxi geplant war, nimmt den Dienst auf. ►
12. Der eiserne Fußgängersteg aus dem Jahre 1912 beim Bahnbetriebswerk wird demontiert. Er soll beim geplanten Parkhaus Metropol an der Blauen Brücke wiederverwendet werden.
13. In Lustnau wird eine konspirative Wohnung von Terroristen der "Rote Armee Fraktion" entdeckt.
16. Feier zum 40. Jahrestag der Wiedereröffnung der Universität nach dem Zweiten Weltkrieg.
20. Eröffnung des privaten Motormuseums "Boxenstop" in der Brunnenstraße.



Die Stadtoberen (v. l.) Giorgio Casoli (Perugia), Eugen Schmid und Jules Susini (Aix-en-Provence)

22. Zehn Jahre Tübinger Frauenzentrum Haagasse 34.
24. Restaurierung der Fassade des Zimmertheaters Bursagasse 16.
27. Johannes Schnitzler, ehemaliger Hirschauer Gemeinderat, erhält zum 75. Geburtstag die Bürgermedaille.
- 27./28. 100 Jahre Karolinen-Frauenstift Tübingen.



Oktober

1. Gedenkfeier auf dem Stadtfriedhof zum 100. Geburtstag des Kaufmanns Julius Klein.
11. Einweihung des Erweiterungsbaues der Freien Waldorfschule, die ihr 40jähriges Bestehen in Tübingen feiert.
12. 75 Jahre Gewerbliche Berufsschule Tübingen. Beim Landeswettbewerb der schönsten Dörfer bekommt Bühl die Bronze-medaille.

14. Der Gemeinderat hat Baubürgermeister Klaus Blanke mit 33 zu 31 Stimmen wiedergewählt.
15. 150 Jahre Anatomie in der Österbergstraße.
17. Der Club Voltaire erhält den Jahrespreis der Kulturpolitischen Gesellschaft für seine "beispielhafte soziokulturelle Zentrumsarbeit".
19. Neueröffnung der Stadtbücherei in den ehemaligen Räumen der Stadtwerke an der Nonnengasse.
22. Die Weilheimer Firma Bühler, Labor-technik - Umwelttechnik - Biotechnologie, erhält den Rudolf-Eberle-Preis des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums.
23. Symposium der Mathematiker und Physiker über den Astronomen Professor Wilhelm Schickhard (1592-1635).

November

4. Der Gemeinderat beschließt die sofortige außerordentliche Kündigung des Stadtwerkedirektors Georg Czwiernik.
5. Streik der Beschäftigten bei der Firma Zanker, nachdem die Geschäftsleitung 45 Entlassungen eingeleitet hat.
7. Zum 300. Mal wird in der Chirurgischen Klinik eine Niere verpflanzt.
13. Eröffnung der 5. Tübinger Jugendbuchwoche; Schwerpunktthema "Alte Menschen". Die Familie Schlagenhauß betreibt seit hundert Jahren das Hotel "Krone".
15. 50 Jahre Chirurgische Klinik an der Calwer Straße. Komposthalle des Wertstoffwerkes in Dußlingen wird wegen Geruchsbelästigung vorübergehend geschlossen.
21. Wilhelm Binder erhält zum 70. Geburtstag die Silberne Bürgerplakette von Hirschau.
28. Bürgerversammlung in Derendingen zum Thema Umfahrung und Verkehrsbelastung des Stadtteils.



Stadtbücherei - Kinder- und Jugendbuchabteilung



29. Der erste Bauabschnitt der Sanierung des Tübinger Schlosses (Süd- und Westflügel) ist abgeschlossen.

Dezember

- Die Biosolarsiedlung auf dem Schafbrühl mit 111 Mietwohnungen ist fertig.
9. Der Gemeinderat beschließt die Übernahme der EVS-Stromversorgungsnetze in den Stadtteilen durch die Stadtwerke.
11. Bundespräsident Richard von Weizsäcker besucht das Evangelische Stift.
12. Der Umbau der Kunsthalle ist abgeschlossen.
15. Tübinger Chirurgen haben erstmals eine Leber transplantiert.
16. Der Gemeinderat beschließt die Einführung einer übertragbaren, verbilligten Umweltmonatskarte für den Stadtbus. Werner Braun wird zum Leiter des Personalamtes der Stadtverwaltung gewählt als Nachfolger von Albrecht Kemmer, der in den Ruhestand tritt. Atomkraftgegner unterbrechen die Gemeinderatssitzung und wollen die Meinung der Gemeinderäte zur geplanten atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf hören.
17. An der neuen Auffahrt zur Blauen Brücke und entlang der Hegelstraße werden 50 Bäume gepflanzt.
18. Das bisherige Werksgebäude II der Firma Zanker südlich der Ammer wird an die Tübinger Unternehmensberatungsfirma Integrata verkauft.
- 19.-2.2. Ausstellung im Theodor-Haering-Haus: Studie, Vorzeichnung, Bild - Zeichnungen und Aquarelle aus dem Kunsthistorischen Institut und den Städtischen Sammlungen.

1986

Januar

3. Ausstellungseröffnung mit Zeichnungen und Gemälden von Konrad Klapheck in der Kunsthalle.
27. Der Gemeinderat verabschiedet den Haushalt 1986 mit einem Gesamtvolumen von 224 Millionen DM.

Februar

4. Gründung der Tübinger Regionalgruppe der Württembergischen Gesellschaft zur Förderung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.
17. Gründung des Handels- und Gewerbevereins Tübingen. Protestkundgebung gegen die Auflösung der Tübinger Filiale der Oberpostdirektion.
19. Bürgeranhörung in Hagelloch zum Thema Ortsbildsatzung.
21. Durch ein Fenster des Kreiswehersatzamtes werden in der Nacht zwei Molotowcocktails geworfen, einer davon explodiert.
24. Sybille Hartmann wird die erste Umweltbeauftragte der Stadt. Auftakt zum ersten Frauentheaterfestival am Landestheater.
27. Leichtes Erdbeben der Stärke 1,3.
28. Die Modernisierung und Renovierung der Südwestfunkstudios auf dem Österberg ist abgeschlossen. Eröffnung des neu eingerichteten Schloßmuseums Bebenhausen.

März

7. Bürgeranhörung in Unterjesingen zur Ortsbildsatzung.

7. Abschiedsfest im Kornhaus, das in den folgenden Jahren renoviert und zum Stadtmuseum umgebaut wird. Während des Umbaus werden unter dem Gebäude umfangreiche archäologische Grabungen vorgenommen.
8. Eröffnung der Familien- und Verbraucherausstellung. Orgeleinweihung in der Jakobuskirche. Die Bundespost beginnt versuchsweise die beiden Satellitenprogramme ins Tübinger Breitbandkabelnetz einzuspeisen.
12. Bürgeranhörung in Hirschau zur Ortsbilsatzung.
17. Der Bühler Ortsvorsteher Hugo Lohmüller wird auf seinen Antrag vom Gemeinderat vom Amt entbunden.
19. Bürgeranhörung zur Ortsbilsatzung in Pfrondorf. Ausstellungseröffnung im Theodor-Haering-Haus: "Mit Gott für Kaiser und Vaterland - Krieg und Kriegsbild Tübingen 1870/1871".

April

4. Ausstellungseröffnung mit Werken von Pablo Picasso in der Kunsthalle.
9. Bürgeranhörung in Bühl über die Ortsbilsatzung.
- 11.-13. "Krieg, Kultur und Wissenschaft", öffentlicher Kongreß Tübinger Kulturwissenschaftler zur Förderung der Friedenskultur.
12. 125 Jahre Liederkranz Unterjesingen.
15. Vor dem Deutsch-Amerikanischen Institut protestieren rund 3 500 Demonstranten gegen den Bombenangriff der USA auf Libyen. Bürgeranhörung in Bebenhausen zur Ortsbilsatzung.
16. Bürgeranhörung in Kilchberg zur Ortsbilsatzung.
21. Friedrich Wilhelm Seeliger wird vom Gemeinderat zum Bühler Ortsvorsteher und Friedrich Weng zum Technischen Geschäftsführer der Stadtwerke gewählt.
24. Beginn der 2. Tübinger DDR-Filmtage.
30. Walpurgisnachtumzug der Frauenbewegung.

Mai

1. Das Maisingen der Burschenschaften auf dem Holzmarkt geht im Lärm von Schaulustigen und Demonstranten unter.
3. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl/UdSSR wird auch in Tü-

- bingen erhöhte Radioaktivität gemessen.
- 3./4. Einweihung des Kunstrasenplatzes in Kilchberg.
7. Enthüllung eines Bronzereliefs von Eduard Mörike im Evangelischen Stift. Das Europazentrum feiert zehnjähriges Bestehen.
8. Wegen erhöhter Radioaktivität im Bebenhäuser Trinkwasser wird eine Notleitung nach Waldhäuser-Ost gelegt. Das Hirschauer Arno-Horn-Sextett erreicht bei der Volksmusik-Hitparade des Südwestfunks den ersten Platz. Die Squash-Insel-Mannschaft steigt in die Zweite Bundesliga auf.
9. 100 Jahre Tübinger Volksbank mit Wirtschaftsminister Martin Bangemann.
15. Enthüllung eines Straßenschildes für die neue Ernst-Simon-Straße durch den Deutschen Gewerkschaftsbund. Ernst Simon (gestorben 1848) war der erste Tübinger Arbeiterführer.



16. Eröffnung der Landeskunstwochen. Nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl demonstrieren 5 000 Tübingerinnen und Tübinger auf dem Marktplatz



- gegen die Nutzung der Kernenergie.
 20. Symposion des Instituts Culturel Franco-Allemand über "Hölderlin aus französischer Sicht".
 - 23.-25. 12. Tübinger Festival des Club Voltaire "Heimat und internationale Solidarität".
 - 24./25. 100 Jahre Freiwillige Feuerwehr Kilchberg.
 - 24.-26. 125 Jahre Liederkranz Lustnau.
 25. Premiere des Zimmertheaters und des Melchinger Lindenhoftheaters am Neckarufer mit "Hölderlin. Tübingen. Turm". von Uwe Zellmer und Bernhard Hurm.
 - 28.-27.6. Ausstellung im Theodor-Haering-Haus: Ehrwürdige Zeugen verschwundener Tage - Tübinger Baudenkmale in Architekturzeichnungen des 19. Jahrhunderts.
 - 30.-2.6. 450-Jahr-Feier des Evangelischen Stifts.
- Juni
- 6.-9. 75 Jahre Musikverein Derendingen.
 8. Aus Protest gegen die "Contras" in Nicaragua haben Mitglieder der "Carola-Bloch-Brigade" den Stiftskirchenturm besetzt.
 9. Der Gemeinderat stimmt für die Südwestumfahrung Derendingens.
 13. Einweihung des Jugendhauses der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde Waldhäuser-Ost.
 - 21.-28. Erstes deutsches Video-Film-Festival unabhängiger Produzenten.
 22. Südwestfunk-Jazzsession im Schloßhof aus Anlaß der 10 000. SWF-Jazzsendung.

22. Der evangelische Dekan Reinhard Hermann wird verabschiedet.
23. Gründung des Vereins zur Hilfe für Cerebralgeschädigte.
26. Das Stocherkahnrennen gewinnt die Studentenverbindung Igel.
28. Eröffnung des Unterjesinger Dorfmu-seums in der alten Rosecker Kelter.
- 28./29. 75 Jahre Schwäbischer Albverein Kilchberg.
29. Einweihung des neuen Gemeindehauses in Hagelloch. Gedenkfeier der Derendinger Kirchengemeinde zum 400. Todestag des slowenischen Reformators Primus Truber.

Juli

1. Gerhard Kaufmann, Kantor an der Stiftskirche, tritt sein Amt an als Nachfolger von Gerhard Steiff. Peter Strauß, erster Energiebeauftragter der Stadt, nimmt seine Arbeit auf.
- 5.-7. 125 Jahre Liederkranz Unterjesingen, 75 Jahre Liederkranz Pfrondorf.
7. Die Gesamtschule/Verbundschule Waldhäuser-Ost erhält den Namen Geschwister-Scholl-Schule.
10. Im Elysium - zwischen Morgenstelle und Ursainer Egert - wird ein steinerner Kegel aufgestellt, der den geographischen Mittelpunkt Baden-Württembergs anzeigt.
13. Einweihung der Tennisplätze des TV Derendingen.
18. Das Hochbauamt erhält das erste Dienstfahrrad.
21. Politisch motivierte Brandanschläge auf den Grabert-Verlag und die Druckerei Gulde verursachen Sachschäden.
31. 100 Jahre Uniformfabrik Negele.

August

6. Ein schwimmender Blumenteppeich auf dem Neckar soll an die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki erinnern.
- 22.-24. 100 Jahre Deutsches Rotes Kreuz Kreis Tübingen.

September

- 6.-7. 750-Jahrfeler des Stadtteils Kilchberg.
10. Bernard Bonney, Direktor des Instituts Culturel Franco-Allemand als Nachfolger von Jaques Le Rider.
12. Ausstellungseröffnung mit Zeichnungen und Aquarellen von Eugène Delacroix und Jean-Auguste Dominique

- Ingres in der Kunsthalle.
16. Theresia Albus, Studentenwirtin "Mammelle", stirbt im 74. Lebensjahr.
18. Bombenanschlag auf eine Meßhütte des Forschungsinstitutes für Optik auf Schloß Kreßbach.
- 19.-21. 100 Jahre Feuerwehr Derendingen mit Übergabe des neuen Feuerwehrhauses.
23. Übergabe des neuen Stadtgärtnereihofes an der Europastraße. ▼



Oktober

10. Bei Grabungen im Außenbereich des Klosters Bebenhausen finden Archäologen einen alten Friedhof.
11. 100 Jahre Kreisfischereiverein.
14. Empfang einer Delegation aus der Sowjetrepublik Tadschikistan durch Oberbürgermeister Eugen Schmid anläßlich der Tadschikischen Woche zur Förderung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.
17. Tübingen erhält vom Bundesverband der Motorradfreunde den Preis einer motorradfreundlichen Stadt 1986. Beginn der 6. Tübinger Jugendbuchwoche, Schwerpunktthema "DDR".
19. Erstes Tübinger Drachenfest auf dem Österberg.
21. Die neue automatische Briefvertelermaschine im Postamt wird in Betrieb genommen.
24. 40 Jahre Südwestfunk Landesstudio Tübingen.
25. Empfang einer Delegation des Obersten Sowjet der UdSSR im Rathaus.

November

3. Der Gemeinderat beschließt einige Änderungen der Geschäftsordnung: Es sollen Einwohner-Fragestunden in den Sitzungen eingeführt und das Rederecht des Oberbürgermeisters beschränkt werden.
- 3.-8. Internationales Symposium zum 400. Todestag des slowenischen Reformators Primus Truber.

4. 40 Jahre Institut Culturel Franco-Allemand.
7. Ausstellungseröffnung in der Kunsthalle mit Werken von Henri de Toulouse-Lautrec mit Ministerpräsident Lothar Späth.
10. Der Gemeinderat beschließt den Bauungsplan "Schloßgartenacker" in Bühl und die Sanierung des Unterjesinger Ortskerns.
13. Eröffnung der 3. Französischen Filmtage.
26. Iranische Asylbewerber treten im Evangelischen Gemeindezentrum "Lamm" in einen unbefristeten Hungerstreik, um die Forderung nach besserer Unterbringung durchzusetzen.
- 27.-2.2. Ausstellung im Theodor-Haering-Haus: Tübinger Ansichten und Maler im 19. Jahrhundert.

Dezember

1. Im Gemeinderat fordern Demonstranten eine Diskussion über das Asylrecht; die Sitzung wird abgebrochen.

- 18.12.- Ausstellung im Theodor-Haering-Haus:
15.2. Georg von Ehingen und seine Zeit (1428-1508).
31. Das Versorgungskrankenhaus für Hirnverletzte auf dem Sand wird von der Landesregierung trotz langer, massiver Proteste geschlossen.

1987

Januar

25. Bundestagswahl; Ergebnisse Tübingen: Erststimmen: Herta Däubler-Gmelin (SPD) 50,3 %, Jürgen Todenhöfer (CDU) 35,5 %, Kurt Sütterlin (FDP) 7,0 %, Henning Zierock (Friedensliste) 6,6 %. Zweitstimmen: SPD 29,1 %, CDU 29,0 %, Grüne 25,0 %, FDP 15,1 %. Der Wahlkreis Tübingen-Hechingen wird in Bonn von den Abgeordneten Däubler-Gmelin und Todenhöfer vertreten.

Februar

2. 100 Jahre Glaserei Klett in der Ammergasse 22.
5. Georg Sandberger wird als Universitätskanzler wiedergewählt.
12. Thomas Schuler wird vom Gemeinderat zum Leiter des neuen Stadtmuseums gewählt.
16. Der Gemeinderat verabschiedet nach schwieriger Mehrheitsbildung den Haushalt 1987 mit einem Gesamtvolumen von 232 Millionen DM.
20. Dittmar Lumppp wird LTT-Verwaltungsdirektor.
22. Dekan Heiner Küenzlen wird in der Stiftskirche in sein Amt eingeführt.
26. Das Kultusministerium stimmt dem Antrag der Stadt auf ein selbständiges Gymnasium Feuerhügge zu.

März

10. Gründung eines Trägervereins für die Schuldnerberatungsstelle.
16. Der Gemeinderat beschließt den Erwerb der Schmiedtorkelter von der Weingärtnergenossenschaft Tübingen und stimmt der zwischen Universität und Stadt getroffenen Vereinbarung über die Vergabe des Friedrich-Hölderlin-Preises zu.
Der Bebauungsplan "Neckarweg" in Weilheim, der die baulichen Erweiterungsmöglichkeiten auf dem Grundstück der Firma Kriegbaum (MultiMarkt) beschränkt, wird beschlossen.
Die tontechnische Aufzeichnung von Gemeinderatssitzungen und deren

- Übertragung im Rundfunk werden grundsätzlich zugelassen.
17. Leichtes Erdbeben der Stärke 3,7 um vier Uhr.
18. Großbrand in der Nacht im Hirschauer Härtereibetrieb Händle.
In der Chirurgischen Klinik wird zum ersten Mal in der Bundesrepublik eine Bauchspeicheldrüse zusammen mit dem Zwölffingerdarm erfolgreich transplantiert.
25. Die Renovierung der Stiftskirchenfenster beginnt.
28. Eröffnung der Familien- und Verbraucherausstellung.

April

1. 40 Jahre Volkshochschule Tübingen.
26. Festakt zum 200. Geburtstag des Dichters-Demokraten Ludwig Uhland.
27. Unter dem Motto "Kennen Sie Ludwig Uhland?" beginnt eine Serie von vier literarisch-historischen Führungen des Kulturamtes.

Mai

- 7.-27. Ausstellung der Städtischen Sammlungen: Erinnerungen an Ludwig Uhland.
9. Eröffnung der Kilchberger Heimatstube im Rathaus.
11. Der Gemeinderat beschließt den Bau eines Radweges zwischen Bebenhausen und Lustnau.
15. Der Abbruch der Flachdachgebäude an der Karlstraße für die neue Unterführung beginnt.
23. Der Literaturhistoriker Professor Hans Mayer erhält das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland mit Stern und Schulterband.
25. Der Gemeinderat bestimmt das Gelände Schleifmühlweg/Coop zum Standort für den Neubau der Hauptschule Innenstadt und der Albert-Schweitzer-Realschule mit Sporthalle und beschließt den Bebauungsplan "Sandäcker-West".

Juni

1. Der Gemeinderat lehnt den von der Württembergischen Hofkammer geplanten Bau eines Golfplatzes beim Ammerhof ab.
5.-7. 13. Tübinger Festival des Club Voltaire "Asien und der Pazifik - Traum oder Trauma".
10. Eröffnung der 4. Französischen Filmtage.

- 12.-15. 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr Unterjesingen.
23. Ausstellungseröffnung im Theodor-Haering-Haus: "Ludwig Uhland".
26. Der zum Verwaltungschef der neuen Stuttgarter Theaterakademie berufene Hans Tränkle wird nach sechzehnjähriger Tätigkeit als Verwaltungsdirektor des Landestheaters im Rathaus verabschiedet.
Ein Großbrand im Neuphilologikum, dem Brechtbau in der Wilhelmstraße, verursacht 800 000 DM Schaden.
25 Jahre Alten- und Altenpflegeheim Luise-Wetzel-Stift.
Festakt anlässlich der 800-Jahrfeier des ehemaligen Zisterzienserklosters Bebenhausen.

**800 Jahre
Kloster
Bebenhausen**



Veranstaltungen

**Gesamtprogramm
zum Jubiläumsjahr**

27. Kunst- und Kunstgewerbemarkt in der Metzgergasse.
Wissenschaftliches Symposium zur Geschichte des Zisterzienserklosters Bebenhausen.
28. 3. Tübinger Seifenkistenrennen.
29. Der Gemeinderat stimmt im Anhörungsverfahren für die Ausweisung des Naturschutzgebietes Blaulach und lehnt die Ausweisung des Gebietes Spitzberg-Ödenburg ab.

30. Premiere des Zimmertheaters und des Melchinger Lindenhofftheaters im Hasengraben hinter dem Schloß mit "Johannis. Nacht. Traum." von Uwe Zellmer und Bernhard Hurm.

Juli

8. Nach einem Wolkenbruch überschwemmt das Hochwasser des Goldersbachs weite Teile Lustnau und Bebenhausens. Der Sachschaden erreicht Millionenhöhe.
16. Das Stocherkahnrennen auf dem Neckar gewinnt die Akademische Verbindung Igel.
17. Ausstellungseröffnung "Die Anfänge der Kunst vor 30 000 Jahren" in der Kunsthalle.

August

19. Der Iranische Asylbewerber Klomar Javadi wird bei einem versuchten Ladendiebstahl in der Pfannkuchfiliale Karlstraße gestellt und beim anschließenden Handgemenge zu Tode gewürgt.
21. Beim Empfang ehemaliger Tübinger Juden im Rathaus erhält Professor Hans Mayer die Bürgermedaille.
22./23. Bebenhäuser Dorffest zur 800-Jahrfeier des Klosters.
28./29. Tübinger Stadtfest.
29.- Ausstellung im Theodor-Haering-Haus:
1.11. Leben und Werk Hans Meyers.

September

- 4./5. 50 Jahre Siedlung Gartenstadt.
12./13. 100 Jahre Feuerwehr Bühl mit Einweihung des neuen Feuerwehrhauses "St. Florian".
13. 75 Jahre Metzgerei Keßler in Hirschau.
22. Thomas Bockelmann wird Intendant des Zimmertheaters als Nachfolger von Hartmut Wickert.
25. Roland Doschka, Präsident der Deutsch-Französischen Gesellschaft, erhält den Albert-Schweitzer-Friedenspreis 1987.
28. Der Gemeinderat beschließt, die Au und die Reutlinger Wiesen (rund 14 Hektar) durch eine Änderung des Flächennutzungsplanes und einen Bebauungsplan als Gewerbegebiet auszuweisen. Ferner beauftragt er die Verwaltung, ein Wasserrechtsverfahren für ein Hochwasserrückhaltebecken zwischen Lustnau und der Steineren Bruck am Goldersbach zu beantragen.

Oktober

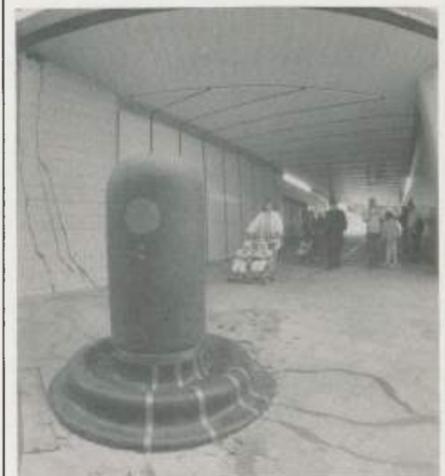
- Die neue Blaue Brücke mit ihren Straßenanschlüssen im Norden und Süden wird für den Verkehr freigegeben.
11. Gedenkfeier für die seliggesprochene Karmelitin Edith Stein in der Johanneskirche.
18. Professor Eberhard Jüngel als neuer Ephorus am Tübinger Stift eingesetzt.
19. Der Leiter der Kunsthalle Götz Adriani erhält den 15 000-DM-Preis der Stiftung der Württembergischen Hypothekbank.
20. Delegierte des städtischen Selbstverwaltungskomitees von Villa el Salvador/Peru bedanken sich für einen Müllwagen, den sie von der Stadt als Geschenk erhielten.
21. Bürgerversammlung in Lustnau zu den Themen Schutz vor dem Hochwasser des Goldersbachs, Verkehrsprobleme und Neubaugebiet Herrlesberg.
22. Bürgerversammlung in Derendingen zu den Themen Verkehr und Nutzung des Gebiets "Alte Mühle".

November

- Die neue Fußgängerunterführung zwischen der Karlstraße und der Steinlachallee wird eröffnet.
2. Eröffnung der 7. Tübinger Jugendbuchwoche.
9. Das Verwaltungsgericht Sigmaringen hat die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss der Bundesstraße 27 abgewiesen. Damit ist der Weg für den Neubau der Bundesstraße auf der Blaulachtrasse frei.
Die ersten privaten Radioprogramme für Tübingen und Reutlingen - "RT 4" und "Radio Achalm" - gehen auf Sender.



15. Bei einem Brand im Schloß Bebenhausen entsteht über 100 000 DM Schaden.
23. Messungen ergeben, daß der Wildermuthbrunnen mit dem Pflanzengift Atrazin vergiftet ist und bis auf weiteres für die Trinkwasserversorgung der Stadt ausfällt.
27. Durch einen Brand im Obergeschoß der Thiepvalkaserne entsteht 100 000 DM Schaden. Asylbewerber müssen über eine Leiter der Feuerwehr gerettet werden.
30. Edda Rosenfeld wird vom Gemeinderat zur ersten städtischen Gleichstellungsbeauftragten (Frauenbeauftragte) gewählt.



Dezember

- Ein Querträger der abgebrochenen alten Blauen Brücke wird an der Einmündung der Eberhardstraße in die Reutlinger Straße aufgestellt.
11. Nach fast vierjähriger Bauzeit wird die Ortsdurchfahrt der Bundesstraße 28 zwischen der Derendinger Straße und der Blauen Brücke für den Verkehr freigegeben.
14. Der Gemeinderat verabschiedet den Haushaltsplan 1988 mit einem Gesamtvolumen von 244 Millionen DM.
15. Die Stadt erwirbt die Gebäude der liquidierten Möbelfabrik Beck beim Waldhörle.

1988

Januar

17. Ausstellungseröffnung mit Werken von Andy Warhol in der Kunsthalle.
24. 100 Jahre Elisabeth-Konferenz St. Johannes.

30. Gründung des Kreisverbandes Tübingen im Verkehrsclub der BRD e.V. (VCD).

Februar

20. Das Autoren-Ehepaar Professor Walter und Inge Jens erhalten den Theodor-Heuss-Preis 1988.

28. Der Förderverein für krebskranke Kinder gibt seinem im Vorjahr eröffneten Elternhaus in der Justinus-Kerner-Straße im Beisein von Ministerpräsident Lothar Späth und Carl Herzog von Württemberg den Namen "Mildred-Scheel-Haus".

März

7. Der Gemeinderat stimmt für den Ausbau der Landesstraße 370 zwischen dem Weilheimer Knoten und Rottenburg.

9. Kurt Georg Kiesinger, Ehrenbürger der Stadt, ehemaliger Bundeskanzler und Ministerpräsident von Baden-Württemberg, stirbt im 84. Lebensjahr.

12. Eröffnung der Familien- und Verbraucherausstellung.

20. Landtagswahl; Ergebnisse Tübingen: SPD 34,2 %, CDU 31,7 %, Grüne 20,2 %, FDP 8,4 %.

27. Einweihung der renovierten Weilheimer Nikomedeskirche.

April

Beim Parkplatz Alte Chemle (Ecke Mohl-/Nauklerstraße) wird ein neuer Brunnen aufgestellt.

6. Jakob Krauß, Ehrenbürger der Stadt, ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter und langjähriger Stadtrat, stirbt im 93. Lebensjahr.

9.-17. Erste Tübinger Tanztheater-Tage am Landestheater.

13. Gründung des Vereins zur Förderung und Betreibung eines soziokulturellen Zentrums in Tübingen.

22. Chemische Untersuchungen ergeben erste Hinweise, daß sich auf dem Metropolgelände erhebliche Altlasten des ehemaligen städtischen Gaswerks befinden. Mit dem Bau des geplanten Park-, Wohn- und Geschäftshauses kann - wie sich in den folgenden Monaten herausstellt - erst nach einer aufwendigen Erkundung der Altlasten und Sanierung des Erdreichs begonnen werden.

Bürgerversammlung in Pfrondorf zu Verkehrsberuhigung und Tempo 30.

23. Einweihung der Weilheimer Mehrzweckhalle.

Mai

Gründung der "Tübinger Initiative für Mädchenarbeit".

8. In der Frauenklinik wird das erste außerhalb des Mutterleibs befruchtete Kind geboren (Retortenbaby).

10. Bürgerversammlung in der Hermann-Hepper-Turnhalle zum Thema: Tempo 30 in der nördlichen Weststadt und Umbau der Kelter- und Westbahnhofstraße.

27. 125 Jahre Christlicher Verein junger Menschen.

27.-29. 14. Festival des Club Voltaire, "Widerstand und Wandel".

31. Als erste Frau der Bundesrepublik erhält Mechthild Horowski den höchsten zivilen Orden "Krawatte des Kommandeurs", den der französische Staat an Ausländer zu vergeben hat.

Juni

6. Der Gemeinderat wählt Albrecht Schmid, Leiter des Sozialamtes, zum Stadtkämmerer als Nachfolger von Eugen Raisch, der in den Ruhestand tritt.

10. Eröffnung des Gauturnfestes und Bannerübergabe verbunden mit dem 100jährigen-Jubiläum des TSV Lustnau.

11. Gründung des Soroptimist International Club Tübingen. Einweihung der Kindergärten Rübenloch, Fichten- und Ahornweg.



Kindergarten Ahornweg

16. Einrichtung einer Flughafenbuslinie nach Echterdingen.

16.-19. 75 Jahre TSV Hagelloch.

21. Der Neubau des Humanpharmakologischen Instituts im Gewerbegebiet "Unter dem Holz" wird übergeben.

23. Das Stocherkahnrennen gewinnt die AMV Stochdorpha. Bürgerversammlung in der Feuerhägleturnhalle zum Thema Zone 30 in der Südstadt.

24. 100 Jahre Firma Zanker.

27. Der Gemeinderat beschließt, knapp die Hälfte der Räume in der ehemaligen Möbelfabrik Beck an den Verein



Soziokulturelles Zentrum und die andere Hälfte an gewerbliche Interessenten zu vermieten. Gerhard Breuninger wird zum Leiter des Liegenschaftsamtes als Nachfolger von Karl Hirn gewählt.

Juli

Gründung des Deutsch-Ostasiatischen Wissenschaftsforums.

August

100 Jahre Pfrondorfer Gipserbetrieb Wolfgang Künstle. Hirschau erhält beim Kreiswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" den ersten Preis.

September

3. 75 Jahre Firma Elektro-Mayer.

10. 75 Jahre Ortsgruppe des Touristenvereins "Die Naturfreunde".

10./11. 25 Jahre Partnerschaft Hirschau-Kingersheim.

13. Bürgerversammlung in Hagelloch über Tempo 30 und Jugendtreff.

16. Gerhard Weng, ehemaliger CDU-Stadtrat, Staatssekretär und Landtagsabgeordneter, stirbt im 73. Lebensjahr.

Ausstellungseröffnung "Die Welt der Collagen" von Max Ernst in der Kunsthalle.

19. Sabine Mayer wird zur Leiterin des Sozialamtes gewählt.

28. Bürgerversammlung in der Weilheimer Mehrzweckhalle über Wasserversorgung und Verkehrsprobleme.

Oktober

2. Professor Hans Mayer erhält den mit 10 000 DM dotierten Ernst-Bloch-Preis der Stadt Ludwigshafen.

13. Beginn der 8. Tübinger Jugendbuchwoche, Schwerpunktthema "Liebe".

20. Die Tübinger Hautärztin Elisabeth Scherwitz erhält den Umweltpreis des Schwäbischen Tagblatts in Anerkennung ihres Engagements gegen den bedenkenlosen Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft.

26. 125 Jahre Fakultät für Physik. Im Institutsgebäude wird aus diesem Anlaß eine Büste Walther Gerlachs (1889-1979) enthüllt.

28. Gedenktagung zum 100. Geburtstag des einstigen Direktors der Nervenklinik Professor Ernst Kretschmer.

November

2. 150 Jahre Philologisches Seminar.

4. Die Tübinger Sozialdemokraten feiern das 125jährige Bestehen ihrer Partei.

9. Zahlreiche Gedenkveranstaltungen im Herbst erinnern an die "Reichskristallnacht" vor fünfzig Jahren, in der die Nationalsozialisten auch die Synagoge der jüdischen Gemeinde in der Gartenstraße niederbrannten

und an die anschließende Verfolgung und Ermordung der Tübinger Juden.

18. 125 Jahre Naturwissenschaftliche Fakultät.

25. Übergabe der neuen Volksbankzentrale in der Herrenberger Straße 1 - 5 (früher Druckerei Laupp).

Dezember

9. Nach über fünfzig Jahren wird in einer Privatwohnung erstmals wieder ein jüdischer Gottesdienst in Tübingen abgehalten.

15. 8 000 Studierende demonstrieren gegen die sich verschlechternden Studien- und Lebensbedingungen in Tübingen.

22. Die THW-Helfer aus Tübingen, Reutlingen und Ofterdingen kehren vom Katastropheneinsatz aus dem Erdbebengebiet in Armenien zurück.

1989

Januar

1. Rose Stoll wird Personalratsvorsitzende der Stadtverwaltung als Nachfolgerin von Norman Ahlborn.

15. 25 Jahre Narrenzunft Bühl.

18. Studierende besetzen die ehemalige Neurologische Klinik in der Liebermeisterstraße und fordern die Nutzung als Wohnraum für Studierende. Nach 16 Tagen erfolgt die Räumung.

21. Ausstellungseröffnung mit Werken von Paul Klee in der Kunsthalle mit Ministerpräsident Lothar Späth.

24. Ein Brand im Theodor-Haering-Haus vernichtet Teile der Sammlung des Malers Theodor Schütz.

31. Der Gemeinderat verabschiedet den Haushaltsplan 1989 mit einem Gesamtvolumen von 255 Millionen DM.



Februar

Die alte Ammerbrücke zwischen Stadtgraben und Rümelinstraße wird abgebrochen und neu aufgebaut.

125 Jahre Evangelisch-methodistische Gemeinde.

Der Gemeinderat hat für die Wasserversorgung der Kernstadt, sowie von Weilheim und Kilchberg ein Mischkonzept von Bodensee- (65 %) und Eigenwasser (35 %) beschlossen.

März

9. Bürgerversammlung in der Feuerhägleturnhalle zum Thema Führung der B 27 durch Tübingen vom Gullenknoten zum Bläsiabad.

20. Der Gemeinderat beschließt, die Versorgung von städtischen Gebäuden mit Wärme und Warmwasser den Stadtwerken zu übertragen.

April

1. Eröffnung der Familien- und Verbraucherausstellung.

6. Gedenkfeier zum 85. Geburtstag des ehemaligen Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger.

7. Übergabe der Klinikneubauten auf dem Schnarrenberg.

9. Eine Initiativgruppe besetzt die Stiftskirche und fordert die Zusammenlegung der Mitglieder der "Rote Armee Fraktion" in den Haftanstalten.

23. 75 Jahre Bundesbahnbetriebswerk Tübingen.

26. Hans-Joachim Wiertz wird zum neuen Vorsitzenden des Personalrates der Stadtverwaltung als Nachfolger von Rose Stoll gewählt.

Die Madonna an der Südwestecke des Pflegehofes wird nach ihrer Restaurierung wieder angebracht.

Mai

1. Eine Nachbildung der Stele aus der Bronzezeit, die bei Bauarbeiten 1985 in Weilheim am Herrenweg entdeckt wurde, wird feierlich enthüllt.

7. Oberbürgermeister Eugen Schmid und eine Delegation des Gemeinderates beenden ihren ersten Besuch in der künftigen sowjetischen Partnerstadt Petrosawodsk.

11. Warnstreik des Pflegepersonals am Klinikum.

14. Einweihung der neuen Orgel in der Weilheimer Nikomedeskirche.

27. Auftakt zum Jubiläum 150 Jahre Institut für Sportwissenschaften im Kupferbau.

Juni

Tübinger Ausländerinnen gründen die Vereinigung "Frauen International Tübingen".

- 2.-1.7. 1. Tübinger Umwelttage.
- 2.-4. 15. Festival des Club Voltaire "Frankreich und Europa".
- 4. Ausstellungseröffnung zum 200. Geburtstag des ersten Universitätsmusikdirektors und Komponisten Friedrich Silcher im Pflegehof. Übergabe der renovierten Räume an das Musikwissenschaftliche Institut.
- 10. 25 Jahre Wanne-Schule.
- 14. Der Erste Bürgermeister Albrecht Kroymann wird zum Landrat des Landkreises Tübingen gewählt.



- 16. Einweihung des chemischen Institutes Jäger in Derendingen. Festakt zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland und der Ratifizierung des Grundgesetzes durch den Landtag von Württemberg-Hohenzollern in Bebenhausen im Jahre 1949.
- 18. Europawahl; Ergebnisse Tübingen: CDU 24,0 %, SPD 30,6 %, Grüne 24,8 %, FDP 9,6 %, Republikaner 5,6 %.
- 20. Eine Demonstration gegen die Wohnungsnot in Tübingen endet am kurz zuvor besetzten Haus Schloßbergstraße 10. Nach der angedrohten Zwangsräumung ziehen sich die Besetzer am 22. Juni freiwillig zurück.
- 22. Das Stocherkahnrennen auf dem Neckar gewinnt die Verbindung Igel zusammen mit den "Brutos".
- 25. Festakt zum 200. Geburtstag Friedrich Silchers in der Neuen Aula.
- 29. 125. Stiftungsfest der Studentenverbindung Wingolf.
- 30. Eröffnung des 35. Tübinger Sommerfestes.

Juli

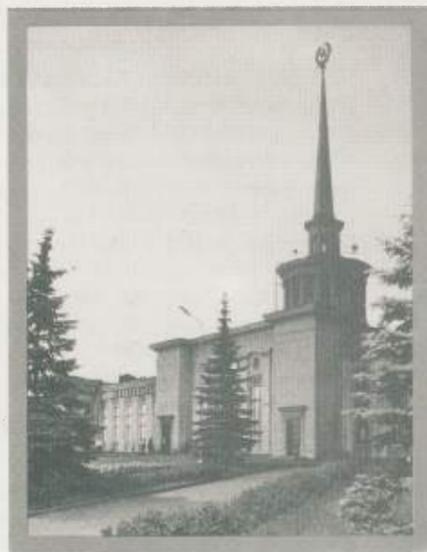
- 3. Der Gemeinderat beschließt die Partnerschaft mit der sowjetischen Stadt Petrosawodsk.
- 5. Rainer Klink, Leiter des Ordnungsamtes, wird zum Kreiskämmerer gewählt.
- 8./9. Jazz-Festival des Zentrums Zoo auf dem Marktplatz.
- 28. Die Deutsche Babcock AG, Oberhausen, übernimmt zu 95 % die Flender AG/Himmelwerk. Die ersten Übersiedler aus der DDR, die mit der Massenfluchtwellen über Ungarn und die Deutsche Botschaft in Prag ins Bundesgebiet kamen, treffen in Tübingen ein und werden vorläufig zusammen mit Asylanten in der Thiepvaikaserne einquartiert.

August

- 1. Deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa werden in einem leerstehenden Trakt der alten Chirurgischen Klinik untergebracht.
- 6. Mitglieder des Friedensplenums Tübingen haben zum Gedenken an den ersten Atombombenabwurf über Hiroshima auf dem Holzmarkt einen Blument Teppich ausgelegt.
- 25./26. Tübinger Stadtfest.

September

- 4. Der Gemeinderat beschließt, das bislang in Eigenregie geführte Obstgut Bläsberg der Drogenhilfe Tübingen zu übergeben, und zwar die Gebäude im Erbbau und das Land zur Pacht.
- 6. In einer feierlichen Sitzung des Kreistages wird Landrat Wilhelm Gfrörer im Sommerrefektorium in Bebenhausen verabschiedet und Albrecht Kroymann als Landrat vereidigt und eingesetzt.
- 8. Auftakt zur 900-Jahrfeier des Stadtteils Derendingen.
- 9. Vor 200 Jahren zerstörte ein Brand das gesamte Stadtviertel zwischen dem Lustnauer Tor und der Stiftskirche. Beim anschließenden Wiederaufbau wurde die Neue Straße in ihrer heutigen Form angelegt.
- 16. Die Kolpingfamilie Tübingen feiert ihr 100jähriges Bestehen.
- 19. Konkurs der Metzgerei Memminger in der Kornhausstraße.
- 23. In der Kunsthalle wird die Ausstellung mit Werken des Malers Giorgio Morandi eröffnet.
- 30. Die Ortsgruppe des Schwäbischen



Bahnhof in Petrosawodsk

Albvereins feiert ihr 100jähriges Bestehen.

Oktober

Das ehemalige Lichtspielhaus "Universum" am Kelterplatz, das 1957 errichtet worden war und zuletzt als Supermarkt gedient hatte, wird abgebrochen. Der Platz soll zur Erweiterung des Feuerwehrhauses benutzt werden.

Das Sammellager für Asylbewerber, das acht Jahre in der Thiepvaikaserne untergebracht war, wird aufgelöst. Statt dessen wird dort eine zentrale Landesaufnahmestelle für Aussiedler aus Osteuropa eingerichtet.

- 3. Die Polizei räumt mit starken Kräften die Barrikaden in der Ludwigstraße 15. Diese waren von den Bewohnern, die nach der Besetzung des Hauses von der Stadt Mietverträge erhalten hatten, errichtet worden, um die nach ihrer Meinung zu groß geplanten Neubauten des Studentenwerks auf dem Gartengrundstück zu verhindern und die von ihnen beanspruchte Selbstverwaltung des Wohnhauses durchzusetzen.
- 4. Das neue Bibliotheksgebäude der Theologischen Fakultät an der Gmelinstraße wird übergeben.
- 4. Die Aufstockung des Parkhauses König ist fertig.
- 5. Erster Dienstleistungsabend des Einzelhandels.
- 10. Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen Tübingen und Pe-

trosawodsk (Hauptstadt von Karelien/UdSSR).

- 14. Der neue Kindergarten in Pfrondorf wird übergeben, der alte feiert sein 100jähriges Bestehen. Der Obst- und Gartenbauverein Tübingen e.V. begeht in der Hepperturnhalle seine 100-Jahrfeier.
- 16. Eröffnung der 9. Tübinger Jugendbuchwoche, Schwerpunktthema "Mädchen".
- 20. Bei einem Brand im Labor des Physiologisch-Chemischen Instituts an der Ecke Schnarrenberg- und Hoppe-Seyler-Straße entsteht ein Schaden von 2,5 Millionen DM.
- 21. Das Melchinger Theater Lindenhof erhält den erstmals vergebenen Friedrich-Hölderlin-Preis der Stadt.
- 22. Gemeinderatswahl; Ergebnisse: CDU 24,1 % (16 Sitze); SPD 21,7 % (14); AL 20,3 % (13); UFW 15,5 % (10); FL 9,1 % (6); FDP 5,1 % (3); DKP 4,1 % (2); zusammen 64 Sitze. Kreistagswahl; Ergebnisse im Gesamtkreis: CDU 26 %, SPD 21,5 %, FWV 20,6 %, Grüne 16,3 %, UFW 7,2 %, FDP 5,5 %, DKP 3 %.
- 24. Etwa 300 junge Leute stellen in der Nacht zum 24.10. im Alten Botanischen Garten Zelte auf, um auf die Wohnungsnot der Studierenden aufmerksam zu machen.
- 25. Etwa 2 000 Lehrer, Schüler und Eltern aus Tübingen und dem Kreis demonstrieren auf dem Holzmarkt für die Neueinstellung von Lehrern.

November

- 3. Der katholische Dekan Hugo Rathgeb stirbt im 75. Lebensjahr.
- 4. Die Stadtgarde zu Pferd feiert in der Hepperturnhalle das 475. Korpsjubiläum.
- 6. Der Gemeinderat wählt Susanne Müller zur Leiterin des Rechtsreferats als Nachfolgerin von Johannes Roemer-Blum. Werner Hermann wird Leiter des Ordnungsamts als Nachfolger von Rainer Klink.
- 20. Eberhard Amon wird von Domdekan Georg Kopp in der St.-Johannes-Kirche als Nachfolger des verstorbenen Dekans Hugo Rathgeb in sein Amt eingeführt.

Dezember

- 4. Der Gemeinderat beschließt, die Schmiedtorkelter als Markthalle aus-

bauen zu lassen. Einweihung der erweiterten und sanierten Hagellocher Turn- und Festhalle.

- 11. Oberbürgermeister Eugen Schmid verabschiedet im Großen Sitzungssaal 35 Gemeinderatsmitglieder und führt den neuen Gemeinderat ein.
- 12. Das Feuerhagle-Gymnasium erhält den Namen Carlo-Schmid-Gymnasium.
- 14. Den Umweltpreis des Schwäbischen Tagblatts erhält der "Arbeitskreis Energiewende".

1990

Januar

Auf dem Bauplatz für die Erweiterung des Feuerwehrhauses beginnen archäologische Ausgrabungen.

- 1. Der Güterbahnhof wird stillgelegt. Spediteure übernehmen den Bahnhof und die Ladehalle.
- 12. Die Universitäten Tübingen und Jena (DDR) nehmen offizielle Beziehungen auf. Auch zwischen den Stadtverwaltungen werden erste Kontakte geknüpft, die im Laufe des Jahres zu einem regen kulturellen Austausch und vielfältigen Hilfsmaßnahmen für Jena führen.
- 13. Beim Neujahrsempfang der Stadt wird die Partnerschaftsurkunde zwischen Tübingen und Petrosawodsk von den Stadtoberen Pavel Pestschenko und Eugen Schmid gegengezeichnet. ▼



- 21. Der Reformpädagoge Professor Wilhelm Filtnr stirbt im 101. Lebensjahr.

Februar

- 4. Bischof Walter Kaspar weiht in einem feierlichen Vespersgottesdienst die neue Rieger-Orgel in Sankt Johannes ein.

- 4. Die Hirschauer Narrenzunft feiert ihr 25jähriges Bestehen.
- 5. Der Gemeinderat wählt Gabriele Steffen zur Ersten Bürgermeisterin und



- lehnt die Wahl Wilhelm Röthenbachs zum Pfrondorfer Ortsvorsteher ab.
- 10. Die Bewohner des Neckartals erleben eine der schwersten Hochwasserkatastrophen seit 35 Jahren. Ab 14 Uhr ist die Platanenallee völlig überschwemmt.
- 23. Ausstellungseröffnung in der Kunsthalle mit Werken von Franz Marc.

März

Nach dem Abbruch der Gebäude Lazarettgasse 5 und 7 wird eine archäologische Notgrabung begonnen.

- 1. Der Orkan "Wiebke" wütet im Landkreis. In Tübingen zerstört er die alte Weide vor dem Hölderlinturm.
- 5. Auftakt zum 5. Frauentheaterfestival am Landestheater.
- 10. Eröffnung der Familien- und Verbraucherausstellung.
- 14. Eröffnung des Verbrauchermarktes "BIG" in der Eugenstraße.
- 19. Der Verwaltungsrat des LTT wählt den Kölner Dramaturgen Manfred Weber zum Intendanten.
- 23. Übergabe des Neubaus für das Regierungspräsidium in den Mühlbachäckern.
- 26. Der Gemeinderat verabschiedet im zweiten Anlauf den Haushalt 1990, der zunächst keine Mehrheit erhalten hatte, mit einem Gesamtvolumen von 310 Millionen DM und beschließt, auf einem städtischen Grundstück in der Sindelfinger Straße 16 Holzhäuser für 120 Asylbewerber und andere Wohnungssuchende zu bauen.

April

- 24. Für das Sommersemester 1990 haben sich 24 118 Studierende an der Eberhard-Karls-Universität eingeschrieben.
- 30. Ehrenbürger Ludwig Höhle erhält zum 70. Geburtstag von Ministerpräsident Lothar Späth die Staufer-Medaille in Gold.

Mai

- 5. Der Club Voltaire feiert sein 20jähriges Bestehen.
- 12. Auftakt zum Jubiläum 150 Jahre Liederkrans Hirschau.
- 18. In der Nacht entsteht in der Hafengasse 8 durch Unachtsamkeit ein Brand, bei dem die 25jährige Heike Susanne Greiner umkommt.
- 26. 125 Jahre Sängerkranz Kilchberg.

Juni

- 6. Das Schwäbische Tagblatt berichtet von einem Streitgespräch zwischen Oberbürgermeister Eugen Schmid und Baubürgermeister Klaus Blanke. Der Streit habe sich an Blankes Vorwurf entzündet, der Oberbürgermeister "lasse nichts unversucht, die Vorgaben und Beschlüsse der Gemeinderatsmehrheit systematisch zu unterlaufen, zu sabotieren und zu boykottieren". Der Oberbürgermeister widerspricht dieser Behauptung und fordert dafür Beweise.
- 7.-10. 16. Festival des Club Voltaire "Im Osten was Neues?".
- 21. Das Stocherkahnrennen auf dem Neckar gewinnt das Team "Iltis".
- 22. Hedwig Rieth, langjähriges Mitglied des Gemeinderats, wird Ehrensenatorin der Eberhard-Karls-Universität.

Juli

- 6. Auftakt zum Jazz-Festival des Zentrums Zoo.
- 8. Die Universität Tübingen gedenkt der Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft, von deren Leichnamen Teile im Anatomischen Institut präpariert worden waren. Die Präparate wurden - teils bis in die jüngste Zeit - in der Lehre verwendet. Auf dem Gräberfeld X des Stadtfriedhofes, auf dem wenige Tage zuvor diese letzten sterblichen Überreste der Opfer bestattet wurden, wird eine Gedenktafel errichtet.
- 10. Grundsteinlegung für den Anbau an

11.

das Feuerwehrhaus am Keltternplatz. Auftakt zum 5. Tübinger Sommertheater: Das Melchinger Lindenhof-Theater gibt auf dem Ammerhof "Jerg Ratgeb, Maler" von Uwe Zellmer. Bei 44 Vorstellungen werden in den folgenden Wochen fast 22 000 Zuschauer gezählt. ▼



15.

Unbekannte Täter aus neonazistischen Kreisen verwüsten das Gräberfeld X des Tübinger Stadtfriedhofs, auf dem viele Opfer des NS-Regimes bestattet sind, mitsamt den Gedenktafeln.

17.

Die neue Neckarbrücke in Lustnau wird für den Verkehr freigegeben.

August

7.

Drei Monate nach seinem 90. Geburtstag stirbt in Stuttgart der Tübinger Ehrenbürger und Ministerpräsident a.D., Gebhard Müller.

22.

Die beiden Jugendgruppen des Bundes für Umwelt und Naturschutz sowie des Naturschutzbundes erhalten von Umweltminister Erwin Vetter im Rathaus den Landesumweltpreis für ihre vorbildliche Pflege der Ammer.

28.

Ugge Bärte, Bildhauer und Graphiker, stirbt 82jährig.

30.

Der in Konkurs gegangene Metzverlag, der seit 1986 im Besitz der italienischen Firma Sogema Mazari ist, entläßt seine Beschäftigten. Das Betriebsgebäude an der Hechinger Straße und sein Inventar sollen verkauft werden. Die Firma Mazari erwirbt aus der

Konkursmasse den Namen des Metzverlages, den sie als kleinen Betrieb fortführen will.

September

2.

Vor 40 Jahren wurde in Tübingen der Deutsche Turnbund gegründet.

8.

Der Hirschauer Liederkrans feiert sein 150jähriges Bestehen.

26.

Polizeirat a.D. Friedrich Bücheler stirbt im 100. Lebensjahr.

30.

Auftakt zum Jubiläum des 150jährigen Bestehens der Sophienpflege in Pfrondorf; deren Schule wird auf den Namen des früheren Heimleiters Rudolf Leski getauft.

Sibylle Kustusch von der Sportschule Kustusch wird Judo-Landesmeisterin der Frauen.

Oktober

1.

Ab heute gilt stadtweit Tempo 30, ausgenommen bleiben auf Weisung des Regierungspräsidiums einige Hauptverkehrsstraßen.

4.

100 Jahre Universitätsfrauenklinik.

10.

Felicia Langer, israelische Menschenrechtsanwältin, erhält den Alternativen Nobelpreis.

17.

Eröffnung der 10. Tübinger Jugendbuchwoche im Landestheater. Nach wochenlangen vagen Vorankündigungen wird bekannt, daß schon 1991 mit der vollständigen Auflösung der französischen Garnison begonnen werden soll.

20.

Eröffnung des neuen Hotels "Domizil" in der Wöhrdstraße 5 - 9.

21.

Eugen Schmid wird mit 83,5 Prozent für weitere acht Jahre zum dritten Mal zum Oberbürgermeister gewählt. ► 5. Tübinger Drachenfest auf dem Österberg.

27.

150 Jahre Glas-, Porzellan- und Haushaltswarengeschäft Marquart am Marktplatz.

November

9.

Den "Gustav-Heinemann-Friedenspreis 1990 für Kinder- und Jugendbücher" erhalten Kinder der Kinderklinik für ihr Buch "Tränen im Regenbogen". Einweihung des Erweiterungsbaus der Tropenklinik Paul-Lechler-Krankenhaus.

10.

125 Jahre Sicherbund Tübingen.

23.

Ausstellungseröffnung in der Kunsthalle mit Skulpturen von Duane Hanson.

26.

Lew Druskin, russischer Dichter und Übersetzer im Tübinger Exil, stirbt im 70. Lebensjahr.

30.

Stadtbrandmeister Eugen Lutz tritt in den Ruhestand.

Dezember

2.

Bundestagswahl; Ergebnis Tübingen: Erststimmen: Herta Däubler-Gmelin (SPD) 48,2 %, Claus-Peter Grotz (CDU) 29,9 %, Hermann Keske (FDP) 6,9 %, Christian Vogt-Moykopf (Grüne) 9,8 %, Karl-August Schaal (REP) 2,8 %. Zweitstimmen: SPD 34,9 %, CDU 29,3 %, Grüne 15,1 %, FDP 14,5 %, REP 2,2 %. Der Wahlkreis Tübingen-Hechingen wird in Bonn durch die Abgeordneten Däubler-Gmelin und Grotz vertreten.

3.

Ute Krommes wird Leiterin des neuen Grünflächenamtes.

5.

Erster Tübinger Hilfstransport nach Petrosawodsk mit Spenden für die notleidende Bevölkerung.



Auch ein 33-minütiger Stromausfall änderte nichts am Ergebnis . . .



. . . und die Erste Bürgermeisterin Steffen war die erste Gratulantin

6.

Etwa 3 500 Studierende demonstrieren für mehr Mitbestimmung an der Universität, gegen überfüllte Seminare und gegen Rüstungsforschung.

14.

Der Schriftsteller Hans Sahl erhält den Internationalen Exilpreis der Bayerischen Akademie der Schönen Künste. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hat 50 Industrielle, Militärs und Politiker zur Treibjagd in den Schönbuch eingeladen.

17.

Der Gemeinderat verabschiedet den Haushalt 1991 mit einem Gesamtvolumen von 323 Millionen DM.

19.

Die "Bürgerinitiative Bühler Tal" erhält den Tagblatt-Umweltpreis 1990.

24.

Rund 150 Romas besetzen die Stiftskirche und demonstrieren gegen ihre drohende Abschiebung.

25.

Vier Tübinger fliegen mit einer zehnköpfigen Friedensdelegation nach Bagdad. Durch ihre Anwesenheit im Krisengebiet wollen sie ein Zeichen setzen gegen den drohenden Krieg am Golf.

Berät und beschließt

Der Gemeinderat

Der Gemeinderat besteht aus dem Oberbürgermeister als Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Gemeinderätinnen und -räten. Er ist nach der Gemeindeordnung Vertretung der Bürgerschaft und Hauptorgan der Gemeinde, legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Gemeindeangelegenheiten, soweit nicht der Oberbürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist. Er überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse, sorgt bei Mißständen in der Verwaltung für deren Beseitigung durch den Oberbürgermeister und entscheidet im Einvernehmen mit diesem über die Ernennung, Einstellung und Entlassung der Gemeindebediensteten.

Um den Stadtteilen eine angemessene Vertretung zu sichern, hat der Tübinger Gemeinderat die Möglichkeit der "unechten Teilortswahl" genutzt, d.h. Hirschau, Pfrondorf und Unterjesingen werden je zwei Sitze sowie Bühl, Hagelloch, Kilchberg und Weilheim je ein Sitz garantiert. In diesem Zusammenhang wurde von der in der Gemeindeordnung vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Gesamtzahl der Mitglieder von 40 auf 48 zu erhöhen. Der Verhältnisausgleich führte dazu, daß sich die Mitgliederzahl nach der Wahl 1984 auf 65 und 1989 auf 64 erhöhte. Wegen dieser Übergröße hat der Gemeinderat 1990 erneut die Abschaffung der unechten Teilortswahl beraten, sich jedoch nicht dazu durchbringen können.

Sitzverteilung im Gemeinderat

nach der Wahl am
28. Oktober 1984: 22. Oktober 1989:

CDU	16 (24,6%)	16 (25,0%)
AL	14 (21,5%)	13 (20,3%)
SPD	13 (20,0%)	14 (21,9%)
UFW	10 (15,4%)	10 (15,6%)
FL	7 (10,8%)	6 (9,4%)
FDP	3 (4,6%)	3 (4,7%)
DKP	2 (3,1%)	2 (3,1%)

insg. 65 64

Ausschüsse, Beiräte, Kommissionen

Der Gemeinderat kann beschließende Ausschüsse bilden und ihnen bestimmte Aufgabengebiete zur Erledigung übertragen sowie zur Vorberatung beratende Ausschüsse bestellen.

In der Amtszeit des Gemeinderates von 1984 bis 1989 wurden folgende Ausschüsse gebildet (in Klammern die Zahl der Mitglieder):

Beschließende Ausschüsse:
Verwaltungsausschuß (19), Planungsausschuß (20), Sozialausschuß (20), Kulturausschuß (19).

In den Planungsausschuß hat der Gemeinderat einen sachkundigen Einwohner als beratendes Mitglied berufen.

Beratende Ausschüsse:
Verkehrsausschuß (19), Ausschuß für Umwelt, Ver- und Entsorgung und Energie (20), Schulausschuß (9), Ausschuß für Sportförderung (9), Ausschuß für Partnerschaften und Friedensarbeit (11), Beschaffungsausschuß (9).

In den Schulausschuß und in den Ausschuß für Sportförderung wurden ebenfalls sachkundige Einwohner als beratende Mitglieder berufen.

Nach der Wahl am 22. Oktober 1989 hat der Gemeinderat die Hauptsatzung geändert und folgende beschließende Ausschüsse mit je 20 Gemeinderatsmitgliedern gebildet:

Verwaltungsausschuß, Sozialausschuß, Ausschuß für Kultur, Partnerschaft und Frieden (Kulturausschuß), Planungsausschuß, Verkehrs- und Verkehrsplanungsausschuß, Ausschuß für Umwelt und Energie (Umweltausschuß).

Als beratende Ausschüsse wurden der Schul- und Sportausschuß und der Beschaffungsausschuß gebildet.

Zu den vielfältigen ehrenamtlichen Tätigkeiten der Gemeinderätinnen und -räte gehört auch die Vertretung im Nachbarschaftsverband, Abwasserzweckverband Ammertal, in den Aufsichtsräten GWG, Stadtwerke Tübingen GmbH und Parkhaus GmbH, im Beirat Luise-Wetzels-Stift und Jugendzentrum Karlstraße 13 sowie im Erweiterten Vorstand der Altenbegegnungsstätte Hirsch.

Der Gemeinderat hat zudem am 27. November 1989 die Bildung einer Kommission zur Aufstellung einer Rangfolge für Woh-

nungssuchende beschlossen. Sie soll der neuen Wohnungsvermittlungsstelle beim Liegenschaftsamt Kriterien für die Vergabe des mangelnden Wohnraums vorgeben.

Die im Juni 1989 beschlossene Fahrradkommission hat ihre Arbeit inzwischen abgeschlossen und den zuständigen Gremien einen Abschlußbericht für die Weiterführung und Ausgestaltung des Fahrradwegenetzes zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt.

Themen auf der Tagesordnung des Gemeinderates

1982 - 1984

Erstmals beschließt der Gemeinderat einen Radwegeplan (1982). Für ein neues Wohngebiet wird der Bebauungsplan Herrlesberg/Stauden beschlossen.

Mit verschiedenen Maßnahmen, insbesondere Straßenumgestaltungen und -beruhigungen soll die Wohnqualität in der Südstadt verbessert werden, der Gemeinderat beschließt das "Wohnumfeldprogramm Südstadt" (WUP).

Mit einer umfangreichen Stellungnahme zur Planfeststellung B 27 neu hat der Gemeinderat teilweise erfolgreich versucht, auf die Trassenführung im Neckartal und ihre Ausgestaltung Einfluß zu nehmen.

1985 - 1990

Der Gemeinderat bestätigt (Bau-) Bürgermeister Klaus Blanke und beschließt die Einstellung eines Energie-, einer Umwelt- und einer Gleichstellungsbeauftragten. Der wiederholte Versuch zur Abschaffung der unechten Teilortswahl scheiterte erneut.

Nach dem Kauf des Gebäudes Möbel-Beck will der Gemeinderat dort ein soziokulturelles Zentrum schaffen. Das Kornhaus wird zum Stadtmuseum umgebaut.

Die Schul- und Sportanlagen im Schleifmühlweg, die den beengten Schulbereich entlasten sollen, nehmen mit einem Ideen- und Realisierungswettbewerb konkrete Formen an. Wegen der finanziellen Situation der Stadt und der Entwicklung der Schülerzahlen werden sie jedoch 1990 erneut zur Disposition gestellt. Auch die beschlossene Mehrzweckhalle Kilchberg/Bühl steht 1990 wieder auf der Tagesordnung. Es soll nun eine reine Sporthalle errichtet werden.

Der Bau des Parkhauses "Metropol" muß zunächst zurückgestellt werden, weil auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerkes Altlasten entdeckt wurden.

In der Neukonzeption des Stadtverkehrssetz der Gemeinderat auf den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, beschließt die Einführung einer Umweltkarte und die Einrichtung eines Sammeltaxis (SAM) sowie die Einführung von Tempo 30 im gesamten Stadtgebiet. Das Regierungspräsidium Tübingen als Fachaufsichtsbehörde schränkt mit Erlaß vom 10. Juni 1990 die Beruhigungswünsche des Gemeinderates ein, Durchgangsstraßen sind auszuschließen.

In Derendingen und in der Südstadt werden die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen weitgehend abgeschlossen. Auch die Wilhelmstraße wird rückgebaut und das Radwegenetz mit der Fortschreibung des Radwegenetzes 1982 weitergeführt.

Für die B 27 fordert der Gemeinderat eine Trassierung durch den Schindhau (Schindhautunnel). Mit dem Bau von Kindertagesstätten, so "Alte Mühle" und "Horemer", verbessert er das Angebot an Kindertagesstätten. Mit dem Grundsatzbeschuß zur Erhaltung stadtnaher Gewerbegebiete sollen die Ausweisung neuer Flächen und die damit verbundenen ökologisch nachteiligen Auswirkungen verhindert werden. Das Gewerbegebiet "Güllen" erhält deshalb keine Mehrheit. Die Gewerbegebiete "Reutlinger Wiesen" und "Bonlanden-West" im Stadtteil Bühl werden dagegen beschlossen. Der Bebauungsplan "Hofstrüttele" in Pfrondorf bringt ein neues Wohngebiet. Der Gemeinderat akzeptiert das von den Stadtwerken ausgearbeitete "Mischwasserkonzept" für die Wasserversorgung.

Der Energiebericht 1987 faßt die vielfältigen Energiebeschlüsse des Gemeinderates zusammen. Das Abwasserprogramm 2000 bezweckt die Verstärkung des Kanalnetzes und den Bau von verschiedenen Regenüberlaufbecken im Gesamtstadtgebiet. Der Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens im "Sauwasen" soll Lustnau einen ausreichenden Hochwasserschutz bieten. Es ist Bestandteil des Wasserbauprogrammes 90. Die Stadtansicht an der Eberhardsbrücke soll durch den Bau einer neuen "Neckarmüllerei" abgerundet, die Kelter künftig als Markthalle genutzt werden.

Die Aufstockung des Parkhauses König verbessert das Parkplatzangebot. Die aktuelle Wohnungssituation entwickelt sich zu einem Dauerbrenner und der Gemeinderat versucht, die sich zuspitzende Wohnungsnot zu lindern. Die Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften werden durch umfang-

reiche Subventionen unterstützt und die Stadt betätigt sich selbst als Bauherr.

Zudem muß sie nach der Auflösung der Thiepvalkaserne als Sammellager für Asylbewerber ihre Aufnahmequote erfüllen. Der Gemeinderat beschließt daher den Bau von Einfachhäusern in der Sindelfinger Straße; eine Mischbelegungssozialen Spannungen entgegenwirken. Er verabschiedet außerhalb seines eigentlichen Aufgabengebietes Resolutionen etwa für die Einführung eines Ausländerwahlrechtes, für die Abschaffung von Tiefflügen und gegen den Bau von Sondermüllverbrennungsanlagen.

Der Erste Beigeordnete Dr. Albrecht Kroymann wird am 14. Juni 1989 zum Landrat des Landkreises Tübingen gewählt und scheidet am 6. September 1989 aus. Als seine Nachfolgerin wählt der Gemeinderat am 5. Februar 1990 Gabriele Steffen.

Zusammensetzung des Gemeinderates bis zur Wahl im Herbst 1984:

Dr. Adolph, Wolfgang	Zahnarzt	CDU
Ballarin, Hermann	Diplomgeograph	AL
Dr. Baumann, Hugo	Forstdirektor	CDU
Bialas, Gerhard	Gärtnermeister	DKP
Bosch, Peter	Landwirt	UFW
Braun, Gotlind	M.A., Angestellte	SPD
Braun, Walter	Freier Architekt	SPD
Dr. von Dadelsen, Dorothea	Hausfrau	CDU
Diez, Rüdiger	Rechtsanwalt	AL
Eitle, Hans-Dieter	Freier Architekt	UFW
Enderlein, Ingeborg	Hausfrau	FDP
Erbe, Michael	Regierungsrat	FDP
Fridrich, Richard	Gastwirt	CDU
Friesch, Wilhelm	Flaschner- u. Installateurmeister	FDP
Friess, Martha	Hausfrau	CDU
Fritsch, Othmar	Polizeihauptkommissar	SPD
Gebhart, Bruno	Buchhändler	AL
Geist, Erwin	Gewerkschaftssekretär i.R.	SPD
Gossgger, Bernd	Betriebswirt	CDU
Hämmerle, Alma	Hausfrau	CDU
Hafner, Kurt	Direktor	UFW
Haile, Alfred	Amtsgerichtsdirektor a.D.	CDU
Haug, Heidrun	Lehramtskandidatin	DKP
Hönle, Ludwig	Geschäftsführer	CDU
Hopp, Annemarie	Vikarin	SPD
Karrer, Ernst-August *	Schreinermeister	UFW
Kentner, Otto *	Oberschulrat a.D.	UFW
Kern, Georg	Schlossermeister	UFW
Kirrmeier-Renner, Elisabeth	Redakteurin	SPD
Dr. Koslowski, Gisela	Hausfrau und Ärztin	UFW
Dr. Kühn, Albrecht	Facharzt für innere Krankheiten	UFW
Kunz, Horst	Polizeidirektor	CDU
Kuss, Adelheid *	Fachlehrerin	AL
Lohmüller, Hugo	Bauunternehmer	CDU
Majewsky, Detlev	Oberstudienrat	SPD
Marschall, Willy O.	Akad. Direktor	SPD
Mühlich, Rainer	Freier Architekt	AL
Riethmüller, Brigitte	Buchhändlerin	UFW
Röscheisen, Klaus *	Regierungsdirektor	CDU
Prof. Dr. Schäfer, Friedrich	Staatssekretär a.D.	SPD
Schmeissner, Dorte	Rechtsanwältin	SPD
Schneck, Siegfried	Malermeister	CDU
Schramm, Adolf	Schlossermeister	UFW
Schreiber, Hans	Vorsitzender Richter am Landgericht	SPD
Schreiner, Ulrich	Flaschnermeister	UFW
Schwaderer, Harald	Lehrer	DKP
Schweizerhof, Karl	Leit. Regierungsbaudirektor	CDU
Sobetzko, Johannes	Studienreferendar	AL
Soehle, Ulrike	Kauffrau	AL
Stolz-Schimpf, Verena *	Kauffrau	FDP
Volle, Wilhelm	Postbetriebsinspektor	CDU
Weidle, Albert	Verwaltungsdirektor	SPD
Weimer, Gerhard	Oberstudienrat	SPD
Werner, Wolfgang	Direktor des Bürger- u. Verkehrsvereins	UFW
Wössner, Johannes	Kirchenpfleger	CDU
Wüst, Klaus	Rechtsanwalt	CDU
Zeeb, Doris	Postbeamtin	SPD
Zorell, Monika *	Studienrätin	SPD

- * Karrer, Ernst-August: ausgeschieden am 15.2.1982; nachgerückt ist Ursula Zöllner
- * Kentner, Otto: ausgeschieden am 14.3.1983; nachgerückt ist Dr. Erwin Schwarz
- * Kuss, Adelheid: ausgeschieden am 3.12.1984; nachgerückt ist Werner Schärdel
- * Röscheisen, Klaus: ausgeschieden am 6.12.1982
- * Stolz-Schimpf, Verena: ausgeschieden am 31.1.1983; nachgerückt ist Karl Holbach
- * Zorell, Monika: ausgeschieden am 11.7.1983; nachgerückt ist Dr. Wolfgang Kralewski

Der Gemeinderat nach der Wahl am 28. Oktober 1984:

- Dr. Harald Stumpf hat unmittelbar nach seiner Wahl in den Gemeinderat die Übernahme dieses Ehrenamtes abgelehnt. Seine Gründe wurden anerkannt, Dr. Hans Günzl als Ersatzbewerber verpflichtet.
- * Dr. Baumann, Hugo: ausgeschieden am 28.11.1988; nachgerückt ist Gerhard Schnaitmann (fraktionslos)
- * Braun, Gotlind: ausgeschieden am 7.7.1986; nachgerückt ist Alfred Kost
- * Diez, Rüdiger: ausgeschieden am 19.10.1987; nachgerückt ist Beate Jung
- * Elger, Christof: ausgeschieden am 12.10.1987; nachgerückt ist Herta Messemer
- * Friess, Martha B.: verstorben am 24.12.1988; nachgerückt ist Dr. Eva Riehm-Günther
- * Haug, Heidrun: ausgeschieden am 30.11.1987; nachgerückt ist Thomas Willauer
- * Dr. Hoheisel, Hans-Jürgen: ausgeschieden am 17.10.1988; nachgerückt ist Daniela von Kapff
- * Jores, Anette: ausgeschieden am 9.6.1986; nachgerückt ist Helmut Singer
- * Dr. Koslowski, Gisela: ausgeschieden am 17.3.1986; nachgerückt ist Dieter Pantel
- * Kümmerle, Albrecht: ausgeschieden am 17.10.1988; nachgerückt ist Erwin Brümmer
- * Prof. Dr. Schäfer, Friedrich: verstorben am 31.8.1988; nachgerückt ist Hermann Barth
- * Soehle, Ulrike: ausgeschieden am 9.12.1985; nachgerückt ist Hermann Ballarin
- * Stählin, Christof: ausgeschieden am 16.3.1987; nachgerückt ist Ulrike Mansfeld

Dr. Baumann, Hugo*	Forstdirektor	FL
Bialas, Gerhard	Gärtnermeister	DKP
Braun, Gotlind *	M.A., Angestellte	SPD
Class, Friedrich	Medizinisch-technischer Assistent	SPD
Diez, Rüdiger *	Rechtsanwalt	AL
Dr. Dreyer, Christine	Biochemikerin	AL
Eitle, Hans-Dieter	Freier Architekt	FL
Elger, Christof *	Geograph	AL
Erbe, Michael	Oberregierungsrat	FDP
Fridrich, Richard	Gastwirt	CDU
Friesch, Wilhelm	Flaschner- u. Installateurmeister	FDP
Friess, Martha B. *	Hausfrau	CDU
Fritsch, Othmar	Polizeihauptkommissar a.D.	SPD
Fröhlich, Werner	Richter am Amtsgericht	AL
Gönner, Margarethe	Doktorandin	AL
Grub, Marie-Helene	Hausfrau	SPD
Dr. Günzl, Hans	Biologe	FL
Hämmerle, Alma	Hausfrau	CDU
Haug, Heidrun *	Journalistin	DKP
Herre, Petra-Ilona	Wissenschaftliche Angestellte	SPD
Dr. Hoheisel, Hans-Jürgen *	Apotheker	CDU
Holbach, Karl	Dipl.-Ing. (FH), Architekt	FDP
Jores, Anette *	Krankengymnastin	AL
Keller, Dieter	Sparkassenbetriebswirt	CDU
Kern, Georg	Schlossermeister	UFW
Klein, Ingrid	Lehrerin	AL
Dr. Koslowski, Gisela *	Hausfrau und Ärztin	CDU
Dr. Kralewski, Wolfgang	Akademischer Direktor	SPD
Dr. Krell, Herbert	Dipl.-Biochemiker	AL
Dr. Kühn, Albrecht	Arzt	UFW
Kümmerle, Albrecht *	Dipl.-Ing. Agrar (FH), Landwirt	UFW
Kunz, Horst	Leit. Polizeidir., Dipl.-Verw.wirt "Polizei" (FH)	CDU
Lanig-Herold, Margarete	Verkehrsplanerin	AL
Lohmüller, Hugo	Bauunternehmer	CDU
Majewsky, Detlev	Pfarrer u. Oberstudienrat	SPD
Marschall, Wilhelm O.	Akademischer Direktor	SPD
Marxer, Ernst	Oberforstrat	CDU
Meyer-Dubbers, Elke	Hausfrau	FL
Nick, Volker	Friedensarbeiter	AL
Dr. Petersmann, Johanna	Hausfrau u. Historikerin	FL
Rautenberg, Dieter	Dipl.-Pädagoge, Sonderschullehrer	FL
Rilling, Günther	Schreinermeister	UFW
Sailer, Eugen	Flaschner- u. Installateurmeister	CDU
Prof. Dr. Schäfer, Friedrich *	Staatssekretär a.D.	SPD
Schlager, Sabine	Augenoptikerin	AL
Schmeissner, Dorte	Rechtsanwältin	SPD
Schneck, Siegfried	Malermeister	CDU
Schramm, Adolf	Schlossermeister	UFW
Schreiber, Hans	Vorsitzender Richter am Landgericht	SPD
Schreiner, Otto	Techn. Postbetriebsinspektor	CDU
Schreiner, Ulrich	Flaschner- u. Installateurmeister	UFW
Dr. Schwarz, Erwin	Rechtsanwalt	UFW
Schweizerhof, Karl	Ltd. Regierungsbaudirektor	CDU
Dr. Seynsche, Karl	Arzt	AL
Soehle, Ulrike *	Kauffrau	AL
Stählin, Christof *	Dichter und Sänger	FL
Steinbach, Peter	Vorsitzender Richter am Landgericht	SPD
Stoll, Eva-Cornelia	Buchhändlerin	AL
Volle, Wilhelm	Postoberinspektor	CDU

Weimer, Gerhard	Landtagsabgeordneter	SPD
Werner, Wolfgang	Verkehrsdirektor i.R.	UFW
Wölfle, Wolfgang	Fahrlehrer	UFW
Wössner, Johannes	Kirchenpfleger i.R.	CDU
Wüst, Klaus	Rechtsanwalt	CDU
Zöllner, Ursula	Hausfrau u. Juristin	UFW

Der Gemeinderat nach der Wahl am 22. Oktober 1989

Bialas, Gerhard	Gärtnermeister	DKP
Bosch, Peter	Landwirt	FL
Braun, Rainer	Rechtsanwalt	SPD
Braungardt-Friedrichs, Erika	Lehrerin	SPD
Brümmer, Erwin	Parkettlegemeister	UFW
Class, Friedrich	Medizinisch-technischer Assistent	SPD
Eck, Ellen	Lehrerin	SPD
Edel, Romeo	Pfarrer, Lehrer, Hausmann	AL
Eitle, Hans-Dieter	Freier Architekt	FL
Friesch, Kurt	Bankvorstand	UFW
Gebhart-Pletzsch, Bruno	Buchhändler	AL
Gönner, Margarethe	Historikerin	AL
Goller, Wilhelm	Lehrer	SPD
Gottschalk, Ulrike	Hausfrau, Mutter	FL
Hämmerle, Alma	Hausfrau	CDU
Hahn, Eva-Maria	Rechtsanwältin	FDP
Dr. Hansis, Dorothee *	Ärztin	AL
Herre, Petra-Ilona	Wissenschaftliche Angestellte	SPD
Höhne-Mack, Ingeborg	Studienrätin, Familienfrau	SPD
Hurlebaus, Rudi	Bäckermeister	CDU
Jung, Beate	Lehrerin, Mutter	AL
von Kapff, Daniela	Hausfrau	CDU
Kehrer-Bleicher, Gisela	Angestellte	DKP
Kern, Georg	Schlossermeister	UFW
King, Werner	Architekt und Stadtplaner	SPD
Klein, Hans-Peter	Installateurmeister	UFW
Kost, Helmut	Lokomotivbetriebsinspektor	CDU
Kralewski, Ursula	Dozentin	SPD
Dr. Kühn, Albrecht *	Arzt	UFW
Kunz, Horst	Leit. Polizeidirektor	CDU
Latus, Ulrich	Zimmermeister	CDU
Litzbarski, Arno	Rechtsanwalt	SPD
Lohmüller, Hugo	Bauwerkmeister	CDU
Marxer, Ernst	Forstdirektor i.R.	CDU
Müller, Adelheid	Chemie-Ingenieurin	AL
Nold, Siegfried	Rechtsanwalt	AL
Pantel, Dieter	Akademischer Oberrat	CDU
Patzwahl, Claudia	Mutter u. Hausfrau	AL
Petersdorff, Tim	Student	AL
Dr. Petersmann, Johanna	Hausfrau u. Historikerin	FL
Rak, Michael	Oberregierungsrat	CDU
Rautenberg, Dieter	Dipl.-Pädagoge, Sonderschullehrer	FL
Dr. Riehm-Günther, Eva	Ärztin	CDU
Riekert, Silvia	Hausfrau	FL
Rilling, Günther	Küchenausstatter	UFW
Roh, Sonja	Krankenschwester	AL
Sailer, Eugen	Flaschner- u. Installateurmeister	CDU
Schmid-Welke, Gudrun	Sozialpädagogin	AL
Schneck, Siegfried	Malermmeister	CDU
Schneck, Wolfgang	Sportlehrer	SPD

* Dr. Hansis, Dorothee: ausgeschieden am 26.3.1990; nachgerückt ist Gerhard Schnaitmann

* Dr. Kühn, Albrecht: ausgeschieden am 5.11.1990; nachgerückt ist Günther Bankmann

Scholder, Carola	Hausfrau	FDP
Schreiber, Hans	Vorsitzender Richter am Landgericht	SPD
Schreiner, Otto	Techn. Postbetriebsinspektor	CDU
Dr. Schwarz, Erwin	Rechtsanwalt	UFW
Schweizerhof, Karl	Ltd. Regierungsbaudirektor a.D.	CDU
Schwenninger, Walter	Lehrer	AL
Dr. Sütterlin, Kurt	Schulamtsdirektor	FDP
Volte, Wilhelm	Postoberinspektor	CDU
Weimer, Gerhard	Landtagsabgeordneter	SPD
Werner, Wolfgang	Verkehrsdirektor i.R.	UFW
Wiedemann, Renate	Postbedienstete	SPD
Wölfle, Wolfgang	Fahrlehrer	UFW
Zanker, Sabine	Rechtsanwältin	AL
Zöllner, Ursula	Hausfrau u. Juristin	UFW



Die nach der Kommunalwahl 1989 ausgeschiedenen Stadträtinnen und Stadträte

Ehrungen und Beehrungen

Die Stadt hat zu Ehrenbürgern ernannt:

Erwin Geist, Gewerkschaftssekretär i.R. am 12. Januar 1985
 Ludwig Hönle, Direktor i.R. am 12. Januar 1985
 Prof. Dr. Theodor Eschenburg, Staatsrat a.D. am 18. Juni 1985

Mit der Bürgermedaille wurden ausgezeichnet:

1982
 Lilli Zapf (gestorben am 12.12.1982)
 Christian Märkle (gestorben am 30.3.1983)

1983
 Otto Kentner

1984
 Robert Kallenberg

1985
 Gottfried Fritz (gestorben am 21.8.1989)
 Elisabeth Kirrmeler-Renner
 Dr. Hedwig Maier
 Hedwig Rieth
 Richard Schmid
 Albert Weidle (gestorben am 3.5.1989)

1987
 Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Mayer

Die lange Reihe der seit 1965 mit der Bürgermedaille geehrten Persönlichkeiten fand im Juni 1989 ein überraschendes Ende: Weil der Gemeinderat sich nicht mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit auf eine Verleihung an das Ehepaar Inge und Walter Jens verständigen konnte, schüttete er kurzerhand "das Kind mit dem Bade aus" und schaffte die Bürgermedaille ersatzlos ab.

Bürgerschaft und Prominente

Schaut man in die Terminliste der Empfänge im Rathaus, ins Gäste- oder Goldene Buch der Stadt, dann erhält man den Eindruck, hier gibt sich die Welt die Klinke in die Hand: Tübingen als Weltstadt, ob dieser heimelige Ort aber auch eine Stadt von Welt ist - das müßten schon die Gäste entscheiden. Der Bürgerschaft steht das Rathaus täglich offen, auch mal zu einem Tag der offenen Tür und, recht eingeschränkt, den Vertretern ihrer Vereine und anderer Institutionen bei den Neujahrsempfängen des Oberbürgermeisters. Ansonsten spiegelt sich im Rathaus die Internationalität vor allem der Universität mit ihren Kongressen, Symposien und Besuchern. Bei Wein, Brezeln und small talk läßt sich trefflich typisch Tübingerisches vermitteln und in die Welt tragen.

An die hundert Empfänge verzeichnet eine grobe Übersicht im Berichtszeitraum. Hier kann nur ganz willkürlich eine kleine Auswahl aufgeführt werden:

- 1982
- Tag der offenen Tür am Samstag, 26. Juni 1982, unter anderem mit einem Bürgerempfang für jedermann durch den Oberbürgermeister im Großen Sitzungssaal. Anschließend steht dieser in seinem Dienstzimmer Rede und Antwort.
 - VI. European Microwave Spectroscopy Conference.
 - Besuch der Aargauischen Gebäudeversicherungsanstalt aus Aargau/Schweiz.
 - Führungskräfte der japanischen Beton- und Fertigteilindustrie.

- 1983
- Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kleferorthopädie.

- 1984
- 80. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde.
 - Stellvertretender saudischer Industrieminister Dr. Fouad Al-Farsi.
 - Generalkonsul Masahiro Aikawa (Osaka).

- 1985
- DDR-Regisseure zur DDR-Filmwoche.
 - Bürgermeister André Lang, Montbéliard/Frankreich.
 - Mitglieder des Deutschen Städtetages Köln.
 - Delegation der Kommunistischen Partei Bjelorußland/UdSSR.

- 1986
- Tadschikische Tage in Württemberg.

- 1987
- Internationales Symposium "Anästhesie und cerebrale Funktion."
 - Vorstandsmitglieder der Deutschen Sängerschaft und der Sängerschaft Hohentübingen zum Sängerschaftstag.
 - Delegation des italienischen Jugendherbergverbandes.

- 1988
- Vizepräsidentin Felicia Langer der Israeli Human Rights League.
 - Empfang von Friedenspilgern "Peace Pilgrimage".
 - Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für medizinische Physik.

- 1989
- Malakologenkongreß.
 - Symposium "Neuroendocrinology: Quid Novi".
 - Sowjetische Delegation aus Witebsk (Montanwerke Walter).
 - Third Annual Bovine Herpesvirus Workshop.

- 1990
- "100 Jahre 1. Mai".
 - Preisverleihung des Landesumweltpreises Baden Württemberg der Aktion "Gesundes Wasser ist unsere Zukunft" an Tübinger Umweltgruppen.

Einträge im Goldenen Buch...

- 1983
- Französischer Botschafter Henri Froment-Meurice (15.1).
 - Ministerpräsident Franz-Josef Strauß (1.3.).

- 1984
- Französischer Botschafter Jacques Morizet (Degas-Ausstellung, 14.1.).
 - Präsident der Volksversammlung der Demokratischen Republik Somalia Mohamed Ibrahim Ahmed (4.5.).

- 1986
- S.K.H. Prinz Raad bis Zaid Hussein, Königreich Jordanien ("Third International Conference on the History and Archeology of Jordan", 8.4.).
 - Irischer Botschafter John H.F. Campell (6.5.).
 - Franz. Botschafter Serge Boidevaix (7.7.).
 - Eminenz Tomas Kardinal O'Fiaich, Erzbischof von Armagh und Kardinalprimas von Irland (15.9.).
 - Delegation des Obersten Sowjet der UdSSR (25.10.).

- 1988
- Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein Hans Brunhart (26.8.).

- 1989
- Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Horst Neubauer (11.6.).
 - Indischer Botschafter A. Madhavan (24.11.).

- 1990
- Bundeswirtschaftsminister Dr. Haußmann, Wirtschaftsminister Dr. Schüssel - Österreich - und der Schweizer Bundesrat für Wirtschaft H. Delamuraz (9.6.).

... und ein kleiner Auszug aus dem Gästebuch:

- 1982
- Italienischer Botschafter Prof. Dr. Luigi Vittorio Ferraris (12.2.).
 - Thailändische Prinzessin Sirindhorn (22.6.).

- 1985
- Bürgermeister Teddy Kollek, Jerusalem (15.4.).
 - Partnerschaftstage 1985: Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages mit Perugia und 25-jähriges Partnerschaftsjubiläum mit Aix-en-Provence (19.7.).

- 1987
- Ehemalige jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger (21.8.).



Bürgermedaille der Universitätsstadt Tübingen: Vorder- und Rückseite

Die Ämter und ihre Aufgaben innerhalb der Geschäftskreise

Geschäftskreis I

Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid

Hauptamt

- Geschäftsstelle des Gemeinderats
- Ortsrecht
- Wahlen
- Statistik
- koordinierende Aufgaben für die gesamte Verwaltung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Partnerschaftsangelegenheiten
- Organisationsfragen
- Beschaffungsstelle und Hausdruckerei
- Daten- und Kommunikationstechnik

Personalamt

- Personalangelegenheiten der Beschäftigten sowie deren Lohn- und Gehaltszahlungen
- Ausbildung
- Kommunale Verwaltungsschule

Rechnungsprüfungsamt

- örtliche Prüfung der Rechnungs- und Wirtschaftsführer der Stadt und ihrer wirtschaftlichen Unternehmen

Stadtkämmerei mit Stadtkasse und Steuerabteilung

- Finanzwirtschaft der Stadt
- Aufstellen des Haushaltsplanes und der Finanz- und Investitionsplanung
- Führung der Kassen- und Rechnungsgeschäfte
- Erhebung der Gemeindesteuern und Gebühren

Liegenschaftsamt

- Durchführung des Grundstücksverkehrs
- Verwaltung des städtischen Grundvermögens
- Bewirtschaftung des Städtischen Waldes
- Kommunale Wohnraumvermittlung
- Wirtschaftsförderung

Rechtsreferat

- Prozeßführung bei gerichtlich anhängigen Rechtsstreitigkeiten
- Beratung der Ämter in Rechtsfragen
- Mitwirkung beim Erlaß von Rechtsvorschriften

Frauenbeauftragte

- Ziel: alltägliche Benachteiligungen von Frauen in allen Lebensbereichen zu beseitigen
- Umsetzung von Frauenfördermaßnahmen in der Verwaltung
- Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- Informationsveranstaltungen

Umweltbeauftragte

- Beratung der Ämter und des Gemeinderats bei umweltrelevanten Fragestellungen
- Leitstelle für die Umweltverträglichkeitsprüfung
- Ansprechpartner und Anlaufstelle für Anregungen und Beschwerden in Fragen des Umweltschutzes
- Umweltbezogene Öffentlichkeitsarbeit

Personalvertretung

Geschäftskreis II

Erste Bürgermeisterin Gabriele Steffen

Ordnungsamt

- Straßenrechts- und Straßenverkehrsangelegenheiten
- Ordnungswidrigkeiten, gemeindlicher Vollzugsdienst
- Melde-, Ausländer- und Paßangelegenheiten
- Wehrerfassung
- Fundsachen
- Ortpolizeibehörde
- Genehmigung von Veranstaltungen und Gaststätten
- Gewerbe- und Handwerksrecht
- Märkte
- Feuerlöschwesen
- Öffentlicher Personennahverkehr

Standesamt

- Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle
- Kirchenaustritte
- Mitwirkung bei Nachlaßangelegenheiten
- Ratschreiber
- Vergleichsbehörde (Vornahme von Sühneversuchen)
- Namensänderungen

Schul- und Sportamt

- Verwaltung der Schulen
- außerschulische Betreuungsmaßnahmen
- Sportstättenplanung
- Sportförderung
- Verwaltung der Sportplätze und Turn- und Festhallen
- Schülerbeförderung

Kulturamt

- Förderung kultureller Einrichtungen, Vereine, Gruppen und Einzeler
- Aktives Mitgestalten des kulturellen Lebens
- Förderung und Gestaltung der Heimatpflege
- Verwaltung kultureller Einrichtungen der Stadt
- Herausgabe von Katalogen, Büchern, Informationsschriften
- Jugend- und Kulturaustausch
- Kunsthalle
- Stadtarchiv
- Stadtbücherei mit Mediothek
- Stadtmuseum

Sozialamt

- Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge
- Ortsbehörde für Angestellte und Arbeiter
- Wohngeldstelle
- Altenhilfe und Altenheime
- Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige
- Ausländerberatung
- Wohnraumsicherung
- vorschulische Einrichtungen
- offene Jugendarbeit, Jugendhäuser
- Familien- und Sozialpaß
- Männerwohnheim
- Sozialstation

Veterinäramt

- Betrieb- und Verwaltung des Schlachthofes
- Schlachttier- und Fleischbeschau
- Lebensmittelkontrolle
- Überwachung des städtischen Tierheims

Geschäftskreis III

Bürgermeister Klaus A. Blanke

Bauverwaltungsamt

- Baugenehmigungen
- Erschließungs- und Entwässerungsbeiträge
- Wohnbauförderung
- Bauleitplanung
- Betrieb des Fuhrparks

Stadtplanungsamt

- Vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung (Flächennutzungsplan und Bauleitplan)
- Bauberatung mit planungsrechtlichen Stellungnahmen und Bauanfragen

Stadtsanierungsamt

- Stadtsanierungsmaßnahmen
- Stadt- und Ortsbildpflege

Bauordnungsamt

- Bearbeitung der Bauanträge aus bauordnungsrechtlicher Sicht
- Bauüberwachung, -beratung
- Bau- und Brandverhütungsschauen
- Prüfung statischer (bautechnischer) Unterlagen
- Grundstücksteilungen
- Verwaltung der Bauregistratur

Hochbauamt

- Bau und Unterhaltung von städt. Hochbauten
- Energieberatung

Tiefbauamt

- Bau und Unterhaltung von Straßen, Brücken und Straßenbeleuchtung
- Straßenreinigung und Winterdienst
- Abfallbeseitigung
- Abwasserbeseitigung
- Betrieb des Klärwerks
- Betrieb des Bauhofes
- Betrieb und Unterhaltung der öffentl. Bedürfnisanstalten
- Betrieb und Unterhaltung von öffentl. Brunnen
- Erkundung und Sanierung der Altlasten
- Planung, Bau und Unterhaltung von Wasserläufen

Grünflächenamt

- Aufstellung von Grünflächenplänen
- Planung und Durchführung landwirtschaftsplanerischer Maßnahmen
- Bau und Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen und Friedhöfe

Stadtvermessungsamt

- Katastervermessung
- Baulandumlegung
- Herstellung vermessungstechnischer Planunterlagen
- Herstellung der Stadtkarten
- Geschäftsstelle des Gutachterausschusses

Abteilung Verkehrsplanung

- Gesamtverkehrsplanung

Die Fäden in der Hand

Das Hauptamt

Hauptamt - ein zentrales Amt wohl, in dem die Fäden einer Stadtverwaltung zusammenlaufen? So ungefähr. Schnell skizziert sind seine Aufgaben, wenn man an die Grundsätze des Kommunalverfassungsrechts denkt: die Gemeinde als von den Bürgerinnen und Bürgern selbstverwalteter Organismus, Grundlage und Glied des demokratischen Staates, mit einem von der Bürgerschaft gewählten Gemeinderat als Hauptorgan, dem ein ebenso gewählter Oberbürgermeister vorsteht, der zugleich gesetzlicher Vertreter der Gemeinde ist.

Hervorgehobene Aufgabe des Hauptamtes ist die Geschäftsführung für den Gemeinderat und dessen Ausschüsse, also vor allem die Vorbereitung der Sitzungen, die Ausstattung der Gemeinderäte mit den notwendigen Beratungsunterlagen und das Protokollieren. Auch ist dem Gemeinderat zuzuarbeiten bei der Erarbeitung und Fortschreibung des örtlichen Satzungsrechts. Regelmäßig pflegt die Stadtverwaltung in wichtigen Angelegenheiten den unmittelbaren Gedankenaustausch mit den Bürgerinnen und Bürgern durch Bürgerversammlungen. Ferner wäre zu nennen die Organisation sämtlicher Wahlen und das Erstellen zentraler Statistiken.

Naheliegender sind als weitere Aufgaben: Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation, Ehrungen, Pflege der Partnerschaften, die Verbindung zu den kommunalen Spitzenverbänden, die Betreuung der eingegliederten Ortschaften, die innere Organisation und die Postverteilung.

Partner und Paten

Tübingen unterhält neun partnerschaftliche Beziehungen zu:
Aigle/Schweiz (12. Oktober 1973),
Aix-en-Provence/Frankreich (20. Oktober 1960),
Ann Arbor/USA (27. November 1965),
Durham/England (6. Juli 1969),
Kingersheim/Frankreich (14. September 1963 mit der damaligen Gemeinde Hirschau),
Kilchberg/Schweiz (29. August 1981, vorher seit 1956 mit Kilchberg freundschaftliche Beziehungen),
Monthey/Schweiz (14. Juli 1959),
Perugia/Italien (21. Juni 1984),
Petrosawodsk/UdSSR (9. Oktober 1989).

Der Partnerschaft mit Petrosawodsk ging ein am 19. Oktober 1987 eingereicherter Bürgerantrag mit 1 407 Unterschriften voraus. Thema: Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Sowjetunion. Begründung: Eine Städtepartnerschaft ist ein "sichtbares Zeichen der Versöhnung, Verständigung und Freundschaft".

Partnerschaftliche Beziehungen bestehen zum Minenjagdboot "Tübingen" der Deut-

schen Bundesmarine, getauft am 12. August 1957, Wiederindienststellung am 20. März 1978 und zum City-Jet "Tübingen", Boeing 737 der Deutschen Lufthansa.

Besondere Beziehungen zu Jena

Seit 1984 bemühte sich Tübingen intensiv um eine Partnerstadt in der DDR. Noch 1987 wurde von der Ständigen Vertretung der DDR "gegenwärtig keine Möglichkeit gesehen, neue Partnerschaften ins Leben zu rufen". Nach der Wende vom 9. November 1989 vereinbarten die Universitäten Tübingen und Jena Anfang 1990 die wissenschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Als Basis bestehen historische Gemeinsamkeiten: So hatten die berühmtesten Tübinger Studenten Hegel, Schelling und Hölderlin auch in Jena gewirkt.

Zu dem bereits mit Erlangen und inzwischen auch mit Aalen (Oberkochen) verschwistereten Jena haben sich von der Stadt nun "besondere Beziehungen" vor allem auf kulturellem und städtebaulichem Gebiet entwickelt. Partnerschaften sozialer Einrichtungen sind geplant.

Besuch ehemaliger Tübinger Juden

Zum zweiten Mal hat die Stadt ehemalige Tübinger Juden eingeladen, die während der Nazizeit flüchten mußten und im Ausland eine neue Heimat fanden. Von ihnen folgten 19, begleitet von 16 Angehörigen, der Einladung und waren vom 20. bis 31. August 1987 Gäste der Stadt. Mit diesem erneuten Besuch solle der Brückenschlag über den Graben der Vergangenheit weiter gefestigt werden, sagte Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid in seiner Begrüßung. Während des feierlichen Empfangs im Großen Sitzungssaal des Rathauses wurde der Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Hans Mayer, selbst Jude, Emigrant und Heimkehrer, mit der Bürgermedaille geehrt. Die ehemaligen Tübinger Juden selbst wollten nicht als überlebende Opfer, sondern als Zeugen und als Mahnung gesehen werden.

Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid ehrt den Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Hans Mayer mit der Bürgermedaille



Organisation

Für die rund 1 600 Beschäftigten der Stadt wird der Stellenplan aufgestellt und die tarifvertraglichen Stellenbewertungen vorgenommen. Es ist für Büroräume und deren Ausstattung zu sorgen, außerdem sind sämtliche, für den Büroalltag unerlässliche Dinge zu beschaffen.

In Zusammenarbeit mit der Gemeindeprüfungsanstalt wurde Ende 1986 eine Organisationsuntersuchung der technischen Ämter abgeschlossen. Ein wesentliches Ergebnis war, daß die Aufgaben der Grünplanung, der Grünpflege mit Regiebetrieb (Gärtnerei) und das Friedhofswesen die Zusammenfassung in einem eigenständigen Amt rechtfertigen. Nachdem der Gemeinderat 1989 dem zugestimmt hat, wird 1991 ein Grünflächenamt eingerichtet.

Computer

Kollege Computer ist mittlerweile aus der Verwaltung nicht mehr wegzudenken. Er ist unersetzlich, wenn es darum geht, schnell, rationell und bürgernah tätig zu sein. Inzwischen arbeitet etwa jeder zehnte Beschäftigte am Bildschirm. Der technische Fortschritt hat zur schrittweisen Rückverlegung der Verarbeitungsleistung von den Rechenzentren zu den Anwendern geführt. Die Beschäftigten können nun ihre Eingaben direkt am Arbeitsplatz vornehmen; der lange Zeit unerlässliche Erfassungsbeleg und die zentrale Erfassung bei der "Datenbearbeitungsstelle" sind weggefallen.

Im Zuge dieser Entwicklung wurden bei der Stadtverwaltung in den Jahren 1982/1984 zwei Datenverarbeitungssysteme - Kienzle 9000 und eine Anlage der Firma Nixdorf - installiert. Dies war die Voraussetzung für die Einführung der Auskunft bei den landeseinheitlichen Verfahren Einwohnerwesen und Finanzwesen, der Textverarbeitung und des Baugenehmigungsverfahrens.

Da die Kapazität der Anlagen jedoch sehr begrenzt war, entschied der Beschaffungsausschuß 1988, eine Anlage der Firma IBM anzumieten, die folgende Bereiche abdecken kann: Dialog mit dem Regionalen Rechenzentrum Alb-Schwarzwald für die landeseinheitlichen Verfahren, individuelle Datenverarbeitung (eigene Programme), Bürokommunikation (Textverarbeitung, Terminkalender usw.) und graphische Datenverarbeitung. Seither können individuelle Programme erstellt werden. Diese Möglichkeit

wird bis jetzt für folgende Verarbeitungen genutzt: Erstellung des Finanzplanes, Aufstellung der Sammelnachweise, Adressenverwaltung, An-, Um- und Abmeldung von Gewerbebetrieben, Verwaltung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Sport-, Spiel- und Gymnastikstunden, Inventarisierung, Verwaltung der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, Auswertung der Kommunalwahlen, Bescheidschreibung bei den Einnahmen für Pacht, Erbbauzins und Holzgeld.

In der technischen Verwaltung wurden die Programme des Landesvermessungsamtes für die Katastervermessung, Programme für den Straßenbau und individuelle Programme für die Vermessung eingeführt. Die Nahverkehrsabteilung hat das ÖPNV-Verfahren zur Erstellung von Fahrplänen eingesetzt. In den Jahren 1987 bis 1989 wurde im Einwohner-, Personal-, Finanz-, und Bibliothekswesen sowie beim Wohngeld die Dialogverarbeitung eingeführt und zugleich die Einrichtung des automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB) beim Stadtvermessungsamt beschlossen.

Bis Ende 1990 waren 130 Bildschirme, 53 Drucker, 34 intelligente Terminals (PC) sowie ein graphischer Arbeitsplatz installiert. Die gesamte Gerätepalette ist auf ein einheitliches, durchgängiges System und auf künftige Anforderungen ausgerichtet worden. In der Praxis haben sich diese Installationen bewährt.

Hausdruckerei

Auch in der Hausdruckerei hat sich im Berichtszeitraum ein Wandel der technischen Ausstattung vollzogen. Bei der Verlegung in den Rathausanbau wurde 1983 die veraltete A3-Druckmaschine durch eine leistungsfähige Offsetdruckmaschine und 1988 auch die A4-Druckmaschine ersetzt. Im Untergeschoß des Rathausanbaus wurde 1983 ein Aktenvernichter mit Ballenpresse aufgestellt. Seither hat sich dieser Reißwolf sehr gefräßig gezeigt: Bis heute hat er 180 Tonnen Papier verschlungen, das dem Recycling-Kreislauf wieder zugeführt wurde.

Noch immer begegnen viele dem Recycling-Papier skeptisch. Dennoch wird versucht, den Anteil von Recycling-Papier am Gesamtpapierverbrauch weiter zu steigern. Die meisten Vordrucke und Broschüren werden inzwischen ausschließlich darauf gedruckt. Auch die in der Verwaltung eingesetzten Kopierer werden seit einigen Jahren generell mit diesem Papier bedient.

Telefonanlage - eine Selbstverständlichkeit

Ende 1986 wurde die technisch veraltete und überlastete Telefonanlage aus dem Jahre 1953 durch eine ISDN-fähige HICOM-Anlage von Siemens mit 600 Nebenstellen ersetzt. Die Einwohnerinnen und Einwohner können diese Nebenstellen mit Durchwahl direkt erreichen: volle sieben Seiten umfaßt inzwischen das Durchwahlverzeichnis im örtlichen Telefonbuch.

Der Einsatz von Telefax-Geräten ermöglicht den auf eine Vielzahl von Verwaltungsgebäuden verteilten städtischen Ämtern und Dienststellen die sekundenschnelle Übertragung von Informationen, Vorlagen, Skizzen, Plänen, Aufzeichnungen sowohl in- als auch extern. An monatlichen Telefongebühren fallen durchschnittlich 27 000 DM an.

Dennoch hat die zentrale Poststelle im Rathaus eine runde Million Briefe im Jahr in Empfang zu nehmen, an die richtige Stelle weiterzugeben und, was an Schriftlichem aus dem Rathaus geht, auf den Weg zu bringen: Für etwa 380 000 Postsendungen - von der Wahlbenachrichtigung bis zum Steuerbescheid - gibt die Stadt jedes Jahr runde 420 000 DM an Porto aus.

Wahlen

Im Berichtszeitraum gab es elf Wahlen: Europaparlament 17. Juni 1984 und 18. Juni 1989; Bundestag 6. März 1983, 25. Januar 1987 und 2. Dezember 1990; Landtag 25. März 1984 und 20. März 1988; Kommunalwahlen 28. Oktober 1984 und 22. Oktober 1989 sowie die Oberbürgermeisterwahlen am 3. Oktober 1982 und 21. Oktober 1990.

Durch eine Änderung des Melderechts zum Termin der geplanten Volkszählung 1983 stieg die Zahl der Wahlberechtigten in den letzten Jahren um rund 10 000, weil Alleinstehende (besonders Studierende) nicht mehr mit Nebenwohnsitz in Tübingen gemeldet sind, sondern hier ihren Hauptwohnsitz nehmen müssen. Die Wählerstruktur wurde dadurch stark verändert.

Bei der Vorbereitung der Wahlen werden immer mehr arbeitsintensive Tätigkeiten durch die EDV unterstützt. So können jetzt nicht nur die Wahlscheine (bis zu 7 000) über die EDV erstellt, sondern seit 1989 auch die entsprechenden Vermerke in einem zweiten, kurz vor der Wahl ausgedruckten Wählerverzeichnis, angebracht werden.

Ergebnis der Kreistagswahlen:

	1984	1989
Wahlberechtigte	44 103	49 560
Wahlbeteiligung in %	62,2	60,6
gültige Stimmen	514 792	563 661
davon entfielen auf (in %):		
DKP	4,3	4,7
CDU	21,6	21,7
FWV	25,2	13,8
SPD	19,7	20,8
Grüne	23,1	21,3
FDP	5,9	5,6
UFW	-	12,1

Ergebnisse der Gemeinderatswahlen auf Seite 30.

Statistik, Volkszählung

Für die eigene Verwaltung und andere Interessierte werden wichtige Zahlen von der Statistik erfaßt und festgehalten und dabei auch die Einwohnerzahlen laufend fortgeschrieben. Das Ergebnis der Volkszählung 1987 zeigt, daß die eigene Fortschreibung über 17 Jahre hinweg nur gering von der festgestellten Zahl abwich.

Die wichtigsten Angaben werden jährlich in einem Faltblatt und im Heft "Tübingen in Zahlen" (26. Jahrgang 1989) veröffentlicht.

Für das Statistische Landesamt waren zahlreiche regelmäßige und einmalige Erhebungen durchzuführen, als umfangreichste die



Annahme der Wahlunterlagen

für die Errechnung des Lebenshaltungskostenindex (monatlich über hundert Betriebe), die Bodennutzungserhebung (Nutzung landwirtschaftlicher Flächen), die Weinbauerhebung, die Gemüse- und Zierpflanzenerhebung und die Viehzählung.

Auf der Strecke geblieben:

Für die zum Stichtag 27. April 1983 geplante Volkszählung war das gesamte Stadtgebiet in Zählbezirke eingeteilt. Über 500 Zählerinnen und Zähler waren zu berufen und teil-

weise bereits geschult, als durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1983 die Zählung zwei Wochen vor dem Stichtag ausgesetzt werden mußte.

Das Urteil vom 15. Dezember 1983 bemängelte, daß die "informationelle Selbstbestimmung" der Bürgerinnen und Bürger über ihre persönlichen Daten vom Gesetzgeber nicht ausreichend berücksichtigt war. Für die Zählung 1987 bedeutete dies vor allem, daß die Angaben zur Person von den persönlichen Daten getrennt und eine eigene Erhebungsstelle, die von der Verwaltung absolut abgeschottet zu sein hatte, eingerichtet werden mußte.

Mühsam 1987 ans Ziel gekommen:

Nachdem im zweiten Anlauf der Bundestag im Herbst 1985 ein neues Volkszählungsgesetz beschlossen und den 25. Mai 1987 zum Zählungstichtag bestimmt hatte, waren 551 Zählerinnen und Zähler bemüht, die Unterlagen in die Haushalte und an die Arbeitsstätten zu bringen und bei Bedarf beim Ausfüllen behilflich zu sein.

In der Erhebungsstelle, die im Februar 1987 speziell für die Volkszählung eingerichtet wurde, waren 15 Personen damit beschäftigt, die eingehenden Erhebungsbogen zu prüfen, zu sammeln und nach Zählbezirken geordnet abzulegen. Zur Unterstützung war die Erhebungsstelle mit fünf PC - als autonome EDV-Anlage - ausgestattet, welche hauptsächlich den Rücklauf kontrollierten.

Fast 9000 Aufforderungen waren zu versenden, bis die Stadt im September 1988 dem Statistischen Landesamt das Ende der Erhebungsstelle melden konnte und 78 115 Personen- und 2372 Arbeitsstättenbogen zusammengetragen hatte. Nach Abzug des Landesanteils an den Gesamtkosten der Zählung waren von der Stadt noch rund 750 000 DM aus dem eigenen Haushalt zu finanzieren.

Bevölkerungsentwicklung

Ergebnisse der Volkszählung 1987

Wohnbevölkerung

Stadtteil	Wohnbevölkerung	darunter		+Nebewohnung	=Einwohner
		einziges Wohnung/-en	mehrere Wohnung/-en		
Tübingen	46 131	38 229	7 902	4 282	50 413
Lustnau	7 123	6 009	1 114	650	7 773
Derendingen	5 182	4 640	542	522	5 704
Bebenhausen	353	317	36	64	417
Bühl	1 417	1 344	73	78	1 495
Hagelloch	1 585	1 493	92	117	1 702
Hirschau	2 679	2 533	146	167	2 846
Kilchberg	1 038	955	83	77	1 115
Pfrondorf	2 362	2 207	155	171	2 533
Unterjes.	2 433	2 242	191	176	1 115
Weilheim	1 398	1 281	117	121	1 519
Tübingen insg.	71 701	61 250	10 451	6 425	78 126

Wohnbevölkerung

städtische Fortschreibung jeweils zum Jahresende

Stadtteil	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Tbg./Der./Lu.	58 241	58 364	58 432	58 386	58 339	60 083	61 853	63 617	65 574
Bebenhausen	384	406	395	368	373	374	375	373	381
Bühl	1 283	1 339	1 340	1 357	1 341	1 452	1 503	1 558	1 594
Hagelloch	1 698	1 690	1 652	1 617	1 612	1 575	1 599	1 704	1 751
Hirschau	2 712	2 678	2 679	2 624	2 644	2 702	2 731	2 827	2 943
Kilchberg	1 156	1 154	1 140	1 144	1 142	1 060	1 060	1 076	1 098
Pfrondorf	2 220	2 229	2 226	2 234	2 225	2 394	2 459	2 519	2 627
Unterjesingen	2 336	2 345	2 358	2 328	2 421	2 475	2 533	2 652	2 662
Weilheim	1 404	1 451	1 423	1 415	1 435	1 397	1 419	1 465	1 516
insgesamt	71 434	71 656	71 645	71 473	71 532	73 512	75 532	77 791	80 146
darunter Ausländer	7 509	7 474	7 585	7 860	7 814	8 111	8 572	8 485	8 866
weiblich	37 004	37 300	37 412	37 317	37 478	38 619	39 485	40 792	41 814

Schulabschlüsse der Wohnbevölkerung 1)

Hauptschule	17 274 = 33,6%
Realschule	9 076 = 17,7%
Hochschule/ Fachhochschulreife	25 071 = 48,7%

1) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, ohne Schüler und Studierende

Überwiegender Lebensunterhalt

Erwerbstätigkeit	28 502 = 39,7%
Arbeitslosengeld, -hilfe, Rente, Pension	15 821 = 22,1%
Unterhalt	27 378 = 38,2%
insgesamt	71 701

Stellung der Erwerbstätigen

insgesamt	31 164
darunter	
Selbständige	2 248 = 7,5%
mithelfende	
Familienangehörige	348 = 1,2%
Beamte, Richter	4 588 = 14,7%
Angestellte	15 552 = 49,9%
Arbeiter	8 328 = 26,7%

Wahlergebnisse	Bundestag		Landtag		Europ. Parlament		
	1982	1987	1982	1987	1982	1987	
	25.3.84	25.3.84	17.6.84	25.1.87	20.3.88	18.6.89	2.12.90
Wahlberechtigte	42 250	44 572	45 382	48 570	49 561	51 678	53 451
Wählerinnen und Wähler	37 801	32 923	24 062	42 010	37 301	33 608	43 216
Wahlbeteiligung in %	89,5	73,9	53,0	86,5	75,3	65,0	80,9
gültige Stimmen							
insgesamt	37 529 *	32 654	23 872	41 740 *	37 070	33 436	42 909 *
davon CDU abs.	13 920	11 656	8 115	12 088	11 756	8 036	12 581
%	37,1	35,7	34,0	29,0	31,7	24,0	29,3
SPD abs.	13 067	10 501	5 994	12 152	12 683	10 233	14 990
%	34,8	32,2	25,1	29,1	34,2	30,6	34,9
Grüne abs.	6 117	7 059	5 718	10 422	7 499	8 290	6 487
%	16,3	21,6	24,0	25,0	20,2	24,8	15,1
FDP abs.	4 229	3 227	2 330	6 293	3 101	3 215	6 213
%	11,3	9,9	9,8	15,1	8,4	9,6	14,5
DKP abs.	76	211	-	-	21	194	-
%	0,2	0,6	-	-	0,6	0,6	-
REP abs.	-	-	-	-	323	1 886	945
%	-	-	-	-	0,9	5,6	2,2
Sonstige abs.	120	-	1 715	785	1 496	1 582	1 689
%	0,3	-	7,2	1,9	4,0	4,7	3,9

* Zweitstimmen

Im Dienst der Frauen

Die Frauenbeauftragte

Der Arbeitsbereich der Frauenbeauftragten ist der jüngste der Verwaltung. Unter der Bezeichnung "Gleichstellungsstelle" wurde die Stelle zum 1. April 1988 eingerichtet und mit Edda Rosenfeld besetzt. Seit 25. Oktober 1990 lautet die Bezeichnung der Stelle "Frauenbeauftragte". Sie ist organisatorisch dem Hauptamt zugeordnet und dem Oberbürgermeister unterstellt. Die Frauenbeauftragte wird von einer Mitarbeiterin unterstützt, die für die organisatorische Abwicklung, Sachbearbeitung sowie alle Sekretariatsarbeiten zuständig ist.



Die Aktivitäten und Initiativen der Frauenbeauftragten knüpfen an die Lebenszusammenhänge von Frauen an. Fraueninteressen und frauenspezifische Anliegen in verschiedenen Lebensbereichen werden zusammen mit den Betroffenen bearbeitet, um einer rechtlich unzulässigen, jedoch faktisch häufigen Benachteiligung entgegenzuwirken.

Dabei erstreckt sich die Arbeit auf Aufgaben innerhalb und außerhalb der Verwaltung und erfolgt in Kooperation mit anderen Ämtern, Einrichtungen und Organisationen. Hauptarbeitsschwerpunkte sind:
-Gewalt gegen Frauen und Mädchen,
-Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Rollenzuweisung,
-Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt (insbesondere Erarbeitung eines Frauenförderplans für die kommunale Verwaltung),
-Berufswahlverhalten; berufliche Ausbildung von Mädchen.

-Arbeitslosigkeit von Frauen in der Kommune; Rückkehr von Frauen in den Beruf, Freizeitsituation von Mädchen sowie
-Schaffung von Frauenräumen (Frauenzentrum, Mädchenhaus).

Die Frauenbeauftragte beschäftigte sich von Anfang an mit Problemen, die Frauen in der Verwaltung am meisten berühren: Im Zentrum standen Stellenbesetzungen, Ausbildung und Beurlaubung sowie Fortbildung. Auch Kontakte zu den organisierten, teilweise alteingesessenen Frauengruppen und -organisationen wurden geknüpft, die Zusammenarbeit geklärt und erste Prioritäten der Arbeitsvorhaben festgelegt. Schwerpunkte, wie die Erarbeitung eines Frauenförderplanes, wurden der Frauenbeauftragten bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit vorgegeben.

Beratung

Mit zunehmender Bekanntheit der Gleichstellungsstelle wurde das Beratungsangebot immer stärker in Anspruch genommen. Für viele Frauen ist die Frauenbeauftragte die erste Anlaufstelle oder aber die letzte Station auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten für ihre Probleme und Anliegen. In den ersten 15 Monaten kamen 135 Frauen in die Beratung, darunter viele mehrmals. Rund zwölf Prozent der Beratungstätigkeit entfiel auf Frauen aus der Verwaltung. Aufschlüsselung der Beratungstätigkeit auf einzelne Problemfelder:

	Anfragen			
	von außen	intern	gesamt	in%
Arbeitsleben:	18	13	31	23,0%
Familie, soziales Umfeld:	23	1	24	17,8%
Gewalt gegen Frauen in der Öffentlichkeit:	25	0	25	18,5%
Frauen in der Stadt:	17	1	18	13,3%
Anfragen zur Gleichstellungsstelle	36	1	37	27,4%
	119	16	135	
	= 88%	= 12%	= 100%	
	aller Anfragen			

Innerhalb der genannten Problemfelder ergaben sich folgende Schwerpunkte:

-Frauen im Arbeitsleben (Wiedereingliederung/Rückkehr in den Beruf, Aufstieg in Leitungspositionen, Weiterbildung)

-Frauen, Familie, soziales Umfeld (Ehe-/Partnerschaftsprobleme, Gewalt in der Ehe/Partnerschaft, Trennung, sexueller Mißbrauch von Mädchen, Isolation)

-Gewalt gegen Frauen in der Öffentlichkeit (Sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, Telefonanmache)

-Frauen in der Stadt (Wohnungsnot, fehlende Räume für Frauen, frauenfeindliche Stadtplanung)

Anfragen zur Gleichstellungsstelle

Wenn auch die Frauenbeauftragte häufig nur eine Vermittlung an andere Institutionen übernimmt, weil sie nicht die Möglichkeit hat, auf Diskriminierungsvorgänge adäquat zu reagieren, hat die Beratungsarbeit einen wichtigen Stellenwert: Frauen nehmen schon als große Unterstützung wahr, wenn sie mit ihren Problemen in einem Gespräch ernst genommen werden. Für sie ist es darüber hinaus wichtig, Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Interessen und Hinweise auf Handlungsmöglichkeiten zu erhalten.

Um weitergehend und tiefgreifender auf die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Frauen zu reagieren, arbeitet die Frauenbeauftragte Empfehlungen aus, die der Verwaltung und ihren Entscheidungsgremien vorgelegt werden. Es werden Studien erstellt und Untersuchungen vorgenommen, um die Entwicklung von Lösungsvorschlägen für Problembereiche vor Ort zu forcieren.

Durch die Zusammenarbeit mit Frauengruppen und -organisationen, aber auch mit Behörden, Unternehmen, Gewerkschaften und kommunalen Personal- und Betriebsräten wird gewährleistet, daß möglichst viele Aspekte bei der Problemlösung berücksichtigt werden. Ziel ist, die Lebenssituation von Frauen durch Anregungen, Verhandlungs- und Vermittlungsbemühungen gegenüber den Verantwortlichen zu verbessern. Dazu gehören die Unterstützung und Förderung von Frauenprojekten sowie Maßnahmen für junge Mütter, Alleinerziehende, ältere Frauen und eine gezielte Öffentlichkeits- und Projektarbeit.

Die folgenden Arbeitsprojekte wurden begonnen:

Frauenförderung in der Verwaltung

Eine inzwischen vorliegende Bestandsaufnahme über die Beschäftigungssituation von Frauen in der Stadtverwaltung macht deutlich, daß Frauen in folgenden Bereichen gefördert werden müssen: Einstellung und Beförderung insbesondere da, wo sie unterrepräsentiert sind, Ausbildung und Wiedereingliederung nach der Kindererziehungsphase, Teilzeitbeschäftigung in leitenden Positionen. Die Erstellung eines daher nötigen Frauenförderplans für die Stadtverwaltung hat für die kommenden Monate Priorität in der Arbeit der Frauenbeauftragten.

Fortbildungsmaßnahmen für Frauen

Frauenfördernde Maßnahmen wurden in der Fortbildung bereits in Angriff genommen. Die Frauenbeauftragte organisierte Fortbildungsveranstaltungen zu folgenden Themen:
-Sekretariatsarbeit im Wandel (Anforderungen, Selbstverständnis, moderne Bürokommunikation),
-Kommunikation am Arbeitsplatz (für Frauen in leitenden Positionen),
-Selbstsicherheit für Frauen im Beruf.

Die Anmeldungen lagen teils weit über der Höchstgrenze der Teilnehmerinnenzahl und bestätigen den großen Bedarf an einem solchen Angebot.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist entweder tabu oder ein Kavaliärsdelikt. Um dieses Tabu aufzubrechen und die Bagatellisierung bloßzustellen, gingen von der Gleichstellungsstelle verschiedene Initiativen aus.

Sexueller Mißbrauch von Mädchen:
Die Ausstellung gegen den sexuellen Mißbrauch von Mädchen wurde im Dezember 1988 zusammen mit der Tübinger Initiative für Mädchenarbeit (T.I.M.A.) im Rathaus gezeigt und von annähernd 800 Personen besucht. Die angebotenen Führungen wurden von Schulklassen, Fachschulkursen (Erzieherinnen), Gruppen von Lehrern / Lehrerinnen, Jugendlichen, Beamten/-Innen der Kriminalpolizei Tübingen und Reutlingen sowie von Beschäftigten der Stadtverwaltung (so dem

Personalrat) und von Erziehern /innen der städtischen Kindergärten und Tagheime reichlich genutzt.

In vielen Gesprächen mit Ausstellungsbesuchern wurde gefordert:

- Schaffung parteilicher Beratungsangebote für betroffene Mädchen und Frauen (Beratungsstelle)
- Schaffung von Schutz- und Wohnmöglichkeiten für Betroffene
- Arbeit in Berufsgruppen mit Personen, die im beruflichen Alltag mit sexuellem Mißbrauch konfrontiert werden.

Gewalt gegen Frauen in der Öffentlichkeit

Der Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen arbeitet seit mehr als einem Jahr. Vertreterinnen aller Organisationen, die über Gewalt gegen Frauen arbeiten, sowie die Kriminalpolizei leisten unter anderem Öffentlichkeitsarbeit, erstellen Informationsmaterial, koordinieren die Arbeit zur Verbesserung der Beratungssituation und erarbeiten präventive Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen. Hierzu gehört insbesondere ein Konzept für ein flächendeckendes Angebot zur Selbstverteidigung in Schulen und Weiterbildungsseinrichtungen sowie die Sicherung von Angstzonen durch ausreichende Beleuchtung, Notrufsäulen und andere städtebauliche Maßnahmen.

Frauenhandbuch

"Nicht mehr heimlich, still und leise ...", unter diesem Titel erschien das erste Tübinger Frauenhandbuch. Es soll Informationen zur Arbeit verschiedenster Frauengruppen und -organisationen gezielt weitergeben, dient als Wegweiser für alle Frauen und stellt Projekte und Organisationen aus den Bereichen Arbeit, ausländische Frauen, Beratung/Selbsthilfe, Bildung/ Forschung, Gewalt gegen Frauen, Kirche, Kultur, Partnerschaft/ Familie/Sexualität und Politik vor.

Ene, mene, meck ...
... die graue Maus muß weg

Eine Broschüre über Geschlechtsrollendarstellungen in Bilderbüchern problematisiert die immer noch typischen Zuschreibungen von männlichen und weiblichen Rollen. Eine Sensibilisierung anhand konkreter Beispiele erschien nicht nur uns wichtig sondern auch vielen Eltern und Erzieherinnen, die sich über althergebrachte Rollenklischees in Bilderbüchern immer mehr ärgern. Die Broschüre wurde an alle Eltern über die Kindergärten

verteilt. Von der Frauenbeauftragten wurden Elternabende in vielen Kindergärten gehalten sowie eine Fortbildung zum Thema Rollenklischee mit den Erzieherinnen der städtischen Einrichtungen veranstaltet. 5 000 Exemplare sind - ene mene meck - weg: die Broschüre ist leider bereits vergriffen.

Frauen in der Stadt

Ausstellung und Fachtagung zu einem Thema, das bisher wenig Akzeptanz findet. Der Städtebau hat die Lebensrealität von Frauen bisher wenig beachtet. Der Arbeitsplatz Haushalt bleibt ebenso unberücksichtigt wie die Koordination von Erwerbs- und Hausarbeit: Fehlende Arbeitsplätze im Nahbereich, keine Versorgung mit Dienstleistungen sowie schlechte Erschließungsstrukturen sind keine Seltenheit.

Die Fachtagung behandelte diese Zusammenhänge und Probleme und verlangte unter anderem die Beteiligung von Frauen am Planungsprozeß. Eine Dokumentation wurde erstellt.

Ferner werden mit den zuständigen Ämtern Leitlinien für Planung und Bauen vorbereitet, damit die Lebenssituation von Frauen städtebaulich berücksichtigt werden kann.

Gespräche mit einer Vielzahl von Organisationen und Behörden sowie Vorträge zu frauenrelevanten Themen bei verschiedensten Organisationen gehören ebenso zur alltäglichen Arbeit wie die Ausarbeitung von Empfehlungen und Stellungnahmen zu Vorlagen der Ämter für den Gemeinderat. Die Frauenbeauftragte hat die Aufgabe, überall dort einzugreifen, wo Fraueninteressen nicht berücksichtigt werden.

Sie ist Kritikerin und Kontrolleurin. Sie ist aber auch dafür da, konkrete Vorschläge und Unterstützung bei der Umsetzung von Fraueninteressen in den Ämtern zu bieten.



Dem Umweltschutz verpflichtet

Die Umweltbeauftragte

Um dem Umweltschutz mehr Gewicht zu verleihen, hatte der Gemeinderat 1985 beschlossen, die Stelle eines oder einer Umweltbeauftragten einzurichten. Diese wurde zum 1. Mai 1986 mit Dr. Sybille Hartmann besetzt und direkt dem Baubürgermeister zugeordnet, da sich die meisten Ämter mit umweltrelevanten Aufgaben beim Baudezernat befinden.

Die Arbeit begann stürmisch: Am 26. April 1986 ereignete sich das Reaktorunglück in Tschernobyl und in den ersten Maitagen ging ein Teil der freigesetzten Radioaktivität mit dem Regen auch auf Tübingen nieder. Besprechungen, Probenahmen, Organisation von Messungen und Untersuchungen, Kontakte mit Wissenschaftlern, Berichte und Diskussionen - alles mußte mehr oder weniger aus dem Stand funktionieren. Aber die hektischen Maiwochen hatten auch ihr Gutes. Allen Beteiligten, auch den Skeptikern, wurde deutlich, wie hilfreich und sinnvoll eine solche Umweltbeauftragtenstelle ist.

Doch was tut eine Umweltbeauftragte?

Die umweltrelevanten Aufgaben wie Grünflächenpflege, Müllbeseitigung oder Lärmbekämpfung werden auch weiterhin von den zuständigen Ämtern wahrgenommen. Zusätzlich zu diesen konkreten projektbezogenen Arbeiten ist aber für einen vorbeugenden, ganzheitlichen Umweltschutz eine fachübergreifende Sicht erforderlich - hier setzt die Arbeit der Umweltbeauftragten ein. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit ist, die Beschäftigten der Verwaltung für die Belange des Umweltschutzes zu sensibilisieren und zu aktivieren.

In der Praxis bedeutet dies, ständig über die aktuellen umweltbezogenen Vorgänge auf dem laufenden zu sein und umweltverträgliche Lösungen zu erarbeiten sowie diese in die Entscheidungsprozesse einzubringen.

Da dies nicht ohne Reibungsverluste funktioniert, wurde die Umweltbeauftragte zur Verbesserung der Koordinierung im Januar 1988 direkt dem Oberbürgermeister unterstellt. Seit November 1988 regelt eine Dienstvereinbarung die Zusammenarbeit mit den Fachämtern.

Leitstelle für die Umweltverträglichkeitsprüfung

Als Leitstelle für die Umweltverträglichkeitsprüfung hat die Umweltbeauftragte für die Aufstellung von Bebauungsplänen Prüfbögen und eine Checkliste erarbeitet, mit denen die Auswirkungen der Planung auf Boden, Wasser und Luft sowie auf Flora, Fauna und Lärmbelastung erfaßt und dargestellt werden. Mit dieser systematischen Prüfung sollen die negativen Folgen der Planung auf die Umwelt möglichst vermindert werden. Dazu sind manchmal auch Gutachten erforderlich.

So wurde für den Bebauungsplan Horemer ein Klimagutachten in Auftrag gegeben, um die Auswirkungen der Bebauung auf die Frischluftzufuhr entlang der Waldhäuser-Auffahrt besser beurteilen zu können. Das gilt auch für den anstehenden Bebauungsplan Geißweg/Breiter Weg, da aus Öhler und Käsenbachtal die Frischluft für das Altklinikum zugeführt wird.

Klimafragen werden in Zukunft bei allen Bebauungsplänen immer wichtiger, denn bei einer aus Bodenschutzgründen verdichteten Bebauung ist die Freihaltung von Kaltluftentstehungsgebieten und Frischluftschneisen besonders zu berücksichtigen.

Vor weiteren Bauentscheidungen hat daher der Gemeinderat auf Anregung der Umweltbeauftragten die Erstellung einer Klimaanalyse für die Südstadt vergeben. Nicht immer führt die Prüfung zu einem umweltverträglichen Bebauungsplan. Manchmal lassen sich die nachteiligen Folgen auch nicht durch Auflagen und gestalterische Maßnahmen beheben und es kommt zum Verzicht auf die weitere Planung. Beispiele sind der Kindergartenstandort Bärenspitz, die Südwestumfahrung in Derendingen, der Golfplatz Ammerhof und das Gewerbegebiet Güllen in Lustnau.

Mitwirkung bei Stellungnahmen zu Planungen anderer Behörden

Bei Stellungnahmen der Stadt zu umweltrelevanten Planungen und Vorhaben übergeordneter Behörden wird die Umweltbeauftragte wie die betroffenen Fachämter beteiligt. Dazu zählen die Ausweisung von Naturschutzgebieten (Blaulach, Spitzberg-Ödenburg) und die Ausweisung der Stadt als Smoggebiet sowie Straßenplanungen (B 27

im Steinlachtal). Der Antrag, das Bühler Tal zum Naturschutzgebiet zu erklären, wurde von der Umweltbeauftragten gemeinsam mit dem Bauverwaltungsamt und der Bürgerinitiative erarbeitet. Auch bei Widersprüchen gegen behördliche Entscheidungen (so der Ablehnung der Erweiterung des Steinbruchs Hagnach) können Umweltschutzgesichtspunkte eine wichtige Rolle spielen.

Die Umweltbeauftragte wirkt mit bei Projekten der städtebaulichen Entwicklung, der Abfall- und Abwasserwirtschaft, der Energie- und Trinkwasserversorgung, der Luftreinhaltung und der Entwicklung von Natur und Landschaft.

Aus diesem breiten Bereich seien nur einige Beispiele vorgestellt.

Luftreinhaltung

Um die Diskussion über Autoverkehr und Luftverschmutzung in Tübingen auf eine sachliche Grundlage zu stellen, wurden zwei Gutachten zur Luftsituation vergeben. Im Winter 1987/88 hat das Institut für Verfahrenstechnik und Dampfkesselwesen der Universität Stuttgart gemeinsam mit dem Hygiene-Institut der Universität Tübingen die klassischen Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Stickoxide,



Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoffe gemessen. Im Sommer 1989 erfolgte noch eine Messung zur Ozonbelastung.

Beide Untersuchungen belegten den starken Einfluß von kraftfahrzeugbedingten Primärschadstoffen auf die Immissionsbelastung in Tübingen. Die in der Halbhöhenlage am Schönblick registrierten höchsten Konzentrationen des Sekundärschadstoffes Ozon sind auf photochemische Reaktionen zurückzuführen, die von Vorläufersubstanzen (Stickoxide, Kohlenwasserstoffe) aus dem Stadtzentrum ausgelöst werden. Deshalb ist zur Verbesserung der Luftqualität vor

allem eine Verminderung der Emissionen aus dem Kraftfahrzeugverkehr nötig, der im Landkreis Tübingen für rund 75 Prozent des gesamten Stickoxidaufkommens verantwortlich ist.

Die Ergebnisse der beiden Gutachten haben dazu beigetragen, daß im Baudezernat eine Abteilung Verkehrsplanung eingerichtet wurde.

Die Luftqualität wird auch weiterhin kontinuierlich geprüft. Die Ergebnisse der Luftmeßstation der Landesanstalt für Umweltschutz im alten Botanischen Garten werden bei der Umweltbeauftragten ausgewertet und für den Umweltausschuß aufgearbeitet.

Naturschutz- und Landschaftspflege

Um den Konflikt zwischen Landwirten im Ammertal, die von der Stadt den Unterhalt nicht mehr funktionsfähiger Drainagen zur besseren Nutzung der landwirtschaftlichen Grundstücke forderten, und den Bestimmungen des Landesnaturschutzgesetzes, die jeden Eingriff in ein Feuchtgebiet verbieten, zu lösen, wurde 1987 die Planungsgruppe Landschaftsarchitekten und Ökologie mit der Erstellung einer Nutzungskonzeption beauftragt. Diese sollte der auf Drainagen angewiesenen landwirtschaftlichen und kleingärtnerischen Nutzung des Ammertals ebenso gerecht werden wie dem Schutz der wertvollen Feucht- und Ruderalflächen, die wegen der nicht mehr funktionsfähigen Drainagen entstanden waren. Nach zum Teil sehr kontroversen Diskussionen in Unteresingen wurde das Nutzungskonzept 1988 einstimmig vom Gemeinderat verabschiedet. Eine Landschaftsplanerin arbeitet seitdem in langwieriger Kleinarbeit mit Liegenschaftsamt, Landwirtschaftsamt und Umweltbeauftragter an der Umsetzung des erarbeiteten Konzepts.

Abfallwirtschaft

Die Verringerung der Abfallmengen ist eine der dringendsten Umweltschutzaufgaben. Um wertvolle Rohstoffe wiederzugewinnen, die im Wertstoff- und Humuswerk des Abfallzweckverbandes nicht im nötigen Reinheitsgrad aussortiert werden können, wurden mit dem Tiefbauamt fünf Annahmestellen für Polystyrol-Hartschaum (vier für Haushalte bei den städtischen Schadstoffsammelstellen, eine für Gewerbebetriebe im Kupferhammer), und eine für ausgediente Leuchtstoffröhren aus den städtischen Gebäuden eingerichtet. Im September 1990 hat im Kupferhammer auch die Aluminiumpresse ihren

Betrieb aufgenommen: Das im Umweltzentrum abgegebene Aluminium aus der Aluminiumsammmlung von Schulen, Kindergärten und Verbänden kann dort von Mitarbeitern der Bionische marktgerecht sortiert und gepreßt werden.

Auf Vorschlag der Umweltbeauftragten wurde 1990 ein Geschirrmobil angeschafft, um die Menge an Einweggeschirr bei Vereinsfesten zu reduzieren.

Ansprechpartner für Anregungen und Beschwerden

Nach einer internen Organisationsuntersuchung klingelt im Durchschnitt im Büro der Umweltbeauftragten alle 18 Minuten das Telefon. Die Anfragen reichen von Auskünften zu Umweltproblemen, die gleich beantwortet werden können, über Nachbarschaftsstreitigkeiten bis zu konkreten Umweltmeldungen, die an die zuständigen Ämter (Ordnungsamt, Wirtschaftskontrolldienst, Landratsamt, Regierungspräsidium) zur Bearbeitung weitergegeben werden. Für die Anrufer und Anruferinnen ist es meist schwierig, sich in den unterschiedlichen Zuständigkeiten beim Umweltschutz zurechtzufinden, sodaß die Umweltbeauftragte oft als Pfadfinderin im Behördenschwungel eingeschaltet wird. Wenn für die Beantwortung mancher Fragen niemand so richtig zuständig ist, kann die Umweltbeauftragte koordinierend eingreifen und gemeinsam mit allen Beteiligten Lösungsvorschläge erarbeiten.

Auf Nachfragen besorgter Kindergarteneltern wurde eine Richtlinie zur Verwendung von Holzschutzmitteln erstellt und auf die Telefonanrufe nach dem Kunststoffbrand in Balingen hin der Einsatz von PVC in der Verwaltung überprüft. Als Ergebnis verzichtet die Stadt für ein Jahr probeweise auf PVC, um einen Überblick über die entstehenden Mehrkosten zu erhalten. Nach dem Probejahr soll über den Umfang des PVC-Verzichts entschieden werden.

Umweltbezogene Öffentlichkeitsarbeit

So breit gestreut wie die zu bearbeitenden Umweltthemen, so vielfältig ist die Öffentlichkeitsarbeit im Umweltschutz. Neben langfristigen regelmäßigen Projekten wie den Umwelttips im städtischen Mitteilungsblatt, dem Altstoffkalender, der Arbeitsgruppe Umwelt mit Erzieherinnen der städtischen Kindertagesstätten oder der Mitarbeit beim Weiterbildungsprojekt "Natur- und Umweltschutz" der Tübinger Volkshochschule wer-

den jedes Jahr Schwerpunkte gesetzt. 1986 war es Müllvermeidung mit der Ausstellung "Verpackung und Umwelt" im Rathaus und der Neugestaltung des Altstoffkalenders.

1987 wurde zum Thema Wasser der Umwelttag auf dem Marktplatz veranstaltet und mit der Volksbank eine Ausstellung Tübinger Kinderbilder gezeigt. 1988 war die Umweltbeauftragte erstmals auf der Familienausstellung mit einem Stand zum Thema "Bäume in der Stadt" vertreten.

1989 gab es zum Thema "Grün in der Stadt" die Vorstellung der Tübinger Stadtbiotopkartierung und der Gartenkartierung der Naturschutzjugend, eine Ausstellung im Rathaus und als erste Tübinger Umwelttage eine gemeinsame Veranstaltungsreihe mit der Volkshochschule.

Im Herbst folgte eine zweite Reihe "Alptraum Auto in Tübingen oder Tübingen ein Alptraum für Autofahrer". Die dabei im Technischen Rathaus gezeigte Fotoausstellung fand reges Interesse nicht nur bei Autogegnern. Die im Rahmenprogramm gehaltenen Vorträge werden aufgearbeitet.

Im Herbst 1990 wurde gemeinsam mit der Volkshochschule eine Reihe zur Müllproblematik durchgeführt.

Umweltbericht

Deutlich zu kurz gekommen ist der Umweltbericht, der neben der Zustandserfassung auch Perspektiven für die weitere Arbeit entwickeln soll. Solange die Umweltbeauftragtenstelle allerdings als Ein-Personen-Stelle betrieben wurde, waren längerfristige Perspektiven neben der Tagesarbeit praktisch unmöglich. Erst die Schaffung einer weiteren Sachbearbeitungsstelle brachte Luft für langfristige Arbeiten.

Neben der Erstellung des Umweltberichts mit Leitlinien für eine umweltverträgliche Entwicklung liegt der Schwerpunkt in den nächsten Jahren beim Aufbau einer Umweltdatenbank. Diese soll einen Überblick über den Zustand der Umwelt in Tübingen vermitteln und es somit den Fachämtern erleichtern, umweltrelevante Fakten in ihre Planungen und in die Vorlagen für den Gemeinderat einzubeziehen.



In der Zentrale dienend

Das Personalamt

Nach außen wirkt das Personalamt fast allgewaltig, beginnt und endet doch hier jedes Arbeitsverhältnis mit der Stadt. Intern - direkt in der Zentrale dem Oberbürgermeister zugeordnet - ist es jedoch ein Querschnittsamt mit dienender Funktion.

Als zentrale Personalverwaltung für alle Ämter und Dienststellen der Stadtverwaltung zahlt es die Löhne und Gehälter, gestaltet die Arbeitsverträge unter Beachtung der Tarifverträge, des Arbeits- und des Beamtenrechts und ist für die Betreuung der Auszubildenden verantwortlich. Mit insgesamt 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zählt es zu den kleineren Ämtern, verwaltet aber rund ein Drittel der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Die Zahl der bei der Stadtverwaltung Beschäftigten stieg von 1 262 im Jahre 1982 durch neue Aufgaben und Stellen bis 1990 jährlich kontinuierlich an auf 1 528 (einschließlich Auszubildende und Beamtenanwärter).

Hinzu kommen rund 50 Beschäftigte im Rahmen zusätzlich gemeinnütziger Arbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz und Zivildienstleistende. Von den fast fünfzehnhundert Beschäftigten sind 861 Angestellte, 491 Arbeiter und 176 Beamte.

Das liebe Geld

Die Personalkosten (siehe nachfolgende Tabelle), die auch abhängig sind von Lebens-

Die Entwicklung der Personalkosten:		
Jahr	Personalkosten	Anteil am Verwaltungshaushalt
1970	14, 200 Mio DM	28,4 %
1980	42, 797 Mio DM	32,9 %
1982	47, 706 Mio DM	33,8 %
1983	49, 523 Mio DM	33,6 %
1984	50, 869 Mio DM	32,7 %
1985	53, 350 Mio DM	31,4 %
1986	57, 712 Mio DM	31,5 %
1987	60, 964 Mio DM	31,7 %
1988	63, 604 Mio DM	32,5 %
1989	66, 996 Mio DM	33,1 %
1990	71, 080 Mio DM	29,6 %

standard und Komfort, den eine Kommune ihren Einwohnern anbietet, werden immer von Gemeinderat und Verwaltung gleichermaßen als zu hoch empfunden. Sind es doch die unumstößlichen, langsam und stetig steigenden Kosten des Verwaltungshaushaltes, welche die für die Kommunalpolitik so wichtige freie Investitionsspitze immer mehr abtragen.

Personalstatistik

Während früher ganz offensichtlich der berufliche Einstieg bei der Stadtverwaltung für den einzelnen eine endgültige, mindestens jedoch längerfristige Entscheidung war, hat sich dieses Verhalten in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Wurden 1983 noch 269 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt, hat sich deren Zahl 1990 auf über 607 (davon 327 befristete Arbeitsverhältnisse) mehr als verdoppelt. Als "Seismograph der Wirtschaft" können die bei der Stadt eingegangenen Bewerbungen gewertet werden: Waren es 1985 und 1986 je über zweitausend, so ist diese Zahl - Schritt für Schritt mit der guten Konjunktur - gesunken und lag 1990 bei 1 058.

Dabei ist augenfällig, daß der öffentliche Dienst ob seiner Tarifstruktur besonders für

Jüngere und bei direkter Vergleichsmöglichkeit mit der Wirtschaft (zum Beispiel im Facharbeiterbereich) nicht attraktiv genug ist. Es wird daher großen Anstrengungen bedürfen, auch künftig qualifiziertes Personal für die Verwaltung zu gewinnen.

Ausbildung und Nachwuchs

Wo die Stadt mit eigenen Ausbildungsplätzen Nachwuchskräfte heranziehen kann, hat sie in den letzten Jahren alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Sie hat neue Ausbildungsplätze geschaffen, etwa in den Lehrberufen Buchbinder, Ver- und Entsorger und Altenpfleger. Da aber auch Industrie, Handel und Handwerk sehr werben, wird der Wettbewerb um die Schulabgänger und Berufsanfänger immer härter.

Für ihre Auszubildenden hat die Verwaltung eine eigene innerbetriebliche Ausbildung eingerichtet. Die Auszubildenden werden intern wöchentlich an zwei Nachmittagen geschult, und zwar von einer eigens eingestellten Ausbildungsbeauftragten, die alle Rechtsgebiete vermittelt.

Die nachstehende Tabelle erfaßt die Einstellungen zur Ausbildung zahlenmäßig:

Auszubildende	1982	1986	1989	1990
Verwaltungsfachangestellte/r	4	4	4	4
Inspektoranwärter/in	6	5	4	4
Assistentenanwärter/in	2	2	2	2
Assistent/in an Bibliotheken	3	3	2	3
Bauzeichner/in	2	-	-	-
Vermessungstechniker/in	1	2	-	-
Forstwirt/in	2	-	1	1
Hauswirtschafts- und Pflegepraktikanten	-	16	15	9
Vorpraktikanten (Erzieher/innen)	18	20	20	18
Gärtner/in	-	1	1	1
Kfz-Mechaniker	-	2	1	-
Buchbinder/in	-	1	-	1
Ver- und Entsorger/in	-	2	-	1
Insgesamt	38	58	50	44

Kommunale Verwaltungsschule

Früher mußten die Auszubildenden für den Beruf des Verwaltungsfachangestellten in Karlsruhe zur Schule gehen. Seit Herbst 1985 können sie und die Beschäftigten, welche die Fachprüfung ablegen wollen, dies in Tübingen tun. Zusammen mit Gemeindegang, Städtetag und Landkreis wurde eine der drei Bezirksschulen Württembergs in Tübingen angesiedelt.

Inzwischen hat die Schule, die jährlich zwei Prüfungslehrgänge abhält, die ständige Zweizügigkeit erreicht. Vom Personalamt und der Ausbildungsbeauftragten wurden bisher 19 Klassen mit 443 Auszubildenden im Salzstadel - dem Sitz der Schule - auf die Prüfung vorbereitet. Dozenten sind vorwiegend städtische Beschäftigte, die ihre Fachgebiete unterrichten.

Im Dickicht der Tarifverträge

Streng beachten müssen die neun Beschäftigten der Lohn- und Gehaltsabteilung bei der Bezahlung der Löhne und Gehälter die sehr umfangreichen und verästelten Bestimmungen des Sozialversicherungs-, Kindergeld-, Lohnsteuer- und Tarifrechts, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeden Monat pünktlich und korrekt ihr Entgelt erhalten. Daneben lassen auch andere öffentliche Einrichtungen, bei der Stadt ihre Löhne und Gehälter abrechnen. Es sind dies derzeit mit 70 Abrechnungen im Monat: der Bürger- und Verkehrsverein, die Tübinger Musikschule der Regionalverband Neckar-Alb, die Begegnungsstätte Hirsch, die Tübinger Parkhausgesellschaft, die Drogenhilfe Tübingen, die Hölderlinggesellschaft Tübingen, das Frauenhaus Tübingen, das Bezirkskuratorium für offene Altenarbeit.

Zusammengerechnet wurden im Jahresdurchschnitt 1990 so über 1 660 Abrechnungsfälle im Monat erledigt. Die zeitgerechte Erledigung dieser Arbeit ist nur noch mit der EDV möglich.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, das Sonderprogramm der Landesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen, zusätzlich gemeinnützige Arbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz sowie die zehn städtischen Zivildienststellen besetzen der Stadt rund 50 zusätzliche Arbeitsplätze, die zum Großteil durch Zuschüsse finanziert werden.

Beschäftigung von Schwerbehinderten

Als öffentlicher Arbeitgeber hat die Stadt eine besondere Verpflichtung, die vom Gesetz vorgegebene Mindestbeschäftigungszahl (6 Prozent der Beschäftigten) einzuhalten. Während dies in den vergangenen Jahren ohne Schwierigkeiten gelang, kommt sie bei rückläufiger Zahl langsam in Bedrängnis, ihrer Pflicht zu genügen. Künftig wird daher verstärkt und konsequent darauf zu achten sein, daß bei gleicher Eignung Schwerbehinderte eingestellt werden. Sonst kommt die Stadt sehr schnell in die Lage, Schwerbehindertenabgabe zahlen zu müssen.

Zuwachs in Sicht

Durch die Schaffung 46 neuer Stellen im Haushaltsplan 1990 und die neuen Tarifabschlüsse (Altenpflegebereich und Neufassung der Zulagen) steigen die Personalkosten von 66,9 Millionen DM 1989 auf 70,7 Millionen DM 1990. Bei gleichbleibendem Personalstand erhöht sich diese Summe im Folgejahr 1991 auf 73 Millionen DM. Wenn, wie vorgesehen, rund 50 Stellen geschaffen werden, klettert der Betrag um zwei auf insgesamt 75 Millionen DM.

Die Personalkosten werden - eine jährliche Steigerung von vier Prozent vorausgesetzt - noch vor dem Übertritt ins nächste Jahrtausend die Schwelle von hundert Millionen DM überschreiten. Da im laufenden Jahr noch bedeutsame Tarifvertragsverhandlungen anstehen, ist zu befürchten, daß diese Marke schon vorher erreicht wird.

Die Personalgewinnung ist auch 1990 nicht einfacher geworden. Zu sehr werden gute Arbeitskräfte von der Wirtschaft abgeworben. Insbesondere Facharbeiter und Pflegepersonal sind Mangelware. Wenn die Stadt ihren Verpflichtungen nachkommen will, muß sie bereit sein, auch neue Wege zu gehen. Da übertarifliche Leistungen aus grundsätzlichen Erwägungen ausscheiden, kann eine der Möglichkeiten sein, gezielt mit preisgünstigen Wohnungen um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu werben.

Sonderleistungen für alle Bedienstete sind die Essensgeldzuschüsse in Höhe von 1,50 DM pro Mittagessen und der alle zwei Jahre stattfindende Wandermittag. Die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der Stadtwerke treffen sich alljährlich und unternehmen einen stets

sehr beliebten von der Personalvertretung organisierten Ausflug.

Die Vertretung der Beschäftigten - der Personalrat

Gewählt wurde am 8. Mai 1985 mit folgendem Ergebnis:

Vorsitzender: Norman Ahlborn
 1. Stellvertreter: Fritz Aicheler
 2. Stellvertreter: Hans-Joachim Wiertz
 Vorstandsmitglied: Brigitte Edel
 Vorstandsmitglied: Manfred Schneck
 Personalrätinnen und Personalräte: Frank Kienle, Rose Stoll, Rolf Hagenlocher, Ursula Schweizer, Herbert Gunzert, Johanna Kern, Walter Weberruß, Wolfgang Erhard
 Jugendvertreterin: Sibylle Mangold

Vertreter der ausländischen Beschäftigten: Musa Kaplan, Ridvan Pala und Marija Levstek.

Personalratsvorsitzender Norman Ahlborn schied zum 31.12.1988 aus, Nachfolgerin wurde Rose Stoll.

Am 19. April 1989 waren Neuwahlen:

Vorsitzender: Hans-Joachim Wiertz
 1. Stellvertreterin: Rose Stoll
 2. Stellvertreter: Fritz Aicheler
 Vorstandsmitglied: Herbert Gunzert
 Vorstandsmitglied: Manfred Schneck
 Personalrätinnen und Personalräte: Birgit Hämmerle, Brigitte Edel, Andrea Pfeiffer, Albert Ilg, Elisabeth Spät, Wilhelm Binder, Walter Weberruß, Rainer Kehrer
 Jugendvertreterin: Silke Thyrolf

Vertreter der ausländischen Beschäftigten: Ridvan Pala, Marija Levstek und Musa Kaplan.

Seit dieser Wahlperiode sind erstmals zwei Personalratsmitglieder, der Vorsitzende und seine Stellvertreterin, vom Dienst freigestellt.

Auf Sparsamkeit bedacht

Das Rechnungsprüfungsamt

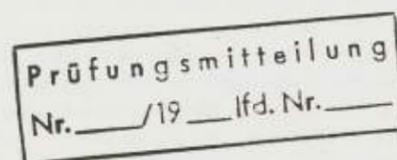
Wenn jemand das Wort Rechnungsprüfungsamt hört, kann er oder sie meist nicht allzuviel damit anfangen. Dieses Amt ist in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, da seine "Kunden" nicht die Bürgerinnen und Bürger, sondern die städtischen Ämter sind. Lediglich bei der Feststellung der Jahresrechnung eines Haushaltsjahres - also jedes Jahr einmal - tritt es an die Öffentlichkeit, wenn das in einem Schlußbericht zusammengefaßte wesentliche Ergebnis der Prüfung dem Gemeinderat vorgelegt wird und vom Amtsleiter zu erläutern ist.

Das Amt mußte im Juni 1988 in das stadteigene Gebäude Neckarhalde 56 umziehen. Seit 1979 war es (wieder) im Rathaus untergebracht, hatte jedoch den Platz für eine bis dahin im Technischen Rathaus untergebrachte Dienststelle zu räumen. Obwohl jedes Jahr neue Mitarbeiter eingestellt werden, konnte die Verwaltung die Schaffung neuer Dienststräume bisher im Gemeinderat nicht durchsetzen. Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ist seit 1. April 1978 Hans Mauch (55); es hat derzeit insgesamt sieben Beschäftigte.

Tübingen ist wegen seiner Einwohnerzahl gesetzlich verpflichtet, für die Rechnungsprüfung ein besonderes Amt einzurichten. Es ist bei der Erfüllung seiner Aufgaben unabhängig, an Weisungen nicht gebunden und untersteht unmittelbar dem Oberbürgermeister. Die Rechnungsprüfung ist eine wesentliche Voraussetzung und zugleich der Nachweis für ein ordnungsgemäßes kommunales Finanzgebaren. Zu den Hauptaufgaben gehören die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt und der Jahresabschlüsse der rechtlich unselbständigen wirtschaftlichen Unternehmen sowie die laufende Prüfung und Überwachung der Kassenvorgänge. So werden zum Beispiel die Stadtkasse sowie rund hundert Zahlstellen und Handvorschüsse (das sind Außenstellen der Stadtkasse, die entweder Gelder bar einnehmen oder geringfügige, laufend wiederkehrende Ausgaben leisten) überwacht und geprüft.

Daneben hat der Gemeinderat 1970 dem Amt weitere Kann-Aufgaben zugewiesen: Die Prüfung der Vergaben, der Wirtschaftsführung der Unternehmen und der Betätigung der Stadt als Gesellschafterin oder Aktionärin in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Unter die Betätigungsprüfung fallen etwa die Stadtwerke Tübingen GmbH (SWT) und die Tübinger Parkhausgesellschaft mbH, bei beiden ist die Stadt alleinige Gesellschafterin.

Zu prüfen ist, ob bei den Einnahmen und Ausgaben nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist, ob die einzelnen Beträge sachlich begründet und rechnerisch richtig sind, der Haushaltsplan eingehalten und ob wirtschaftlich und sparsam gehandelt worden ist. Dabei taucht immer wieder die Frage auf, ob politische Entscheidungen der Rechnungsprüfung unterliegen. Dies ist nur dann möglich, wenn Gemeinderatsbeschlüsse eindeutig gegen bestehende Gesetze verstießen, wobei in solchen Fällen vorrangig andere Organe tätig werden müßten (Widerspruchspflicht des Oberbürgermeisters, Rechtsaufsichtsbehörde).



Geprüft wird in erster Linie die Stadtverwaltung. Die nach der Gemeindeordnung gefaßten Gemeinderatsbeschlüsse können vom Rechnungsprüfungsamt nicht beanstandet werden, da Fragen der Priorität, Zweckmäßigkeit und andere nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung sein dürfen. Das Amt kann jedoch auf eventuelle nachteilige Folgen für die städtischen Finanzen hinweisen. Zu prüfen sind grundsätzlich alle Handlungen, die einen Kassenvorgang auslösen.

Die dem Zahlungsgeschäft vorgeschaltete Visa-Kontrolle erlaubt bei jährlich über 50 000 Belegen eine gründliche, sachliche Prüfung nur selten, soll die Zahlung nicht verzögert werden. Deshalb wird sie nur noch bei den Erschließungs- und Entwässerungsbeiträgen angewendet, da es im nachhinein rechtlich schwierig ist, erlassene Beitragsbescheide zu ändern. Auch beim Wohngeld und bei der Unterhaltssicherung wird noch so verfahren.

Praktiziert wird heute allgemein die "begleitende Prüfung": Sie liegt zeitlich nach dem Kassenvollzug und erstreckt sich auf ein bestimmtes Sachgebiet nach verschiedenen Gesichtspunkten (förmlich, rechnerisch, sachlich begründet, wirtschaftlich, sparsam, dem Haushaltsplan entsprechend). Dabei kommen nicht alle Sachgebiete der Stadtverwaltung jedes Jahr dran; regelmäßig geprüft werden jedoch die Personalausgaben, die in den vergangenen Jahren sehr stark gestiegen sind und 1990 rund 71 Millionen DM betragen haben, das sind etwa ein Drittel der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes.

Schwerpunkte der Prüfung waren in den vergangenen Jahren z. B. die Mieten für städtische Wohnungen, die Verwaltung der angeschafften Vermögensgegenstände an Schulen (Inventar), Fuhrpark und Müllabfuhr, Kasseneinnahmereste. Das Amt prüft möglichst gegenwartsnah, das heißt zum großen Teil schon während des Haushaltsjahres. Dabei sind die Ende 1988 installierten zwei Bildschirmsehrer sehr nützlich, weil so Daten direkt im Rechenzentrum abgefragt werden können.

Es beschränkt sich nicht nur auf die Prüfung kassenmäßig abgeschlossener Vorgänge, sondern ist in vielen Fällen beratend beteiligt, vor allem bei der Bauprüfung. Bei vielen Bauten ist es von Anfang an eingeschaltet, sodaß Unklarheiten und Fehler vermieden oder bereinigt werden können.

Das Rechnungsprüfungsamt hat unter anderem eine einheitliche Fassung von Vertragsbedingungen, Ausschreibungstexten, Architekten- und Ingenieurverträgen erwirkt. Die enge Zusammenarbeit mit den Fachämtern führt zu einheitlicher Auslegung der geltenden Bestimmungen wie Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB), Gebührenordnung für Ingenieure (GOI) und Honorarordnung für Architekten- und Ingenieure (HOAI). Damit ist schon manche Mark eingespart worden. Wichtig auch dies: Ansprüche von Auftragnehmern, die zweifelhaft erscheinen, werden rechtzeitig erkannt und somit gar nicht erst ausbezahlt.

Über alles geht dem Amt die Sparsamkeit in der Verwaltung. Bei immer knapper werdenden Mitteln sollte diese schwäbische Tugend wieder mehr in den Vordergrund rücken. Gelegenheit dazu bieten alle Bereiche der Stadtverwaltung, angefangen beim Gemeinderat, der seit der Wahl im Oktober 1984 auf die stattliche Zahl von 65 Mitglieder (seit 1989: 64) gewachsen ist, über manch-

mal sehr großzügig verteilte Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt bis hin zu teils aufwendig ausgeführten Baumaßnahmen und üppig ausgestatteten Kindergärten und Schulen.

Das Amt hat auch die Jahresrechnung verschiedener, von der Stadt unterstützter Vereine und Organisationen zu prüfen, um die ordnungsgemäße Verwendung der städtischen Zuschüsse festzustellen.

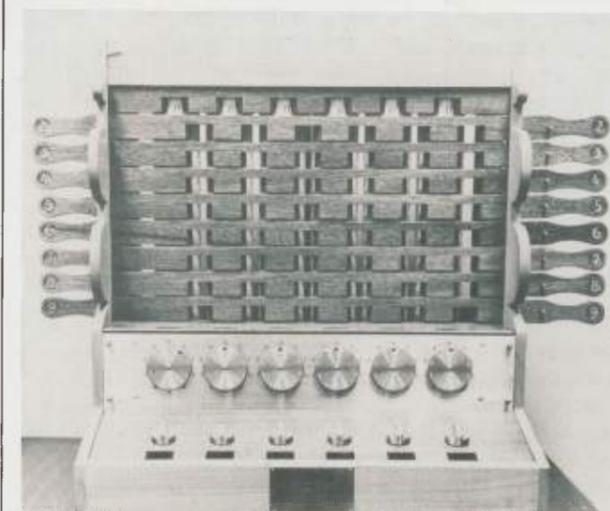
Wie wirksam Rechnungsprüfung ist, läßt sich in Mark und Pfennig nur schwer ausdrücken. Ist sie beratend eingeschaltet, können Fehler von vornherein vermieden werden; bei nachträglicher Prüfung werden bei einer so großen Verwaltung aber immer wieder Fehler festzustellen sein, die beanstandet werden müssen. Das reicht vom unterlassenen Skontoabzug bis zur nicht anerkennbaren Mehrforderung bei Bauprojekten.

Fehlerhaftes Verhalten wirft immer die Frage der Haftung auf. Liegt ein Verschulden vor, tritt die Vermögensschadenversicherung ein und ersetzt der Stadt einen etwaigen finanziellen Schaden. In den vergangenen acht Jahren mußte davon allerdings selten Gebrauch gemacht werden, das Schadensvolumen betrug nur etwa 5 000 DM.

Die Prüfung der Jahresrechnung bis einschließlich 1988 ist abgeschlossen, der Schlußbericht 1989 wurde am 28.01.1991 gefertigt und wird voraussichtlich noch im Frühjahr 1991 beraten.

Neben der örtlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt gibt es auch eine überörtliche Prüfung (Aufsichtsprüfung) durch die Gemeindeprüfungsanstalt Karlsruhe. Die Prüfung bis 1987 ist im wesentlichen abgeschlossen.

Geprüft!
Tübingen,
Städt. Rechnungsprüfungsamt



Nicht mehr im Einsatz:

Erste mechanische Rechenmaschine der Welt. Nachbau der Erfindung des Prof. Wilhelm Schickard von 1623. Original im Besitz der Städt. Sammlungen.

Wenn's ums Geld geht

Die Stadtkämmerei

Immer, wenn es um's Geld geht, ist die Stadtkämmerei gefragt. Sie ist zuständig für die kommunalen Einnahmen und Ausgaben und legt mit den jährlichen Haushaltsplänen den Grund für die städtische Finanzwirtschaft. Sie legt dem Gemeinderat jährlich eine Finanzplanung vor, mit der mittelfristig nachzuweisen ist, daß die Stadt ihre Aufgaben, ihre Leistungen und vor allem die dazu notwendigen Investitionen finanzieren kann und zwar so, daß die stetige Erfüllung der städtischen Aufgaben nachhaltig gesichert bleibt. Die Kämmerei sorgt ferner für staatliche Finanzierungshilfen. Sie legt jährlich Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt und ihr Vermögen. Die nebenstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt in den Jahren 1982 und 1989.

Die Steuerabteilung erhebt die Gemeindesteuern, mit denen die Bürgerinnen und Bürger und die Gewerbebetriebe direkt zur Finanzierung der Verwaltung und der öffentlichen Einrichtungen der Stadt beitragen, sowie die Gebühren für die Benutzung der Abwasser- und Abfallbeseitigung. Die Stadtkasse erledigt den Zahlungsverkehr und die Buchhaltung.

Seit 1981 haben drei Stadtkämmerer das Amt geleitet: Ende August 1982 ist Albert Fauser nach 17 Jahren - damals noch als Stadtpfleger - in den Ruhestand gegangen. Die nächsten sechs Jahre bis zum Ruhestand im August 1988 war Eugen Ralsch Stadtkämmerer. Als Nachfolger wählte der Gemeinderat Albrecht Schmid.

Kennzeichen: Mangelnde Steuerkraft

Das Aufkommen an eigenen Steuern ist mit dem Anteil an der Einkommensteuer die ergebendste Einkommensquelle der Stadt. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage macht sie 40 Prozent der laufenden Einnahmen aus. Dabei ist Tübingen eine steuer-schwache Stadt, insbesondere was das Gewerbesteueraufkommen angeht. Einen teilweisen Ausgleich bringen die Zuweisungen des Landes im kommunalen Finanzausgleich. Bei ihm wird nicht nur die Einwohner-

zahl sondern auch die Steuerkraft der Gemeinde, im Falle Tübingen "mangelnde Steuerkraft", also die Steuerschwäche, berücksichtigt. Diese Zuweisungen, abzüglich der von der Stadt zu zahlenden Finanzausgleichsumlage, stellen mit knapp 20 Prozent der Einnahmen die zweitstärkste Einnahmequelle dar. Sie sind, ebenso wie die Gewerbesteuer und der Anteil an der Einkommensteuer, sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig und damit ein unsicherer Posten in der Haushalts- und Finanzplanung. Vorsichtige Schätzungen in den zurückliegenden Jahren und eine gute konjunkturelle Entwicklung haben die Stadt jedoch vor unangenehmen Überraschungen bewahrt.

Mit einer Ausnahme: Das Ergebnis der Volkszählung hat 1989 ein Loch von 4,8 Millionen DM in den Haushalt gerissen, da die vom Statistischen Landesamt festgestellte amtli-

che Zahl der Wohnbevölkerung um fast 5 000 Personen vermindert wurde.

Die Zuweisungen im Finanzausgleich hängen außer von der Konjunktur sehr stark auch von staatlichen Entscheidungen ab: Die Einkommensteuersenkungen des Bundes 1988 und 1990 haben sich auf die kommunalen Haushalte ausgewirkt. 1989 hat das Land die kommunale Finanzausgleichsmasse zur Entlastung seines Haushaltes gekürzt. Höhere eigene Steuereinnahmen würden die Stadt weniger abhängig vom "goldenen Zügel" des Staates machen, andererseits würde sich die Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung des ortsansässigen Gewerbes verstärken.

Gebühren, Abgaben, "Knöllchen"

Verwaltungsgebühren (wie für Reisepässe, Baugenehmigungen), Gebühren und Ent-

Laufende Einnahmen

	1982 Mio DM	in %	1989 Mio DM	in %
Steuern	55,5		79,3	
abzügl. Gewerbesteuerumlage	-5,1		-4,5	
netto	50,4	40,5	74,8	41,8
allg. Zuweisungen abzügl. Finanzausgleichsumlage	35,3		54,3	
netto	-11,5		-18,8	
Gebühren und Entgelte	23,8	19,2	35,5	19,8
Erlöse, Mieten, Pachten	19,7	15,9	27,0	15,1
Gewinnanteile	8,5	6,8	10,3	5,8
Sonst. Einnahmen, Erstattungen und Verrechnungen	5,6	4,5	10,2	5,7
Kalkulat. Einnahmen	7,8	6,3	11,8	6,6
	8,5	6,8	9,4	5,2
insgesamt	124,3	100,0	179,0	100,0

Laufende Ausgaben

	1982 Mio DM	in %	1989 Mio DM	in %
Personal, Verwaltung und Betrieb	85,6	68,9	117,9	65,9
Zuschüsse für lfd. Zwecke	6,2	5,0	11,6	6,5
Soziale Leistungen	1,1	0,8	1,5	0,8
Kreisumlage	12,8	10,3	22,9	12,8
Zinsen	11,5	9,3	7,3	4,0
Tilgungen	5,4	4,3	6,2	3,5
insgesamt	122,6	98,6	167,4	93,5

gelte für die Benutzung städtischer Einrichtungen (Müllabfuhr-, Abwasser-, Friedhofsgebühren) sind mit rund 15 Prozent an den laufenden Einnahmen beteiligt und tragen zur Deckung der entsprechenden Ausgaben bei.

Unter den sonstigen Einnahmen machen die Gewinnanteile, das sind im wesentlichen die Gewinne und Konzessionsabgaben der Stadtwerke Tübingen GmbH einen nicht unbeträchtlichen Posten aus. Das Ergebnis 1989 ist, durch außerordentliche Erträge bedingt, mit 10,2 Millionen DM einmalig hoch; 1990 ist mit 9,4 Millionen DM wieder ein niedrigeres, jedoch immer noch sehr gutes Ergebnis zu erwarten. Bemerkenswert zu Buche schlagen auch die Geldbußen und Verwarnungsgelder, mit denen die Verkehrssünder zur Finanzierung des Haushalts beitragen. Ihr Gesamtbetrag stieg von knapp 500 000 DM 1982 auf zwei Millionen DM 1989.

Unter den Einnahmen ist auch die Zuführung vom Verwaltungshaushalt aufgeführt - ein entsprechender Posten findet sich unter den Ausgaben als Zuführung an den Vermögenshaushalt. Es handelt sich um eine interne Verrechnung, mit der der Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben dem Vermögenshaushalt als Investitionshaushalt zugeführt wird. Abzüglich der Kredittilgungen ergibt sich die Nettoinvestitionsrate. Das ist der Betrag an Eigenmitteln, mit dem die Stadt neben den Erlösen aus der Veräußerung von Vermögen und der Entnahme aus Rücklagen zur Finanzierung ihrer Investitionen beiträgt. Es ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Zuführungsrate Mio DM	ordentliche Tilgungen Mio DM	Nettoinvestitionsrate Mio DM
1982	7,1	5,4	1,7
1983	13,2	5,7	7,5
1984	24,0	5,9	18,1
1985	21,7	5,3	16,4
1986	20,4	5,3	15,1
1987	30,0	5,9	24,1
1988	25,7	5,8	19,9
1989	26,3	6,2	20,1

Investitionen, Schulden

1982 trug der Haushalt wegen konjunktureller Einnahmeausfälle bei den Gewerbesteuer- und Finanzausgleichsumlagen nur mit sehr wenig Eigenmitteln zur Investitionsfinanzierung bei, was eine relativ hohe Neuverschuldung

zur Folge hatte. 1984 setzte konjunkturbedingt eine für Tübinger Verhältnisse sehr günstige Entwicklung ein; die Kreditaufnahmen konnten stark reduziert werden. Da sie unterhalb der jährlichen Tilgungen lagen, war es möglich den Schuldenstand bis 1988 sogar unter den des Jahres 1983 abzubauen. 1989 ergab sich dann wieder eine geringere Nettoinvestitionsrate, insbesondere wegen der Ausfälle bei den Einkommensteueranteilen und Finanzausgleichsumlagen. Das vorläufige Rechnungsergebnis zeigt jedoch eine günstigere Entwicklung durch Mehreinnahmen bei den Finanzausgleichsumlagen und der Gewerbesteuer sowie wegen Verzögerungen des Investitionsprogramms mit der Folge, daß Kreditaufnahmen hinausgeschoben werden konnten.

Die Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen müssen mit den Ausgaben für den Vermögenserwerb gesehen werden, die im wesentlichen Erlöse aus dem Verkauf städtischer Grundstücke sind. Berücksichtigt man, daß von den Ausgaben für Vermögenserwerb jährlich rund drei Millionen DM auf den Kauf von Ausstattungsgegenständen, Geräten und Fahrzeugen entfallen, der Rest auf den Kauf von Grundstücken, ergibt sich für die Jahre 1984 bis 1988 eine in etwa ausgeglichene Grundstücksverkehrsbilanz. 1982 konnten Mehrerlöse im Grundstücksgeschäft aus dem Verkauf des Geländes Hintere Grabenstraße, 1983 aus dem von Baugrundstücken auf dem Schafbrühl und in der Rappenberghalde und 1989 von solchen auf dem Herrlesberg zur Finanzierung der Investitionen eingesetzt werden.

Beiträge und Investitionszuschüsse gehen abhängig von den Investitionsausgaben ein und schwanken dementsprechend im Vergleich der Jahre erheblich. Sowohl die Erschließungs- und Abwasserbeiträge als auch die staatlichen Investitionszuschüsse sind wesentliche Finanzierungsmittel zur Entwicklung der städtischen Infrastruktur.

Ausgaben

Die Ausgaben für das Personal sowie für die sächlichen Kosten von Verwaltung und Betrieb machen beim Dienstleistungsunternehmen Stadt naturgemäß den dicksten Posten aus. In ihnen kommt der Wert der Dienstleistungen zum Ausdruck, die die Ämter erbringen, aber auch der Wert der Leistungen der städtischen Einrichtungen, von der Feuerwehr über die Schulen, Stadtbücherei, Kindergärten, Jugendhäuser, Sportstätten, Bäder, Straßen und Wege, Abwasserbeseiti-

gung, Abfallentsorgung bis zum Bestattungswesen. Sie sind von 1982 bis 1989 zwar um 37,7 Prozent kräftig gestiegen, jedoch weniger als die laufenden Einnahmen mit 44 Prozent.

Die Zuschüsse für laufende Zwecke, mit denen die Stadt kulturelle und soziale Vereine und Einrichtungen sowie den Sport fördert, haben sich von 1982 bis 1989 um 5,4 Millionen DM oder 87 Prozent erhöht. Soweit die Kostenentwicklung, etwa bei den kirchlichen Kindergärten, der Musikschule, der Volkshochschule oder dem Landestheater, Ursache für die erhöhte Förderung war, war sie zwangsläufig. Bei den zusätzlichen Leistungen ist der Anstieg wegen des knappen Finanzspielraums der Stadt jedoch nicht unbedenklich, vor allem mit Blick auf die Finanzierung der großen Zukunftsaufgaben.

Gewerbesteuerumlage, Finanzausgleichsumlage und Kreisumlage haben sich mit der Steuerkraft nach oben entwickelt. Der Landkreis hat allerdings auch den Hebesatz für die Kreisumlage von 19 (1982) auf 22 Prozent 1989 erhöht. Grund war der weit überdurchschnittliche Anstieg der Sozialhilfeausgaben im Landkreis.

Der Aufwand für Zinsen ist seit 1982 um 4,2 Millionen DM oder 36,5 Prozent beträchtlich zurückgegangen, der für Tilgungen um 800 000 DM oder 14,8 Prozent nur mäßig gestiegen. Darin zeigt sich die Konsolidierung des Haushalts, die 1984 bis 1988 dank konjunkturbedingt hoher Steuereinnahmen möglich war. Mit der neuen Investitionsphase, in die die Stadt 1989 eingetreten ist, wird sich die Belastung durch den Kapitaldienst jedoch wieder beträchtlich erhöhen. Aufgabe einer verantwortungsbewußten Finanzpolitik der nächsten Jahre wird es sein, diese Belastung so zu begrenzen, daß nicht nur konjunkturbedingte Schwankungen ohne Einschränkungen der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger aufgefangen werden können, sondern daß auch ein Handlungsspielraum für die Finanzierung neuer Aufgaben der nächsten Generationen offen bleibt.

Die Ausgaben für Bauinvestitionen gingen nach einem Höchststand 1981 von 40,7 ab 1982 mit 38,8 auf 19,9 Millionen DM 1984 zurück und haben erst 1989 den Stand von 1982 wieder erreicht. Rückblickend ist dies unter dem Gesichtspunkt des notwendigen antizyklischen Verhaltens in der Phase der Hochkonjunktur als richtig zu bezeichnen, wenn auch von Fall zu Fall die schnellere

Umsetzung eines Vorhabens aus anderen Gründen zu begrüßen gewesen wäre. Die geringeren Investitionen und damit die geringeren Kreditaufnahmen haben jedoch wesentlich zur Konsolidierung des Haushalts beigetragen.

Die Schulden der Stadt haben sich seit 1982 wie folgt entwickelt:

Jahr	Schuldenstand Mio DM	Schulden pro Einwohner DM	Aufwand f. Zins u. Tilgung Mio DM
1982	124,2	1670	16,6
1983	128,1	1713	16,8
1984	120,1	1600	16,7
1985	113,5	1503	14,7
1986	114,4	1514	13,3
1987	109,1	1426	13,2
1988	110,2	1436	12,4
1989	119,2	1540	13,1

Zukunftsaufgaben finanzierbar

Viele neue Aufgaben vor allem im sozialen und kulturellen Bereich wurden in den vergangenen Jahren mit beträchtlichen Investitionen und hohem laufendem Aufwand erfüllt. Die städtischen Sozialleistungen wurden deutlich ausgebaut, soziale und kulturelle Vereine und Einrichtungen verstärkt gefördert, der öffentliche Personennahverkehr mit beträchtlichen Subventionen verbessert. Trotzdem konnten der städtische Haushalt dank steigender Steuereinnahmen und Finanzzuweisungen konsolidiert und Schulden abgebaut werden. Eine sparsame Verwaltungs- und Betriebsführung hat dazu beigetragen.

Mit der Erschließung von zwei Baugebieten, mit ersten Schritten zur Umsetzung des aus Umweltschutzgründen wichtigen Abwasserprogrammes 2000 mit einem Investitionsvolumen von 150 Millionen DM, sowie mit der eingeleiteten Realisierung des ökologisch und wegen des Hochwasserschutzes für Lustnau bedeutsamen Wasserprogrammes 90 mit 22 Millionen DM ist die Stadt 1988 in eine neue Investitionsphase eingetreten. Nach der Finanzplanung 1990 sind 350 Millionen DM Investitionen vorgesehen, die aus damaliger Sicht nur mit rund 160 Millionen DM neuen Krediten finanzierbar waren. Zinsen und Tilgungen werden trotz der städtischen Steuererhöhungen 1990 die verblei-

bende Nettainvestitionsrate auf jährlich zwölf Millionen DM reduzieren, ein Betrag, der deutlich unter dem Durchschnittsergebnis der Jahre 1982 bis 1989 mit 16,8 Millionen DM liegt.

Wenn auch die Schuldenlast in den kommenden Jahren erheblich zunehmen wird, so zeigt die Finanzplanung doch, daß das Investitionsprogramm finanzierbar ist. Aber nur unter der Voraussetzung, daß Steuern und Finanzzuweisungen wie erwartet eingehenden und der Gemeinderat bereit ist, bei den kostenrechnenden Einrichtungen, insbesondere der Abwasserbeseitigung, Gebühren und Entgelte den investitionsbedingt steigenden Kosten anzupassen. Mit diesem Investitionsvolumen sind die finanziellen Möglichkeiten der Stadt nahezu erschöpft, weiteren Wünschen muß mit größter Zurückhaltung begegnet werden.

Spielraum wird enger

Der voraussehbar sehr enge Finanzrahmen wird dem Gemeinderat später nur noch wenig Spielraum lassen. Die Stadt wird auf neue Anforderungen kaum flexibel reagieren können. Außerdem bleibt wenig Raum, konjunkturelle Einnahmeausfälle oder etwa die noch nicht abzusehende Belastung der kommunalen Haushalte mit den Kosten der Wiedervereinigung aufzufangen. Hohe Investitionen werden notwendig, wenn Tübingen als Standort der französischen Garnison aufgegeben wird mit einmaligen Chancen, die städtische Infrastruktur zu verbessern, der Wohnungsnot nachhaltig zu begegnen und die Südstadt städtebaulich aufzuwerten. Allein dieser Gedanke müßte jeden kommu-



nalverantwortlich Handelnden veranlassen, jede Mark zweimal umzudrehen, ehe sie für ein anderes, für die Zukunft der Stadt weniger wichtiges Projekt ausgegeben wird. Nur eine maßvolle und zurückhaltende Ausgaben- und Investitionspolitik ermöglicht die Wahrnehmung dieser einmaligen Chance.

Die Steuerabteilung

Neben den traditionellen Aufgaben, wie die Veranlagung der Grund-, Gewerbe-, Hunde- und seit 1986 der Vergnügungssteuer, der Abfall-, Erdaushub- und Abwassergebühren, ist die Steuerabteilung zuständig für die Abgabe der Umsatz- und Ertragssteuererklärungen für die gewerblichen Betriebe der Stadt. Außerdem werden seit 1983 die Kostenrechnungen für folgende Einrichtungen bearbeitet: Altenheime, Parkhäuser, Märkte, Vieh- und Schlachthof, Bestattungswesen, Fuhrpark, Omnibushof, Männerwohnheim sowie Kultur- und Gewerbezentrum Waldhörle. Dazu gehört die Kalkulation aller Gebühren und Entgelte.

Trotz gravierender Eingriffe des Gesetzgebers in die Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer hat sich ihr Aufkommen von 1982 bis 1989 um über 50 Prozent erhöht. Dabei ändert sich der Kreis der Abgabepflichtigen nur wenig: Noch immer liegt die Zahl der Gewerbesteuerzahler bei rund tausend und nur noch wenige neue Gewerbebetriebe haben durch hohe Beträge auf sich aufmerksam gemacht. Im Schnitt werden zwei Drittel des Gewerbesteueraufkommens von den 50 größten Steuerzahlern erbracht.

Das Steueraufkommen der einzelnen Branchen ändert sich jedes Jahr erheblich. Im Berichtszeitraum haben die verschiedenen Wirtschaftszweige im Durchschnitt wie folgt zum Ergebnis beigetragen: Verarbeitendes Gewerbe 35, Private Dienstleistungsunternehmen 20, Einzel- und Großhandel 10, Handwerksbetriebe 10, öffentliche Unternehmen 25 Prozent.

Obwohl die Dienstleistungsunternehmen, der Handel und die Handwerksbetriebe nur einen Steueranteil von zusammen etwa 40 Prozent haben, sind in diesen Bereichen rund 95 Prozent der Steuerpflichtigen tätig. Der Hebesatz, der seit 1980 mit 330 Prozent festgesetzt war, wurde 1988 vom Gemeinderat auf 340 Prozent erhöht.

Das Grundsteueraufkommen stieg von 6 143 487 DM 1982 auf 7 742 690 DM 1989. Die

durchschnittliche jährliche Erhöhung um rund 200 000 DM beruht zu je 50 Prozent auf dem Wegfall der zehnjährigen Grundsteuervergünstigung sowie auf Neuzugängen und Änderungen von Grundsteuermeßbeträgen. Die Erschließung von neuem Baugebiete (wie Ursainer Egert) und die rege Bautätigkeit in den letzten Jahren haben sich wegen der zehnjährigen Grundsteuervergünstigung für neuen Wohnraum nicht so gravierend auf das Grundsteueraufkommen ausgewirkt wie zu vermuten ist.

Die Einnahmen kamen 1989 von rund 27 000 Objekten und verteilten sich auf etwa 15 300 Steuerpflichtige. Der Hebesatz für die Grundsteuer A, für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, lag während der gesamten Zeit bei 250 Prozent. Der Hebesatz für die übrigen Grundstücke, Grundsteuer B, betrug 260 Prozent.

Die Gemeinden sind durch Landesgesetz verpflichtet, Hundesteuer zu erheben. Maßgebend ist die Verhütung von Gefahren für die Allgemeinheit, die durch eine immer größer werdende Anzahl Hundehaltungen entstehen. Innerhalb eines gesetzlichen Rahmens können die Gemeinden die Steuersätze selbst bestimmen. Der Gemeinderat hat den ersten Hund auf 120 und jeden weiteren Hund auf 240 DM festgesetzt. Die Steuersätze gelten seit 1979 unverändert, erhöhen sich aber 1991 auf 180 DM. Das Steueraufkommen und die Zahl von rund 1 500 Hunden sind fast konstant geblieben.

Vergnügen bessert die Finanzen

Der Gemeinderat beschloß im Februar 1986 zur Verbesserung der Finanzlage die Erhebung einer Vergnügungssteuer, die jährlich rund 220 000 DM einbringt.

Verschiedene Automatenhersteller legten gegen die Vergnügungssteuerbescheide Widerspruch, Klage und Berufung wegen mangelnder Rechtsgrundlage und erdrosselnder Wirkung ein. Das Verwaltungsgericht Sigmaringen sowie der Verwaltungsgeschichtshof Baden-Württemberg haben aber in ihren Urteilen die Einwände als unbegründet zurückgewiesen und die Satzung in allen Punkten für gültig erklärt.

Schmutziges Wasser

Die Abwassergebühren dürfen nur die Kosten decken. Die Gebührenbescheide werden von den Stadtwerken mit der Wasserrechnung versandt. Gesonderte Bescheide

gehen an die Gebührenschuldner, die nachweislich Wasser nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen einleiten oder deren Abwasser einen bestimmten Verschmutzungsgrad übersteigt. Die Anzahl der Gebührenschuldner mit Starkverschmutzerzuschlag hat sich seit der letzten Satzungsänderung vom Mai 1985, die den Zuschlag differenzierter staffelt und amtliche Analyse des Abwassers vorsieht, verringert.

Abfall, Erde, Schutt und ihre Kosten

Nach einer Vereinbarung mit dem Landkreis sammelt und befördert die Stadt die anfallenden Abfälle und betrieb bis Ende 1984 die Abfalldeponie "Schweinerain". Der Steuerabteilung obliegt dabei die Veranlagung und die Kalkulation der Gebühren und die Abrechnung der Abfallbeseitigungskosten mit dem Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen.

Die Kosten für die Abfallbeseitigung entwickelten sich von 3,3 (1982) über 4,6 (1985) auf 5,5 Millionen DM (1989). Die starke Erhöhung 1985 folgte aus der Inbetriebnahme des Wertstoff- und Humuswerkes in Dußlingen.

Seit 1986 kann man in der Kernstadt zwischen ein- und zweimaliger Leerung in der Woche wählen. Die Müllgebühren wurden im Berichtszeitraum zweimal geändert:

Ab 1982	Menge	Kernstadt zweimal wöchentlich	Stadtteile einmal wöchentlich
	25 l	51 DM	30 DM
	35 l	72 DM	42 DM
	50 l	102 DM	60 DM
	1,1 cbm	750 DM	750 DM
Ab 1985			
	25 l	129 DM	75 DM
	35 l	156 DM	87 DM
	50 l	195 DM	105 DM
	1,1 cbm	1 446 DM	1 446 DM
Ab 1986			
	25 l	108 DM	54 DM
	35 l	150 DM	75 DM
	50 l	213 DM	108 DM
	1,1 cbm	1 392 DM	1 392 DM

Seit August 1981 darf Erdaushub und Bauschutt nur auf der neuen Erddeponie "Schinderklinge" gelagert werden und zwar nur, wenn sie in der Stadt sowie in den Gemein-

den Kusterdingen und Kirchentellinsfurt anfallen. In einer Vereinbarung zwischen Kusterdingen, Tübingen und dem Landkreis wurden der Stadt der Betrieb und das Recht übertragen, Benutzungsgebühren für das Ablagern bis zur Höhe der anfallenden Kosten zu erheben. Diese Vereinbarung von 1980 wurde 1988 geändert. Der Kreistag verzichtete auf eine Gebührenregelung und die Stadt trägt die Kosten der Anlage und erhält dafür die Entgelte.

Hochwasser und seine Schäden

1987 waren zusätzlich Hochwasserschäden zu regulieren. Lustnau wurde ein weiteres Mal von einem "Jahrhunderthochwasser" heimgesucht. Rund hundert Gebäudeeigentümer meldeten zwei Millionen DM Schäden an, die von der Württembergischen Gebäudebrandversicherungsanstalt abgewickelt wurden. Im Rahmen der Landeshilfen für Private sowie für soziale und kulturelle Einrichtungen wurden 300 000 DM Schäden gemeldet. Von 59 Anträgen konnten 27 positiv entschieden werden. Die Gesamtauszahlungssumme betrug rund 60 000 DM.

In der Schadenssumme waren nicht enthalten Schäden in der Landwirtschaft, im gewerblichen Bereich, an Kraftfahrzeugen, an beweglichen Sachen und Grundstücken von Personen mit Einkommen über der maßgebenden Grenze sowie Aufwendungen der Stadt für Dienste der Feuerwehr, des Tiefbauamtes und des Fuhrparks.

Das magische Viereck

Die Stadtkasse

Die Stadtkasse kann als ein magisches Viereck zwischen Bürger, Finanzen, Mahnwesen und Datenverarbeitung bezeichnet werden. Die Beschäftigten sind darin abhängig von den gegebenen Faktoren, deren Zwängen und Wechselwirkungen.

Die Bürgerschaft hat ein Recht auf individuelle Betreuung - die Stadtkasse versucht stets, dem gerecht zu werden. Die gesetzlichen Vorgaben und die Entscheidungen des Gemeinderats verlangen, daß sie den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur leistend, sondern auch fordernd gegenüber tritt, damit die durch Gesetz und Selbstverwaltung beschlossenen Aufgaben finanziell erfüllt werden können. Hierzu müssen nicht bezahlte Beträge oftmals leider auch durch Zwangsmaßnahmen beigetrieben werden.

Um ihre Aufgaben wirtschaftlich erfüllen zu können, bedient sich die Stadtkasse im gesamten Rechnungswesen und bei der Mahn- und Beitreibung modernster Datenverarbeitung.

Die Bürger und die Stadtkasse

Bei der Erfüllung der Aufgaben ergeben sich zwangsläufig vielfältige Kontakte zur Bürgerschaft. Die meisten Bereiche (Kassen, Rechnungswesen, Mahnung und Beitreibung) sind der Stadtkasse gesetzlich zugewiesen. In Tübingen ist sie organisatorisch der Stadtkämmerei als Abteilung zugeordnet. Zu den Aufgaben zählen insbesondere die gesamten Kassen- und Rechnungsgeschäfte, das gesamte Mahn- und Beitreibungswesen für Stadt und Stadtteile, die Buchführung, der Rechnungsabschluß, die Finanzstatistiken und die Verwahrung der Wertgegenstände.

Fast alle Aufgaben, mit Ausnahme des Mahn- und Beitreibungswesens, werden mit Hilfe der Datenverarbeitung erledigt. Durch die rasche Entwicklung der EDV ergaben sich in diesem Bereich die größten Veränderungen.

Einen besonderen und völlig kostenlosen Service bietet die Stadtkasse bei den Durchlaufspenden für gemeinnützige Zwecke. Da die Vereine in der Regel nicht selbst Spen-

denbescheinigungen ausstellen dürfen, müssen alle Spenden zunächst über die Bücher der Stadt laufen. Die Spendenbereitschaft nimmt ständig zu und nach dem neuen Vereinsförderungsgesetz werden zusätzliche Vereine als gemeinnützig anerkannt. Die Stadtkasse nimmt den erhöhten Arbeitsaufwand gerne in Kauf, da hierdurch ein gesundes und florierendes Vereinsleben in Tübingen gefördert wird. Um den erheblichen Verwaltungs- und Buchungsaufwand in vertretbaren Grenzen zu halten, hat der Leiter der Buchhaltung ein Computerprogramm zur Spendenabwicklung entwickelt.

Kassieren, zahlen, buchen ...

Die finanziellen Voraussetzungen zur Erfüllung der Aufgaben können nur durch eine gut funktionierende Finanzbuchhaltung wirtschaftlich geschaffen werden. Die Stadtkasse bewältigt ihren gesamten Aufgabenbereich mit 20 Ganztags- und vier Halbtagskräften. Die ständig wachsenden Aufgaben und die Arbeitszeitverkürzung erfordern jedoch eine Personalverstärkung.

Die Bürgerschaft ist in erster Linie vom Zahlungsverkehr tangiert. Alle Eingänge, wie Steuern, Beiträge, Gebühren und sonstige Zahlungen werden durch die Einnahmeabteilung aufgearbeitet, datengerecht umgesetzt und verbucht. Hierzu gehören die unbaren Zahlungen über acht Girokonten ebenso, wie die Bar- und Verrechnungsschecks und gelegentliche Bareinzahlungen. Einen erheblichen Aufwand verursachen immer noch fehlerhafte oder unvollständige Verwendungszweckangaben.

Die gesamten Auszahlungen erfolgen bei

der Hauptkasse. Alle Möglichkeiten des Zahlungsverkehrs, von der Barzahlung bis zur Überweisung, von der Scheckzahlung bis zur telegraphischen Übermittlung, vom Blitzgiro bis zur Auslandsüberweisung, werden ausgeschöpft. Daneben werden die acht Girokonten der Stadt geführt und überwacht und die täglichen Einnahmen und Ausgaben im Tagesabschluß zusammengefaßt und überprüft. Ferner hat die Hauptkasse die Girokonten auf Liquidität zu überprüfen und dafür zu sorgen, daß überflüssige Gelder als Tages- oder Monatsgeld angelegt oder verlängert werden und daß die notwendigen Kassenkredite bereitstehen, um fehlende Liquidität auszugleichen.

Ein reger Austausch, selbstverständlich gegen marktübliche Verzinsung, erfolgt zwischen der Stadtkasse und den Stadtwerken.

Die Termingelder werden dort angelegt, wo sie - bei Beachtung aller Sicherheitsgrundsätze - die höchste Rendite erbringen: In Hamburg oder München, in Berlin oder Frankfurt, auf dem Euromarkt über London oder Luxemburg.

Der Buchhaltung obliegt, neben der Sachbuchführung für den Rechnungsabschluß, die Finanzstatistik, die Vermögensrechnung und die Verwahrung der Wertgegenstände (Grundschul- und Hypothekenbriefe, Wertpapiere, Sparbücher und ähnliches). Sie ist auch zuständig für die Überprüfung der Daten im Auszahlungsverkehr, um Falschzahlungen zu verhindern. Dies ist besonders bedeutsam, weil bei Zahlungen auf ein falsches Empfängerkonto im Datenträgeraustausch nicht mehr das Kreditinstitut sondern der Auftraggeber haftet.

In den vergangenen Jahren wurden folgende Abschlußzahlen verbucht:

	Verwaltungs- haushalt DM	Vermögens- haushalt DM	Haushaltsfremde Vorgänge DM	Sanierungs- haushalt DM
1982	140 997 495	54 376 448	61 836 748	8 030 185
1983	147 030 929	56 487 280	91 736 049	8 808 899
1984	163 419 808	46 428 731	93 930 817	4 572 971
1985	167 908 671	43 060 801	88 326 763	4 500 169
1986	179 401 029	49 579 882	110 710 713	4 835 028
1987	192 417 339	45 424 751	255 680 421	6 325 756
1988	195 751 045	47 856 766	141 576 742	5 579 250
1989	209 520 093	64 116 960	147 674 964	4 825 947

Die Abteilung ordnet und bewahrt auch sämtliche Rechnungsbelege auf, sodaß die Buchhaltung für die Bürgerinnen und Bürger, die Auskünfte über Zahlungen wünschen, die richtige Anlaufstelle ist.

Mühen mit Mahnungen und Zahlungsmoral

In einem geordneten Finanzwesen müssen Zahlungsrückstände gemahnt und beigetrieben werden. Es liegt auf der Hand, daß die Mahn- und Beitreibungsabteilung keine leichte Aufgabe hat. Hier ergaben sich die häufigsten und leider oft die nicht immer erfreulichsten Begegnungen mit den Zahlungspflichtigen. Da der Datenverarbeitung bei der Beitreibung Grenzen gesetzt sind, ist diese Abteilung mit zehn Mitarbeitern personell die stärkste.

Zu ihren Aufgaben gehört die Durchsetzung von privatrechtlichen Forderungen im gerichtlichen Mahnverfahren wie auch die Möglichkeit, die staatlichen Gerichtsvollzieher um Amtshilfe zu ersuchen, die Beauftragung der städtischen Vollstreckungsbeamten ebenso wie die Bitte an andere Kommunen um Amtshilfe, die Pfändung von Sachwerten ebenso wie die Pfändung von Forderungen (wie Pfändung von Lohn und Gehalt, Sozialleistungen, Giro- oder Sparkonten, Erstattungen aus Einkommen- und Lohnsteuerklärungen, Mietforderungen).

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Forderungen, wie Steuern, Gebühren und Beiträge, darf die Stadtkasse nach den gesetzlichen Bestimmungen ihre Außenstände selbst betreiben. Im privatrechtlichen Bereich muß sie, wie jeder Bürger, das gerichtliche Mahnverfahren anwenden.

Überdurchschnittlich viel Mühe war und ist erforderlich, um die Bezahlung der verhängten Geldbußen durchzusetzen. In vielen Fällen kann erst die Anordnung der Erzwingungshaft durch das Amtsgericht die Zahlung bewirken.

Zur Durchsetzung ihrer Geldforderungen im Stadtgebiet beschäftigt die Stadtkasse zwei eigene Vollstreckungsbeamte, die bei öffentlich-rechtlichen Forderungen die gleichen Befugnisse wie die staatlichen Gerichtsvollzieher haben. Damit gehört es zu ihren Alltagspflichten, notfalls auch Sachwerte wie Kraftfahrzeuge, Videorecorder oder Stereo-Anlagen wegen nichtbezahlter Forderungen zu pfänden und sicherzustellen.

Eine Besonderheit stellen die Konkurs-, Vergleichs- und Zwangsversteigerungsverfahren dar, die durch die gute Wirtschaftslage zur Zeit erfreulicherweise rückläufig sind. Künftig werden im neuen Insolvenzrecht die bisherigen Vorrechte der Gemeinden wegfallen. Kernstück dieses neuen Rechts ist die Restschuldbefreiung nach sieben Jahren, wie sie auch schon die Bibel kennt. Ursprünglich sollte das Gesetz noch in der letzten Legislaturperiode verabschiedet werden; die aktuellen politischen Ereignisse der Wiedervereinigung Deutschlands lassen dem Bundestag jedoch vorerst keine Zeit hierfür. Die Mahn- und Beitreibungsabteilung hat zum Schluß eine Bitte an alle, die diesen Bericht lesen: Der Stadtkasse und auch den Bürgerinnen und Bürgern bliebe viel Arbeit erspart, wenn noch mehr von der Erteilung einer Einzugsermächtigung Gebrauch gemacht würde (bei der Grundsteuer sind es jetzt rund 70 Prozent).

Daten und immer neue EDV-Verfahren

Nahezu alle Aufgaben werden bei der Stadtkasse mit der automatisierten Datenverarbeitung erledigt oder doch mindestens vorbereitet - sie ist auch hier nicht mehr wegzudenken.

Damit schließt sich das magische Viereck. Die Jahre 1982 bis 1990 standen im Zeichen der Umstellung auf die sich ständig wandelnden landeseinheitlichen EDV-Programme im Finanzwesen. Schon in den sechziger Jahren übernahm Tübingen eine führende Rolle bei der Einführung der Datenverarbeitung in der Kommunalverwaltung. Damals begann der Weg in die EDV - ein Ende ist nicht abzusehen.

Erfreulicherweise wurden die Mitarbeiter damit weitgehend von manuellen Tätigkeiten entlastet und durch den Rationalisierungseffekt konnte die Arbeit bis vor kurzem mit dem gleichen Personalstand bewältigt werden. Doch ist nun, wie erwähnt, wegen der ständig wachsenden Aufgaben und der Arbeitszeitverkürzung eine Personalverstärkung unumgänglich. Die immer anspruchsvoller und komplizierter werdenden Datenverfahren verlangen ständig neue, zusätzliche Kenntnisse der Programme und eine wesentlich höhere Umsicht und Konzentration, um Fehler zu verhindern, die letztlich die Bürgerschaft verärgern würden.

Neben den sich ständig ändernden Programmen war und ist auch die Gerätekon-

figuration einem dauernden Wandel unterworfen. So trat die Stadt 1975 dem Regionalen Rechenzentrum Alb-Schwarzwald mit Sitz in Reutlingen bei, um landeseinheitliche Programme nutzen zu können. Bis 1982 erfolgte die Datenerfassung auf zwei Erfassungsgeräten durch Stapelverarbeitung; 1983 wurde mit vier Bildschirmen ein Kienzle-Rechner zur Datenverarbeitung eingesetzt, der auch eigene Problemlösungen erlaubte. Im Jahr 1988 ist zusätzlich ein IBM-Rechner des Systems 9/370 installiert worden, der die Kienzle-Anlage ersetzen wird. Seither nimmt die Zahl der Bildschirme immer mehr zu.

Seit 1984 werden sämtliche für die Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben erforderlichen Daten direkt bei der Stadtkasse und nicht mehr zentral beim Hauptamt erfaßt, seit 1988 die Daten nicht mehr über die Stapelverarbeitung sondern über ein neu konzipiertes "Pseudo-Dialogverfahren" abgewickelt. Die endgültige Verarbeitung beim Regionalen Rechenzentrum erfolgt jedoch nach wie vor über Nacht, sodaß die Ergebnisse erst am nächsten Tag verfügbar sind. Darüber hinaus erfordert dieses neue Pseudo-Dialogverfahren wegen der Ausrichtung auf eine Sachbearbeitererfassung einen erheblich höheren Buchungsaufwand zugunsten einer komfortableren und anwenderfreundlicheren Bearbeitung. Für die immer vielfältigeren Anwendungen sind inzwischen elf Bildschirmgeräte und zwei Personalcomputer im Einsatz.

Bei der weiteren Entwicklung der Verfahren wurde auch der tägliche Kassenabschluß über ein entsprechendes Dialogprogramm möglich. Hier ist jedoch nach wie vor hinderlich, daß die Daten beim Regionalen Rechenzentrum erst über Nacht verarbeitet werden.

Über die Stadtverwaltung hinaus haben sich bezüglich der Datenverarbeitung auch im Geschäftsverkehr mit den Kreditinstituten große Änderungen ergeben. Sämtliche Einnahmen und Ausgaben können inzwischen über den Datenträgeraustausch mit all seinen Vor- aber auch Nachteilen abgewickelt werden. Die Verantwortung für die Richtigkeit der übergebenen Daten liegt aber allein bei der Stadt. Wenn die erforderlichen Rückrufe nicht rechtzeitig erfolgen, besteht die Gefahr, daß die Gelder an den falschen Empfänger fließen.

Boden, Bauten, Wirtschaft, Wohnungsnot

Das Liegenschaftsamt

Das Liegenschaftsamt, das zum Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters gehört, wickelt den Grundstücksverkehr für die öffentliche Hand ab und verwaltet den gesamten städtischen Grundbesitz. Es ist für die Wirtschaftsförderung verantwortlich und ihm wurde die 1989 eingerichtete Kommunale Wohnungsvermittlung zugeordnet. Seit November 1988 leitet Gerhard Breuninger das Amt als Nachfolger für den in den Ruhestand getretenen Karl Hirn. Im Grundstücksverkehr waren von 1982 bis 1990 insgesamt 1 164 Kauf- und Tausch- sowie elf Erbbaurechtsverträge abzuschließen und zwar über:

- Gemeinbedarf für Straßen, 3,0 Hektar um 2,17 Millionen DM,
- land- und forstwirtschaftliche Flächen, 71,12 Hektar um 8,53 Millionen DM,
- Bauerwartungsland 16,99 Hektar um 9,86 Millionen DM,
- Flächen für Sportanlagen, Friedhöfe, Kindergärten, Schulen, 4,74 Hektar um 1,87 Millionen DM,
- 40 Gebäude und sechs Eigentumswohnungen um 17,54 Millionen DM.

Veräußert hat die Stadt:

- 8,91 Hektar Baugrundstücke für den Wohnungsbau um 38,04 Millionen DM,
- 14,34 Hektar Gewerbeflächen überwiegend an Tübinger Betriebe um 13,68 Millionen DM,
- 34,57 Hektar landwirtschaftliche Grundstücke vorwiegend im Tausch um 5,41 Millionen DM,
- fünf Erbbaugrundstücke an die Inhaber der Erbbaurechte sowie sieben Gebäude und vier Eigentumswohnungen.

Besonders hervorzuheben sind:

- 1982
- Kauf eines Anteils am Gebäude Marktgasse 2/Am Markt 3; mit der Sanierung wurden Familienwohnungen geschaffen.
- Schenkung eines landwirtschaftlichen Grundstücks im Wert von 110 000 DM; der Barwert war zweckgebunden für die Erweiterung der Friedhofshalle Lustnau.

-Verkauf von rund zwei Hektar Baugelände in der Rappenberghalde und im Schafbrühl zum Bau von Miet- und Eigentumswohnungen.

1983

- Kauf des Geländes der ehemaligen Firma Himmelwerke, Derendinger Straße 49/1.
- Aus zwei Erbschaften erhält die Stadt ein Wohngebäude in Tübingen, eine Eigentumswohnung in Bad Waldsee und zwei landwirtschaftliche Grundstücke in Tübingen und Öhringen.
- Verkauf von zwei Gebäuden an die Bundesstraßenverwaltung zum Ausbau der Ortsdurchfahrt der B 28.
- Übereignung des Erbbaugrundstücks Eberhardstraße 4 und 6 sowie eines Grundstücks in der Neckarsulmer Straße an das Landestheater Tübingen als Komplementärfinanzierung.

1984

- Verkauf von 1,16 Hektar an den Landkreis zum Neubau der Kreisstraße 6900.

1985

- Kauf von zwölf Reihenhäusern und fünf Eigentumswohnungen von der Miethaus- und Wohnheimgesellschaft Stuttgart.

1986

- Verkauf des "Hotelgrundstücks" am Ahornweg, Waldhäuser Ost, an die Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte für den Bau von Mietwohnungen.

1987

- Straßenflächenerwerb für den Ausbau des Rittwegs in Hirschau.
- Kauf des Grundstücks Europastraße 1 von der Bundesbahn für den Bau der Unterführung Karlstraße/Steinlachallee.
- Erwerb des Gebäudes Schmiedtorstraße 17 (alte Kelter) im Erbbaurecht von der Weingärtnergenossenschaft zur Einrichtung einer öffentlichen Markthalle.
- Verkauf von 3,8 Hektar in Hirschau an die Stadtwerke zur Erweiterung der Wasserschutzzone des Gernfeldbrunnens.

1988

- Kauf der früheren Möbelfabrik Beck beim Waldhörle in Derendingen; in den Gebäuden entsteht ein soziokulturelles Zentrum.
- Kauf der Wohngebäude Eugenstraße 59/61 von der Bundesfinanzverwaltung als Wohnraum für soziale Zwecke.
- Verkauf eines Baugrundstücks an der Wöhrdstraße zum Bau eines Wohn- und Geschäftshauses (Hotel Garni).

1989

- Kauf der Gebäude Hegelstraße 7 und Hartmeyerstraße 38 zur Einrichtung von Kindergärten.
- Kauf des Grundstücks Keltnerstraße 17 für den Erweiterungsbau des Feuerwehrhauses Tübingen-Mitte.
- Kauf der Wohnbaracke Europastraße 33 von der Bundesbahn zur Unterbringung von Asylbewerbern.
- Verkauf des Gebäudes Derendinger Straße 49/1 an die Firma Walter AG, frühere Montanwerke.
- Bestellung eines Erbbaurechts für die Drogenhilfe Tübingen e.V. an den Gebäuden Bläsiberg 1, 1/1 und 1/2 sowie Verpachtung des städtischen Obstgutes.

1990

- Kauf von 4 Wohngebäuden (Schellingstr. 34, Dürrstr. 33, Herrenberger Str. 24 und Weberstr. 10) vorwiegend zur Unterbringung von Asylbewerbern.
- Verkauf von städtischem Wohnungsbaugelände mit 227 ar um 8 963 414 DM. Davon zwei Baugrundstücke im Neubaugebiet Herrlesberg an das Siedlungswerk Stuttgart und die IG TÜWO (GWG, GSW, KBG, Postbau) zum Bau von insgesamt 160 Miet- und Eigentumswohnungen und 6 Doppelhaushälften.
- Tausch von Grundstücksflächen im Zusammenhang mit dem Neubau der B 27 mit der Bundesstraßenverwaltung.
- Veräußerung städtischer Grundstücksflächen, 10,3 ha um 2 391 220 DM.
- Erwerb von Flächen vom Bund 6,9 ha um 1 438 095 DM.
- Tausch von Grundstücksflächen mit Dr. Zundel im Zusammenhang mit dem Bau der B 27.
- Veräußerung städtischer Grundstücksflächen insgesamt 6,86 ha um 972 809 DM.
- Erwerb von Grundstücken in Lustnau 4,28 ha um 978 432 DM.
- Vergabe von 2 Erbbaurechten: Ehemaliges Neckarmüllereigelände für das Brauhaus Mössingen zur Errichtung einer Brauereigaststätte.
- Grundstück an der Friedrich-Dannenmann-Straße für die Lebenshilfe für geistig Behinderte zur Errichtung eines Freizeitentrums.

Der städtische Grundbesitz hat nach diesen Transaktionen um etwa 31 Hektar zugenommen. Von 10 813 Hektar Markungsfläche besitzt die Stadt damit 2 655 Hektar oder fast 24,6 Prozent.

Es sind dies: bebaute Flächen 37 Hektar; Straßen, Wege, Plätze 399 Hektar; Verkehrsgelände, öffentliche Parks und Grünan-

lagen 57 Hektar; Friedhöfe, Spiel- und Sportplätze, Freibad 53 Hektar; landwirtschaftliche und gärtnerische Flächen 301 Hektar; Wald 1 732 Hektar; Gewässer 18 Hektar; sonstige Flächen 58 Hektar.

Wirtschaftsförderung

Seit über 15 Jahren ist die Förderung der heimischen Wirtschaft Aufgabe des Liegenschaftsamtes. Wegen der seither dramatisch verschlechterten ökonomischen Rahmenbedingungen sowie der zunehmend beschränkten Verfügbarkeit neuer Gewerbeflächen hat sich das Arbeitsfeld wesentlich erweitert.

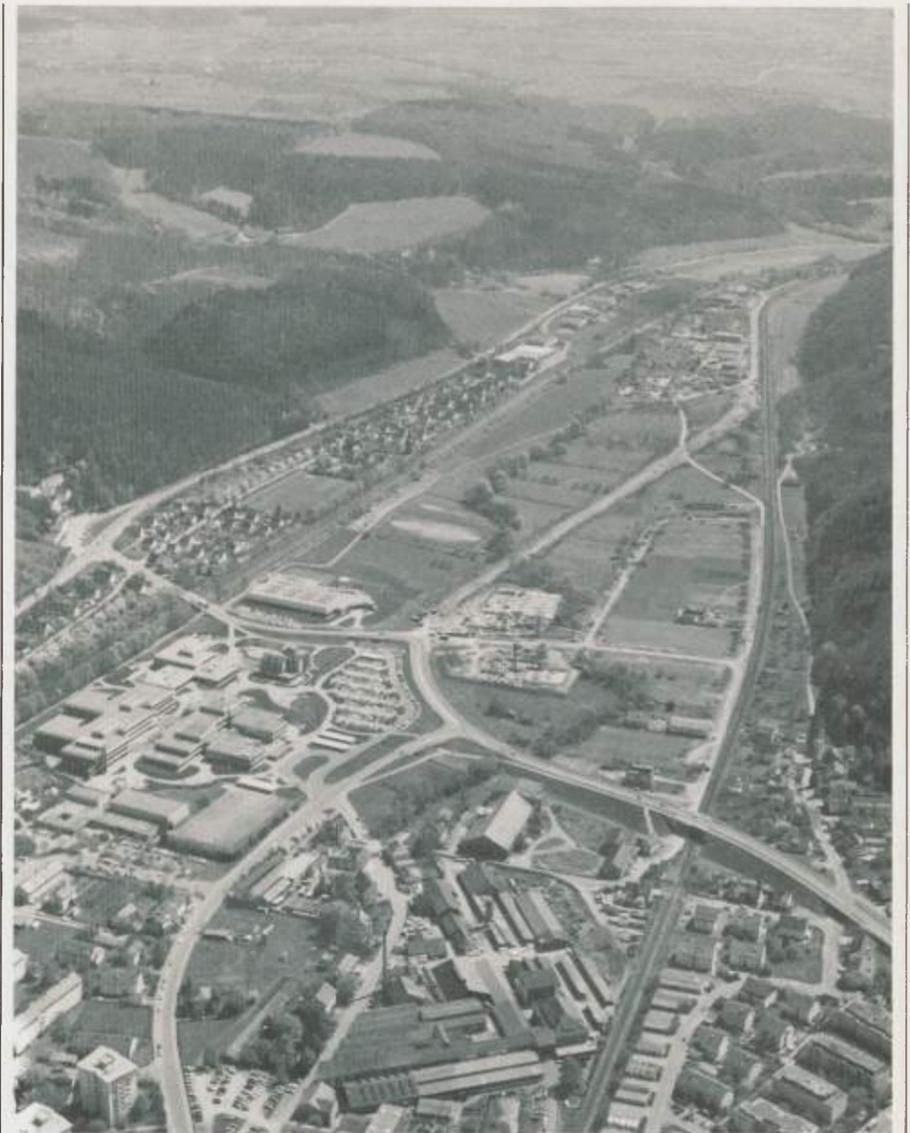
Neben der dominanten Gewerbeflächen-vorratspolitik hat vor allem die Pflege des Bestandes an Bedeutung gewonnen. Dabei muß der Wirtschaftsförderer vor allem die kleinen und mittleren Betriebe verstärkt beachten. Die kommunal möglichen Hilfen für Großbetriebe spielen nur eine geringe Rolle; die Gemeinden sind hier zu nachhaltiger Hilfe nicht in der Lage. Trotzdem sind in den vergangenen neun Jahren rund 11,3 Hektar Gewerbefläche für insgesamt elf Millionen DM an Gewerbetreibende verkauft worden.

Die Abteilung hat in den letzten zwei Jahren darüber hinaus mit Aktionen und Veranstaltungen versucht, die Anliegen des hiesigen Gewerbes zu fördern und Ansprechpartner für Einzelbetriebe zu sein. Dazu gehörten Auswerten der gewerbespezifischen Daten, Beteiligung an Bauleit- und Verkehrsplanung, Stellungnahmen zu Ansiedlungswünschen und Bearbeitung von Einzelanfragen von Betrieben, Kontaktaufnahme und regelmäßiger Informationsaustausch mit Verbänden, öffentliche Veranstaltungen zu Wirtschaftsfragen, Bildung eines Wirtschaftskreises aus Vertretern der Wirtschaft, Gewerkschaften, Universität und Stadt.

Kommunale Wohnungsvermittlung

Die Einrichtung einer kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle war im Gemeinderat seit vielen Jahren im Gespräch. Die Anträge erhielten jedoch wiederholt keine Mehrheit, bis bei den Haushaltsplanberatungen 1985 die Räte dafür votierten. Aber erst nach mehreren Anläufen stimmten sie im Mai 1989 dem Entwurf einer Stellenbeschreibung mit knapper Mehrheit zu.

Seit Dezember 1989 ist die Stelle besetzt. Die Aufgaben sind vor allem: Zentrale Anlauf-



Gewerbegebiet "Unter dem Holz" mit neuer K 6900

stelle für Wohnungssuchende, kostenlose Vermittlung von Wohnungen und Zimmern privater Anbieter, Benennung von Mietern für öffentlich geförderte Wohnungen (so weit der Stadt ein Belegungsrecht zusteht), Zusammenarbeit mit den vormals gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften, Mitarbeit in der 1989 berufenen Gemeinderatskommission für eine Notfallkartei sowie am Wohnraumbericht.

Grundstücksverwaltung

Der mit Wohnungen und Geschäftsräumen bebaute Grundbesitz versetzt das Amt in die

Lage, Familien zu versorgen, deren Wohnungen dem Straßenbau, der Sanierung oder sonstigen öffentlichen Baumaßnahmen weichen mußten. Vermehrt waren ausländische Familien, darunter besonders städtische Mitarbeiter, unterzubringen, die auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht zum Zug kamen, ebenso von privaten Hausbesitzern aus ihren Wohnungen geklagte Mieter, städtische Beschäftigte oder ausscheidende Dienstwohnungsinhaber. Die Noffälle - häufig kinderreiche ausländische Familien, sozial Schwache, Alte, Alleinerziehende und Asylbewerber - nahmen in den vergangenen Jahren deutlich zu. Das heißt: Andere

Wohnungssuchende haben kaum mehr Chancen, eine preiswerte städtische Wohnung zu erhalten.

Wachsende Probleme bereitet die Unterbringung von Asylbewerbern. Nachdem das Land die Sammelunterkunft in der Thiepvaikaserne 1989 aufgelöst hat, ist auch Tübingen nach dem Asylbewerberunterbringungsgesetz verpflichtet, die Aufnahmequote zu erfüllen und rund 450 Personen aufzunehmen.

Dafür hat die Stadt von der Bundesbahn die ehemalige Wohnbaracke Europastraße 33 gekauft; weitere Gebäude müssen erworben oder neu gebaut werden.

Zum Jahresende 1990 hatte die Stadt 768 Wohnungen, 55 Einzelzimmer, 130 Gewerberäume sowie 228 Garagen, PKW-Stellplätze und Schaukästen vermietet. Das Amt ist weiter bemüht, den städtischen Althausbesitz zu sanieren und die Wohnungen zu modernisieren. So konnten mit Sondermitteln die Obdachlosenunterkünfte im Backofen durch den Einbau von Toilettens, Waschbecken und Duschen im Sanitärbereich deutlich verbessert werden.

Das allgemeine Mietenniveau in Tübingen steigt weiter. Bis heute nahm die Nachfrage nach Wohnraum bundesweit zu, besonders jedoch in den Ballungszentren und Universitätsstädten. Tübingen zählt neben Stuttgart, München und Frankfurt/Main zu den Städten mit dem höchsten Mietenniveau in Deutschland. Es fehlen vermehrt Sozialwohnungen und billige Altbauwohnungen mit zeitgemäßer sanitärer Ausstattung. Eine Änderung der Verhältnisse ist nicht in Sicht, solange die Stadt und ehemals gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften nicht in die Lage versetzt werden, durch Neubauten regulierend in den Markt einzugreifen. Dazu wären billige Kredite des Landes und baureife Grundstücke Voraussetzung.

Zudem von der Stadt 1978 in Betrieb genommenen Parkhaus König kam das 1983 eröffnete, im Rahmen der Altstadtansanierung erbaute Parkhaus Am Stadtgraben hinzu. Seine 325 Stellplätze stehen ausschließlich Kurzzeitparkern zur Verfügung. 1984 gründete die Stadt für den Betrieb der bestehenden und für den Bau neuer Parkhäuser die "Tübinger Parkhausgesellschaft", welche sich im Alleineigentum der Stadt befindet. Geschäftsführer sind der Leiter des Liegenschaftsamts und sein Stellvertreter. Die weitere Entwicklung ist dem Bericht "Parkhäuser im Aufwind" zu entnehmen.

Weide, Wasser, Wald und Obst

Vom unbebauten Grundbesitz sind 332 Hektar (1990) verpachtet.

Noch können die Schafweiden auf den Markungen Tübingen, Pfrondorf, Weilheim, Kilchberg, Bühl und Hirschau an Schafhalter vergeben werden. Weil die Schafherden wichtig für die Landschaftspflege sind, wird kein Pachtgeld mehr erhoben. Der größte Teil des gemeindlichen Fischwassers ist weiter an den Kreisfischereiverein verpachtet.

Die Wälder der Stadt (1 732 Hektar) bringen mit 49 Prozent Nadel- und 51 Prozent Laubholz bei einer jährlichen Nutzung von 13 100 Festmetern teils beachtliche finanzielle Überschüsse, 1988 rund 200 000 DM. Die Stadt beschäftigt 13 Forstwirte und Waldarbeiter, auch werden Forstwirtlehrlinge im Revier Tübingen-Süd ausgebildet.

Im Vorbericht zum Haushalt 1989 hat die Verwaltung ausgeführt, daß der Betrieb des Obstgutes Bläsiberg nachhaltig unrentierbar sei und sich die Deckung des jährlichen Defizits aus Steuermitteln durch keinen öffentlichen Zweck mehr rechtfertigen lasse. Es gab Überlegungen zur Verbesserung der Ertragslage, dann aber wandte sich im Februar 1989 die Drogenhilfe Tübingen e.V. an die Verwaltung. Sie suchte zur Erweiterung ihres Therapieangebots Möglichkeiten einer Dependence für das Therapiezentrum in der Bebenhäuser Straße. Da es ihr - auch wegen der angespannten Lage auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt - nicht gelungen war, auf dem freien Markt ein geeignetes Objekt zu finden, hat sie um die Gebäude und das Obstgut Bläsiberg nachgefragt.

Nach erfolgreichen Verhandlungen konnte der Gemeinderat im September 1989 mit der Drogenhilfe einem Erbbaurechtsvertrag über die Gebäude Bläsiberg 1, 1/1 und 1/2 auf die Dauer von fünfzig Jahren zustimmen. Darin verpflichtet sich die Drogenhilfe, die stark renovierungsbedürftigen Gebäude zu sanieren. Außerdem wurde an sie das Obstgut zunächst für fünf Jahre verpachtet mit der Verpflichtung, verschiedene Bedingungen der Wirtschaftsführung, des integrierten Pflanzenschutzes, des Sortenspiegels und der Öffnung der Anlage etwa für Kurse und Lehrgänge zu erfüllen.

Parkhäuser im Aufwind

Die Parkhausgesellschaft

Die Tübinger Parkhausgesellschaft mbH wurde durch Gesellschaftsvertrag am 16. März 1984 gegründet. Alleiniger Gesellschafter ist die Universitätsstadt Tübingen. Gegenstand des Unternehmens der Bau und Betrieb von Parkierungsanlagen. Derzeit betreibt die Parkhausgesellschaft die beiden Parkhäuser "Am Stadtgraben" mit 325 Parkplätzen und "König" mit 478 Stellplätzen. Organ ist die Gesellschaftsversammlung, vertreten durch Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid.

Mitglieder im Aufsichtsrat seit Gründung der Gesellschaft waren/sind von 1984 bis heute: Aufsichtsratsvorsitzender Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid, die Stadträte

Horst Kunz und Dr. Erwin Schwarz; von 1984 bis zur Gemeinderatswahl 1989 Stadträtin Margarete Gönner, die Stadträte Hans-Dieter Eitle, Othmar Fritsch, Werner Fröhlich, Klaus Wüst; seit der Gemeinderatswahl 1989 Stadträtin Dr. Johanna Petersmann und die Stadträte Rainer Braun, Friedrich Class, Ernst Marxer, Siegfried Nold. Stadtverwaltungsdirektor Raisch war von der Gründung der Gesellschaft bis zu seiner Pensionierung 1988 kraft Amtes Aufsichtsratsmitglied. Sein Nachfolger, Stadtverwaltungsdirektor Schmid, übernahm zum Jahresende 1988 diese Funktion. Die Geschäftsführung hatten bis 1988 Karl Hirn und Gerhard Breuninger. Jetzt Gerhard Breuninger und Adam Fleischmann. Die Zahl der Beschäftigten blieb unverändert. Es werden drei Personen von der Parkhaus GmbH besoldet.

Seit Gründung der Gesellschaft hat der Aufsichtsrat neun Sitzungen gehalten. Neben der Behandlung des Jahresabschlusses für das Vorjahr gab es einen Überblick über das

laufende Jahr und es wurden vor allem folgende Themen behandelt: Sicherungseinrichtungen und Mieterhöhungen in den Parkhäusern, Bau der Tiefgarage Schleifmühlweg, Aufstockung Parkhaus "König" sowie Bau und Finanzierung der Parkierungsanlage "Metropol".

Für einen Überblick über die finanzielle Lage und Entwicklung der Gesellschaft seien einige Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung angeführt. Die Umsatzerlöse kletterten von 1984 (erstes Halbjahr) von 364 308 DM über 768 433 DM 1985, 891 510 DM 1986, 994 567 DM 1987, 1 035 902 DM 1988, auf 1 073 306 DM 1989.

Nach Abzug der Sach- und Personalkosten, der Zinsen und Steuern ergaben sich nach Fehlbeträgen in den ersten beiden Jahren mit 9 243 DM (1984) und 24 298 DM (1985) Jahresüberschüsse von 41 967 DM (1986), 47 499 DM (1987), 100 030 DM (1988) und 54 325 DM (1989). Die Bilanz für das Jahr 1990 lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.



Das Parkhaus König erhält ein weiteres Stockwerk

Die neue Wohnungsnot

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Tübingen - GWG

Ein Bericht der kommunalen Tübinger Wohnungsgesellschaft über die Jahre 1982 bis 1990 kann nur mit der Beschreibung des Mangels beginnen, der sich in diesen Jahren im Wohnungsmarkt verfestigt hat. Tübingen wächst an Studierenden, Wissenschaftlern und ganzen Fakultäten, an Behördenmitarbeitern und Dienstleistungskapazitäten, durch Aus- und Übersiedler und Senioren, die alle in dieser schönen Stadt heimisch werden wollen:

Vor den Toren der Stadt entstehen Industriegebiete: Dort wird gearbeitet, verdient und Gewerbesteuer bezahlt - gewohnt wird in Tübingen, wo Kindergärten, alle Schulen, die Universität, die kulturellen und Infrastruktureinrichtungen vorhanden sind. Tübingen hätte alle Chancen zur rapiden Ausdehnung - aber niemand will das. Die städtebauliche Entwicklung durch die Umnutzung von Relikten der Garnisonszeit oder von alten, zentrumsnahen Gewerbegebieten wird noch Jahre brauchen, sofern sie denn in Tübingen überhaupt erst einmal für den Wohnungsbau in Gang gebracht werden kann.

Es werden also immer noch und wieder die Bauflächen fehlen, die es in Tübingen nach 1945 nur selten gegeben hat: Plätze zur mehrgeschossigen Bebauung, also für kostengünstige Wohnungen. Verdichteter Wohnungsbau kann auch dem Stadtbild zuträglich sein, das zeigen Feuerhägle, Wanne-Zentrum, Wanne-Ost, Waldhäuser-Ost oder Neuhalde. Solche Gebiete haben immer mal wieder eine Entlastung für den Wohnungsmarkt gebracht. Aber heute sind zwei Grundstücke, die Platz für 160 Wohnungen bieten, das Wohnungsbauprogramm für fünf Jahre!

Und der Zuzug nach Tübingen hält an. Während 1982 noch rund 250 Familien und Alleinstehende eine Sozialwohnung suchten, waren es Ende 1989 nur bei der GWG schon etwa 600. Die zentrale Erfassung durch die Kommunale Wohnungsvermittlung beim städtischen Liegenschaftsamt macht es

noch deutlicher: Zum Jahresende 1990 waren es 1735 Wohnungssuchende. Davon haben 1129 mit dem Wohnberechtigungsschein dargelegt, daß sie aus ihren Einkünften die Miete einer Wohnung des freien Markts nicht tragen können.

Was in Tübingen neu gebaut wird, kann diese Nachfrage nicht befriedigen. Die öffentlich geförderten Mietwohnungen, die in den letzten Jahren in Baulücken errichtet wurden, sind schon für diejenigen Personenkreise zu wenig, für die das Geld gegeben wurde. Eigentumswohnungen bringen vielfach weiteren Zuzug. Genauso wird es nicht genug Appartements in Tübingen geben, solange Studierende täglich weite Strecken zur Uni fahren müssen.

Diese Darstellung nennt natürlich nicht alle Gründe für die zunehmende Verknappung und Verteuerung von Wohnungen, aber sie zeigt, wer gefordert ist, etwas dagegen zu tun.

Speziell der Mietwohnungsbau hat seit 1981 ein Tief erlebt. Die öffentliche Förderung wurde von Jahr zu Jahr geringer, der Bund hatte die Mitfinanzierung eingestellt. Das Land beschränkte die Förderung auf 200 Wohnungen im Jahr - für ganz Baden-Württemberg. Als 1988 die Zahl der Aussiedler sprunghaft stieg, wurde ein Programm für 1 000 Wohnungen aufgelegt, das die Städte und Gemeinden, die Aussiedler aufzunehmen haben, auch noch zur Hälfte mitfinanzieren mußten.

Die "vereinbarte Förderung" des Mietwohnungsbaus ist die neueste Variante, um mit wenig Geld große Neubauzahlen zu erreichen:

Mit einem Subventionswert von 40 000 DM werden durchschnittlich 131 250 DM für nur zehn Jahre um 4,1 Prozentpunkte im Zins verbilligt. Je nach der Höhe des bankenüblichen Zinssatzes ist damit zugleich die ebenfalls festgeschriebene Miete verbraucht. Es sind also wieder Mitfinanzierer gefordert, die die laufenden Bewirtschaftungsverluste mit tragen. Aber auch diese Rechnung der Landesregierung geht auf: Neue Wohnungen müssen gebaut werden - und dann ist auch der kleinste Brocken staatlicher Hilfe besser als gar keiner.

Das Neubauvolumen der GWG spiegelt die Verhältnisse des Baulandangebots und der Finanzierungsmöglichkeiten wider. Von 1983 bis 1990 wurden folgende 194 Wohnungen neu gebaut:

Mietwohnungen:
(Herstellungskosten rund 21,9 Millionen DM)

1983
Konrad-Adenauer-Str. 8, acht Mietwohnungen

1985
Viktor-Renner-Str. 21 - 23, 15 Mietwohnungen

1987
Viktor-Renner-Str. 63 - 67, 22 Mietwohnungen

Wilhelmstr. 87, Irene-Preuner-Haus, 19 Altenwohnungen

1988
Schwärdzlocher Str. 14 - 16, 14 ZAG-Mietwohnungen

1990
Sindelfinger Straße, 20 Mietwohnungen (bezugsfertig 6/91)

Stäudach 119, 12 Mietwohnungen (begonnen)

Eigentumswohnungen:
(Bauvolumen rund 22,5 Millionen DM)

1983/86
Bei der Arbeitskeller 8 - 32, 32 Eigentumswohnungen

1984
Lange Furche 22, sechs Eigentumswohnungen

1986
Viktor-Renner-Str. 15 - 19, 21 Eigentumswohnungen

1988
Ursrainer Ring 4 - 16, sieben Reihenhäuser

1989
Beckmannweg 14/1 - 17, sechs Reihenhäuser

1990
Stäudach 121, 12 Eigentumswohnungen

Außerdem wurde 1986 das Haus Philosophenweg 73/77 aus einer Liquidationsmasse gekauft, um die 26 Altenwohnungen für Senioren zu sichern.

Zum Bau von Mietwohnungen wurden bis 1990 neben den rund 4,68 Millionen DM Eigenmitteln der GWG auch erhebliche Förderbeiträge von der Stadt bereitgestellt:

Grundstücksverbilligungen	2 470 000 DM
Baukostenzuschüsse	500 000 DM
Nieder-/unverzinsliche Baudarlehen	2 330 000 DM

Insgesamt also etwa 5,3 Millionen DM.

Damit die 1990 begonnenen Neubauten an der Sindelfinger Straße und der Stäudachstraße mit 32 Mietwohnungen überhaupt gebaut werden können, müssen mehr als 25 Prozent der Gesamtkosten mit unverzinslich einzusetzendem Eigenkapital finanziert werden. Das sind rund 1,65 Millionen DM. Außerdem bezuschußt auch hier die Stadt die Grundstückskosten mit 900 000 DM und gibt unverzinsliche Baudarlehen in Höhe von etwa 1,575 Millionen DM. Die Mitfinanzierung des Mietwohnungsbaus durch die Stadt Tübingen ist damit mehr als doppelt so groß wie die Förderung durch das Landeswohnungsbauprogramm.

Zum Jahresende 1990 hatte die GWG einen Bestand von 995 Mietwohnungen, davon wurden 526 Wohnungen zwischen 1901 und 1960 erstellt. Die Ausstattung des älteren Hausbesitzes entspricht vielfach noch nicht den heutigen Anforderungen. Bei Mieterwechsel wird deshalb die sanitäre und elektrische Installation erneuert, Warmwasserbereitung eingerichtet und die Heizung auf Erdgas umgestellt. Die obersten und die Erdgeschoßwohnungen erhalten eine Wärmedämmung. Etwa 70 Wohnungen wurden im Berichtszeitraum in dieser Weise mit Kosten von rund 2,3 Millionen DM verbessert und den neuen Mietern zu einem immer noch

weit unter der Vergleichsmiete liegenden Preis übergeben.

Ende Januar 1990 hat das Regierungspräsidium Tübingen die Gebäude Naukierstraße 56/58 und Wilhelmstraße 55/57 geräumt. Nach der rd. 1,6 Mill. DM teuren grundlegenden Instandsetzung und Verbesserung konnten diese 30 Mietwohnungen zum 1. Oktober an Bewerber vergeben werden, die schon lange in den Wartelisten und in der Notfallkartei gestanden haben.

Die für Wohnungssuchende erstellten neuen Miet- und Eigentumswohnungen und die freigebliebenen Bestandswohnungen der GWG können natürlich nur einen geringen Teil der Wohnungsnachfrage befriedigen. Die nachfolgenden Zahlen machen das deutlich:

	Erstbezug	Folgevermietung	Insg.
1982	-	43	43
1983	18	45	63
1984	16	59	75
1985	27	54	81
1986	21	55	76
1987	19	66	85
1988	29	46	75
1989	6	48	54
1990	42	42	84
Insg.	178	458	636

Die Zahl der allein bei der GWG eingegangenen Wohnungsbewerbungen lag durchschnittlich beim Zehnfachen der Jahressummen.

Die Rufe nach Wohnungen sind in den vergangenen Jahren, besonders aber in den vergangenen Monaten lauter geworden. Unüberhörbar ist die Forderung der Studierenden nach einer bezahlbaren Bleibe- und das Land hat hier reagiert. Neue Wohnungen müssen aber für viele Tübingerinnen und Tübinger gebaut werden, die schon lange darauf warten: für Familien mit Kindern, für Alleinerziehende und junge Ehepaare. Doch sind es nicht nur Mietwohnungen, die gebraucht werden. Wohneigentum ist genauso gesucht und entlastet den Wohnungsmarkt ebenfalls, wenn die Wohnungen von Tübinger Wohnungssuchenden bezogen werden.

Deshalb ist es nötig, neben der für die Stadt sehr teuren Förderung des Mietwohnungsbaus auch Anreize zum Bau familiengerechter Eigentumswohnungen zu bieten. Das heißt in erster Linie, daß die Stadt - und das Land als Träger der Universität - viel und rasch Bauland für Geschoßbauten kostengünstig bereitstellen sollten. Nur dadurch kann auch der enorme Preisschub bei den Mieten, den Grundstückspreisen und schließlich bei den Preisen für Eigentumswohnungen gemildert werden.



Ursrainer Ring 4 - 16, im Sommer 1988 bezogene Reihenhäuser

Immer mehr Verfahren

Das Rechtsreferat

Das Rechtsreferat berät hauptsächlich die städtischen Ämter in allen Rechtsfragen und führt sämtliche Prozesse der Stadt.

Wie im Verwaltungsbericht 1975-1981 bereits erwähnt wurde, war Ende 1980/Anfang 1981 eine Lawine von Asylverfahren über die Stadt hereingebrochen. Diese Entwicklung setzte sich 1982 fort. Dabei verdoppelte sich die Anzahl der Asylfälle bei Gericht nahezu - beim Rechtsreferat waren bereits 93 Asylverfahren zu bearbeiten - nachdem die Thiepvalkaserne als staatliche Sammelunterkunft für Asylbewerber des Landes eingerichtet worden war. Die Zahl stieg von 112 Verfahren 1984 auf die Höchstzahl von 267 im Jahr 1985 und hat sich dann über 160 (1987) auf 98 (1990) eingependelt. Alle diese Verfahren waren zusätzlich zu den "normalen" Verfahren zu bearbeiten, deren Zahl von Jahr zu Jahr - 214 (1982), 241 (1984), 252 (1990) - zunahm.

In den Jahren 1987/88 sind besonders die Verfahren zur Volkszählung 1987 zu erwähnen. Das Rechtsreferat war zusätzlich mit 474 Verfahren wegen einstweiligen Rechtsschutzes und mit Klagen beschäftigt. Diese Arbeiten konnten nur mit dem Einsatz von mehr Personal bewältigt werden.

Seit Anfang 1990 ist nun ein leichter Rückgang bei den Asylverfahren zu verzeichnen. Das ist eine Folge davon, daß die Thiepvalkaserne zunächst vom 1. Oktober 1989 bis 31. März 1990 als Übergangswohnheim für Übersiedler diente und seit 1. April 1990 als Landesaufnahmestelle für Aus- und Übersiedler genutzt wird.

Diese Arbeitsentlastung wird jedoch seit 1989 mehr als kompensiert durch eine auffällige Zunahme von Gerichtsverfahren des städtischen Sozialamtes wegen Rückforderung von Sozialhilfe, da das Sozialamt zusätzliche Arbeitskräfte in diesem Sachgebiet eingesetzt hat. Insgesamt stammt jedoch nach wie vor die Mehrzahl der gerichtsanhängigen Verfahren (ohne Asylfälle) aus dem Baurecht und dem Ausländerrecht. Es folgen dann aber bereits die Prozesse aus dem Sozialhilferecht.

Die Praxis der vergangenen neun Jahre zeigt, daß das Rechtsreferat mehr denn je in nahezu allen Bereichen der Verwaltung tätig werden muß. Dies soll die nachfolgende Aufstellung ausgewählter und für die Stadt besonders bedeutsamen Gerichtsverfahren verdeutlichen:

1982 beschwerten sich mehrere Nachbarn vehement über die ständige Lärmbelastigung von den meist jugendlichen Besuchern der Diskothek "Orion" in Tübingen-Unterjesingen.

1983 wollten 20 Eltern ihre Kinder nicht in das neue Gymnasium im Feuerhägle in Derendingen "versetzen" lassen. Heute läuft der Schulbetrieb im Carlo-Schmid-Gymnasium im Feuerhägle problemlos.

1984 Normenkontrolle wegen der Gültigkeit des Bebauungsplans "Herrlesberg-Stauden" in Tübingen-Lustnau (Seit 1989 entsteht dort ein neues Wohngebiet).

1985 strebten 26 Antragsteller eine Verlängerung der Sperrzeit für das "Zentrum Zoo" an; auch hier ging es um die Lärmbelastigung der Anwohner durch die Besucher.

1986 Klage wegen Änderung des Familiennamens.

1987 wollten 22 iranische Asylbewerber erreichen, in Tübingen bleiben zu dürfen. Sie wehrten sich gegen ihre Zwangsverlegung nach Wangen/Allgäu. In einem Normenkontrollverfahren wurde die Gültigkeit des Bebauungsplanes "Waldhäuser-Ost/Neue Äcker" überprüft.

1988 Antrag auf Befreiung nach dem Sonn- und Feiertagsgesetz für einen Spezialmarkt.

1989 wurde der Bebauungsplan "Neckarweg" in Tübingen-Weilheim vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim überprüft.

1990 versuchten mehrere Kläger vor dem Amtsgericht Tübingen, das Frauenhaus Tübingen e.V. aus der Stadt gehörenden und an das

Frauenhaus vermieteten Wohnungen hinauszuklagen, was jedoch ohne Erfolg blieb. Ordnet man die erledigten Verwaltungsgerichtsverfahren im Berichtszeitraum nach Rechtsgebieten und Häufigkeit, so ergibt sich:

An erster Stelle steht das Baurecht mit jährlich durchschnittlich 30 bis 50 Prozent aller Fälle. Dann folgt das Ausländerrecht (ohne Asylverfahren) mit etwa 20 Prozent der Verfahren. Den dritten Rang nimmt das Sozialhilferecht mit etwa 15 Prozent ein, gefolgt vom Polizeirecht mit 13 Prozent aller jährlich abgeschlossenen Gerichtsverfahren. Hinzu kommen Prozesse vor den Zivilgerichten.

Etwa 40 Prozent der Arbeitszeit wird von der Beratungstätigkeit für die städtischen Ämter - also im Vorfeld gerichtlicher Auseinandersetzungen - beansprucht. Hier sind über die genannten Rechtsgebiete hinaus Fragen aus dem Kommunalrecht, dem Steuer-, Gaststätten-, Wasser- und Namensrecht zu bearbeiten.

Der bisherige Leiter des Rechtsreferats, Dr. Dieter-Johannes Roemer-Blum, ist nach zwanzigjähriger Tätigkeit zum 1. Oktober 1989 aus den Diensten der Stadt ausgeschieden. Seine Nachfolgerin ist seit dem 1. Januar 1990 Susanne Müller.

Sühne und Service

Das Ordnungsamt

Ordnungsamt - Strafzettel - Sanktionen: eine weitverbreitete Gedankenkette. Tatsächlich dringen unpopuläre Maßnahmen am weitesten ins Bewußtsein. Dabei werden gerade repressive Aktivitäten immer wieder von Bürgerinnen und Bürgern selbst gefordert. Sei es gegen Raser, Falschparker oder von Gaststättenbesuchern ausgehenden Lärm - um nur einige zu nennen. Die anderen, weniger öffentlichkeitswirksamen Arbeitsgebiete des Amtes, das bis 1990 die Bezeichnung "Amt für öffentliche Ordnung" trug, laufen so trotz ihres ausgeprägten Dienstleistungscharakters Gefahr, unterzugehen.

Besondere Serviceleistungen bietet das Amt im Nahverkehr. Um möglichst vielen den Umstieg vom eigenen Auto auf Bus und Bahn zu erleichtern, können persönliche Fahrverbindungen angefordert werden.

Mit der wachsenden Mitarbeiterzahl mußten von den fünf Abteilungen zwei aus dem Hauptgebäude in der Wilhelmstraße 24 ausgelagert werden. Die Verkehrs- und die Nahverkehrsabteilung sind seit einigen Jahren in der Brunnenstraße 10 untergebracht. Weitere Veränderungen zeichnen sich ab.

Verkehrsabteilung

Die kleine Verkehrsabteilung befindet sich ständig im öffentlichen Blickfeld. Mit dem in den vergangenen Jahren drastisch gestiegenen Verkehrsaufkommen traten auch die negativen Seiten unserer Mobilität zutage. Smog und Ozonbelastung sind heute allgemein bekannte Begriffe, über Lärm- und Geschwindigkeitsprobleme wird zunehmend geklagt.

Die ursprüngliche Aufgabe der Abteilung, den Verkehr sicherer zu gestalten - sei es für Kinder, Ältere, Radfahrer, aber auch für die Kraftfahrer selbst - wird immer mehr vom Wunsch nach Beruhigung ergänzt. Zahlreiche Initiativen wurden in diesem Sinne aktiv. Bürger- und Elterngespräche mußten geführt, mit Schulen und Kindergärten Problemlösungen gesucht werden. Dabei ist mit vielen anderen Behörden, der Polizei und Planungsgruppen zusammenzuarbeiten.

Knifflige Themen wurden darüber hinaus im Verkehrsplanungsausschuß beraten.

Verkehrsberuhigte Bereiche allein, so zeigten die Erfahrungen, scheiden flächendeckend aus. Die baulichen Anforderungen und damit die Kosten würden den Tübinger Etat sprengen. Außerdem sind die Kraftfahrer nur dort bereit, die vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit einzuhalten, wo die Fußgänger die eingeräumten Rechte auch nutzen. Konsequenz mußte ein anderes Instrumentarium gefunden werden, um den Verkehr zu verlangsamen: Ab 1985 konnten versuchsweise Zone-30-Gebiete ausgewiesen werden. Diesen ersten Schritten folgten weitere. Zwischenzeitlich wurden in der Kernstadt nahezu flächendeckend Tempo-30-Zonen eingerichtet. Die Stadtteile folgen nach und nach.



Erfreulich nahm auch der Radverkehr in den vergangenen Jahren deutlich zu. Um dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel - auch durch kürzere Wege - zu fördern, wurden in der Innenstadt Einbahnstraßen umgewandelt und für Radfahrer freigegeben. Leider machen die Radfahrer aber einige Probleme: Immer häufiger sind Klagen zu hören, weil sie auf Gehwegen oder in der Fußgängerzone rücksichtslos - und verbotenerweise - fahren und rote Ampeln nicht beachten. Die Stadt ist deshalb vor allem an den besonders kritischen Stellen zu Radfahrkontrollen übergegangen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die ständige Durchforstung des Schilderwaldes. Allein 1989 konnten rund 450 überflüssige Verkehrszeichen abgebaut werden. Ausnahmege-

nehmungen, Sondernutzungserlaubnisse und die Bearbeitung von Schwertransporten runden das Aufgabengebiet ab.

Auch künftig stehen Verbesserungen der Verkehrssicherheit, insbesondere für die schwächsten Verkehrsteilnehmer - Kinder, Ältere, Fußgänger und Radfahrer - im Vordergrund. Die Hoffnung, mit Zone 30 auf Fußgängerampeln und Zebrastreifen verzichten zu können, hat bisher getrogen. Die Forderung von Schulen und Kindergärten nach solchen Einrichtungen ist daher ungebrochen. Das Verkehrsverhalten der Kraftfahrer muß sich noch deutlich ändern. Besonderes Gewicht erhält deshalb die beschlossene Werbekampagne für Zone 30.

OWI - O weh: Ordnungswidrigkeiten

Seit 1982 haben die Ordnungswidrigkeitenverfahren um rund 80 Prozent zugenommen; von 57 624 auf 103 608. Diese Zunahme konnte nur durch den massiven Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung bewältigt werden, da die beengten Verhältnisse im Dachgeschoß eine Personalvermehrung bis zum Umzug in die Brunnenstraße 10 im Jahr 1990 nicht zuließen.

Sie führte auch zu erhöhten Einnahmen. Allerdings wurden diese vollständig von den Aufwendungen für Personal- und Sachkosten verschlungen. Die Zahl der gebührenpflichtigen Verwarnungen kletterte von 45 713 auf 85 982, wobei die Bußgeldbescheide mit 10 639 und 10 811 konstant blieben. Die mit eigenen Meßwagen festgestellten Geschwindigkeitsverstöße schnellten gar von 5 999 auf 25 250 (nach 32 001 im Jahre 1988). Wurden 1982 "nur" 360 Fahrzeuge abgeschleppt, so waren es 1989 1 579, nach sogar 1 740 im Jahre zuvor.

Der Personalbesatz hat sich seit 1982 von 14 Beschäftigten auf 25,5 Stellen 1989 mit 29 Beschäftigten vergrößert. Der Vollzugsdienst wurde von zwölf auf 15 Beschäftigte verstärkt, davon drei teilweise halbtags beschäftigte Politessen. Die Aufgabenschwerpunkte in der Überwachung des ruhenden Verkehrs haben sich, bedingt durch die strenge Überwachung in der Altstadt, an die Stadtrandbereiche - Süd- und Weststadt - verlagert. Neue Schwerpunkte sind durch das Neuklinikum auf dem Schnarrenberg entstanden.

Die Aufgaben der Feldschützen haben sich gewandelt. Nicht nur die Überwachung der

Feldmarkung, sondern vor allem die des ruhenden Verkehrs in den Stadtteilen und Stadtrandbereichen und hier insbesondere die der Freizeitbereiche wie Bebenhausen und Baggersee Hirschhaus sind hier zu nennen. Die Verkehrsberuhigung und die Einführung der Tempo-30-Zonen brachten weitere Kontrollschwerpunkte. Die Zahl der Prüfstellen hat sich auf 70 Meßpunkte im Stadtgebiet erhöht.

Seit dem ab 1990 geltenden neuen Verwarn- und Bußgeldkatalog, der die Verwarngelder erheblich erhöhte, bei Geschwindigkeitsverstößen teils sogar verdoppelte, sind Verstöße im ruhenden Verkehr rückläufig. An der K 6900 soll in Derendingen eine stationäre Geschwindigkeitsmeßanlage installiert werden. Dadurch kommen neue Aufgaben auf die Abteilung zu, die mindestens eine neue Stelle für Ordnungswidrigkeiten erfordern. Der weitere Ausbau der EDV ist vor allem für die Auswertung von Geschwindigkeitsverstößen nötig, die immer noch einen erheblichen manuellen Arbeitsaufwand erfordert.

Zehn Prozent Ausländer

Die Ausländer-/Paß-/Meldeabteilung verfügt über 20 Beschäftigte. Ende 1990 waren in Tübingen 82 719 Einwohner gemeldet. Die ausländische Bevölkerung nahm von 7 357 im Jahr 1982 auf 8 866 Personen zu. Daß der Ausländeranteil 1990 mit 10,1 Prozent an der Gesamtbevölkerung seinen höchsten Stand erreichte, ist auch damit zu erklären, daß ein Großteil der lange hier lebenden Arbeitnehmer nunmehr im Besitz von Aufenthaltsberechtigungen oder unbefristeten Aufenthaltserlaubnissen ist, die den Familiennachzug ermöglichen.

Zugenommen hat aber auch die Zahl der Asylbewerber. Auffallend viele Jugoslawen, Polen und Türken stellten einen Asylantrag. Nach der Auflösung der Sammelunterkunft für Asylbewerber in der Thiepvalkaserne, in der seit Frühjahr 1981 bis 1989 immer ungefähr 350 Asylbewerber lebten, mußte die Stadt die entsprechende Anzahl von Asylbewerbern unterbringen, konnte jedoch wegen Wohnraum mangels nur einen Teil davon unterbringen.

Mit den politischen Veränderungen in Osteuropa seit Ende 1989 stieg die Zahl der Ausländer Übersiedler um ein Vielfaches. Der weiter ansteigende Zustrom von Asylanträgen in den ersten vier Monaten des Jahres 1990 und die dadurch erhöhte Aufnahmequote

von Asylbewerbern, die die Stadt unterzubringen hat - insgesamt etwa 600 Personen - ließ den ausländischen Bevölkerungsanteil 1990 erneut ansteigen.



Im Vorfeld des ab 1991 geltenden neuen Ausländergesetzes war deutlich erkennbar, daß vor Inkrafttreten viele ausländische Arbeitnehmer Anträge auf Aufenthaltsberechtigungen stellten, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen noch nicht vorlagen. Offenbar wurden die Regelungen im neuen Ausländergesetz mißtrauisch betrachtet.

Die Wartezeiten beim Paßamt, die bei der Ausstellung der neuen Europapässe wegen Lieferschwierigkeiten der Bundesdruckerei in Kauf genommen werden mußten, betrug rund drei Monate. Die um das vierfache gestiegene Zahl der Anträge auf Ausstellung des seit 1988 neu eingeführten Europapasses konnte nur durch zusätzlichen Personaleinsatz und Überstunden bewältigt werden. Die Wartezeiten dürften sich nur unwesentlich ändern, da bereits 1991 diejenigen einen erneuten Paßantrag stellen müssen, die beim Antragsstau 1988 ihren alten Ausweis per Stempel auf drei Jahre neu ausgestellt erhielten.

Die im Ausländerwesen 1990 begonnene Umstellung auf das landeseinheitliche Dialogverfahren in der Datenverarbeitung führt nicht nur zu einer bürgerfreundlicheren Abwicklung des Behördenbesuchs, sondern auch durch Wegfall von Karteischränken zu neuen Gestaltungsmöglichkeiten in den Büroräumen mit Publikumsverkehr.

Nachdem feststand, daß aufgrund der Volkszählung von 1987 die Finanzzuweisung

nach dem Länderfinanzausgleich für die Stadt geringer ausfallen würden, wurden im Frühjahr 1989 alle Einwohner mit Nebenwohnung mit der Bitte angeschrieben, zu prüfen, ob ihre Wohnverhältnisse nach der Melderechtsänderung von 1983 nicht zu einer Hauptwohnsitzmeldung in Tübingen führen müßten. 6 500 Nebenwohnsitzler, die länger als zwei Jahre in Tübingen gemeldet waren, wurden angeschrieben. Von ihnen haben 310 ihren Neben- in einen Hauptwohnsitz umgewandelt. Etwa 2 500 Anschreiben kamen von der Post mit dem Vermerk "Empfänger verzogen" zurück. Die Ummeldeaktion trug so dazu bei, den städtischen Haushalt zu stärken.

Demonstranten, Hausbesetzer, Musikanten

Laut Statistik der Abteilung für allgemeines Ordnungsrecht hat Tübingen in den Berichtsjahren rund 300 Versammlungen erlebt, mit denen die Ortspolizeibehörde befaßt war. Bis auf einige Auswüchse beim "Mai-Einsingen" der Studentenverbindungen und bei einer Frauendemonstration verliefen sie problemlos. Fast immer läßt sich durch die bekannte "Tübinger Linie" - bereits im Vorfeld, im gemeinsamen Gespräch, ein Kompromiß zwischen den Vorstellungen und Zielen der Veranstalter und den Belangen der Allgemeinheit finden. Thematische Schwerpunkte der Versammlungen waren: Ausländer- und Asylrecht, Hochschulprobleme, Frieden, arbeitsmarktpolitische Fragen und die zunehmende Wohnungsnot.

Schwieriger und weniger erfolgreich dagegen waren die Verhandlungen mit der Hausbesetzerzone. In zwei Fällen - ehemalige Neurologische Klinik und Schloßbergstraße 10 - kam es zu Hausbesetzungen. Erst jeweils kurz vor der Räumung durch die Polizei verließen die Besetzer die Gebäude. Einen größeren Polizeieinsatz erforderte das rechtswidrige Verhalten der Bewohner des Hauses Ludwigstraße 15 - einem ehemals besetzten Gebäude - und ihrer Sympathisanten. Diese hatten, um einen Neubau von Studentenwohnungen auf dem angrenzenden Grundstück zu verhindern, eine Barrikade aus Schrottfahrzeugen, alten Möbeln, Matratzen und sonstigem Gerümpel sowie ein Hüttendorf errichtet. Nur unter massivem Polizeischutz war die Beseitigung der Barrikade und der Abbau des Hüttendorfs möglich.

Daneben obliegt der Abteilung die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen - Plakatierung, Informations- und Verkaufsstände -



Besetzt: Schloßbergstraße 10

die Genehmigung von Sammlungen und die Erteilung von Erlaubnissen nach der Polizeiverordnung.

Die Attraktivität der Fußgängerzone als Aufenthalts- und Kommunikationsbereich führt im Sommerhalbjahr stets zu Ordnungsproblemen. Ob Holzmarkt oder Marktplatz, überall wird musiziert, gesungen, geklatscht, diskutiert, aber auch getrunken; Flaschen gehen zu Bruch oder leere Getränkedosen dienen als Fußball. Die Nachtruhe der Anwohner wird gestört. Meist ist die Polizei nur in der Lage, Auswüchse zu begrenzen.

Die Feuerwehr Vielseitig und einsatzbereit

Die Zahl der aktiven Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr hat sich seit 1982 kaum verändert. Sie liegt derzeit bei 344. Die Altersabteilung ist auf über 70 Mann gewachsen. Neugegründet wurde 1985 die Jugendfeuerwehr mit derzeit 22 Jugendlichen. Geleitet wurde die Gesamtfeuerwehr vom hauptamtlichen Kommandanten Stadtbrandmeister Eugen Lutz, der im September 1990 in den Ruhestand ging. Einen Wechsel gab es bei dessen Stellvertreter: Ewald Schnitzler, ehemaliger Kommandant der Abteilung Hirschau wurde 1988 als Nachfolger von Hans Schäfer gewählt. Er war - nach dem Reinfall mit dem zuerst gewählten Lutz-Nachfolger - bis April 1991 auch kommissarisch Kommandant der Gesamtfeuerwehr. Das Personal der Leitstelle wurde um einen weiteren auf elf Mitarbeiter verstärkt.

Die Aufgaben des Umwelt- und Strahlenschutzes gewannen bei der Feuerwehr an Bedeutung. Um die Abteilung Tübingen-Mitte zu entlasten, wurden die Ausrückgrenzen verändert und die Aufgaben des Umweltschutzes der Abteilung Derendingen übertragen. Insgesamt vermehrten sich auch die technischen Hilfeleistungen. Für die Feuerwehr beschafft wurden ein Rüstwagen, ein Löschgruppenfahrzeug und eine Drehleiter für die Abteilung Tübingen-Mitte, für die Abteilung Derendingen ein Gefahrgutgerätemotorwagen, für die Stadtteile Hirschau und Unterjesingen je ein Löschgruppenfahrzeug.



Im Jahr 1986 konnte das neue Feuerwehrhaus Derendingen und 1987 das in Bühl übergeben werden. In Lustnau wurde die ehemalige Wohnung im Feuerwehrhaus zum Unterrichtsraum und Lehrsraum um-, in Pfrondorf ein WC und ein Besprechungs-

raum eingebaut. Nachdem ein Gutachten 1982 ergeben hatte, daß der bisherige Standort der Zentrale aus Kostengründen unter Einbeziehung des angrenzenden Kaufhauses beibehalten werden sollte, kam es 1986 zum Ideen- und Architektenwettbewerb Kelterplatz und 1988 zum Gemeinderatsbeschuß, das Feuerwehrhaus Tübingen-Mitte nach den Plänen eines Stuttgarter Architekturbüros umzubauen und durch einen Anbau nach Osten zu erweitern. Damit zeichnet sich ein Ende der jahrelangen Raumnot ab. Mit dem Neubau konnte im September 1990 nach dem Abbruch des Kaufhauses begonnen werden. Grabungen der Denkmalpflege mit überraschenden Ergebnissen führten aber zu Verzögerungen.

Gegenüber dem Berichtszeitraum 1975/81 nahm die Zahl der jährlichen Einsätze zu: Im Durchschnitt mußte die Feuerwehr 380 (damals: 300) mal ausrücken. Dabei wurde sie zu 80 Bränden und zu 200 technischen Hilfeleistungen gerufen. Die herausragenden Ereignisse waren 1982 der Großbrand eines Zimmereibetriebes mit Wohnhaus in Tübingen-Pfrondorf, 1984 die Bergung eines Tankwagens mit 10 000 Litern leichten Heizöls und das Lustnauer Hochwasser 1987. Die monatlichen Lehrgänge "Erste Hilfe in Katastrophenfällen" fanden weiter regen Zuspruch. Der öffentliche Schutzraum mit 1 567 Plätzen, der mit der Tiefgarage des Schulzentrums Feuerhagle erstellt wurde, ging in die Verwaltung der Stadt über.

Südländisches Treiben

In Tübingen sind rund 190 Gaststätten zu betreten. Die hygienerechtliche Überwachung obliegt dem Wirtschaftskontrolldienst der Polizei. Zum größten Teil werden die Gaststätten ordentlich geführt. So mußten im Jahresdurchschnitt nur etwa drei bis fünf wegen gravierender hygienischer Mängel vorübergehend geschlossen werden.

Besonders im Sommer klagen Anwohner sehr stark über Lärm. Unmut erregen die Musik (offene Fenster) und der an- und abfahrende Verkehr. Die Tendenz, bei schönem Wetter im Freien zu sitzen, nimmt weiter zu. So herrscht an warmen Abenden auf dem Marktplatz eine südländische Atmosphäre - leider auf Kosten der Anwohnenden. Deshalb wird in der Innenstadt kein weiteres Straßencafé mehr zugelassen.

Auch die Feste im Freien erfreuen sich sehr starker Beliebtheit. Besonders zu erwähnen sind hier das Stadtfest (seit 1983 nur noch alle

zwei Jahre) und das Festival des Club Voltaire. Seit 1989 hat auch das Zentrum Zoo seine Konzertveranstaltung auf den Marktplatz verlegt, da der Schloßhof wegen Renovierung geschlossen ist. Die Entwicklung muß abgewartet werden. Der Festplatz steht als Ausweichplatz für lärmintensive Veranstaltungen nicht zur Verfügung. Wegen Anwohnerbeschwerden geraten hier sogar die traditionellen Veranstaltungen ins Wanken.

Bei bis dahin konstanter Zahl der Gewerbeanzeigen (Gewerbeanmeldungen, -ummeldungen, -abmeldungen) war 1989 ein deutlicher Trend zu mehr Gewerbeanmeldungen - auch für Reisegewerbekarten - zu verzeichnen. Überwiegend handelt es sich hierbei um den Verkauf von Modeschmuck und Accessoires. Ausländer mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis und -berechtigung treten vermehrt als Antragstellende auf.

Immer häufiger weisen Nachbarn auf vermeintliche Mängel bei Tierhaltungen hin. Meist geht es um Hunde. Der Weg übers Amt scheint bequem: Das direkte Ansprechen wird vermieden. Daneben ist der Tierschutzverein, mit dem die Stadt eng zusammenarbeitet, eine wichtige Anlaufstelle für Beschwerden. Mit dem Veterinäramt wird solchen Anzeigen nachgegangen und nach Lösungen gesucht. Nur in wenigen Fällen mußten die Tiere dem Halter weggenommen werden.

Leider bereiten rücksichtslose Hundehalter immer wieder Verdruß: Beschwerden über Verschmutzungen der Grünanlagen, Kinderspielflächen und Gehwege durch Hundekot nehmen zu. Immer wieder sind Hundehalter uneinsichtig und führen ihre Tiere trotz umfassender Aufklärung über die Gesundheitsgefahren für Kinder zur Verrichtung der Notdurft in Anlagen und auf Kinderspielflächen. Die vor Jahren eingeführten Hundeeinigungssets wurden von den Hundehaltern kaum angenommen. Polizeilich ist dieses Problem nicht lösbar.

Handwerksrecht, Heilpraktiker, Märkte

Verstöße gegen die Handwerksordnung (unerlaubte Handwerksaktivität ohne Eintrag in der Handwerksrolle) sowie Verstöße gegen das Schwarzarbeitsgesetz sind nach einem Anstieg in den Jahren 1984 und 1985 wieder rückläufig. Seit 1985 hat sich die Anzahl der Heilpraktikererlaubnisse erheblich erhöht. Anlaß ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1984, wonach Diplomsy-

chologen, die auf dem Gebiet der Psychotherapie tätig sind, ohne amtsärztliche Überprüfung die Heilpraktikererlaubnis erteilt werden kann. Aber auch Antragsteller und Antragstellerinnen ohne den akademischen Grad des Diplomspsychologen erwerben vermehrt die Erlaubnis.

Teils alte Tradition, teils Neuland sind die von der Stadtverwaltung veranstalteten Märkte: Was wäre der Marktplatz ohne den Wochenmarkt, der an den traditionellen Tagen Montag, Mittwoch und Freitag stattfindet. Zusätzlich betreiben die Wochenmarktbesucher schon seit zehn Jahren nach den Eisheiligen einmal jährlich den "Fensterblümlenmarkt". Tradition sind auch die beiden Jahrmärkte zu Georgi und Martini in der Fußgängerzone. Neu dagegen ist der seit einigen Jahren mit dem Künstlerbund abgehaltene Kunstmarkt. Zwei Flohmärkte, ein Fahrrad-/Flohmarkt und der dreitägige Weihnachtsmarkt runden das Angebot ab. Für alle Märkte gilt dasselbe: Sie erfreuen sich sowohl bei Besuchern als auch bei Besuchern großer Beliebtheit; die angebotene Fläche reicht meist nicht aus, um allen Wünschen gerecht zu werden.

Tü-Bus - Neuer Rhythmus

Die Stadt ist alleinige Konzessionsinhaberin für den Tübinger Stadtbus. Der Betrieb ist auf zwei private Busunternehmen übertragen. Diese führen ihn in eigenem Namen, in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung. Die wesentlichen Ziele der neuentwickelten Netz- und Linienkonzeption: Reduzierung der An- und Abmarschwege von und zur Haltestelle durch ein flächendeckendes Liniennetz und Minimierung der unattraktiven und zeitraubenden Umsteigevorgänge durch Bildung von Durchmesserlinien. Vor der Umstellung begannen und endeten sämtliche Buslinien am Omnibusbahnhof, der außerhalb der städtischen Nachfrageschwerpunkte liegt. Auf den neuen Durchmesserlinien können nun auch die Fahrgäste aus Derendingen, aus der Südstadt und Kusterdingen ohne Umsteigen die Altstadt, die Universität und die Kliniken erreichen.

**TÜBINGER
STADTBUS**

Die Einführung der neuen Netz- und Linienkonzeption erfolgte zum Sommerfahrplan 1985. Ein Jahr später wurde die Bedienung der nachfragestarken Linien an den Werktagen in der Zeit von 6 bis 19 Uhr verdoppelt. Die gesamte Stadtbus-Betriebsleistung erhöhte sich dadurch um 34 Prozent. Die Stadtbus-Linien werden nun ganztägig alle 10, 20 oder 30 Minuten bedient. In nachfragegeschwache Gebiete verkehren Anruf-Sammeltaxis.

Eine weitere Steigerung der Angebotsqualität bietet das Nacht-SAM, ein Anruf-Sammeltaxi, das im September 1985 in Betrieb ging und alle 30 Minuten nach vorheriger Anmeldung von 21 bis 6 Uhr verkehrt. Es fährt im Stadtgebiet von Haus zu Haus, kostet eine DM mehr als der Tü-Bus und wird z. Zt. von der Taxizentrale betrieben. Das Nacht-SAM ist als ein sicheres, für Jedermann verfügbares und preisgünstiges öffentliches Verkehrsmittel mit hoher Bedienungsqualität gedacht, das der differenzierten Verkehrsnachfrage in den Nachtstunden voll gerecht werden soll. Es ergänzt den ÖPNV im Stadtgebiet zu einem "Angebot rund um die Uhr".

Seit dem Winterfahrplan 1986 werden im Tü-Bus übertragbare Umwelt-Monatskarten, die seit 1987 in der Gesamtstadt gelten, sowie seit Winter 1989 Jahresumwelt- und für Studenten Semesterabonnements angeboten.

Der Stadtbus deckt jedoch nicht das gesamte Stadtgebiet ab. Mehrere Teilorte werden von der Bundesbahn (Schiene) und von regionalen Buslinien bedient. Diese Unternehmen haben sich vor 15 Jahren mit dem Stadtbus zu einer Tarifgemeinschaft zusammengeschlossen.

Alle Stadtbusse sind mit Sendern ausgestattet, die über Induktionsschleifen Lichtsignalanlagen beeinflussen können. Die neuen Maßnahmen wurden mit einer umfassenden Werbung und Öffentlichkeitsarbeit eingeführt. Zwei Preisausschreiben zur Imageförderung ergänzten die Werbeaktionen. Seit Herbst 1989 wird in vielen Geschäften bei einem Einkauf von mehr als 30 DM auf einen Einzelfahrschein eine DM rückvergütet.

Vergleicht man die Anzahl der Beförderungen von Juni 1985 bis Mai 1986, also im Jahr vor Einführung der Neuerungen, mit dem Vergleichszeitraum Juni 1988 bis Mai 1989, so gab es in diesen drei Jahren eine Steigerung um 40,1 Prozent (Bild). Die Zeitkarten haben

einen Anteil am Beförderungsaufkommen von rund 70 Prozent; mit Einführung der Umweltkarten wurden deren Tarife um 19 (Jedermannkarte) und 14 Prozent (Ausbildungskarte) gesenkt.

Mehr als die Hälfte der Fahrgäste fährt mit Umwelt-Monatskarten und bezahlt damit für eine Fahrt durchschnittlich nur eine DM. Dennoch sind die Fahrscheinerlöse in drei Jahren um 16 Prozent gestiegen (Bild). Die Stadt Tübingen ist den Unternehmen gegenüber verpflichtet, für von ihr gewünschte Mehrleistungen die ungedeckten Kosten zu übernehmen. Die städtischen Zuschüsse betragen derzeit jährlich rund eine Million DM. Das Nacht-SAM hat von Juni 1988 bis Mai 1989 rund 60 000 Fahrgäste befördert. Der durchschnittliche Besetzungsgrad beträgt zwei Personen pro Fahrt. Die Gesamtkosten von 360 000 DM werden mit 100 000 DM von den Fahrgeldeinnahmen gedeckt. Den Differenzbetrag erstattet die Stadt.

Ein ganzes Maßnahmenpaket aus verkehrlichen und tariflichen Schwerpunkten wurde annähernd zeitgleich eingeführt. Dieses hatte, verbunden mit einer umfassenden Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, großen Erfolg. Das Paket hat gezeigt, daß auch in einer mittelgroßen Stadt der ÖPNV bei entsprechendem Engagement und politischem Willen aus seinem Schattendasein herausgeführt werden kann. Die Zuwachsraten machen deutlich, daß ein guter ÖPNV durchaus Instrumentarium einer positiven Stadtentwicklung sein kann. Wenn auch die Verkehrsprobleme einer Stadt damit nicht ausschließlich zu lösen sind, so ist dies dennoch die richtige Antwort auf die insgesamt steigende Mobilität der Bevölkerung.

Derzeit verhandelt die Stadt mit dem Landkreis darüber, den gesamten öffentlichen Personennahverkehr kreisweit zu organisieren. Den Städten und Gemeinden soll ein breiter eigenständiger Gestaltungsspielraum bei Übernahme der Finanzverantwortung eingeräumt werden. Eine Kooperation mit den Verkehrsunternehmen wird angestrebt. Ein Gemeinschaftstarif für den gesamten Kreis, die Aufhebung von Bedienungsverboten, durchgehende Verbindungen zur Vermeidung lästiger Umsteigevorgänge, die Abschaffung von Parallelverkehren, Ausbau des Schienenverkehrs, dort wo es gesamtwirtschaftlich und ökologisch sinnvoll ist ... - dies sind einige ausgewählte Maßnahmen, die den öffentlichen Personennahverkehr attraktiver machen sollen.



Internationales Steldichein

Das Standesamt

Das am 1. Januar 1876 eingerichtete Standesamt Tübingen ist zuständig für die Gemarkung Tübingen. Die Stadtteile haben, bis auf Bebenhausen, ihre Standesämter beibehalten. Dies macht deutlich, wie wichtig das Standesamt für die Identität eines Ortes ist.

Der Standesbeamte hat in der Hauptsache Geburt, Heirat und Tod zu beurkunden. Dazu führt er ein Heirats-, ein Familien-, ein Geburten- und ein Sterbebuch.

Wie zu beurkunden ist, regelt das Personenstandsgesetz, das "Was" richtet sich nach einer Vielzahl Einzelgesetze. Daneben sind Äußerungen der Gerichte, die einander nicht selten widersprechen, in die Überlegungen einzubeziehen.

Sind Ausländerinnen und Ausländer beteiligt, ist das deutsche internationale Privatrecht zu beachten. Die Universität mit ihren ausländischen Angehörigen und Studierenden sowie die zahlreichen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger eröffnen dem Amt ein breites Betätigungsfeld. Es hatte im Berichtszeitraum das Recht von 75 Nationen zu beachten.

Das Standesamt ist kein Zweig der gemeindlichen Selbstverwaltung. Der Standesbeamte arbeitet in staatlichem Auftrag. Er kann sich nicht auf Weisungen seines Dienstvorgesetzten stützen, sondern nur in Form gerichtlicher Entscheidung zu Amtshandlungen angehalten werden.

Im Interesse der Beteiligten hat der Standesbeamte diskret zu sein. Er darf das Resultat seiner Arbeit nicht darstellen und erläutern. Es würde auch nur vereinzelt auf Interesse stoßen, denn nur wer selbst Dienstleistungen des Standesamtes in Anspruch nimmt, beschäftigt sich mit dessen "Wie und Warum". Es geht immer "nur" um Einzelschicksale.

Andererseits werden viele Behörden erst durch Beurkundungen des Standesbeamten in die Lage versetzt, selber tätig zu werden. Das gilt für das städtische Melde- und Steueramt ebenso wie für Jugendämter und

Behörden ausländischer Staaten. Die Universität und ihre Kliniken bringen es mit sich, daß viele Geburts- und Sterbefälle von Personen zu beurkunden sind, die nicht in Tübingen wohnen. Das Standesamt Tübingen erfaßt also einen weit größeren Personenkreis als den seines Amtsbezirkes.

Neues Internationales Privatrecht

Die wesentlichste gesetzliche Änderung im Berichtszeitraum war das Gesetz zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts vom 25. Juli 1986 (IPR), das am 1. September 1986 inkraft trat. Es ist anzuwenden entweder, wenn ein personenstands- oder namensrechtlicher Vorgang im Ausland vorgenommen wurde und hier zu bewerten ist, oder wenn solche Beurkundungen im Inland vorzunehmen sind und für zumindest einen der Beteiligten ausländisches Recht zu beachten ist. Die Hoffnungen der Praxis, daß mit dem Gesetz viele in der Vergangenheit häufig auftretende rechtliche Zweifelsfragen beantwortet worden wären - vor allen Dingen auf dem Gebiet der Gleichberechtigung - haben sich leider nur zum Teil erfüllt. Das Gesetz hat manche Fragen gelöst, aber auch neue aufgeworfen: Ein neues und wei-

tes Betätigungsfeld für Gerichte und Rechtslehre. Überwiegend wird begrüßt, daß nun für die Rechtsbeziehungen der Beteiligten das Personalstatut (die Staatsangehörigkeit) vorrangig maßgeblich ist, sowohl für das Ehe- und Kindschafts- als auch für das Namensrecht.

Die internationale Bevölkerungsstruktur Tübingens bringt es mit sich, daß auch "exotische" Rechte beachtet werden müssen. Als Beispiel: Kann eine von einem deutsch-britischen Ehepaar in Iran bei der Katholischen Kirche vorgenommene Adoption eines Kindes im Familienbuch der Eltern bei uns beschrieben werden? Inwiefern ist bei uns das islamische Ehehindernis der Milchverwandtschaft beachtlich?

In den letzten Jahren gab es oft Probleme bei der Beurkundung von Personenstandsfällen von Asylanten und Asylbewerbern. Die Beteiligten waren oft nicht in der Lage, die notwendigen Personenstandsurkunden für anstehende Beurkundungen (etwa die Heiratsurkunde bei der Geburt eines Kindes) vorzuweisen. Die Ermittlung der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse gestaltete sich daher oft sehr schwierig.

Eheschließungen	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
insgesamt	467	440	460	420	453	460	504	513	510
davon									
Partner bisher unverheiratet	797	739	794	726	786	801	864	881	877
Partner war verheiratet (geschieden oder verwitwet)	71	71	76	60	72	67	82	89	79
Beide Partner waren verheiratet	33	35	25	27	24	26	31	28	32
Ausländer	86	60	69	68	76	97	69	90	79
Anzahl der Nationen	26	24	29	25	29	34	30	40	34
Austausch von Aufgeböten mit auswärtigen Standesämtern:									
abgegeben	17	16	11	18	28	31	25	22	33
entgegengenommen	128	120	123	104	119	118	149	148	144
Geburtsname der Frau zum gemeinsamen Ehenamen bestimmt	11	20	28	33	21	24	34	32	22
Ein Ehegatte hat seinen Ehe- oder Geburtsnamen dem neuen Ehenamen vorangestellt									
Frauen	107	116	109	119	123	117	131	145	155
Männer	6	14	18	20	14	14	15	22	16

Die vier Bücher

Heiratsbuchabteilung

In der Heiratsbuchabteilung ist seit dem 1. Januar 1989 ein elektronisches Automations-System (AUTISTA) im Einsatz, das sich bestens bewährt hat. Es hat vor allem den Vorteil, daß Fehlerquellen weitgehend ausgeschaltet sind, die Beschäftigten von Massenschreibarbeiten entlastet werden und sich auf das Wesentliche konzentrieren können.

Familienbuch

Das Familienbuch ist seit dem 1. Januar 1958 unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Ehegatten von Amts wegen stets anzulegen, wenn eine Ehe vor einem deutschen Standesbeamten im Geltungsbereich des Personenstandsgesetzes geschlossen worden ist.

Es kann auch auf Antrag angelegt werden, wenn die Ehe außerhalb der Bundesrepublik geschlossen wurde, sofern ein Ehegatte oder der Antragsteller selbst Deutscher oder heimatloser Ausländer, asylberechtigt oder ausländischer Flüchtling, mit gewöhnlichem Aufenthalt im Geltungsbereich des Personenstandsgesetzes, ist.

Mit der Einbeziehung heimatloser Ausländer, Asylberechtigter und ausländischer Flüchtlinge, hat die Bundesrepublik einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung des Genfer Flüchtlingsabkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge getan. So kann nun dieser Personenkreis mit deutschen Personenstandsurkunden ausgestattet werden. Dazu gehören auch Spätaussiedler aus dem Osten. Als schwierig erweist sich gerade bei ihnen die Beschaffung von Dokumenten und Erklärungen. Dies geht nicht ohne Kenntnis der Rechtsinstitute der verschiedensten Länder und verlangt alle Sorgfalt.

Zweck des Familienbuches ist es in erster Linie, die an verschiedenen Stellen beurkundeten Vorgänge über die Familie in einer Urkunde zusammenzufassen. Über den Umfang der Familienbuchbewegungen durch Zu- und Wegzüge von Familien werden keine Aufzeichnungen geführt. Schätzungsweise wurden 2 000 Familienbücher entgegengenommen oder abgegeben. Die Folgebeurkundungen (wie Geburten) bewegen sich ungefähr in gleicher Höhe.

In jüngster Zeit kommen sehr häufig Aus- und Übersiedler vor allem mit Anträgen, Fami-

lienbücher anzulegen. Als Deutsche oder deutsche Volkszugehörige möchten sie ihre Namen auch in der deutschen Schreibweise führen. Da die vorgelegten Personenstandsurkunden aber oft eine abweichende Schreibweise aufweisen, kann das Verlangen in vielen Fällen nur über ein Namensänderungsverfahren erfüllt werden. Wegen der großen Anzahl Antragsteller und Ratsuchender und des damit verbundenen zeitraubenden Verwaltungsaufwands ist eine erhebliche Mehrbelastung entstanden.

Von der Familienbuchabteilung werden als Sonderaufgabe auch die Ehrungen der Alters- und Ehejubiläen festgestellt. Auffallend ist hier, daß die Zahl der 90jährigen seit 1982 von 38 - mit einem Sprung in den Jahren 1985 und 1986 von 27 auf 60 - bis 1989 auf 62 und die der Goldenen Hochzeiten von 39 auf 59 zugenommen hat.

Geburtenbuchabteilung

In der Geburtenbuchabteilung ist ein Geburtseintrag aus gegebenem Anlaß ständig fortzuführen und zu ergänzen, man denke etwa an Vaterschafts- und Mutterschaftsenerkennung, Namenserteilung und -änderung, Legitimation, Feststellung der Nichtehelichkeit, auch an Hinweise über Eheschließung oder Tod der Eingetragenen. Da-

mit ist noch nichts ausgesagt über die Bedeutung der nach dem Geburtsregister auszustellenden Abstammungs- und Geburtsurkunden oder den Geburtsschein für das tägliche Leben. Zusammenfassend: Der Geburtseintrag ist die Beurkundung, mit der der Bürger zeitlebens verbunden bleibt.

Sterbebuchabteilung

Auch in der Sterbebuchabteilung spielen die Kliniken eine Rolle. Die Schwierigkeit dieses Arbeitsgebietes ist, die richtigen Daten des Verstorbenen zu ermitteln. Das kostet mitunter erheblichen Verwaltungsaufwand, die Anzeigen sind in den seltensten Fällen vollständig.

Familien und Verwandte vor allem aus der Türkei, aus Jugoslawien, Italien, Griechenland überführen auffallend oft ihre hierzulande verstorbenen Angehörigen in die Heimat; dies geschieht oft unter großen Opfern.

Beurkundungen

Als Sonderaufgabe hat der Standesbeamte neben der Führung und Fortschreibung der Personenstandsbücher spezielle Beurkundungen entgegenzunehmen: Erklärungen über die Voranstellung des Geburtsnamens oder des zur Zeit der Ehe-

Geburten	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
insg.	2 512	2 312	2 223	2 224	2 373	2 184	2 512	2 464	2 583
davon									
Mädchen	1 213	1 119	1 137	1 087	1 167	1 079	1 215	1 214	1 258
Knaben	1 299	1 193	1 086	1 137	1 206	1 105	1 297	1 250	1 325
Mehrlingsgeburten	24	25	33	8	46	52	45	57	37
davon									
Drillinge	-	-	1	-	-	6	2	3	1
Vierlinge	-	-	1	-	-	-	-	1	-
Fünflinge	-	-	-	-	-	2	-	-	-
Nichtehelecht wurden geboren	136	132	120	124	148	156	200	208	234
Ortsansässige Eltern	822	696	678	682	707	652	730	817	809
Ortsfremde Eltern	1 690	1 616	1 545	1 542	1 656	1 532	1 782	1 647	1 774
Ausländische Eltern	427	382	855	224	348	346	407	431	441

Sterbefälle	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
insg.	1 186	1 097	1 062	1 085	1 117	1 116	1 100	1 115	1 098
davon									
Ortsansässige	56	415	380	431	435	410	417	246	485
Ortsfremde	830	682	682	654	682	706	683	672	613
Totgeburten	11	7	19	5	12	7	9	14	9
Ausländer	65	55	46	59	61	41	47	53	49

Entgegengenommene Beurkundungen

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Vaterschaftsanerkennungen	47	58	42	43	62	71	73	82	110
Mutterschaftsanerkennungen	21	21	15	13	17	18	19	25	25
Wiederannahme eines früheren Namens	22	33	27	27	28	20	31	44	33
Namenserteilungen	8	8	5	8	9	8	3	9	2
Voranstellen eines Namens vor den Ehenamen	4	6	14	8	12	10	12	10	9
sonstige	-	-	4	9	2	7	8	4	4
Insgesamt:	102	126	107	108	130	134	146	174	183

Vorgenommene Folgebeurkundungen im Geburtenbuch

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Vaterschaftsanerkennungen	123	154	114	117	136	155	194	220	198
Vaterschaftsfeststellungen	12	7	13	3	4	10	12	5	6
Mutterschaftsanerkennungen	21	19	18	14	21	21	26	30	24
Legitimationen	45	60	59	61	50	55	89	90	85
Feststellung der Nichtehelichkeit	9	15	8	13	18	18	19	18	13
Namenserteilungen	12	12	8	8	8	15	13	15	13
Vornamensänderungen	11	8	6	9	3	6	17	6	5
Familiennamensänderungen	22	14	13	12	11	12	18	15	8
Annahmen an Kindes Statt	15	12	21	26	22	16	22	12	16
Berichtigungen	25	31	17	35	48	33	23	24	24
sonstige	3	4	3	4	4	2	9	2	3
Insgesamt	298	336	280	302	325	343	442	437	395

schließung geführten Namens vor dem Ehenamen, Wiederannahme eines früheren Namens, Anerkennung der Vater- und Mutterschaft, Namenserteilungen an Kinder.

Seit über sieben Jahrzehnten hat der Standesbeamte Kirchenaustritte zu beurkunden. Ihre Zahl nahm von 179 (1982) auf 248 (1990) zu, wobei die Austritte aus der Katholischen Kirche (1990: 118) am stärksten angestiegen sind.

Namensänderungen

Seit 1984 sind dem Standesamt Tübingen ferner auch die Aufgaben nach dem Namensänderungsgesetz übertragen, die zuvor dem Ordnungsamt oblagen. Durchschnittlich wurden jährlich 24 Vornamen und 20 Familiennamen geändert.

Ratschreiber, Vergleichsbehörde

Zu den Aufgaben des Tübinger Standesamtes gehören auch die Aufgaben des Rat-

schreibers und der Vergleichsbehörde.

In jeder Gemeinde Baden-Württembergs, die Sitz eines Grundbuchamtes ist, gibt es einen Ratschreiber. Obwohl dieser rechtlich auch Verträge beurkunden kann, beschränkt sich die Tätigkeit auf die Erteilung von Auskünften und Unterschriftsbeglaubigungen.

Die Vergleichsbehörde kann Sühneveruche nur im Privatklageverfahren vornehmen (Hausfriedensbruch, Beleidigung, Verletzung des Briefgeheimnisses, Körperverletzung, Bedrohung und Sachbeschädigung). Doch soll versucht werden, schlichtend beide Parteien zu einem Vergleich zu bewegen, sich also ohne anrufen des Gerichts zu verständigen. Sofern die streitenden Parteien überhaupt an einem Vergleich interessiert waren, gelang es mit geduldiger, einfühlender Verhandlungsführung in aller Regel, eine Einigung zu erreichen.

Lernen, Spielen, Sport

Das Schul- und Sportamt

Das Schul- und Sportamt besteht seit April 1975 und befindet sich seit Januar 1984 im Rathausanbau. Es gliedert sich in die Abteilungen Schulpflege, Sport und Planungen und betreut alle städtischen Schulen, Turn- und Sporthallen, Sportfreianlagen sowie den Schulbetrieb und die Sportvereine und -gruppen.

Zu den Aufgaben gehören die Personalversorgung, die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Lehr- und Lernmitteln, die Organisation der Schülerbeförderung, die Geschäftsführung für den Schul- und Sportausschuß, die Gebäudebewirtschaftung und die baulichen Sicherheitsfragen. Das Amt ist weiter zuständig für: Vergabe von Schulräumen, Turnhallen und Sportfreiflächen, Förderung des Schul- und Vereinsports, Mithilfe bei Großveranstaltungen, Planung und Mitarbeit bei Schul- und Sportstättenbauten, die haushaltstechnische, finanzielle Betreuung der Bereiche Schule und Sport, Tübinger Musikschule und Kirchen.

Es werden heute 29 allgemeinbildende Schulen betreut: 14 Grund- und Hauptschulen, fünf Hauptschulen, drei Realschulen, fünf Gymnasien, eine Sonderschule, ein allgemeiner Schulkindergarten.

Entwicklung der Schüler- (Sch) und Klassen- (KI) Zahlen

Bereich	1981/82 Sch/KI	1985/86 Sch/KI	1989/90 Sch/KI
Grund- und Hauptschulen	2 869/135	2 600/133	3 024/149
Internat. Vorber.klassen	87/7	37/3	65/5
Allg. Schulkindergarten	25/2	40/3	50/3
Realschulen	1 137/39	1 012/42	1 056/46
Gymnasien	3 629/127	3 221/123	3 255/141
Gesamtschule	1 219/55	672/32	-
Sonderschule	142/12	105/10	97/9
Städtische Schulen gesamt	9 135/377	7 687/346	7 547/353
Freie Waldorfschule	672/23	794/37	829/44
Zusammen	9 807/400	8 481/383	8 376/397
Durchschnittliche Klassengröße	24,5	22,1	21,1



Rammerthalle in Weilheim

Personal

1975 waren 188, 1982: 171, 1986: 169 und 1990: 186 Personen beim Schul- und Sportamt beschäftigt.

Die Fluktuation unter den Reinigungskräften ist hoch. Ersatz ist oft nur noch mit großen Mühen zu erhalten: Die Entlohnung wird als nicht adäquat gesehen. Dasselbe gilt für Hausmeister. Viele Einsätze am Abend und am Wochenende, vor allem in den Hallen, haben zunehmend Probleme gebracht, denen der Gemeinderat durch mehr Stellen und eine leistungsbezogene Überstundenregelung begegnen möchte. So wurde die über dreißigjährige Praxis der Zahlung von "Wartegeldern" durch die Vereine an die Hausmeister abgelöst: Die Bezahlung erfolgt durch die Stadt, die Vereine erhalten Rechnungen vom Amt. Trotzdem reizt die Eingruppierung kaum noch zur Bewerbung. Das frühere Argument einer kostengünstigen Dienstwohnung gilt auch nicht mehr: Es ist keine mehr frei.

Schülerbeförderung

Aufgaben: Ausgabe und Abrechnung von Berechtigungsausweisen für die Monatsfahrkarten; Einrichtung von Sonderbeförderungslinien für Fahrten zum Sport-, Schwimm-, Koch- oder Verkehrsunterricht;

Sonderbeförderung von Kindern des Schulkindergartens; Sonderregelungen für Körperbehinderte (zu Spezialschulen); Sonderverträge für Schüler von Wohnplätzen wie Hofgut Einsiedel, Eckhof, Schloß Roseck, Amerhof, teils mit Privat-PKW oder Taxi; Abrechnung mit dem Landkreis als Erstattungsbehörde. Die Schüler der Realschulen und Gymnasien haben sich an den Beförderungskosten zu beteiligen; im Schuljahr 1989/90 wurden rund 415 000 DM Eigenanteile vereinnahmt.

Hallen

Sämtliche Hallen sind montags bis freitags vom späten Nachmittag bis 22 Uhr den Vereinen zu festen Übungszeiten überlassen, viele sind auch am Wochenende mit sportlichen, kulturellen, politischen oder gesellschaftlichen Veranstaltungen belegt. Die Kultur- und Ausländervereine nutzen hauptsächlich die Mehrzweckhallen in den Stadtteilen und die Hermann-Hepper-Turnhalle. Jährlich gehen über 600 Anträge ein.

Beschaffungen und Abfallbeseitigung

Das Schul- und Sportamt hat in den letzten 15 Jahren zunehmend weitere Bereiche für zentrale Sammelbeschaffungen übernommen. Neben der traditionellen Schulbuch-

bestellung, den Taschenrechnern, Kreiden, Schwämmen, Projektionsfolien, Sportgeräten, Tonband- und Videocassetten gehören jetzt auch Fernseher, Videogeräte, Computer samt Monitoren und Druckern sowie Landkarten und ähnliches dazu.

Wegen Unklarheiten über die in den Schulen lagernden Werte (Inventar) werden seit Februar 1988 alle Gegenstände im Einzelwert von über 100 DM erfaßt und als städtisches Eigentum neu gekennzeichnet. Nach jetzigem Kenntnisstand handelt es sich um rund 42 000 Gegenstände mit einem Anschaffungswert von rund 19,5 Millionen DM.

Seit 1986 entsorgt das Amt mit den Fachämtern Sondermüll aus den Schulen (wie Alchemikalien, Batterien, Säuren). Neuerdings werden alle Anstrengungen unternommen, recyclingfähige Materialien (Papier, Metall, Holz) separat der Wiederverwendung zuzuführen. Dies aber ist schwierig, da die Abnehmer derzeit volle Lager haben.

Sportabteilung

Die Sportabteilung betreut heute rund hundert sporttreibende Vereine mit etwa 26 000 Mitgliedern, das ist ein Drittel der Bevölkerung (1982: 85 Vereine mit 24 700 Mitgliedern).

Aufgaben: Zuteilung von Trainings-, Spiel- und Übungsmöglichkeiten in den Hallen (wöchentlich rund 430 Übungsstunden mit 8 500 Sporttreibenden) und auf städtischen Sportanlagen (alter TSG-Platz, Holderfeld, Freiplätze bei der Geschwister-Scholl-Schule, Kleinspielfelder und Bolzplätze), Ersatzbeschaffung von Sportgeräten, von Küchengeräten und -geräten für Hallen und Anlagen, Vergabe von Arbeiten zur Instandhaltung der Außensportanlagen, deren Unterhaltung und Pflege durch den Platzwart, Beratung und Unterstützung bei Baumaßnahmen, Veranstaltungen, Turnieren und Meisterschaften, finanzielle Unterstützung der Vereine nach den Sportförderungsrichtlinien und Beratung über mögliche Zuschüsse.

Der Leiter der Sportabteilung nimmt beratend an den Sitzungen des Stadtverbandes für Sport teil. Beim Sportstättenbau und beim Unterhalt arbeitet das Amt eng mit dem Hochbauamt, dem Stadtplanungsamt, der Umweltbeauftragten und der Stadtgärtner zusammen.

Eine große Hilfe für die Vereine sind weiterhin die Mittelzuweisungen nach den städti-

schen Sportförderungsrichtlinien: 1982: 974 603 DM, 1984: 989 718 DM, 1986: 1 102 746 DM, 1988: 1 215 613 DM, 1990: 1 327 500 DM. Sie liegt derzeit bei 51 DM je Jahr und Sportler.

Das Amt geht vermehrt dazu über, in Hallen die Schlüsselgewalt an die Vereine zu delegieren. Davon profitieren die Hausmeister durch mehr Freizeit, die Stadt durch den Überstundenabbau und die Vereine durch Kosteneinsparung.

An einer Reihe Veranstaltungen ist die Sportabteilung maßgeblich beteiligt, so dem jährlichen Sportlerball und der Sportlerehrung, dem Austausch mit den Partnerstädten (Schulen/Vereine), den Bundesjugendspielen, "Jugend trainiert für Olympia" und dem Behindertensport.

Die städtischen Sport-, Spiel- und Gymnastikstunden (SSG) erfreuen sich trotz erheblich gestiegener Beiträge nach wie vor großer Beliebtheit:

Jahr	Teilnehmer	Gebühren
1982	738	58 557 DM
1984	837	64 593 DM
1986	850	93 280 DM
1988	968	121 396 DM
1990	rund 1 000	132 000 DM

Zwei Vollzeitkräfte und eine Halbtagskraft bieten bei 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern pro Gruppe 50 SSG-Stunden in der Woche an. Damit ist, sowohl vom Personal als auch von der Hallenkapazität her, die oberste Grenze erreicht. 1986 konnte in der Sporthalle Uhlandstraße das 25jährige Jubiläum gefeiert werden.

Planungen, Bauten

Die Planungsabteilung arbeitet mit dem Hochbauamt an allen Schul- und Sportstättenbauvorhaben. Sie erhebt, prüft und erstellt die Bauprogramme und koordiniert die Mitarbeit zwischen Verwaltung und Nutzern wie Schüler, Eltern, Lehrer, Sportvereine. Ferner ist sie für die Schulorganisation zuständig (Zuweisung von Schulräumen). In jüngster Zeit ist ihr auch die außerunterrichtliche Betreuung zugefallen.

Während vor 1986 die Schülerzahlen wegen des Geburtenrückgangs stark sanken, ist nun ein überproportionales Anwachsen zu beobachten. Daneben hat die Welle der Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa, der Übersiedler aus der (Ex-)DDR und der

Asylsuchenden alle bisherigen Erwartungen und Prognosen über den Haufen geworfen. Ferner gibt es immer wieder Änderungen im Übergangerverhalten an die weiterführenden Schulen, bei den Gymnasien liegt es weit über dem Landesschnitt.

Größere Projekte waren:

Grundschule Innenstadt (neue Silcherschule): Inbetriebnahme 1983;

Grundschule Waldhäuser-Ost/Zentrum: Inbetriebnahme 1983; 1988/89 Erweiterung;

Pestalozzischule: 1983 Umzug von der Hügelstraße in den Neubau Feuerhüggle;

Carlo-Schmid-Gymnasium: Gemäß Gemeinderatsbeschuß 1983 als Außenstelle der drei Gymnasien an der Uhlandstraße eingerichtet. Die Klagen einiger Eltern gegen die Zuweisung ihrer Kinder ins Feuerhüggle-Gymnasium werden vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim als unbegründet abgewiesen. Die Diskussion um die Profilbildung des neuen Gymnasiums beginnt 1986. Das Kultusministerium verlangt einen dreijährigen Beobachtungszeitraum (bis Schuljahr 1988/89) und kündigt 1987 die Verselbständigung zum Schuljahresbeginn 1988/89 an. Gleichzeitig wird das Sprachenprofil mit grundständigem Latein (ab Klasse 5) genehmigt. Feierliche Eröffnung des neuen, selbständigen Gymnasiums 1988, dem jüngsten im Land. Auf Beschluß des Gemeinderats erhält es Ende 1989 den Namen Carlo-Schmid-Gymnasium. Nach drei Jahren "stirbt" 1990 der (nicht zustandegekommene) Latein-Zug; auf Antrag der Schule und der Stadt wird Russisch als dritte Pflichtfremdsprache ab Klasse 9 angeboten.

Grundschule Hügelstraße wird 1983/84 selbständig.

Geschwister-Scholl-Schule: Der Schulversuch "Integriert-differenzierte Gesamtschule Waldhäuser-Ost" wird auf Beschluß der Schulgremien und des Gemeinderats von 1983 ab Schuljahr 1984/85 beendet. Die bisherigen Gesamtschüler sollen aber bis zum Abitur nach den bisherigen Bestimmungen ausgebildet werden. Für die neuen Schüler ab Klasse 5 wird die Schule in drei Abteilungen geführt: ein Zug Hauptschule, zwei Züge Realschule und drei Züge Gymnasium. Am neuen Gymnasium (math.-nat. und neu-sprachlich II) werden Sonderzüge mit verstärktem Kunst- und Sportunterricht sowie an der neuen Realschule ein Sonderzug mit

dem Fach Technik geführt. Diese Umwandlung zur "Verbundschule" bedeutet vor allem in den Naturwissenschaften und wegen der unterschiedlichen Lehrpläne eine umfangreiche Umgestaltung der Räume. Im August 1988 beschließt der Gemeinderat dafür rund 4,3 Millionen DM. Wegen knapper Finanzmittel werden jedoch 1990 lediglich 300 000 DM als erste Umbaurate und eine Verpflichtungsermächtigung mit 500 000 DM bereitgestellt. Das Oberschulamt moniert dies. Im Februar 1988 erhält die Schule im Beisein von Inge Aicher-Scholl zum Andenken an die NS-Widerstandskämpfer und Märtyrer Hans und Sophie Scholl den Namen "Geschwister-Scholl-Schule".

Im Schulzentrum Uhlandstraße macht die Entwicklung der Schülerzahlen 1986 immer deutlicher, daß dort keine weiteren Schulen untergebracht werden können. Die Schulbaukommission des Landes spricht sich 1987 nach einer Begehung für die Sanierung aus. Als am Uhland-Gymnasium Direktor Prof. Hermann Steintal 1989 in den Ruhestand verabschiedet wird, geht die Sanierung ins zwölfte Jahr, ein Ende ist immer noch nicht absehbar. Der Sanierung des Kepler-Gymnasiums wird wohl ein ähnliches Schicksal beschieden sein..... Und das Wildermuth-Gymnasium?

Zugleich wird der Grund für das Schul- und Sportzentrum Weststadt gelegt. Denn nach der Begehung 1987 erklärt die Kommission: "Die Gebäude der Innenstadt-Hauptschule und der Albert-Schweitzer-Realschule sind mittelfristig nicht mehr schulisch nutzbar. Dadurch werden Neubauten für die Hauptschule und die Realschule notwendig. Diese sollten, entsprechend den Angaben des Schulträgers, relativ zentrumsnah auf einem Areal erfolgen." Im gleichen Jahr beschließt der Gemeinderat, das Gelände zwischen Rappstraße und Coop als Standort für die Hauptschule Innenstadt, die Albert-Schweitzer-Realschule und eine Sporthalle zu verwenden. Nach den Wettbewerben 1988 und 1989 erreicht die Fortschreibung der Kosten Rekordhöhe und veranlaßt den Gemeinderat zum Nachhaken: Was kann gespart werden?

Für die Grundschule Unterjesingen kommt die Entwicklung 1988 überraschend. Die Grundschule muß einen zweiten Zug erhalten. Eine Erweiterung ist unumgänglich. Dem Gemeinderatsbeschuß 1989 folgt 1990 der Beginn der Bauarbeiten, der Bezug ist für Sommer 1991 vorgesehen.

Einige Daten zum Sportstättenbau:

1982
Erster Bauabschnitt der Sportstätten bei der Grundschule Pfrondorf.

1983
Neue Turnhalle der Silcherschule, Sanierung der Mehrzweckhalle Hirschau.

1986
Baubeginn der Mehrzweckhalle Weilheim (3,5 Millionen DM), Einweihung des Kunstrasenplatzes in Kilchberg, Beginn der Tribünen-sanierung im alten Uni- (jetzt: SV-03-)Stadion, Umbau des Nebenplatzes in Hirschau in Kunstrasen, Fertigstellung des Kleinspielfeldes in der Jahnallee.

1988
Einweihung Mehrzweckhalle Weilheim, Geschwister-Scholl-Schule und Grundschule Waldhäuser-Ost drängen auf Errichtung der seit vielen Jahren geforderten Turnhalle, Diskussion um die Sportanlagen Holderfeld (Biotope, Behelfsbauten).

1990
Ein Neckarhochwasser schädigt im Frühjahr die Anlagen in Lustnau erheblich.

Der Beschluß des Gemeinderats, die Halle in Kilchberg aus Kostengründen als reine Sporthalle bauen zu lassen, führt mit dazu, daß die

Entwürfe für den Haushaltsplan 1990 zunächst gekippt werden. Die Emotionen gehen hoch. Besichtigungsfahrt, Händel im Ort - der Gemeinderat bleibt dabei: Maximal 5,5 Millionen DM darf die neue Halle kosten.

Außerunterrichtliche Betreuung, Musikschule

Die außerunterrichtliche Betreuung gewinnt an Bedeutung für Kinder Alleinerziehender oder berufstätiger Eltern. 1989 werden die beiden ersten Schulsozialpädagogen eingestellt. Für den Haushalt 1990 hat der Gemeinderat eine Reihe zusätzlicher Betreuungsmaßnahmen beschlossen, so die Erweiterung der Kernzeiten an Grundschulen, einen Zuschuß an den ökumenischen Schülertreff, Schaffung einer Möglichkeit zur Ausgabe eines einfachen Mittagessens am Wildermuth-Gymnasium, Untersuchungen zur baulichen Verbesserung der Schulsozialarbeit in der Südstadt/Feuerhüggle.

Eine Umfrage bei den Eltern bringt einen hohen Rücklauf, das Interesse an verbesserter Betreuung in der Schule ist groß, vor allem an "erweiterten Öffnungszeiten an Grundschulen" und "Angeboten für Mittagessen".

Bei der Tübinger Musikschule e.V. ist die Stadt Mitglied und Träger des Vereins. Die Zuschüsse betragen 1982 bis 1984 jährlich 566 000



Anbau der Grundschule Unterjesingen
Beim Richtfest dabei: die Schülerinnen und Schüler

DM, 1985: 681 520, 1986 und 1987 je 700 000 DM, 1988: 789 000 DM, 1989: 900 000 DM, 1990: 976 000 DM. Dazu kommen jährlich noch etwa 150 000 DM an Gebührenermäßigungen für Familienpaßinhaber.

In den letzten Jahren gab es heftige Diskussionen über Basisbeteiligungen, "Transparenz" und arbeitsrechtliche Vertragsfragen der Lehrkräfte. Ein Wirtschaftstreuhandunternehmen konnte keine gravierenden Mängel feststellen, und schlug nur ein paar organisatorische Verbesserungen vor. Einnahmeerhöhungen der letzten Jahre und wieder im Herbst 1990 haben die Musikschule auf den Spitzenplatz weit und breit gebracht, ohne daß die Stadt als "Hauptsponsor" entlastet würde. Die Schule hat derzeit etwa 1 500 Schülerinnen und Schüler und einen guten Ruf als Ausbildungsstätte.

Sportchronik (Auszug)

1982

- 24.1. 1. Tübinger Volksskitag des Post-SV Tübingen
- 20.3. Württembergische Box-Meisterschaften
- 27.6. Baden-Württembergische Tanzmeisterschaften D- und C- Latein
- 2.-4.7. Baden-Württembergische Meisterschaften im Reiten (Springen und Dressur)
- 5.9. Deutsche Meisterschaften im Boule-Lyonaise
- 23.10. 1. Tübinger Sportlerball

1983

- 23.4. 1. Internationaler Rollstuhl-Marathon
- 16.-VII. Jugend-Europameisterschaft im Basketball
- 24.7. Offene Stadtmeisterschaften im Tischtennis

1984

- 20.5. Rammert-Radrundfahrt
- 15.7. Gaukinderturnfest
- 26.-29.7. Baden-Württembergische Meisterschaften im Reiten (Springen und Dressur)

1985

- 9.11. Internationales Rock'n Roll-Turnier

1986

- 16.3. Baden-Württembergische Squash-Mannschaftsmeisterschaften
- 3./4.5. Süddeutsche Meisterschaften im Basketball der männlichen C-Jugend
- 10.5. Deutsche Rollstuhlmeisterschaft / 4. Internationaler Rollstuhl-Marathon
- 26.5. Offene Dart-Meisterschaften
- Okt. Jugendaustausch TSG Tübingen (Rhythmische Sportgymnastik) mit Mailand / Italien

1987

- Jan./ 10. Bowling-Stadtpokal
- Feb. 11./12.4.3. Tübinger Handball-Pokal
- 17.-21.6. Sportwoche des TSV Hirschau zur Erweiterung des Kunstrasenspielfeldes
- 29./30.8. Internationales Turnier für Junioren und junge Reiter

Jubiläen: 100 Jahre Akademische Turnverbindung Tübingen (Sportplakette des Bundespräsidenten)

1988

- 4.2. Nach 20 Jahren als Vorstand des Stadtverbandes für Sport übergibt Ernst Nassal die Geschäfte an seinen Nachfolger Jurij Suchowerskyj
- 1.5. Süddeutsche Meisterschaften im Basketball der männlichen B-Jugend
- 10.5.-2.6. 75. Gauturnfest des Turngaus Achalm
- 27./28.8. Landesspieltag des Evangelischen Jugendwerks Eichenkreuz mit 1500 Teilnehmern
- 10.9. Sportabzeichentag in Lustnau zum Jubiläum "75 Jahre Deutsches Sportabzeichen"
- 24.-Internationale Deutsche Hochschulmeisterschaften im Kunstturnen
- 27.11. Internationale Deutsche Mädchenmeisterschaften im Schach
- 27.12.-4.1.89 Internationale Deutsche Mädchenmeisterschaften im Schach

Jubiläen: 100 Jahre TSV Lustnau (Sportplakette des Bundespräsidenten)
75 Jahre TSV Hagelloch
75 Jahre Tübinger Schwimmverein
40 Jahre Versehrtensportabteilung in der TSG Tübingen

1989

- 15.6. Fackellauf der Vereine zum Jubiläum "150 Jahre Institut für Sportwissenschaften"
- 18.6. Fußball-Länderspiel der Studenten Bundesrepublik gegen Frankreich
- 1.7. Deutsche Hochschulmeisterschaften im Frauen-Fußball
- 15.7. Damen-Volleyball-Länderspiel Bundesrepublik gegen Spanien
- 10.9. Sportstaffette zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik erreicht Tübingen
- 12.11. 10. Offene Skat-Meisterschaft

Jubiläen: 150 Jahre Institut für Sportwissenschaften der Universität

1990

- Juni Bowling-Sportverein Tübingen wird Deutscher Pokalmeister für Vereinsmannschaften
- 10.-18.6. Basketballer des SV 03 sind zu Gast in der jüngsten Partnerstadt Petrosawodsk (UdSSR)
- Juli Sigrun Kofink (SV 03/Tübinger LG) wird Europameisterin der Seniorinnen und stellt einen neuen Weltrekord im Kugelstoßen in dieser Klasse auf
- 1./2.9. Internationales Männer-Basketball-Turnier mit Mannschaften aus den Partnerstädten Aix-en-Provence, Monthey und Petrosawodsk

Eine "alltägliche Sache"

Das Kulturamt

Gegenüber den sechziger und siebziger Jahren hat sich die städtische Kulturarbeit erweitert, vor allem aber inhaltlich stark verändert. Im Sinne der Leitsätze kommunaler Kulturpolitik des Deutschen Städtetages entwickelte sich in Tübingen ab 1980 aus der eher passiven Kulturverwaltung eine aktive Mitgestaltung.

Da Kultur die "Summe aller künstlerischen Lebensäußerungen einer Gemeinschaft", eine alle angehende "alltägliche Sache" ist, die von allen Menschen und nicht nur von einer Elite gestaltet oder genossen wird, sieht es das Kulturamt als seine Aufgabe, an der Bewahrung des kulturellen Erbes ebenso mitzuwirken, wie an der Schaffung, Gestaltung, Initiierung oder Förderung von Neuem, Zukünftigem.

Dabei sind ihm zahlreiche neue Tätigkeitsfelder zugefallen, andere umstrukturiert oder wiederbelebt worden. So wurden erstens die kulturellen Einrichtungen der Stadt ausgebaut, räumlich, personell und finanziell besser ausgestattet, zweitens zahlreiche kulturelle Aktivitäten entfaltet, eigene Programme geboten, Ideen entwickelt, Publikationsreihen gegründet und drittens Kulturarbeit anderer - traditioneller oder alternativer Vereine, Gruppen, Einzelpersonen, Initiativen oder Einrichtungen - vielfältig - finanziell, beratend, mitwirkend - gefördert und unterstützt.

Kultur hatte in den vergangenen Jahren Konjunktur, das mögen einige Zahlen verdeutlichen: 1982 sah der Verwaltungshaushalt bei einem Gesamtvolumen von 141 Millionen DM für die Ausgaben in Höhe von 4,3 Millionen vor; 1989 waren es bei 196 Millionen DM 7,4 Millionen - eine Steigerung in acht Jahren um 72 Prozent. Die Zahlen belegen auch, daß der Kulturbereich im Gesamthaushalt seinen Anteil von 3,0 auf 3,8 Prozent verbessern konnte.

Wie sehr sich die eigenen kulturellen Einrichtungen entwickelt haben, wird an der Stadtbücherei am deutlichsten: Es entstand eine moderne Bibliothek nach den gewandelten gesellschaftlichen Bedürfnissen. Nicht nur das äußere Gesicht und die Lage der Stadt-

bücherei wurden verändert und der Raum wesentlich vergrößert, sondern es wurden auch inhaltlich neue Ziele verwirklicht: Ausbau einer Kinder- und Jugendbücherei, Aufnahme neuer Medien (Kassetten, Spiele, Filme), eigene Veranstaltungen.

Ein ähnlicher Wandel läßt sich im Stadtarchiv beobachten. Gänzlich neu entsteht seit 1986 das Stadtmuseum, das Anfang 1991 eröffnet wurde. Die Kunsthalle und das Zimmertheater wurden im Berichtszeitraum saniert.

1985 konnte in Zusammenarbeit mit der Hölderlin-Gesellschaft, der Robert-Bosch-Stiftung und dem Deutschen Literaturarchiv Marbach ein neues, behutsam renoviertes und umgestaltetes Hölderlinhaus der Öffentlichkeit übergeben werden. Seitdem werden dort nicht nur eine ständige Ausstellung über Hölderlin und Tübingen gezeigt, sondern zahlreiche und vielfältige Unternehmungen - Dichterlesungen, Diskussionen, Schülertagungen, Konzerte, Kabinett-Ausstellungen, Vorträge - veranstaltet. Derzeit entsteht in der ehemaligen Möbelfabrik Beck aus mehreren Häusern ein sozio-kulturelles Zentrum, mit zahlreichen Ateliers, Proben-, Vereins- und Veranstaltungsräumen.

Moderne Bücherei in den alten Stadtwerken

Der Gemeinderat hatte im Februar 1983 beschlossen, die alten Stadtwerke an der Nonnengasse zur Stadtbücherei-Hauptstelle umzubauen. Das Ergebnis präsentierte sich am 19. Oktober 1985 der überraschten Öffentlichkeit, als nach zweijähriger Bauzeit die neue Bücherei eröffnet wurde. Nach der dringlichen Enge im Technischen Rathaus (mit 360 Quadratmetern Publikumsfläche) gibt es nun ein großzügiges Raumangebot mit 1 310 Quadratmetern. Alte und neue Leser kamen, um von Büchern und Zeitschriften, von den Lese- und Arbeitsplätzen Gebrauch zu machen, um sich hier im Zentrum der Stadt zu treffen oder um Veranstaltungen verschiedenster Art zu besuchen. Besonders Gewicht wurde der Kinder- und Jugendbücherei zugemessen: Es gibt viel Platz und für ihre Leitung wurde eine neue Stelle geschaffen. Die Einstellung einer Bibliotheksassistentin 1987 ermöglichte die Einführung der durchgehenden Öffnungszeit.

Der Erwerbungsetat für Bücher und andere Medien belief sich 1982 auf 100 000, 1985 auf 130 000, 1990 auf 310 000 DM. Daß sich diese und andere Aufwendungen gelohnt haben,

zeigt ein Blick auf einige statistische Daten: 1982 zählte die Stadtbücherei 8 647 Leser, 1985 waren es 10 860 und 1990 mit 16 744 fast doppelt so viele. Die Anzahl der entliehenen Medien lag 1982 bei 243 847, 1985 bei 262 361, 1988 bei 384 643 und 1990 bei 414 218 Medien. Hierbei ist die Steigerung bei der Kinder- und Jugendliteratur besonders bemerkenswert - 1982: 82 142, 1985: 95 361, 1988: 130 045 Bücher und Zeitschriften.

Außerdem konnte 1984 die Zweigstelle Dendingen, die in größter Enge (66 Quadratmeter), mit unzureichendem Bestand und kurzer Öffnungszeiten arbeitete, neue Räume im Schulzentrum Feuerhügle beziehen. Mit rund einer Million DM entstand eine kombinierte Bibliothek für Schule und Stadtteil in schöner Lage, mit guter räumlicher (über 500 Quadratmeter) und medientechnischer Ausstattung. Erfreulicherweise mußte sie nur anfangs von Aushilfskräften geführt werden, schon 1985 bewilligte der Gemeinderat die notwendigen Planstellen. Mit ihr rundet sich das Tübinger Stadtbüchereisystem ab.

Nachdem Hedwig Eggers 1984 in den Ruhestand getreten war, wurde der bisherige Stellvertreter Albrecht Zeller ab April 1985 zum neuen Leiter der Stadtbücherei bestellt.

Tübinger Jugendbuchwoche

Auf Anregung der Buchhandlung Oslander und des Kulturamts wurde 1981 ein "Arbeitskreis Tübinger Jugendbuchwoche" gebildet, in dem mehrere Buchhandlungen, die Stadt mit dem Kulturamt und der Stadtbücherei, das studio museum, das Institut Culturel Franco-Allemand, das LIT und die vhs mitarbeiten.

Diese breite Basis machte es möglich, daß die "Tübinger Jugendbuchwoche" zu einer Reihe mit rund 30 Einzelveranstaltungen heranwachsen konnte, die sich unter jährlich wechselndem Motto (Frieden, Alte Menschen, Technik, Liebe, Mensch, Mädchen) um eine große Ausstellung von Kinderbuchneuerscheinungen gruppieren. Neben den traditionellen Veranstaltungen wie Lesungen und Buchausstellungen gibt es Filme, Theaterstücke, Liedermacherauftritte, Schreib- und Malwettbewerbe, Workshops, Quizspiele, Kinderfeste, eine Talk-Show, einen Kinderumzug, eine Schreibwerkstatt.

Die neue Tübinger Jugendbuchwoche-Beispiel für eine gelungene Kooperation von städtischem Amt, privaten Unternehmen

und kulturellen Einrichtungen - war von Anfang an ein großer Publikumserfolg. Für die Schulen Tübingens und der Umgebung ist sie zu einer wichtigen Institution geworden, was die große Zahl von Schulklassen belegt, die die Veranstaltungen besuchen. Einen Höhepunkt bildete bisher die Verleihung des Deutschen Jugendliteraturpreises 1987.

Nach hundert Jahren: Stadtmuseum

Für die Verwirklichung des bereits seit einem Jahrhundert geplanten und erhofften Stadtmuseums haben die achtziger Jahre den Durchbruch gebracht. Zunächst ging es darum, ein geeignetes Gebäude zu finden. Im Gespräch waren die Fruchtschranne, das Kornhaus und die Schmiedtorkelker; 1983 gab der Gemeinderat grünes Licht für das Kornhaus.

Dieses wichtige spätmittelalterliche Fachwerkgebäude ist durch Aufstockungen und vielfache, zum Teil sehr unsachgemäße Umbauten erheblich in seinem Aussehen verändert und in seiner Stabilität geschwächt worden, was seit 1986 umfangreiche und langwierige Sanierungsarbeiten erforderte. Dabei führte die neue Gestaltung der Fenster zu heftigen Diskussionen mit einem umstrittenem Ergebnis.

Zugleich wurde das Haus von Bauforschern genauestens untersucht. Archäologen des



Landesdenkmalamtes gruben das gesamte Areal aus. Diese Grabungen brachten überraschende und wertvolle Erkenntnisse zur Bau- und Siedlungsgeschichte und förderten eine Fülle mittelalterlichen Hausrats (Schmuck, Kinderspielzeug, Gefäße) und reiche Reste einer Lederwerkstatt zutage. Die Befunde haben überregionale Bedeutung für die Erforschung der Situation vor allem der Handwerkschicht einer Stadt im Mittelalter und für die frühe Stadtforschung.

Auch für die Konzeption des Museums wurden 1985/86 die Weichen gestellt, und zwar in der vom Kulturamt einberufenen Museumskommission aus Vertretern der universitären Disziplinen, der fachlich zuständigen

Institutionen der Stadt und des Landes und aus den Mitgliedern des 1984 gegründeten Vereins der Freunde des Stadtmuseums. Im September 1986 wurde der umfangreiche Abschlußbericht vorgelegt. Er fordert unter anderem:

- ein Museum für die "Tübinger Kultur und Geschichte", offen auch für die "gegenwärtigen Probleme der Stadt",
- eine anschauliche Darstellung der "Entwicklung der prägenden Strukturen" und der "Alltagswirklichkeiten",
- ein "Forum für die Auseinandersetzung mit der Geschichte",
- "ein lebendiges Stadtmuseum" mit einem "vielfältigen Programm von Wechselausstellungen",
- ein "verständliches", "selbstführendes" und "besucherzugewandtes" Museum, doch zugleich ein "Sacharchiv" mit einer "zielgerichteten Sammlungspolitik".

Diese Konzeption diente als Grundlage für die Ausschreibung der Stelle des Museumsleiters. Zum 1. Mai 1987 wurde der Historiker Dr. Thomas Schuler (zuvor Universität Bielefeld) eingestellt und eine eigene Abteilung "Stadtmuseum" gegründet, die neben dem technischen Personal inzwischen zwei Sachbearbeiter und einen Volkskundler hat.

Die Fortschreibung der Konzeption, die Detailplanung für die einzelnen Abteilungen der Dauerausstellung, die historische Aufar-

beitung der Themen, die Intensivierung der Anschaffungen, die Betreuung des Umbaus und die Öffentlichkeitsarbeit zählen zu ihren wichtigsten Aufgaben.

Im Theodor-Haering-Haus wurde der seit 1980 neu belebte Ausstellungsbetrieb erfolgreich fortgeführt. Jedes Jahr waren sechs bis acht Sonderausstellungen zu sehen; im Jahresdurchschnitt kamen rund 5 000 Besucher.

Gezeigt wurden Ausstellungen aus den Beständen der Städtischen Sammlungen (Theodor Schüz, Expressionistische Grafik), zur Geschichte Tübingens (Kelten-Römer-Alemannen, 550 Jahre Tübinger Rathaus, Tübinger Ansichten und Maler im 19. Jahrhundert, Geschichte der Naturwissenschaften in Tübingen), aus den Partnerstädten, Künstlern (Heinrich Seufferheld, Jean Dollfus, Mechthild Weitbrecht), über Persönlichkeiten (Carl Ludwig Sand, Georg von Ehingen, Ludwig Uhland, Hans Mayer), über Tübinger Stadtteile (zehn Jahre Waldhäuser-Ost, Sand), über allgemeine kulturgeschichtliche Themen (Fernrohr, Frauen und Kunst im Mittelalter, Feuerzeug), "Weihnachtsausstellungen" (Springerle, Krippen, Fächer, Brot und Not in der Kunst des 20. Jahrhunderts).

Die Städtischen Sammlungen wuchsen - mit Blick auf das künftige Stadtmuseum - immer schneller: von 156 Erwerbungen 1982 auf 324 im Jahr 1989. Insgesamt stieg der Bestand von 4 216 auf 6 112 Inventarnummern. Dabei wurden auch neue Schwerpunkte gesetzt; etwa: Autographen berühmter Tübinger, Zeugnisse der politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Gegenstände aus dem Alltag. Für die neue Kulturabteilung "Museum" mußte das Theodor-Haering-Haus Anfang 1990 - zur Unterbringung der Büros und zur Vorbereitung der ständigen Ausstellung im neuen Stadtmuseum - geschlossen werden.

Neue Funde: Stadtarchiv

Nachdem Stadtarchivdirektor Prof. Dr. Jürgen Sydow 1983 in den Ruhestand getreten war, wurde das Stadtarchiv dem Kulturamt unterstellt. 1984 übernahm Archivar Udo Rauch die Leitung. Seither ist die Archivarbeit geprägt von einer intensiven inhaltlichen Erschließung der Bestände, einer detaillierten Verzeichnung der städtischen Archivalien und von Anstrengungen zur verbesserten Betreuung der sich rasch mehrenden Benutzer.

Erstes Ziel war die Erstellung einer Beständeübersicht. Diese sollte - erstmalig in der Ge-



Briefbogen der Firma Heinrich von 1913

schichte des Archivs - einen Überblick über das gesamte historische Schriftgut vermitteln. Das im März 1984 begonnene Projekt konnte Anfang 1987 mit der Herausgabe einer 223 Seiten starken Übersicht erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Arbeit war immer wieder von überraschenden Funden begleitet, förderte doch die systematische Durchsicht der Regale mehrmals längst verloren geglaubte Archivalien zu Tage. So kam es zum Beispiel einer kleinen Sensation gleich, als im Januar 1985 die Tübinger Polizeiakten aus der Zeit des Nationalsozialismus wieder zum Vorschein kamen, darunter die über die Deportation der Tübinger Juden. Bis dahin war die örtliche Geschichtsschreibung davon ausgegangen, daß diese Unterlagen 1945 - kurz vor dem Einmarsch der Franzosen - vernichtet worden seien.

Weniger spektakulär, aber genauso gewichtig war der Fund der "Inventuren von Universitätsverwandten", nach deren Verbleib schon seit Jahren vergeblich geforscht worden war. Es handelt sich um Nachlaßakten des 16. bis 19. Jahrhunderts, in denen der gesamte häusliche Besitz (wie Liegenschaften, Immobilien, Bücher) der verstorbenen Universitätsangehörigen erfaßt worden war. Der Bestand der städtischen Urkunden - seit Jahren hatten 57 von ihnen gefehlt - konnte fast vollständig komplettiert und durch bislang unbekannte Stücke erweitert werden.

Nach der Beständeübersicht wurde die inhaltliche Erschließung des verwahrten Schriftguts im Detail zur wichtigsten Aufgabe. Bisher wurden zahlreiche Bestände vermehrt mittels Repertorien in Bandform (Findbü-

cher) verzeichnet, darunter die Stadturkunden (1415-1811), die Akten des Oberamts und des Landratsamts Tübingen (1817-1973), die Akten der Württembergischen Polizeidirektion Tübingen (1923-1945) und das Ortsarchiv Kilchberg. Allerdings sind bei weitem noch nicht alle Bestände verzeichnet.

Recherchen außer Haus erbrachten mehrere bislang unbekannte Findbücher zu haus-eigenen Beständen. So fand sich ein ausführliches Inventar zu den wertvollen mittelalterlichen Spitalurkunden in der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek. Die Verzeichnisse der nach Tausenden zählenden städtischen "Inventuren und Teilungen" lagen noch in den Aktenkellern des Notariats.

Erheblich ausgebaut wurden auch die "Sammlungen und Dokumentationen" des Archivs, die diesem nicht aus der Aktenübernahme zuwachsen sondern durch aktives und konsequentes Suchen und Sammeln. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen steht seit 1984 die breit angelegte Zeitgeschichtliche Sammlung (ZGS), in der überwiegend Presseauschnitte, Flugblätter und Handzettel (Sammelbegriff: graue Literatur) eingereiht werden. Nach und nach wurde dann eine Vielzahl kleinerer und größerer privater Nachlässe, die nur aus ungeordneten Zeitungsausschnitten bestanden, verarbeitet.

Viele verwaltungsinterne aber auch externe schriftliche Anfragen wurden mit einer entsprechenden Dokumentation beantwortet, die ebenfalls in die ZGS einging. Die ganze Sammlung umfaßt heute über 4 000 Mappen zu ebensovielen Themen und gehört zu



den meistbenutzten Beständen des Archivs. Die Ergänzung der Themenliste erfolgt über EDV.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf den Erwerb privater schriftlicher Nachlässe gelegt. Denn auch durch Tagebücher, private Korrespondenzen, unveröffentlichte Manuskripte oder Memoiren lassen sich nicht selten die Defizite der rein behördlichen Überlieferung schließen. Für diese Art von Schriftgut wurde ein eigener Sammelbestand eingerichtet, der Ende 1988 bereits 54 verschiedene "Nachlasser" aufwies, darunter vor allem Personen, aber auch Familien, Vereine und einige Firmen. In der Bibliothek des Stadtarchivs werden möglichst vollständig alle Publikationen zur Stadtgeschichte, darunter auch Vereinschroniken, Festschriften, Denkschriften zu Firmenjubiläen und anderen Ereignissen, Tübinger Zeitungen und Zeitschriften gesammelt und wichtige historische Abhandlungen von überregionaler Bedeutung erworben. Von 1984 bis 1988 ist der Buchbestand um 2 682 Einheiten erweitert worden. Der geschätzte Gesamtbestand der Bibliothek belief sich Ende 1988 auf rund 13 000 Einheiten.

Trotz der vorrangig betriebenen Erschließung des Archivguts mußte die Öffentlichkeitsarbeit nicht vernachlässigt werden. Für interessierte Gruppen wurden Führungen veranstaltet und ein Prospekt (Tübingen informiert) mit den wichtigsten Informationen über das Stadtarchiv herausgebracht. Den größten und wichtigsten Teil dieser Tätigkeit nahm die Beratung von Benutzern und die Beantwortung von Anfragen ein.

Bis 1983 wurde das Stadtarchiv durchschnittlich jährlich von etwa 150 Benutzern aufgesucht. Diese für eine Universitätsstadt erstaunlich geringe Zahl lag unter anderem an den äußerst schlechten Arbeitsbedingungen. Schließlich gelang 1988 die Einrichtung eines großen Benutzerzimmers mit zehnständigen Arbeitsplätzen. Diese und andere Verbesserungen brachten einen erheblichen Anstieg der Besucherzahlen:

Jahr	1982	1985	1986	1988	1989	1990
Benutzer	157	506	555	648	661	747

Die Menge der Arbeit sowie die Zunahme der Aufgaben und der Benutzerzahl können seit 1988 durch eine weitere Archivstelle bewältigt werden. Damit verfügt das Stadtarchiv nun über vier Beschäftigte: zwei Archivare, einen Archivangestellten und eine Schreibkraft.

Die größten Schwierigkeiten ergaben sich aus dem notorischen Mangel an Magazinräumen. Mehrfach mußte die Übernahme moderner Aktenbestände aus der Verwaltung verschoben werden, weil keine Regale frei waren. 1986 und 1987 konnte die Kapazität der Magazine in der Rathausgasse 5 mit zwei Rollregalanlagen deutlich verbessert werden. Seit der Umräumaktion Ende 1987 ist das Ausheben und Reponieren der Archivalien ohne Vorkenntnisse möglich.

Probleme bereitete auch das Magazin Rathausbühne; insbesondere verursachten starke Temperaturschwankungen Schäden am Archivgut. Nach und nach wurden jedoch Verbesserungen erreicht (Wärmeisolierung, erhöhter Feuerschutz). Rauchmelder sollen in Kürze installiert werden. Die Rollregale ermöglichten es, die wertvollen älteren Archivalien von der Rathausbühne in die feuersicheren Magazine der Rathausgasse umzulagern. Mit ihnen verfügt das Archiv über annähernd 2 000 Regalmeter Lagerfläche auf etwa 600 Quadratmetern Nutzfläche (ohne Ortsarchive in den Stadtteilen). Doch Ende 1988 waren fast alle gewonnenen Lagerreserven wieder erschöpft. Die Anmietung einer großen Lager-



Martin Schmid
Gemälde und Zeichnungen 1950 - 1980

Kunsthalle Tübingen
6. Juni - 4. Juli 1982.

halle in der Eisenhutstraße hat ab 1989 den Raumbedarf auf Jahre hinaus befriedigt.

Publikumsmagnet Kunsthalle

Zu einem Publikumsmagneten haben sich die Ausstellungen der Kunsthalle entwickelt. 1982 wurde mit der Cézanne-Ausstellung erstmals der "Rekord" von 1976 (20 000 Besucher) gebrochen, mit 140 000 sogar sehr deutlich. Als weitere Renner erwiesen sich die Edgar-Degas-Ausstellung 1984 mit 209 000, die Pablo-Picasso-Ausstellung 1986 mit 190 000 und die Paul-Klee-Ausstellung 1989 mit 150 000 Besuchern. Einen absoluten Höhepunkt bildete 1987 die Toulouse-Lautrec-Ausstellung mit 300 500 Besuchern.

Ausstellungsprogramm (Auszug):

1982	Besucher:
Paul Cézanne, Aquarelle	140 000
Chaim Soutine, Retrospektive	9 000
Martin Schmid, Gemälde, Zeichnungen	1 100
Ugge Bärte, Retrospektive	600
Land des Baal (Syrien)	22 000
1983	
Jean Dubuffet, Arbeiten auf Papier	5 000
Arman, Parade der Objekte	2 500
Kunstmuseum Basel, Neue Zeichnungen	2 000
Harald Fuchs, Energieprojekte	800
20 Jahre Kunst in Frankreich 1960/80	2 200
Künstlerbund Tübingen	1 500
1984	
Edgar Degas, Pastelle, Ölskizzen, Zeichnungen	209 000
Fernand Leger, Gouachen, Aquarelle, Zeichnungen	4 200
Bernhard Schultze, Arbeiten auf Papier	1 000
Joseph Beuys, Malerei	10 000
Kunstverein Tübingen	1 000
1985	
Francesco Clemente, Pastelle	3 100
"7 000 Eichen"	3 600
Valeska Biese	1 000

ab Mai geschlossen wegen Renovierung

1986	
Konrad Klapheck	6 000
Otto Meyer-Amden und sein Kreis	5 000
Pablo Picasso, 180 Meisterwerke	190 000
Die ältesten Kunstwerke der Welt	10 000
Bruce Naumann, Zeichnungen	1 000
Ingres/Delacroix, Arbeiten auf Papier	26 000

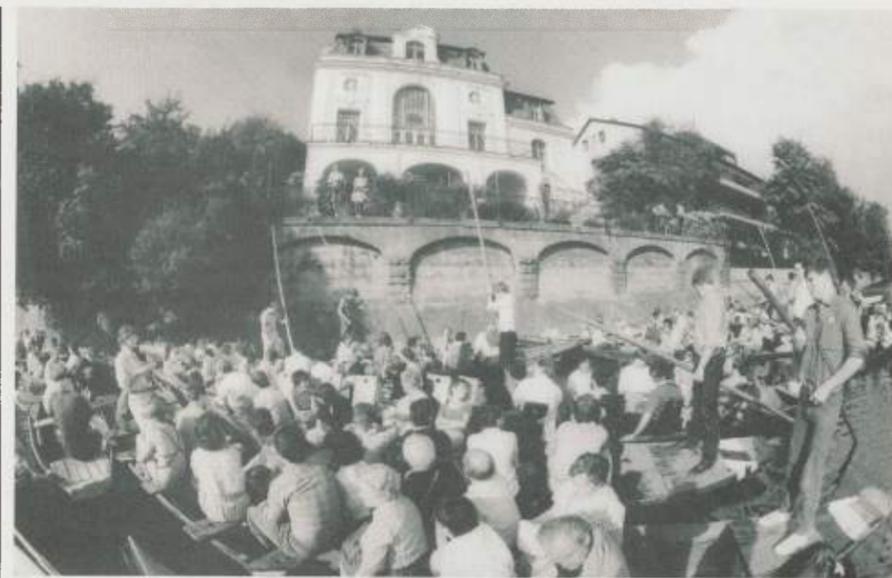
Henri de Toulouse-Lautrec, 130 Meisterwerke	300 500
1987	
Maurice Estève, Gemälde, Zeichnungen	2 500
Die Anfänge der Kunst vor 30 000 Jahren	16 700
dunaptArt, Budapest	1 300
David Rabinowitch, Skulpturen/Zeichnungen	1 000
Künstlerbund Tübingen	1 500
1988	
Andy Warhol	23 000
Gerhard Altenbourg	2 500
Joseph Beuys	12 000
Kunstverein/Bauschert	2 800
Max Ernst	45 000
Künstlerbund Tübingen	1 800

1989	
Paul Klee, Sammlung Berggruen	150 000
Ruth Eitle	1 000
Drei Generationen amerikanische Fotografie:	
Edward, Cole und Kim Weston	6 000
Kunstakademie Nürnberg, Klasse Pfahler	1 000
Giorgio Morandi, Gemälde und Zeichnungen	24 000

1990	
Francisco de Goya, Die grafischen Folgen	18 000
Franz Marc, Aquarelle und Zeichnungen	86 000
Bauhausfotografie in Zusammenarbeit mit dem Bauhausarchiv Berlin	5 500
Frans Post, Tropische Landschaften	5 000
Anselm Kiefer, Bücher 1968-1988	10 000
Duane Hanson, Skulpturen 1971-1989	87 000

Andere Veranstaltungen

Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die sommerlichen Stadtführungen "Kennen Sie Tübingen", die seit 1983 jährlich zehn spezielle Themen aufgreifen und diese wissenschaftlich fundiert, doch jedermann verständlich vor Ort abhandeln. Mit 600 Besuchern erzielte eine Schloß-Begehung den Rekord. Durchschnittlich nehmen an diesen unkonventionellen Stadtführungen etwa 150 Personen teil. Zum Füllen des Sommerloches dient seit 1986 auch das auf Anregung des Kulturamtes veranstaltete Sommertheater im Freien. An wechselnden Schauplätzen - ums Hölderlinhaus, in den Neckarauen der Gartenstraße, im Schloßgraben und im Gar-



Stadtführung "Kennen Sie Tübingen" zu Wasser

ten der französischen Kaserne - wird seitdem die "kulturarmer" Ferienzeit mit Theater bereichert.

Ferner wurden zahlreiche Veranstaltungsreihen zu Jubiläen angeboten (darunter 1983 zum 150. Todestag von Friedrich Hölderlin, 550 Jahre Tübinger Rathaus 1985, 750 Jahre Kilchberg 1986, 200. Geburtstag von Ludwig Uhland und 800 Jahre Bebenhausen 1987, 200. Geburtstag Silchers und 900 Jahre Derendingen 1989).



Dr. Uhlmann

Publikationen und Partnerschaften

Um dem vermehrten Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen, historischen Forschungsergebnissen eine Plattform zu bieten und um Tübinger Ausstellungen zu dokumentieren, wurden zwei städtische Publikationsreihen die seit einem Jahrzehnt verwaist waren, wieder aufgegriffen und durch zwei weitere ergänzt.

Neben den eher prospektartigen Faltblättern "Tübingen informiert" mit Auflagen von mehreren 10 000 Stück, stehen heute die Reihen "Tübinger Kataloge", "Kleine Tübinger Schriften" und "Beiträge zur Tübinger Geschichte" mit Auflagen von 500 bis 1 500 Stück zur Verfügung.

Die Reihe "Tübinger Kataloge" wurde 1981 wieder aktiviert und jährlich um zwei bis drei Hefte zu Ausstellungen über Tübingen oder Tübinger erweitert. Aufgegriffen wurde auch die alte Reihe "Kleine Tübinger Schriften", in der inzwischen erschienen sind:

Heft 10: Dokumente zu Ernst Zimmer und zur Geschichte des Hölderlinturms. 40 Seiten.
Heft 11: Das Gräberfeld X. Eine Dokumentation über NS-Opfer auf dem Tübinger Stadtfriedhof. 148 Seiten (vergriffen).
Heft 12: Friedrich Silcher. Die Verbürgerlichung der Musik im 19. Jahrhundert. 164 Seiten.

Zur raschen und knappen, doch fundierten Information rief das Kulturamt 1985 eine Faltserie "Tübingen informiert" ins Leben. Seit-



Bronzeplastik; Markt am Nonnenhaus

dem sind darin etwa 30 verschiedene Themen aufgegriffen worden. So wurden u. a. vorgestellt: die Stadtbücherei, das d.a.i., das Institut Culturel Franco Allemand, das Stadtarchiv, das Hölderlinhaus, die Tübinger Partnerstädte.

Weiter erschienen in dieser Reihe "Eine Stadtgeschichte in Zahlen", "Ein Rundgang durch die Altstadt", ein "Innenstadtplan", Informationen zu Stadtführungen des Bürger- und Verkehrsvereins, über Ausstellungen, über Tübinger Literatur u.v.m.

Zur Publikation wissenschaftlicher Forschungsergebnisse wurde 1986 die Reihe "Beiträge zur Tübinger Geschichte" geschaffen, deren Vertrieb der Stuttgarter Konrad Theiss Verlag übernommen hat. Erschienen sind bisher:

Bd. 1: Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner, 256 Seiten, 1986.

Bd. 2: Die Grabdenkmale im Kloster Bebenhausen. 141 Seiten, 1989.

Bd. 3: Friedrich Silcher. Studien zum Leben und Nachleben. 155 Seiten, 1989.

Bd. 4.: Tübingen unterm Hakenkreuz. Ca. 600 Seiten. Erscheint 1991.

Weitere Bände (u.a. eine Edition der frühen Tübinger Ehebücher, ein Sammelband von Aufsätzen über das Kloster Bebenhausen) sind in Vorbereitung.

Zu den Publikationen der Stadt zählt auch der vom Kulturamt in Verbindung mit dem Bürger- und Verkehrsverein herausgebrachten und monatlich erscheinenden Veranstaltungskalender, der zur Koordination der Termine dient, der sich aber auch bei auswärtigen Besucherinnen und Besuchern einer großen Beliebtheit erfreut.

Aufgabe des Amtes ist auch die Gestaltung der Städtepartnerschaften. Zum traditionellen Schüleraustausch mit Aix-en-Provence und der englischen Grafschaft Durham kamen 1982 ein Austausch mit Ann Arbor/USA und 1990 ein weiterer mit Petrosawodsk/UdSSR hinzu. Jährlich nehmen etwa für jeweils zwei bis drei Wochen 20 bis 30 Tübinger Schülerinnen und Schüler daran teil. Zudem unterstützt das Kulturamt die sieben Schulen, die Partnerschaften mit Schulen in Aigle, Aix, Durham und Perugia pflegen.

Seit 1983 lädt das Kulturamt regelmäßig aus allen neun Partnerstädten Kulturgruppen zur Bereicherung des Tübinger Stadtfestes ein. Seit 1987 verfügt es über einen Haushaltstitel "Kulturaustausch mit Partnerstädten". Begonnen wurde ein regelmäßiger Schriftstelleraustausch zwischen Durham und Tübingen (Ergebnis ist ein gemeinsames Literaturlesebuch, das 1991 veröffentlicht werden soll) und ein Austausch im Bereich bildender Künstler zwischen Ann Arbor und Tübingen.

Lebendig hielten die Partnerschaften darüber hinaus zahlreiche Begegnungen zwischen Orchestern, Chören, Sportlern, Künstlern, Postangehörigen, ehemaligen Kriegsgefangenen, Heimkehrern. Hierzu leistet das Kulturamt organisatorische, sprachliche und finanzielle Hilfe. Die 1989/90 mit Petrosawodsk geschlossene Partnerschaft sowie die Aufnahme "besonderer Beziehungen" zur Universitätsstadt Jena eröffnen neue Perspektiven.

Landeskunstwochen

Drei Wochen lang, vom 16. Mai bis zum 8. Juni 1986, war Tübingen Mittelpunkt der Kunst in Baden-Württemberg. Kurzfristig war die Stadt als Ausrichter der 7. Landeskunstwochen eingesprungen, nachdem Konstanz sein Mandat zurückgegeben hatte.

Die kurze Vorbereitung blieb nicht ohne Einfluß auf das Programm, zu dem das Land 340 000 DM und die Stadt etwa 100 000 DM beisteuerten. So gab es keine große Programmkommission; vielmehr hat sich das Kulturamt bemüht, möglichst viele Institutionen, Gruppen, Vereine und Universitätsinstitute mit ihren Ideen und ihrer Organisationskraft zu beteiligen.

Daraus entstand ein neues Programm, mit einer bisher auf Landeskunstwochen nie vorhandenen Vielfalt, das sich an den Bedürfnissen der Stadt orientierte und nicht nur Spitzenensembles des Landes präsentierte, sondern eher die eigenen, das kulturelle Leben der Stadt prägenden Kräfte zeigte: 26 Ausstellungen, mehr als zwei Dutzend Konzerte, Filme, Theater, Lesungen, Kunstdiskussionen und vieles mehr sowie besonders erfolgreich und weit über die Grenzen Tübingens hinauswirkend ein Schreibwettbewerb für Ausländer und die Uraufführung "Hölderlin. Tübingen. Turm." vor dem Hölderlinturm auf einem Floß im Neckar.

Bedürftigen helfen

Das Sozialamt

Sozialhilfe

In den Jahren 1982 bis 1986 stieg die Zahl der Hilfeempfänger stetig, teilweise sogar sprunghaft. So war von 1984 bis 1986 eine Steigerung von 30,6 Prozent zu verzeichnen; die Zahl der ausländischen Hilfeempfänger stieg um 93,9 Prozent. Das ergab 1986 einen Höchststand an Sozialhilfefällen. 1987 und 1988 gab es nur leichte Veränderungen.

Die Zahl der Hilfeempfänger in Einrichtungen blieb - wegen des unveränderten Angebots an Heimplätzen - in all den Jahren stabil. Dagegen erhöht sich stetig die Zahl Pflegebedürftiger, die in der häuslichen Umgebung gepflegt werden. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger (ohne Berücksichtigung ausl. Flüchtlinge) an der Gesamtzahl der Hilfeempfänger betrug im Durchschnitt 12,6 und der ausländischer Flüchtlinge 23 Prozent. Hier war der Anstieg eine Folge in Tübingen ansässig gewordener Asylbewerber.

Bereits 1983 griff das Amt die Möglichkeit auf, Hilfeempfänger zu beschäftigen. Damals verhalf es zehn, 1989 dagegen 80, zu einer Arbeitsmöglichkeit, darunter seit 1987 im Durchschnitt sechs bis zehn Asylbewerber. Der Erfolg ist augenscheinlich, bedeutet dies doch Unabhängigkeit von der Sozialhilfe, Anspruch an das Arbeitsamt und Krankenversicherung.

Die Zahl der nichtsehaftigen Männer, vermehrt auch Frauen und Paare stieg ständig. Von der Betreuungsstelle werden täglich 40 bis 50 Personen versorgt, von denen bis zu 15 im Übernachtungsheim untergebracht werden müssen. Im Projekt "Eingliederung von Nichtsehaftigen" werden im Schnitt sieben Nichtsehaftige von einem Sozialarbeiter angeleitet und betreut. Ihre Zahl wird sich wegen der Zuweisung von Asylbewerbern und Aussiedlern in Übergangsunterkünften weiter erhöhen. Insgesamt werden der Stadt, wegen der Auflösung der Thiepvalkaserne, bis zum Frühjahr 1991 rund 250 Asylbewerber zugewiesen, für die materielle und persönliche Hilfen erforderlich sind. Gegenwärtig hat der Landkreis 725 Aussiedler und Übersiedler

in Übergangswohnungen in Tübingen und den Stadtteilen untergebracht. Viele der Aus- und Übersiedler benötigen Überbrückungshilfen, einige laufende Sozialhilfeeinstellungen.

Altenheime

Das Bürgerheim, in dem im Schnitt 50 Personen betreut werden, wurde bis 1988 als reines Altenheim geführt. Da immer mehr Bewohner pflegebedürftig, aber nicht in ein Pflegeheim verlegt wurden, ist es seit April 1988 personell wie ein Pflegeheim ausgestattet. Im Bürgerheim werden in erster Linie altersverwirrte Menschen versorgt.

Dem Pauline-Krone-Heim wurde 1984 ein neues Pflegeheim für 65 Heimbewohner angegliedert. Wegen der stetig steigenden Zahl von Pflegebedürftigen mußte dann auch der Altenheimbereich mit 90 Heimbewohnern personell wie ein Pflegeheim ausgestattet werden, sodaß auch hier heute 35 Pflegebedürftige versorgt werden können.

Bürgerheim und Pauline-Krone-Heim bieten auch außerhalb der Heime wohnenden älteren Menschen die Möglichkeit, am Mittagstisch teilzunehmen oder das Mittagessen abzuholen. Alten Menschen, die ihr Leben nicht mehr selbständig bewältigen und deshalb Hilfen benötigen, die ihnen teilweise nur abends und an Wochenenden von berufstätigen Familienangehörigen gegeben werden können, wird die Aufnahme als Tagesgast angeboten.



Pauline-Krone-Heim

Um frei werdende Stellen bewerben sich immer weniger Altenpflegerinnen und Krankenschwestern bzw. Alten- und Krankenpfleger mit abgeschlossener Ausbildung. Eine Bewerberauswahl ist nicht mehr möglich. Immer häufiger müssen Stellen für examinierte Kräfte mit Pflegehelferinnen und -helfern besetzt werden, was den Anleitungsaufwand erhöht und wodurch die Qualität der Arbeit leidet.

Wohngeld

Für das von Bund und Land gezahlte Wohngeld ist die Stadt Bewilligungsstelle mit jährlich rund 260 000 DM Personal- und Sachkosten. Die Änderung des Wohngeldgesetzes 1986 brachte für Tübingen eine entscheidende Neuerung: Die bis dahin nach Gemeindegrößen gestaffelten Obergrenzen der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung wurde durch eine fünfstufige, an der jeweiligen Durchschnittsmiete ausgerichteten Tabelle ersetzt. Tübingen ist seither als einzige Stadt Baden-Württembergs mit Städten wie München, Frankfurt/Main und Hamburg der höchsten Stufe zugeordnet.

Mit den anderen Verbesserungen brachte die Neufassung eine enorme Antragsflut und eine Verdoppelung des ausbezahlten Wohngeldes. Eine weitere Anhebung der Wohngeldleistungen erfolgte im Oktober 1990. Dadurch erweiterte sich der Kreis der Anspruchsberechtigten; zahlreiche Wohngeldempfänger können einen Erhöhungsantrag stellen.

Wohngeld

	1982	1985	1986	1988	1990
Anträge	3 614	3 777	6 437	6 007	6 661
Empfänger/mtl. ausbezahlt mtl.	1 641	1 810	2 407	2 754	2 685
in TDM gesamt	227	282	514	557	594
je Empfänger	138	156	214	202	221

Familien-, Sozialpaß

Seit März 1980 wird in Tübingen der Familienpaß ausgegeben. Er berechtigt zum freien Eintritt in verschiedene städtische Einrichtungen und gewährt Vergünstigungen, etwa bei der Volkshochschule, der Familienbildungsstätte und der Musikschule, sowie Gutscheine für kostenlose Bäderbesuche, Fahrten im Öffentlichen Personennahverkehr sowie verbilligte Theaterbesuche und Zuschüsse zu den Beiträgen für Kindergärten, Kinder-Tagheime und Schülerhorte. Bis 1986 waren drei, seither sind zwei Kindergeldberechtigte Kinder in der Familie bei bestimmten Einkommensgrenzen Voraussetzung für einen Familienpaß, den Alleinerziehende generell erhalten können. Die Zahl hat sich seit 1986 mehr als verdoppelt.

Familienpaß

	1982	1985	1986	1988	1990
ausgegeben dar. an Allein-erziehende	480	589	1350	1359	1311
Kosten in TDM	107	173	347	595	584
Sozialpaß			134	181	133
Kosten in TDM			9	14	7

Seit Ende 1985 wird an mehr als drei Monate arbeitslos gemeldete Personen auf Antrag der "Tübinger Sozialpaß" ausgegeben, der ebenfalls verschiedene Vergünstigungen gewährt.

Männerwohnheim, Obdachlose

Die Stadt unterhält in der Eberhardstraße ein Männerwohnheim, das sie 1972 von der Evangelischen Kirche übernahm. Seit 1983 ist das Sozialamt für den Betrieb zuständig. Das Haus verfügt über rund 80 Zimmer, die einzeln vermietet werden. In einem besonderen Bereich können Durchreisende übernachten, sofern sie sich bei der Zentralen Beratungsstelle für Durchreisende im Pflegehof einen Platz (für längstens drei Übernachtungen) haben reservieren lassen. Die Nachfrage nach Zimmern übersteigt in jüngster

Zeit die Aufnahmekapazitäten deutlich, so daß ständig eine Warteliste geführt wird. Die starke Zunahme sozial auffälliger Personen belastet die Atmosphäre erheblich und hat zu einer Stigmatisierung der Bewohner in der Öffentlichkeit geführt.

Der Platz für Durchreisende reicht längst nicht mehr aus. Viele Nichtseßhafte, die seßhaft werden wollen, für die aber keine Bleibe inner- oder außerhalb des Männerwohnheims gefunden werden kann, blockieren die Unterkünfte für Durchreisende. Nichtseßhafte Frauen und Paare müssen abgewiesen werden. Zusätzlich erschwert der mangelhafte Bauzustand des Wohnheims die Arbeit. Eine Neukonzeption der Betreuung und bauliche Veränderungen sind dringend erforderlich.

Seit 1981 ist das Sozialamt auch für die Beseitigung der Obdachlosigkeit zuständig. Nach dem Bundessozialhilfegesetz war es schon immer mit der Vorbeugung befaßt. So erhält das Sozialamt von jeder Kündigung wegen Mietrückständen eine Mitteilung des Amtsgerichtes (1989:34). Übernimmt es die Mietrückstände (meistens als Darlehen), ist die Kündigung hinfällig. Kommt es jedoch zur Räumung einer Wohnung durch den Gerichtsvollzieher (1989:34) und hat die Familie keinen Ersatzwohnraum gefunden, bleibt neben der Umsetzung in eine städtische Notunterkunft (1989: vier Familien) oft nur die auf ein halbes Jahr befristete vorübergehende Beschlagnahme der bisherigen Wohnung (1989: sechs).

Sozialstation, Krankenpflegeverein

Die häusliche Krankenpflege, die Haus- und Familienpflege, die Nachbarschaftshilfe und der mobile Haushaltshilfsdienst werden in Tübingen von den drei Sozialstationen der Evangelischen Kirche, der Katholischen Gesamtkirchengemeinde und der Städtischen Sozialstation geleistet. Seit 1978 besteht eine Vereinbarung der Träger über eine umfassende Versorgung, einheitliche Gebühren, gegenseitige Unterrichtung und gemeinsame Werbung. Im Laufe der Jahre hat die Stadt als Träger der Städtischen Sozialstation Kooperationsverträge mit anderen Vereinen abgeschlossen.

Bei der Städtischen Sozialstation sind derzeit sieben Krankenschwestern, ein Krankenpfleger sowie ein Zivildienstleistender beschäftigt. Die Finanzierung erfolgt durch Zuschüsse des Landes und des Landkreises, durch die Krankenpflegevereine und die Gebüh-

ren, die den Krankenkassen oder den Patienten in Rechnung gestellt werden, wobei jährlich etwa 100 000 DM nicht gedeckt werden können.

	1983	1989	1990
betreute Patienten	191	165	164
Hausbesuche	13 146	16 398	19 257

Der Altersdurchschnitt der Betreuten liegt gegenwärtig bei 79 Jahren. Deutlich gestiegen sind aufwendige medizinische und grundpflegerische Betreuungen, wie Katheterpflege (1986: 462, 1989: 2 112 Leistungen) und Grundpflege (7 168 und 30 525 Leistungen), und die Anzahl der Hausbesuche. Viele Aufgaben, wie Angehörigenarbeit, Wochenenddienste, Sterbebegleitung, können wegen fehlender Stellen nicht geleistet werden. Es ist dringend erforderlich, die Sozialstationen in den nächsten Jahren personell auszubauen und bedürfnisorientiert umzustrukturieren. Für die Praxis heißt dies, betreuende Angebote für gerontopsychiatrisch veränderte alte Menschen zu schaffen und die Wochenenddienste zu erweitern.

Kinder und Jugend

Nach einem Gemeinderatsbeschluß werden seit 1986 behinderte und entwicklungsverzögerte Kinder in den Regelkindergärten integriert. Die Gruppe wird um bis zu fünf Plätze reduziert. Begleitet wird die Integration durch Sonderpädagogen und -pädagoginnen.

Im Bau sind zwei Einrichtungen im Horemer und in der Alten Mühle mit je 20 Krippen-, 40 Tagheim- und 25 Kindergartenplätzen. Im Haushalt 1990 sind Planungsmittel für die Kinderhäuser Weststadt und Lustnau sowie den Kindergarten Herrlesberg enthalten. Diese reichen aber nicht aus, um das hohe Platzdefizit zu decken. Die Anzahl der Kinder im Kindergartenalter hat in fast allen Stadtbezirken steigende Tendenz. Besonders eklatante Defizite bestehen in der Weststadt, der Innenstadt und im Universitätsbereich. Bei der Besetzung frei werdender Stellen wird deutlich spürbar, daß sich immer weniger junge Frauen für den Beruf der Erzieherin oder Kinderpflegerin entscheiden. Ursachen sind geringe Berufsperspektiven, mangelnde gesellschaftliche Anerkennung und schlechte Bezahlung.

Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage nimmt in der Ganztagsbetreu-

ung stark zu. Bei den hier betreuten Kindern handelt es sich in der Regel um soziale Notfälle. Doch muß bereits jetzt vielen Alleinerziehenden eine Absage erteilt werden. Im Einzelfall heißt das oft, daß der Arbeitsplatz aufgegeben werden muß und Sozialhilfebedürftigkeit eintritt. Die gesellschaftspolitischen Veränderungen erfordern einen Ausbau des Ganztagsbereichs. Da beim gegenwärtigen Platzangebot nur Notfälle aufgenommen werden können, läßt sich eine gewisse Stigmatisierung der Kinder nicht vermeiden.

Kindergärten und Schülerhorte

	Insg.		Gruppen		Kinder	
	1982	1990	1982	1990	1982	1990
Kindergärten	23	31	51	66,5	1100	1403
Kinderkrippen	1	2	2	4	26	37
Kindertagheime	1	4	2	2	22	35
Kindergärten mit Tagheimgruppen			3	3	56	59
Schülerhorte	4	4	4	4	73	101

Seit Oktober 1970 betreibt die Stadt auf Beschluß des Gemeinderates offene Jugendarbeit. Zuständig ist die Abteilung Jugend, zu der mittlerweile sieben hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in fünf Einrichtungen gehören. Weitere Schwerpunkte sind das Sommerferienprogramm, Jugendveranstaltungen und die Betreuung arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Jugendlicher und junger Erwachsener.

Jugendhäuser

Innerhalb der letzten sieben Jahre haben sich in allen Bereichen erhebliche Veränderungen ergeben. Eine der auffälligsten ist die Verjüngung des Publikums in den drei städtischen Jugendhäusern. Hier sind nachmittags überwiegend Jugendliche (Kinder!) im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren anzutreffen. Für diese Altersstufe fehlt es bisher an

geeigneten Angeboten. Eine Ausnahme macht das Jugendzentrum Karlstraße, das nach wie vor Anziehungspunkt für Jugendliche ab 17 und junge Erwachsene ist. Für das Haus endete im Juli 1985 mit der Einstellung von zwei Sozialpädagogen und einer Schreinerin und 1988 einem weiteren Sozialpädagogen die Phase der reinen Selbstverwaltung. Die Trägerschaft des Hauses liegt weiter beim Verein Jugendzentrum Karlstraße e.V., die Fach- und Dienstaufsicht über das Personal aber bei der Stadt. Diese schwierige Konstruktion hat sich aufgrund der guten und offenen Umgangsweise bisher bewährt.

Die Beschäftigten und die Jugendlichen des Jugendforums Waldhäuser-Ost fanden sich mit der anfangs heftig kritisierten Raumsituation gut arrangiert. Die direkte Anbindung an die Geschwister-Scholl-Schule wird seit einigen Jahren auch organisatorisch genutzt.

Fest eingebunden in die Infrastruktur des Wohngebiets Wanne ist der Jugendtreff im Keller der Turnhalle am Philosophenweg. Hier ist die Verjüngung des Publikums im Laufe der letzten Jahre wohl am deutlichsten, was für die Programmgestaltung von Bedeutung ist.

Für das Jugendhaus Pauline in der Südstadt waren die Jahre 1986 und 1987 gekennzeichnet von zum Teil heftigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen sowohl untereinander als auch mit den Beschäftigten. Die Atmosphäre war gereizt, die

Stimmung auf dem Nullpunkt. Das Haus blieb ein halbes Jahr, in dem Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Jugendliche Renovierungsarbeiten leisteten sowie zur weiteren Struktur und zum Programmangebot Vorschläge entwickelten, geschlossen. Nach der Wiederöffnung im Herbst 1987 besserte sich die Lage zusehends. Nach wie vor schwierig ist, daß das Publikum zu 80 Prozent aus ausländischen Kindern und Jugendlichen der verschiedensten Nationalitäten besteht.

Der Abenteuerspielplatz Wennfelder Garten ist für die anwohnenden Kinder nicht mehr wegzudenken. Wegen seiner zunehmenden Bedeutung für eine sinnvolle Freizeitgestaltung arbeitet dort seit Herbst 1987 neben dem Sozialpädagogen eine zweite Mitarbeiterin. Sie ist für die Mädchen eine wichtige Vertrauensperson geworden.

Nachdem 1981 fast 1 200 Kinder den Tübinger Ferienpaß in Anspruch nahmen, sank bis 1988 diese Zahl auf 470. Dann, 1989, waren es wieder über 500. Worauf diese starken Schwankungen zurückzuführen sind, ist nicht klar zu erkennen. Die Abteilung Jugend hat in den letzten Jahren zusätzlich ein Rahmenprogramm für die Sommerferien entwickelt, an dem auch Kinder und Jugendliche ohne Ferienpaß teilnehmen können. Ein wichtiger Teil darin ist das Spielmobil, das bis zu zehnmal - hauptsächlich in den Stadtteilen - ein vielfältiges Spielangebot bietet.

Etablierte Veranstaltungen sind die Open-Air-Konzerte in der Platanenallee beim Stadtfest, das Drachenfest auf dem Östberg (erstmalig 1986) und das große Spielfest im alten Botanischen Garten. 1984, 1985, 1987 und 1990 fanden am Breiten Weg Seifenkistenrennen statt. 1985 wurde ein Nachwuchsfestival für junge Rockbands veranstaltet, das große Resonanz fand.

Die Betreuung arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Jugendlicher und junger Erwachsener bleibt trotz sinkender Jugendarbeitslosigkeit ein wichtiger Schwerpunkt. Die Abteilung hat von 1978 bis Oktober 1989 zusammen 114 junge Menschen in Arbeitsmaßnahmen betreut. Ungezählt sind die vielen Informationsgespräche und Vermittlungsbemühungen, häufig in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und der Jugendberufshilfe des Landkreises. Mit Sorge muß die zunehmende Zahl junger Menschen gesehen werden, die entweder überhaupt nicht in der Lage sind zu arbeiten oder die sich jeglicher Arbeitsaufnahme verweigern.



Eltern und Kinder besuchten 1985 Oberbürgermeister Dr. Schmid in seiner samstägigen Sprechstunde, um mit ihm über die Tübinger Kindergartensituation zu sprechen

Wie wichtig auch dem Gemeinderat das Problem der Arbeitslosigkeit junger Menschen ist, zeigt sich in der Einstellung eines zweiten Sozialpädagogen im Juli 1989, der in der "Bionische", einem Projekt der Landschafts- und Biotoppflege, Junge Menschen an ein geregeltes Arbeitsleben heranzuführen sucht.

Die Ortsbehörde

Die Abteilung Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Unterhaltssicherung hat von 1982 bis 1989 im Stadtgebiet (ohne Stadtteile und ohne Lustnau und Derendingen) 4 287 Rentenanträge bearbeitet (jährlich rund 536). Davon entfielen 54 Prozent auf Altersruhegeld, 24 auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente, 22 auf Hinterbliebenenrente. Schon jetzt lassen sich viele Bürger über das Rentenreformgesetz 1992 aufklären und beraten.

Außerdem waren von 1987 bis 1989 nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz (KLG) für Mütter der Jahrgänge vor 1921 ("Trümmerfrauen") 1 527 (jährlich im Schnitt 509) Anträge auf Leistungen für Kindererziehung zu bearbeiten. Nicht zu vergessen sind neben den vielen telefonischen Auskünften die Anträge auf Kontenklärung, auf Kindererziehungszeiten für Mütter der Jahrgänge ab 1921 und die Aufnahme von Zeugniserklärungen. Hinzu kamen nach der Gesetzesänderung ab Juni 1990 als zusätzliche Leistungen für anspruchsberechtigte Familienangehörige auf Antrag Überbrückungsgeld, besondere Zuwendungen und Beihilfen bei Geburt eines Kindes. Ferner wurden 227 Unfalluntersuchungen vorgenommen (jährlich rund 28 Anträge).

Insgesamt haben sich die Aufgaben der Ortsbehörde 1982/1990 gegenüber dem Berichtszeitraum 1975/1981 wesentlich vermehrt und sind schwieriger geworden. Der Grund liegt in den Verbesserungen des Sozialversicherungsrecht (Kindererziehungszeitengesetz). Auch künftig ist wegen der Aus- und Übersiedler und vor allem wegen der Rentenreform 1992 an keinen Rückgang der Aufgaben und Arbeit zu denken.

Im Auftrag des Bundes ist die Ortsbehörde auch für die Unterhaltssicherung der Wehr- und Zivildienstpflichtigen und ihrer Angehörigen zuständig. Von 1982 bis 1989 wurden 1 984 Anträge (jährlich rund 248) bearbeitet. Hiervon entfallen 517 auf Zivildienstleistende (26 Prozent) und 1 467 auf Wehrdienstleistende (74 Prozent). Der Gesamtbetrag der be-

willigten Leistungen betrug 4 380 870 DM. An Rückforderungen wurden 111 Fälle bearbeitet und insgesamt 92 083 DM zur Zahlung an die Bundeskasse in Stuttgart angeordnet. Die Kürzung der Zivil- und Wehrdienstzeit wird sich auf die Zahl der Anträge nicht auswirken, sondern lediglich auf die Höhe der Leistungen.

Von 1982 bis 1989 wurden bei der Betreuung von Besuchern aus der früheren DDR sowie aus Ost- und Südosteuropa im Auftrage des Bundes und des Landkreises insgesamt 9 709 Anträge auf Bargeldhilfe, 27 auf Reisehilfe, 491 auf Krankenhilfe und medizinische Leistungen und fünf auf Hilfen im Todesfall geprüft und bewilligt.

Seit 1983 war eine ständige Zunahme festzustellen, die 1989 mit 1 959 Anträgen gegenüber 850 im Jahre 1981 ihren Höhepunkt erreichte. Anfang 1990 wurde die Bargeldhilfe für DDR-Besucher eingestellt, während sie für Besucher aus ost- und südosteuropäischen Staaten weiter gewährt wird. Das hatte einen drastischen Rückgang der Zahl dieser Anträge zur Folge.

Durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik fielen auch die medizinischen Leistungen für Besucher weg. Welche Auswirkungen die Reisefreiheit der Ostblockbürger auf das Besuchergeld und die medizinischen Leistungen haben wird, ist noch nicht abzusehen.

Friedhöfe

Zum Sozialamt gehört auch die Friedhofsabteilung, die ab 01. April 1991 an das neu geschaffene Grünflächenamt abgegeben wird. Zwölf Friedhöfe der Stadt und die Bestattungen sind zu betreuen.

256 Gefallene des 1. Weltkrieges liegen auf dem Stadtfriedhof und 386 Gefallene des 2. Weltkrieges auf dem Bergfriedhof. Vier Kriegsgräber sind in Hagelloch, zwölf in Pfrondorf, 15 in Unterjesingen und eines in Bühl.

Die Urnengrabanlage für Naziopfer auf dem Stadtfriedhof, die mit ihren 34 Einzelgräbern und einem Sammelgrab für 484 Tote 1980 neu gestaltet worden war, sorgte - nach vielen Diskussionen - 1990 für Aufsehen. Im Juli dieses Jahres wurden hier die Anatomiepräparate von Toten aus der Naziära, die bis 1988 im Anatomischen Institut der Universität aufbewahrt und teils in Forschung und Lehre weiter verwendet worden waren, in einer Gedenkfeier der Universität bestattet. Kurze

Zeit später haben bisher Unbekannte die Urnengrabanlage, die Gedenksteine und Bronzetafeln mit den 507 namentlich genannten und elf unbekanntenen Toten sowie die neue Gedenkstätte der Anatomieopfer geschändet und zum Teil zerstört.

Beisetzungen

	1982	1985	1989	1990
Tübingen:				
Bergfriedhof	347	319	352	401
Stadtfriedhof	56	51	42	47
Lustnau	55	63	34	70
Derendingen	28	46	66	39
insg.	486	478	494	557

Stadtteile:				
Weilheim	4	8	6	13
Kilchberg	9	8	6	12
Bühl	16	10	14	7
Hirschau	17	12	19	20
Unterjesingen	14	23	11	12
Hagelloch	6	11	15	19
Bebenhausen	6	11	15	2
Pfrondorf	20	17	7	22

insg.	97	100	96	107
-------	----	-----	----	-----

Gräber

Bergfriedhof	5 711	6 192	6 462	6 555
Stadtfriedhof	3 630	3 582	3 508	3 501
Lustnau	1 218	1 225	1 275	1 299
Derendingen	733	761	786	796

insg.	11 292	11 760	12 031	12 151
davon neu	278	335	343	259

Die Not mit den Wohnungen

Das Bauverwaltungsamt

In die Jahre 1982 bis 1990 fielen zwei wichtige rechtliche Veränderungen: die Novellierung der Landesbauordnung (1984) und das völlig neue Baugesetzbuch als Zusammenfassung der Rechtsgrundlagen des Städtebaus (1987). Ziel war vor allem die "Entbürokratisierung" zur Erleichterung und Beschleunigung des Bauens. Aus der Sicht des Praktikers sind die Ziele längst nicht alle erreicht worden. Im Gegenteil: Im Laufe der Jahre sind neue Probleme hinzugekommen.

Entlastet wurde das Amt 1984 durch die ab diesem Zeitpunkt zentrale Bearbeitung der Kostenrechnungen und der Staatszuschüsse bei der Kämmerlei sowie 1986 mit der Übertragung der Verwaltung des Busbahnhofes auf das Ordnungsamt und 1988 durch die Angliederung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses beim Stadtvermessungsamt. Zusammengeschlossen wurden 1988 jeweils die Sachgebiete Erschließungsrecht und Haushalt sowie Baurecht und Wohnungsbauförderung. Zur Entlastung der Baurechtsabteilung und zur Beschleunigung der Bearbeitung der Bauanträge wurde das manuelle Baugenehmigungsverfahren 1984 auf ein elektronisches Text- und Bearbeitungsprogramm umgestellt. Als Pilotanwender hat die Stadt Tübingen mit der Stadt Reutlingen und dem Regionalen Rechenzentrum Alb-Schwarzwald in Reutlingen dieses Programm in einjähriger Arbeit erstellt.

Sobald die technischen Voraussetzungen geschaffen sind, sollen solche Verfahren auch in den Sachgebieten Haushalt, Bauleitplanverfahren, Fehlbelegungsabgabe und für das Erschließungsrecht folgen. Ein Schwachpunkt für das Amt ist nach wie vor die räumliche Unterbringung in einer Baracke. Dieser Zustand muß als unmöglich bezeichnet werden. Wie auch ein Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg feststellt, ist eine verbesserte Unterbringung vordringlich.

Das Bauverwaltungsamt (einschließlich des Fuhrparks) zählt 57 Beschäftigte (davon sechs Teilzeitkräfte), 1981 waren es 55 (darunter zwei Teilzeitkräfte).

Das beherrschende Thema der achtziger Jahre war das Wohnungsproblem. In jedem Wohnraumbericht ab 1980 wurde auf die ganz besonderen Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung für Einkommensschwache in der Stadt hingewiesen. Durch den enormen Engpaß auf dem Wohnungsmarkt sind zusätzlich die Mieten immer mehr gestiegen. Bis Ende 1989 war Tübingen als einzige Stadt des Landes in die bis dahin höchste Mietstufe eingereiht, d.h., in Tübingen wurde die höchste Kaimiete anerkannt und das Wohngeld entsprechend berechnet.

Nachdem die Förderung von Sozialmietwohnungen nahezu eingestellt und der frei finanzierte Mietwohnungsbau schon längst zum Erliegen gekommen war und nachdem auch das Land beabsichtigte, die Förderung des sozialen Mietwohnbaus zu beenden, hat sich die Stadt im Juli 1986 mit einem dringenden Hilferuf an das Innenministerium gewandt. Darin wurde darum gebeten, wenigstens in den Brennpunkten des Bedarfs, wie insbesondere für Tübingen, die Förderung nicht abrupt abzubrechen. Die Antwort des Innenministers vom Oktober 1986 war negativ, mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Gemeinden und auf Wohngeld als richtige Antwort auf die Nachfrage.

Durch das Volkszählungsergebnis vom Mai 1987 wurde die Fehleinschätzung der Nachfrage und die Verknappung des Angebots offenkundig. Hinzu kam, daß kurz darauf ein Zustrom von Aus- und Übersiedlern einsetzte. 1990 hat daher die Wohnraumbeschaffung bei Bund, Land und Gemeinden erste Priorität erhalten und die Wohnungsbaukonjunktur sich wieder belebt; die Investitionsbereitschaft ist spürbar gestiegen.

Globalberechnung, Abwasser- und Erschließungsbeiträge

In den achtziger Jahren hat eine Methode zur Errechnung des Beitragssatzes für Entwässerungsanlagen landesweit Schlagzeilen gemacht: die Globalberechnung. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat sie erstmals zu Beginn der achtziger Jahre gefordert und danach durch eigene Rechtsprechung immer mehr verfeinert. Diese Globalberechnung ist eine Besonderheit und Rarität zugleich; denn außerhalb Baden-Württembergs ist sie unbekannt.

Die Stadt hat insoweit unliebsame Erfahrung damit, als sie zunächst 1982 vom VGH Baden-Württemberg verpflichtet wurde, eine

solche Globalberechnung zu erstellen (im Gegensatz zur Auffassung des Verwaltungsgerichts Sigmaringen). Nachdem diese Arbeit mit einem enormen Verwaltungsaufwand geleistet worden war, wurde sowohl die erste als auch die daraufhin gefertigte zweite Globalberechnung vom Verwaltungsgerichtshof wegen verschiedener Mängel für ungültig erklärt. Dabei hat der VGH Baden-Württemberg in einem neuen Urteil die bisherige Rechtsprechung zu einem wesentlichen Teil aufgehoben.

Dies bedeutet, daß bei der Einstellung von Kosten eines Klärwerks nunmehr großzügiger Verfahren werden kann als es im Urteil vom 15. September 1988 gegen die Stadt zum Ausdruck kam. Ein Großteil der Kosten, die durch Gerichtsbeschlüsse aus der Globalberechnung herausgenommen werden mußten, können nunmehr doch wieder eingestellt werden. Wegen dieser Misere können seit September 1988 keine Abwasserbeiträge mehr erhoben werden. Zur Zeit wird deshalb die dritte Globalrechnung durch ein privates Kommunalbüro erstellt. Sie soll möglichst im Frühjahr 1991 vom Gemeinderat beschlossen werden.

In der Abteilung Erschließungsrecht und Haushalt wurden 1982 bis 1990 insgesamt 4560 Erschließungs- und Abwasserbeitragsbescheide mit zusammen 31,2 Millionen DM erlassen. Die großen Baugebiete Ursraier Egerl, Herrlesberg/Stauden, Breite in Pfrondorf, Auchtert/Bangert in Hagelloch, Ölaker in Weilheim sowie das Gewerbegebiet Unter dem Holz brachten einen zusätzlichen Arbeitsanfall bei gleichem Personal.

Auffallend war, daß die Stundungen im Berichtszeitraum (120 Fälle) gegenüber den Vorjahren ganz beachtlich zurückgegangen sind. Erfreulich auch, daß die Anzahl der Widersprüche und Klagen rückläufig ist. Dies wird zum einen auf die gute Beratungstätigkeit der Beschäftigten zurückgeführt, aber auch darauf, daß den Beitragspflichtigen verstärkt Ablösungsverträge angeboten wurden. Die Ablösungen beim Erschließungs- und Abwasserbeitrag werden seit vielen Jahren vor allem in den Neubaugebieten empfohlen. Von dieser Möglichkeit machen die Beitragspflichtigen regen Gebrauch. Außerdem können die Städte durch die Änderung des Baugesetzbuches nunmehr in viel stärkerem Umfang in den Baugebieten Vorausleistungen erheben.

Im Berichtszeitraum wurden an Ablösungen insgesamt 10 607 000 DM gleich 37 Prozent



Herrlesberg / Stauden wird erschlossen

und an Vorausleistungen insgesamt 2 309 000 DM gleich acht Prozent eingenommen. Dies bedeutet, daß 45 % am Gesamtaufkommen der Erschließungs- und Abwasserbeiträgen in den Jahren 1982 bis 1990 im voraus vereinnahmt werden konnten. Für diese Summe von 13 Millionen DM mußte die Kämmerei keine Kredite aufnehmen, was nicht nur zu einer Entlastung des städtischen Haushalts geführt hat, sondern auch zu einer kleinen Entlastung der Beitragspflichtigen.

Zahlen und nochmals Zahlen

Die Haushaltsabteilung des Bauverwaltungsamts hat bei der Aufstellung des Haushaltsplans sowie bei der Bewirtschaftung der Haushaltsansätze zentrale Funktionen - teils für die gesamte Verwaltung, teils für die technischen Ämter - auszuüben. Im Hoch- und Tiefbausektor sind jährlich rund 14.000 Rechnungsbelege zu bearbeiten. Die Betriebskosten für die städtischen Gebäude (Heizung, Reinigung und Beleuchtung) erhöhten sich im Berichtszeitraum von 4,2 auf 5,5 Millionen DM. Durch Umstellung auf Erdgas und durch Erneuerung der Heizungen in öffentlichen Gebäuden konnte der Heizölverbrauch von 22 185 Hektoliter 1982 auf 11 059 Hektoliter 1989 gesenkt werden.

Bauen, Bauen . . .

Die untere Baurechtsbehörde sieht ihre Aufgabe in erster Linie darin, bauwillige Bürgerinnen und Bürger zu beraten und, soweit möglich, vor Schaden zu bewahren. Dies

geschieht nicht nur durch eine schnelle Baugenehmigung, sondern auch durch eine gründliche Prüfung der Bauvorlagen. Bei nahezu allen Bauanträgen konnten den Bauherren Verbesserungen ihrer Planungen vorgeschlagen werden.

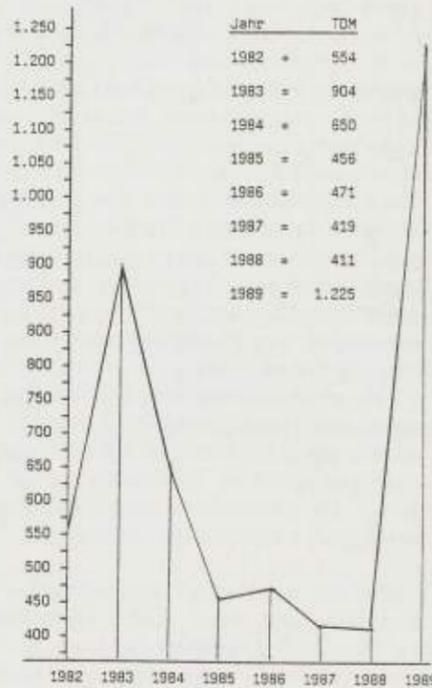
Mit der Einführung eines elektronischen Text- und Bearbeitungsprogramms im Jahre 1984 wurde für kleinere Bauanträge das zeitraubende Ämterumlaufverfahren abgeschafft und ein Kurzverfahren eingeführt. Mit der wöchentlichen gemeinsamen Begutachtung der Bauanträge durch die Sachbearbeiter am "runden Tisch" können jährlich 250 bis 300 Anträge in einer effektiven Arbeitszeit von zwei bis drei Wochen erledigt werden. Weitere Maßnahmen zur bürgerfreundlichen Gestaltung des Baugenehmigungsverfahrens, zur Reduzierung der Überwachungstätigkeiten am Bau und zur Stärkung der Selbstverantwortung der Bauherren, Bauleiter und Architekten wurden 1989 vorbereitet.

Das Jahr 1990 brachte im Wohnungsbau wesentliche Erleichterungen im Genehmigungsverfahren und bei der Ausführung. Die Nebenbestimmungen für die Baugenehmigung wurden entrümpelt und drastisch reduziert und es wird auf eine regelmäßige Rohbau- und Schlußabnahme (besonders bei einfachen Vorhaben) verzichtet. Die Baukontrolleure können so bei schwierigen und großen Bauvorhaben ausführlicher prüfen und beraten. Damit hat die Baurechtsbehörde in Tübingen wesentlich zur Entbüro-

kratisierung im Baugenehmigungsverfahren beigetragen.

Die Bautätigkeit ist weniger an der Anzahl der Bauanträge als an den erhobenen Baugenehmigungsgebühren zu erkennen; denn diese werden aus den Baukosten errechnet und ergeben somit in etwa ein Bild über das jährliche Bauvolumen. In der Grafik deutlich erkennbar ist die "Boomzeit" der Bauherrenmodelle, 1983, darauf ein drastischer Absturz und eine Verflachung bis 1988, weil staatliche Anreize im Wohnungsbau fehlten, 1989 dann ein steiler Anstieg (Verdreifachung des Vorjahresergebnisses), der auch kommunal begünstigt wurde durch die gleichzeitige Ausweisung vier neuer Baugebiete. Die enorme Nachfrage im Jahr 1990 kann auch die inzwischen vorhandene Hochzinsphase nicht bremsen.

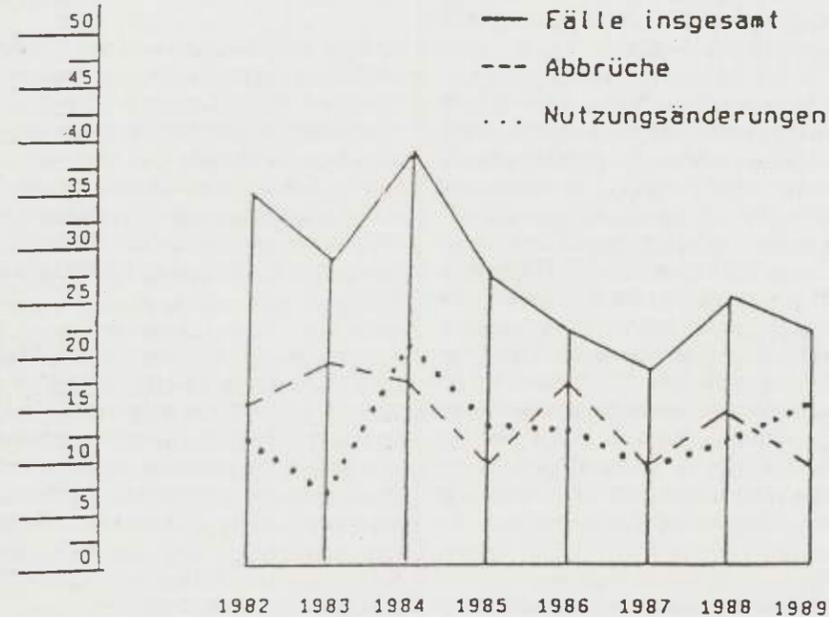
Baugenehmigungsgebühren:



Wohnungsprobleme

Durch Verordnung der Landesregierung ist seit 1972 die Zweckentfremdung von Wohnraum in Tübingen geührenpflichtig. Seit 1985 werden Zweckentfremdungsgenehmigungen nur noch befristet oder mit Widerrufsvorbehalt erteilt. Bei Abbruch von Wohnraum gibt es in der Regel nur dann eine Zweckentfremdungsgenehmigung, wenn ein mehrfaches des abgebrochenen Wohnraumes neu hergestellt wird.

Zweckentfremdung



Die Bemühungen der Stadt für die Durchsetzung des Zweckentfremdungsgebotes zeigt die obige Darstellung.

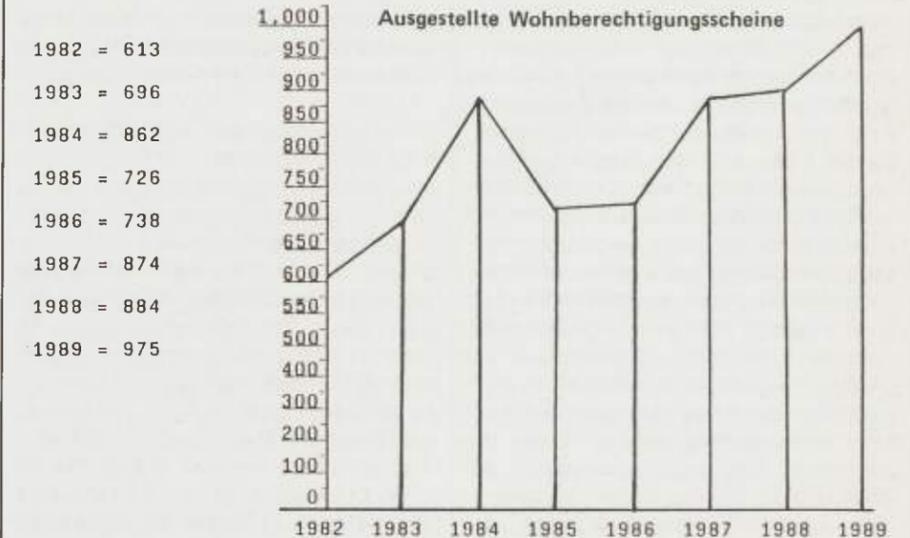
In den Jahren 1982 bis 1989 gab es 217 Zweckentfremdungsfälle, davon 100 wegen Abbruchs und 117 wegen Nutzungsänderungen. Insgesamt konnten 103 Anträge genehmigt werden. 37 Fälle wurden abgelehnt oder die ungenehmigte Zweckentfremdung mußte rückgängig gemacht werden. Nach Beratung wurden 29 Anträge zurückgenommen. 1989 waren noch 27 offen. In 14 Fällen wurde Widerspruch beim Regierungspräsidium oder Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben. Ein Fall ist noch beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin anhängig. 31 Fälle ungenehmigter Zweckentfremdung wurden von der Verwaltung aufgegriffen und die Rückführung in Wohnnutzung durchgesetzt. Die Verfahren erstrecken sich teilweise über mehrere Jahre.

Das Zweckentfremdungsrecht, das in Tübingen sehr restriktiv gehandhabt wird, ist ein wichtiges Sicherungsinstrument, um dem Verlust preiswerten Wohnraums entgegenzuwirken. Allerdings können nach ständiger Rechtsprechung Zweckentfremdungen nicht verhindert werden, wenn für den verlorengehenden Wohnraum in mindestens gleichem Umfang wieder Wohnraum hergestellt wird. Zusammenfassend kann man sagen, daß ohne die Zweckentfremdungsverordnung dem Tübinger Wohnungsmarkt

jährlich schätzungsweise 60 bis 80 Wohnungen verlorengehen.

Wenig preiswerte Mietwohnungen

In den Jahren 1982 bis 1990 wurden insgesamt 539 Sozialmietwohnungen mit 33 Millionen DM Landes- und 9,1 Millionen DM städtischen Haushaltsmitteln sowie im Eigentumsbereich 244 Wohnungen mit 17 Millionen DM Wohnungsbaufördermitteln des Landes gefördert. Schließlich wurden 249 Wohnungen und 41 Wohnheimplätze modernisiert, wofür das Land 7,9 Millionen DM Darlehen und Zuschüsse bewilligte. Der Eng-



paß nach Einstellung der Förderung 1986/88 zeigt sich deutlich daran, daß es in Tübingen von 1985 bis 1989 Fördermittel für lediglich 48 Sozialmietwohnungen gab.

Die untenstehende Grafik belegt, daß jährlich mehr Bescheinigungen über die Wohnberechtigung für öffentlich geförderte Mietwohnungen ausgestellt wurden. Dies bedeutet, wie schon seit Jahren betont, daß in Tübingen immer mehr Wohnungssuchende auf den Teilmarkt "preisgünstige Mietwohnungen" drängen. Die angespannte Wohnungssituation wird durch den starken Zustrom der Aussiedler und Übersiedler ab 1989 noch verschärft.

In gleichem Maße wie sich die Lage am Wohnungsmarkt zuspitzt, geht die Anzahl der öffentlich geförderten Mietwohnungen zurück. Gab es 1982 noch 2 939 Sozialmietwohnungen, so waren es Ende 1990 durch vorzeitige Darlehensrückzahlungen und Wegfall der Bindungen nur noch 2 570. Diese Zahl wird bis zum Ende des Jahrtausends weiter abnehmen. 1990 konnten dann durch die großzügige Bereitstellung von Landesfördermitteln bis zum 14. Juli 34 Darlehensanträge für insgesamt 141 Wohnungen, davon 111 Sozialmietwohnungen, bearbeitet werden. Diese 111 Wohnungen werden mit rund 14,6 Millionen DM Kapitalmarktdarlehen gefördert. Auch die städtischen Fördermittel zur Schaffung von Mietwohnungen für soziale Zwecke sind beträchtlich: Mit den Haushaltsresten konnten 1990 rund 5,1 Millionen DM an Zuschüssen zur Grundstücksverbilligung und an unverzinslichen Darlehen zugesagt werden. Es wird angenommen, daß das Siedlungswerk für die geplanten 52 öffentlich geförderten Mietwoh-

nungen voraussichtlich 1991 ebenfalls ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von etwa zwei Millionen DM erhält.

Dabei gilt auch in Tübingen bei vorzeitiger und freiwilliger Rückzahlung öffentlicher Fördermittel eine Nachwirkungsfrist von zehn Jahren für die Mietpreis- und Belegungsbindung. Der massive Anstieg der Wohnberechtigungsbescheinigungen bis zum Jahresende 1990 bedeutete eine weitere starke Zunahme der Wohnungssuchenden.

Fehlbelegungsabgabe

Die Arbeiten für die Erhebung einer Ausgleichszahlung für öffentlich geförderte Wohnungen laufen auf Hochtouren. Von der Fehlbelegungsabgabe sind in Tübingen etwa 2 600 Mieterinnen und Mieter von Sozialmietwohnungen betroffen. Ein von der Stadt Stuttgart entwickeltes landeseinheitliches EDV-Programm steht hoffentlich bis Ende 1991 zur Verfügung. Nach einer ersten überschlägigen Schätzung dürften etwa 700 000 DM an Ausgleichszahlungen anfallen, die wieder im Sozialmietwohnungsbau investiert werden müssen.

Bebauungspläne

Das Sachgebiet Bauleitplanverfahren ist eines der jüngsten des Bauverwaltungsamtes, das jedoch den anderen Sachgebieten an Bedeutung nicht nachsteht. Aufgabe des Sachgebietes ist die Durchführung der nach dem Baugesetzbuch vorgeschriebenen komplexen Verfahren für die Aufstellung von Bebauungsplänen und anderen städtebaulichen Satzungen wie Veränderungssperren, Vorkaufsatzungen, Satzungen über städtebauliche Entwicklungsbereiche und Erhaltungssatzungen.

Auch die Rechtsetzungsakte im Bereich des Bauordnungsrechtes wie die Stadtbildsatzung, die Ortsbildsatzungen und Werbesatzungen fallen unter den Zuständigkeitsbereich dieses Sachgebietes. In enger Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt und dem Stadtansierungsamt werden die Inhalte dieser "Gesetze auf Gemeindeebene" auf ihre praktische Anwendbarkeit überprüft und festgelegt. Als Konsequenz einer bürgernahen Verwaltung werden die Ziele und Zwecke dieser städtebaulichen und ortsbildgestalterischen Planungen in zahlreichen Informationsveranstaltungen, in denen die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit zur Erörterung der Planung haben, vorgestellt. Um sogenannte "Schubladenpläne" zu

vermeiden, werden die Inhalte der Satzungen auf die persönlichen Belange der Betroffenen abgestimmt, soweit dies mit einer ökologischen und flächensparenden Bauleitplanung vereinbar ist.

Die Bedeutung des Sachgebiets Bauleitplanverfahren ist nicht nur an der Quantität, sondern auch an der Qualität der zu bewältigenden Arbeitsvorgänge zu messen. Seit 1982 sind rund 70 Bebauungsplanverfahren eingeleitet und rund 30 Veränderungssperren zur Sicherung der Bauleitplanungen in Kraft gesetzt worden. Zur Zeit werden Ortsbildsatzungen für die Stadtteile in Zusammenarbeit mit dem Stadtansierungsamt erarbeitet und mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt. Als zusätzliche umfassende Aufgabe ist noch die Geschäftsführung für die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans (STEP) 75 unter dem Motto "Tübingen 2000" zu nennen.

Schließlich können die technischen Ämter auf eine beim Sachgebiet Bauleitplanverfahren geführte aktuelle Rechtsprechungsammlung zu aktuellen Themen wie Altlasten zurückgreifen.

Fuhrpark

Zum umfangreichen Aufgabengebiet eines kommunalen Fuhrparks gehört die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten, die Fahrzeugunterhaltung (Pflege, Wartung und Reparatur), der Fahrzeug- und Personaleinsatz sowie die Verwaltung (kostenrechnender Betrieb). Die Dienstleistungen und Aufgaben des Fuhrparks nach außen reichen von der Müllabfuhr mit Sperrmüll, der Abfuhr von Pressmulden und Klärschlamm, Straßenreinigung, Kanalreinigung, Straßen- und Gewässerunterhaltung bis hin zum Winterdienst. Daneben müssen noch weitere Geräte und Fahrzeuge vorgehalten werden.

Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, ob es Möglichkeiten gibt, die Aufgaben des Fuhrparks an Privatunternehmen zu vergeben und so die Fuhrparkkosten insgesamt einzusparen. Kostenvergleiche haben aber gezeigt, daß auch Privatunternehmen den Müll nicht billiger abführen können. Gleiches gilt für die Straßen- und Kanalreinigung. Abgesehen davon: wer kommt, wenn Not am Mann ist? Beispiel: Sonntag 15 Uhr. Der Kanal in der Kläranlage ist verstopft. Der Überlauf spricht an und der ganze Schmutz läuft in den Neckar. Der Fuhrpark wird um Hilfe gerufen. Innerhalb kürzester Zeit ist der Schaden behoben. Oder: Wer ist zur Stelle bei

besonderen Anlässen, bei Märkten, Straßenfesten, Veranstaltungen, schweren Verkehrsunfällen?

Funktion und Wirkungsweise des Fuhrparks sind so - mit gutem Gerät und Fachpersonal - gesichert. Sowohl Lastkraftwagen als auch Müllfahrzeuge, Kehrmaschinen und Sonderfahrzeuge der Straßen- und Kanalreinigung sind auch nach einem Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg überwiegend wirtschaftlich eingesetzt. 1982 hatte der Fuhrpark 32, 1990 33 Mitarbeiter.

Auch im Fuhrpark wird umweltfreundlich gehandelt: So wurde 1988 die Tankanlage auf bleifreie Kraftstoffe erweitert und die Heizung durch Einbau energiesparender Kessel und Brenner verbessert. Ein besonderes Anliegen ist es, nur umweltfreundliche und geräuschgedämmte Fahrzeuge anzuschaffen. Außerdem wurden, soweit technisch möglich, alle Altfahrzeuge ab Baujahr 1980 mit Katalysatoren nachgerüstet.

Die Müllbeseitigung, nach dem Landesabfallgesetz Aufgabe der Landkreise, ist in Tübingen bis Ende 1994 auf die Stadt übertragen. Seit 1990 laufen Verhandlungen über die Verlängerung der Müllbeseitigung durch den städtischen Fuhrpark. Die Stadt hofft auf eine für sie und den Fuhrpark befriedigende Lösung. Denn die Wegnahme dieser Aufgabe würde den Fuhrpark empfindlich treffen und sogar die Rentabilität des gesamten Betriebs in Frage stellen.

Mit der Schließung der Mülldeponie "Schweinerain" zum 16. Juli 1990 und die dadurch notwendigen größeren Fahrstrecken sind bei der Müllabfuhr und der Klärschlammabfuhr enorme Zeitverluste eingetreten. Hinzu kommt die weitere Arbeitszeitverkürzung. Die Anschaffung eines dritten Muldenfahrzeugs und eines weiteren Müllfahrzeugs muß überlegt werden.

Erwähnt sei noch, daß im Frühjahr 1990 der Stadt Jena vier abgeschriebene Fahrzeuge für die Stadtreinigung als Spende übergeben wurden.

Zum Schluß ein Personalhinweis: Im Mai 1985 ging der langjährige Fuhrparkleiter Gerhard Zaiger in den Ruhestand. Zum Nachfolger hat der Gemeinderat den bisherigen Werkstattmeister Peter Knöllner gewählt.

Stäbe für ein zu enges Korsett

Das Stadtplanungsamt

Vorbereitende Bauleitplanung

Für den 1979 genehmigten Flächennutzungsplan des Nachbarschaftsverbandes Reutlingen/Tübingen wurden in den Jahren 1982 bis 1990 eine Reihe Änderungsverfahren eingeleitet und ausgeführt. Für das Planungsgebiet Tübingen hat der Verband ein solches Verfahren mit rund 40 Änderungen und Ergänzungen bereits 1982 begonnen und im Dezember 1985 abgeschlossen. Im gleichen Jahr leitete er bereits das 10. und 1988 das 13. Planänderungsverfahren mit etwa 50 Änderungen und Ergänzungen im Planungsraum Tübingen ein und die Verbandsversammlung billigte im Juli 1990 den Entwurf.

Die nächsten Änderungen und Ergänzungen sind aber schon angekündigt und als 25. Planänderungsverfahren vorgemerkt. Daraus wird klar, daß eine andere, einfachere Verfahrensweise für die Aktualisierung des Flächennutzungsplanes gefunden werden muß. So könnten alle Änderungen oder Ergänzungen aus der verbindlichen Bauleitplanung als verwaltungsinterne Fortschreibung aufgenommen und nur noch die sonstigen Plankorrekturen der Verbandsgemeinden den zuständigen Gremien zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Für eine solche Lösung spricht neben der Überschaubarkeit der Planung die Tatsache, daß der Nachbarschaftsverband und alle betroffenen Bürger bereits im vorausgehenden Bebauungsplanverfahren beteiligt waren.

Landschaftsplan

Der vom Nachbarschaftsverband schon 1980 als landschaftsgestalterischer, ökologischer Beitrag zum Flächennutzungsplan in Auftrag gegebene Landschaftsplan stieß bei der Vorstellung 1982 bei den Verbandspartnern, außer Tübingen, auf heftige Kritik und wurde mehrheitlich abgelehnt.

In den Ortschaftsräten, im Planungsausschuß sowie im Gemeinderat fand der Plan für Tübingen 1983 allgemeine Zustimmung. Der Nachbarschaftsverband beschloß den-

noch eine grundlegende Entschärfung und forderte eine Neufassung an. Im März 1989 wurde die überarbeitete Fassung vom Gemeinderat gebilligt, vom Nachbarschaftsverband als "Kompromiß auf kleinstem Nenner" beschlossen und den Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme zugeleitet. Danach sollte er abschließend behandelt und dem Regierungspräsidium zugeleitet werden.

Der Landschaftsrahmenplan, den der Regionalverband Neckar-Alb 1987 ins Verfahren brachte, wurde im Juni 1989 von der Verbandsversammlung festgestellt. Er hat keine eigene Verbindlichkeit, sondern soll als "Freiraumkonzept" in die Fortschreibung des Regionalplans eingearbeitet werden.

Rahmenpläne

Wie zuvor für Bühl, Hirschau und Pfrondorf wurden 1983 die Verfahren der Rahmenpläne für Kilchberg, Weilheim und Hagelloch vom Gemeinderat abgeschlossen. Damit liegen für alle Stadtteile - mit Ausnahme von Bebenhausen und Unterjesingen - "örtliche Entwicklungskonzepte" vor. Obwohl diese Rahmenpläne keine Rechtsverbindlichkeit haben, sind sie dennoch - wegen ihrer bürgernahen Darstellung und ihrer Ausrichtung auf die ortsspezifischen Belange - ein wichtiges Bindeglied zwischen vorbereitender und verbindlicher Bauleitplanung. Die Aufstellung eines Rahmenplanes für Bebenhausen ist nicht erforderlich, da die gesamte Ortslage unter Denkmalschutz steht. Der Rahmenplan für Unterjesingen liegt als Entwurf vor und wurde 1983 in einer Bürgerversammlung vorgestellt. Wegen völlig kontroverser Auffassungen über die künftige Trassenführung der B 28, die für die Entwicklung Unterjesingens von ausschlaggebender Bedeutung ist, wurde die Weiterbearbeitung aber zurückgestellt und das Verfahren ausgesetzt.

Verbindliche Bauleitplanung

1982 bis 1990 wurden unter anderem folgende Bebauungspläne rechtskräftig:

1982
"Schul- und Sportzentrum Feuerhügge", Derendingen (Berufsschulprojekte des Kreises und der Handwerkskammer)
"Gartenhaus- und Kleingartengebiet Wanne/Ob der Stelle" (Nutzung der Pufferzone zwischen Nordring und Waldrand für Obstbaumwiesen)
"Waldhäuser-Ost/Neue Äcker" (Ausweisung des sechs Hektar großen östlichen Randge-

bietes für Mietwohnungen, verdichteten Familienwohnungsbau und die Waldorfschule)
"Südwestlicher Ortsrand", Hagelloch

1983
"Waldhäuser-Ost/Schafbrühl" (Modellprojekt für baubiologisch orientierten Mietwohnungsbau)
"Beim Bahnbetriebswerk" (Nutzungsfestsetzungen für das Gelände zwischen Europastraße und Bahnanlagen)
"Schelmen", Weilheim. (Erweiterungsprojekten im Industrie- und Gewerbegebiet)
"Rittweg", Hirschau (Legalisierung und landschaftspflegerische Maßnahmen zur Rekultivierung der Baggerseen)
"Breite", Pfrondorf (neun Hektar Wohngebiet mit Gemeinbedarfseinrichtungen zwischen Ortskern und Schule)

1984
"Herrlesberg" und "Stauden", Lustnau (neues Wohngebiet mit 17 Hektar Wohnbauflächen samt Gemeinbedarfseinrichtungen)
"Steinlachwasen-Ost", Derendingen (Erweiterung des Gewerbegebietes an der B 27 / Hechingen Straße)
"Bernhalde/Waldstraße", Derendingen (Erweiterung der Wohnbauflächen)
"Untere Kreuzäcker", Kilchberg (Mehrzweckhalle mit Freisportanlagen und Gewerbegebiet)
"Schäfergarten", Bühl (Wohnbebauung und Gemeinbedarfseinrichtungen)
"Ölacker", Weilheim (Wohnbauflächen mit Kindergarten und Mehrzweckhalle)

1985
"Bebenhäuser Straße/Waldeckstraße", Lustnau (ehemalige Zimmereifachschule Kress)
"Auchtert-Bangert", Hagelloch (sechs Hektar Wohngebiet und Legalisierung der Gemeinbedarfseinrichtungen Kindergarten, Schule, Mehrzweckhalle und Vereinsheim)
"Hofstrütze", Pfrondorf (vier Hektar Gewerbegebiet)

1986
"Blaihofstraße (nördlicher Bereich)", Pfrondorf
"Waldhäuser-Ost/Ahornweg" (Wohnbebauung und Kindergarten anstatt eines Hotelprojekts)

1987
"Lenastraße", Hirschau (1,5 Hektar Wohngebiet)
"Neckarweg", Weilheim (Verbrauchermarkt Weilheim)
"Ursrainger Egert"

1988

"Freiacker, Teil I" (Weststadt zwischen Herrenberger Straße und Westbahnhofstraße, Folgenutzung für das Firmengelände der Firma Steinhilber)

"Gartenhausgebiet Obere Mähder/Straubenacker", Pfrondorf

"Sandäcker-West", Unterjesingen (Ortsdurchfahrt B 28)

"Schloßgartenacker", Bühl

"Viehtor-, Auchttertstraße und Torbogenweg", Hagelloch

"Waldhörle", Derendingen (Hotelprojekt und Folgenutzungen auf dem Gelände Möbel Beck)

1989

"Alte Mühle", Derendingen (Kinderbetreuung in der historischen Bausubstanz, mit Festplatz im alten Ortszentrum)

"Kindergarten Liststraße"

"Pfrondorfer Straße/Kreuzstraße", Lustnau

"Schleifmühlweg/Westbahnhof" (Neugestaltung des Zanker-Teilbetriebes, Neubau der WLZ, Folgenutzungen im Westbahnhof-

gelände)

"Schnarrenberg/Otfried-Müller-Straße" (Schwesternheime)

"Oberer Schnarrenberg (Berufsgenossenschaftliche Klinik)"

"Auchttert-Bangert", Hagelloch (Jugendtreff im alten Kindergarten)

1990

"Kindergarten Horemer"

"Reutlinger Straße, westlicher Teil" (Neufestsetzungen für das Gebiet zwischen Eisenbahnstraße, Reutlinger Straße, Eberhardstraße)

"Freiacker Teil II" (Planungsrechtliche Festsetzungen für das vorhandene Wohn- und Gewerbegebiet zwischen Herrenberger Straße und Rheinlandsstraße)

"Sportanlage Weilheim."

"Neckarweg", Weilheim (Multi-Markt, Beschränkung der baulichen Entwicklungsmöglichkeiten zum Schutze des Einzelhandels in der Altstadt)

Bebauungsplanverfahren in "unüberplan-

ten Innenbereichen" - also Gebieten alter Ortsbaupläne mit weitgehend vorhandener Bausubstanz unterschiedlicher Nutzung (Gemengelagen) - sind besonders arbeits- und zeitaufwendig und bringen meist nur unbefriedigende städtebauliche Konfliktlösungen. Auf sie sollte daher verzichtet werden. Mit der im Baugesetzbuch geforderten "Einfügung des Bauvorhabens in seine Umgebung" ist oft mehr zu erreichen, da auf bestimmte Situationen und Projekte flexibler und gezielter eingegangen werden kann.

Erschwerend für die Aufstellung einzelner Bauungspläne war, daß sich die Rechtsgrundlagen (Baugesetzbuch, Baunutzungsverordnung, Landesbauordnung) in diesen Jahren teilweise geändert haben und damit Verfahrensschritte zum Teil wiederholt werden mußten. Vorteilhaft und als "Befreiungsschlag" für die Planungshoheit der Gemeinden zu werten ist allerdings die seit 1984 gültige Freistellung der Gemeinden von Planungsschäden bei vorhandenen Baugebieten nach einer Frist von sieben Jahren.

Vollzug der Bauleitplanung (Bauberatung)

Mit der Erschließung der Baugebiete Weilerhalde, Ursrain, Schafbrühl, Neue Äcker, Auchttert/Bangert in Hagelloch, Ölacker in Weilheim, Herrlesberg/Stauden und Breite erhielten die allgemeine Bauberatung und die Stellungnahmen zu den Bauanträgen eine besondere Bedeutung: So wurden neben der mündlichen Bauberatung von Bauinteressenten und Architekten zu 629 Anträgen auf Bauvorbescheid und zu 5 121 Anträgen auf Baugenehmigung schriftlich planungsrechtliche und gestalterische Stellungnahmen abgegeben.

Die Zahl der Baugenehmigungsanträge ging zurück, aber dies läßt keinen Schluß auf eine verminderte Bautätigkeit zu, sondern resultiert aus dem 1983 eingeführten Kurzverfahren: Danach wurden pro Jahr 200 bis 300 Bauanträge für An- und Umbauten sowie sonstige kleinere Bauvorhaben nicht mehr in den Ämterumlauf gebracht, sondern in gemeinsamen Besprechungen von Bauverwaltungsamt, Stadtplanungsamt und Bauordnungsamt behandelt.

Aus den genannten Zahlen ist die Entwicklung und Intensität der Bautätigkeit nur mittelbar abzulesen, weil häufig die Planunterlagen geändert werden müssen und mehrfache Stellungnahmen nötig sind. Fest steht, daß mit der Erschließung der genannten Baugebiete ein außergewöhnlich großes Angebot an Bauplätzen geschaffen und so - dem allgemeinen Trend folgend - in den letzten Jahren eine zunehmende Bautätigkeit bewirkt wurde. Dabei sind mit Ausnahme des Schafbrühls sowie von Teilflächen der Baugebiete Ursrain, Neue Äcker, und Herrlesberg/Stauden alle Baugrundstücke Familienwohnungen in freistehenden Einzelhäusern, Reihenhäusern oder Hausgruppen vorbehalten, also nicht mit mehrgeschossigen Gebäuden für Mietwohnungen bebaubar. Dem besonders akuten Wohnraumbedarf an kostengünstigen, familiengerechten Mietwohnungen im Geschosbau kann nur teilweise entsprochen werden. Die Ausweisung von Baugrundstücken für einen mehrgeschossigen und damit kostengünstigeren Mietwohnungsbau ist eine vordringliche Aufgabe künftiger Bebauungspläne.

Bodenrechtliche Bestimmungen zur Sicherung der Bauleitplanung

Im Rahmen der bodenrechtlichen Bestimmungen wurden zur Sicherung der Bauleit-

planung mit dem Bauverwaltungsamt und dem Stadtvermessungsamt 489 Anträge auf Bodenverkehrsgenehmigung (Teilungsverträge) auf ihre Übereinstimmung mit den planungsrechtlichen Festsetzungen überprüft.

Städtebauliche Sonderaufgaben und Objektplanungen

Zu den städtebaulichen Sonderaufgaben und Objektplanungen, für die das Amt ebenfalls zuständig ist, gehört die Vorbereitung des Wohnumfeldprogrammes (WUP). Das bereits 1981 gemäß dem Förderprogramm des Landes eingeleitete Wohnumfeldprogramm für die Südstadt wurde bis Mitte 1983 vom Stadtplanungsamt erarbeitet und der Bevölkerung und dem Gemeinderat vorgestellt. Danach wurde auf Weisung des Baudezernats dieser Aufgabenbereich (einschließlich der Dorfentwicklungsmaßnahmen in Bühl) an das Stadtanierungsamt übergeben und die beiden Sachbearbeiter diesem zugeordnet.

Ferner wurden 1984 beim Ausbau der Ortsdurchfahrt B 28 in der Reutlinger Straße Planstudien und Rahmenvorstellungen zu einem städtebaulichen Wettbewerb für den Bereich "Südlich der Blauen Brücke" entwickelt. Mit den anderen technischen Ämtern, dem Ordnungsamt und den Stadtwerken hat das Planungsamt im gleichen Jahr den Umweltbericht vorbereitet und der Umweltbeauftragten übergeben. Für das Areal der Loretokaserne wurden schon 1986 - mit Blick auf die künftige Freigabe - Planstudien über mögliche Folgenutzungen erarbeitet sowie im Vorgriff auf eine Trassenführung der B 27 durch den "Schindhau" erste Plankonzepte einer Südstadterweiterung im Bereich Hechinger Straße gefertigt.

Rückblick und Perspektiven

Zieht man die Bilanz aus den dargestellten Ergebnissen und Bemühungen der Bauleitplanung - und darüber hinaus aus den allgemeinen kommunalpolitischen Erfahrungen der vergangenen acht Jahre - so ist festzustellen:

- Mit den rund 25 000 Studierenden der Universität und über 31 000 Erwerbstätigen, dem daraus resultierenden Wohnraumbedarf und dem täglichen Ziel- und Quellverkehr, ist die Stadt weit überfordert. Da nur etwa 15 000 Studierende in Tübingen eine Unterkunft finden, pendeln täglich etwa 10 000 Studierende und über 18 000 Erwerbs-

tätige. Über 70 % der Pendler fährt mit dem Pkw, belastet das Straßennetz und blockiert große Parkflächen.

- Zu den Belastungen einer für die Stadt überdimensionierten Universität kommen zusätzliche Einschränkungen durch die französische Garnison und deren Folgelasten. Vor allem die Inanspruchnahme von rund 450 Wohnungen - meist familiengerechte Großwohnungen - stellt bei dem besonders akuten Bedarf an solchen Wohnungen eine erhebliche Beschränkung, ein "Opfer" für nicht der Stadt dienende Belange dar.

- Allen Bemühungen um einen strukturellen Ausgleich - vor allem durch die Ansiedlung von mehr und möglichst hochqualifiziertem Gewerbe - sind enge Grenzen gesetzt.

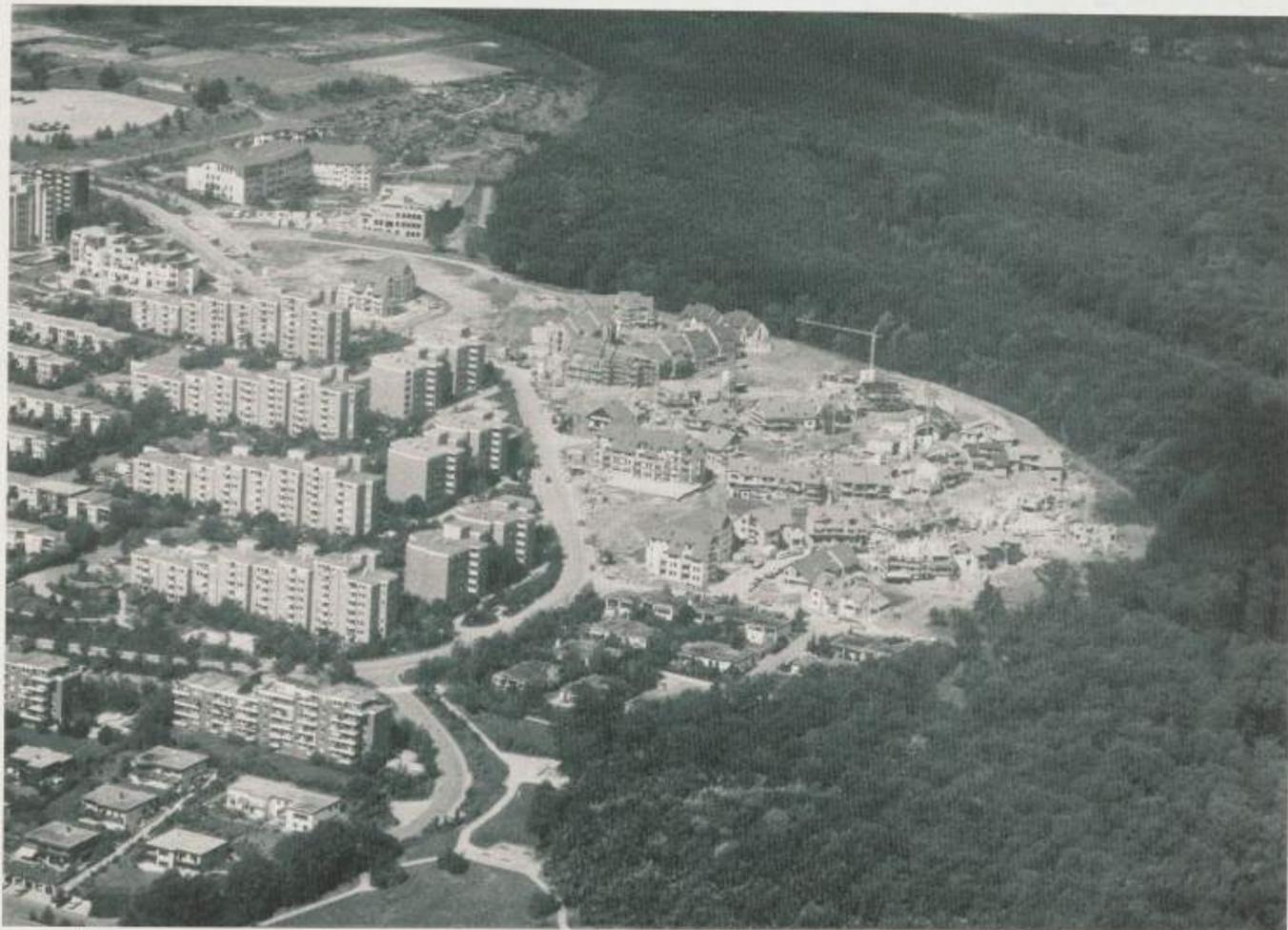
- Diese Betrachtungsweise gilt um so mehr, als Tübingen auch aus städtebaulicher und naturräumlich-ökologischer Sicht bereits an die Grenzen einer weiteren räumlichen Entwicklung stößt. Jedenfalls dann, wenn die Stadt das sie prägende städtebauliche Leitbild einer überschaubaren, durch landschaftsgestalterische Elemente räumlich gegliederten "Stadtlandschaft" erhalten will.

Daraus ergeben sich für die Stadtentwicklung und Stadtpolitik der kommenden Jahre folgende Schlußfolgerungen und Ziele:

- Ein permanentes, nachdrückliches Einwirken auf die Landesregierung und ihre politischen Gremien, die Universität auf eine angemessene Größenordnung auszurichten und der Stadt als Lastenträger dieser historischen Landeseinrichtung - in Kompensation für fehlende Gewerbesteuer - einen gebührenden Lastenausgleich zu gewähren.

- Zusammen mit der Universität die Bereitstellung von geeignetem Landesgelände zum Bau von Wohnungen, vorweg von Studenten-, Schwestern- und Personalwohnungen samt Folgeeinrichtungen der Kinderbetreuung zu erwirken.

- Angesichts der raschen politischen Entwicklung mit Bund und Land eine sukzessive Räumung der Garnisonseinrichtungen und Wohnungen zu verfolgen, die für 1991 zugesagt ist. Die sich hierbei eröffnenden Chancen zweckdienlicher Folgenutzungen sind bereits jetzt in alle Planungsüberlegungen mit einzubeziehen. Zur rechtlichen Verankerung der künftigen Nutzungen ist die Übernahme der Flächen und Einrichtungen in die Planungshoheit der Stadt vorzubereiten.



"Neue Äcker" werden bebaut



"Breite" in Pfrondorf

- Gleichzeitig sind bei der Bauleitplanung weitere Chancen eines partiellen "Stadtumbaus" zu nutzen: Indem nicht optimal genutzte oder gar brachliegende Gewerbeflächen (einschließlich solcher der Bundesbahn) je nach Ortslage entweder für eine möglichst intensive gewerbliche Nutzung oder für eine konzentrierte Wohnbebauung samt Dienstleistungseinrichtungen planungsrechtlich vorbereitet und damit liegenschaftlich aktiviert werden.

- Eine Aufgabe der Bauleitplanung ist es auch, die für berufstätige Mütter und Allein-erziehende notwendige Ausstattung der einzelnen Stadtgebiete mit zusätzlichen Einrichtungen der Kinder- und Schülerbetreuung planungsrechtlich vorzubereiten. Dasselbe gilt im Blick auf die Altersstruktur der Bevölkerung für Einrichtungen der Altenfürsorge.

Erst wenn diese Möglichkeiten einer Revitali-

sierung und Komplettierung innerstädtischer Bereiche genutzt oder längerfristig blockiert sind, sollte mit einer Stadterweiterung begonnen werden. Dabei ist zu denken an:

- eine ökologisch ausgerichtete Erschließung des Bereichs "Saiben" für weiteren Wohnraum und zusätzliche Arbeitsplätze,

- die Überprüfung möglicher Arrondierungen von Bauflächen bei der Weilersbachsiedlung, in den Bereichen "Weilerhalde" und "Kreuzberg", beidseits des Hagellocher Wegs, sowie im derzeit noch militärisch genutzten Bereich "Salzgarten" südlich der Hindenburg-Kaserne,

- die Südstadterweiterung beiderseits der Hechinger Straße nach dem Bau des "Schindhau-Tunnels",

- die Untersuchung zusätzlicher Ortserweiterungen in den einzelnen Stadtteilen, nicht

nur aus örtlicher, vielmehr aus gesamtstädtischer Sicht.

Als weitergreifende oder auch alternative Zukunftsperspektive der Stadtentwicklung sollte schließlich noch eine zusätzliche "Trabantenlösung" auf einer der Höhenlagen um Tübingen ins Auge gefaßt werden, wie dies bereits im Landschaftsplanentwurf (ARCHIPLAN) nördlich von Waldhausen und westlich von Pfrondorf angedeutet wurde.

Alte Stadt wird attraktiv

Das Stadtsanierungsamt

Anfang der sechziger Jahre, als in der Stadtverwaltung das Sonderamt Altstadtsanierung eingerichtet wurde, das ab 1991 den Namen Stadtsanierungsamt führt, sah man in der Sanierung eine aus dem Rahmen fallende besondere Aufgabe zur Wiederherstellung der historischen Altstadt und sprach von einer Generationenaufgabe. Heute zeigt sich, daß Stadterneuerung und Stadtumbau immer mehr zur normalen Tätigkeit einer Stadtverwaltung gehören. Wer die Landschaft in der Umgebung der Städte nicht mit immer neuen Siedlungen überziehen will, hat sich um Stadtqualität im Innenbereich zu bemühen. Dabei müssen die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Gesellschaft mit aufgearbeitet werden.

Die Tatsache, daß in den letzten Jahren die Bauinvestitionen für Modernisierung mindestens den gleichen Umfang haben wie die für Neubauten, illustriert die Bedeutung der Stadterneuerung. Viele entdecken den Wohnwert älterer Stadtgebiete neu und versuchen, sich dort einzurichten. Städtisches Milieu, urbane Dichte, gemischte Nutzungen sind wieder gefragt. Dem Stadtsanierungsamt sind dabei in den letzten Jahren neue Aufgaben zugewachsen. Die Stadterneuerung greift auf das gesamte Stadtgebiet über: auf Bereiche im Umfeld der Altstadt, auf Vorstadtflächen, die um die Jahrhundertwende bebaut wurden, auf historische Ortskerne in den früheren Umlandgemeinden und heutigen Stadtteilen. Viele betrachten die Stadtsanierung lediglich als Stadtverschönerung. Erhaltung und Wiederherstellung einer stadtgestalterischen Identität sind zwar ein wesentlicher Teil, aber eben nur ein Teilaspekt bei der Erneuerung lebendiger Stadtquartiere.

Das Kernstück

In der Zeit von 1972 bis 1980 war es gelungen, die Altstadtsanierung in Gang zu bringen, im Gemeinderat ein Rahmenkonzept zu verabschieden, technische und wirtschaftliche Verfahren auszuprobieren, bei den Betroffenen Interesse (anstelle der Vorbehalte) zu wecken und maßgebende Beispiele gelungener Sanierungen zu zeigen. In dieser Zeit

hat sich in großen Teilen der Bevölkerung ein erstaunlicher Bewußtseinswandel hin zu Verständnis für das historische Erbe vollzogen.

Die schrittweise Modernisierung der Altstadt durch die Eigentümer wurde im Sanierungsabschnitt nach 1980 fast zu einem Selbstgänger, an dem das Sanierungsamt im wesentlichen nur noch mit Beratung und Vergabe von Zuschüssen in der Fassaden- und Dachgestaltung beteiligt war (1982 bis 1990 wurden in der Altstadt 305 Vorhaben aus Mitteln der Stadtbildpflege mit insgesamt 1,39 Millionen DM bezuschußt). Der Schwerpunkt der städtischen Erneuerungstätigkeit



Rathausgasse vor ...



... und nach der Sanierung

lag deshalb bei Hochbauvorhaben für soziale und kulturelle Zwecke (Modernisierung, Umbauten, Neubauten) und bei der Neugestaltung der Straßen, Gassen und Plätze.

Mit der Fertigstellung der Sanierung "Rathausgasse" 1984 (Rathausweiterung, Ratskeller, Sozialwohnungen für Sanierungsbedürftige, Kinderspielplatz und Quartiersgarage) und dem Bau des städtischen Parkhauses "Am Stadtgraben", das zusammen mit dem privat finanzierten "Markt am Nonnenhaus" 1982/83 errichtet wurde, waren die beiden größten Baulücken der Altstadt nach Jahrzehnten wieder geschlossen. Mit der Altenbegegnungsstätte im modernisierten "Hirsch" in der Hirschgasse 9 (1982), der Neugestaltung des Kinderspielplatzes "Zwinger" beim Haagtor (1982), der neuen zweizügigen Silcherschule (Grundschule, 1983), der Erneuerung des Hölderlinturms als literarischer Gedenkstätte (1984/1985), der Verlegung der Stadtbücherei in das umgebaute frühere Verwaltungsgebäude der Stadtwerke an der Nonnengasse (1984) und einem weiteren Kindergarten "Im Rübenloch" (1987/88) in der Langen Gasse erhielt die Altstadt eine wesentlich verbesserte soziale und kulturelle Ausstattung. Eine wichtige Ergänzung bildet das Stadtmuseum im alten Kornhaus, das seit 1986 im Bau und 1991 eröffnet worden ist.

Mit der Neupflasterung, Umgestaltung und verkehrlichen Neuordnung (verkehrsberuhigte Bereiche), mit dem Pflanzen von Bäumen und besonders der Freilegung und Wiederherstellung des Ammerkanals (1980/88) hat die Altstadt ihren Wert als öffentlicher Raum, der in den sechziger Jahren im Autoverkehr zu ersticken drohte, zurückgewonnen. Seine Qualität besteht entscheidend darin, daß in ihm gewohnt, gearbeitet und gehandelt wird. Folgende Straßen und Plätze wurden im Berichtszeitraum nach Entwürfen des Amtes neu gestaltet:

- Am Lustnauer Tor, Bereich um das Haus Schimpf mit neuem Übergang über den Ammerkanal
- Fußgängerbereich um den Markt am Nonnenhaus
- Verkehrsberuhigte Nonnengasse zwischen Stadtbücherei und Parkhaus Am Stadtgraben
- östliche Hintere Grabenstraße
- Ammergasse mit Krummer Brücke und südlicher Seelhausgasse
- Salzstadelgasse mit neu aufgestellter Wenigerfigur von Ugge Bärte
- Judengasse mit Bereich hinter der Korn-

hausstraße (Zufahrt zur Quartiersgarage Rathausblock)

-Collegiumsgasse

-Lange Gasse

-östliche Metzgergasse und Umgebungsbe-
reich des früheren "Deutschen Hauses" Am
Lustnauer Tor 9

-Vorplatz der Gebäude Am Lustnauer Tor 3
und 4

-Am kleinen Ämmerle, westlicher Teil

-Neckarhalde.

Mit der im Rahmenplan Altstadtanierung
festgeschriebenen Sicherung eines städti-
schen Wohnungsbestandes erhält sich die
Stadt in der Altstadt die Möglichkeit zur Un-
terbringung von Sanierungsbedürftigen, Fa-
milien, Alleinerziehenden und sozial Benach-
teiligten. Das Modernisierungs-/ Neubaupro-
gramm wurde mit den Objekten Hirschgasse
9 (Altenwohnungen), Am Markt 3/Marktgas-
se 2, Metzgergasse 31, Am kleinen Ämmerle
14, Lange Gasse 54 fortgesetzt. An gemein-
nützige Wohnungsbauträger wurden wei-
tergegeben die Gebäude Am Lustnauer Tor
1 (zwei Geschosse für Studentenwohnun-
gen an das Studentenwerk) und Hintere
Grabenstraße 13 an die GSW Sigmaringen
als Wohnungen für Behinderte und Haushal-
te mit Kindern.

Die Sanierung am Ammerkanal und die
Neuordnung des Quartiers "Rübenloch" zwi-
schen Lange Gasse und Hintere Grabenstra-
ße erhielten 1982 und 1989 jeweils eine lo-
bende Anerkennung bei der Vergabe des
Walter-Hesselbach-Preises, des einzigen
Städtebaupreises im Bundesgebiet. Mit all
diesen Maßnahmen hat die Altstadt 1990



96 Straßenrückbau entlang der Steinlach

einen Stand erreicht, bei dem zwar nicht
perfektionistisch alle Mißstände und Mängel
beseitigt sind, bei dem man aber erwarten
kann, daß ein normaler Rhythmus der lau-
fenden Unterhaltungen und Verbesserun-
gen einsetzen wird. Es kommt jetzt darauf an,
durch geeignete Rechtsinstrumente dafür
zu sorgen, daß die erreichte Balance zwi-
schen vorhandenen Nutzungen und sozia-
len Gruppen erhalten bleibt.

Das Umfeld der Altstadt

Das Stadtansierungsamt hat sich in den Be-
richtsjahren auch intensiv mit den Bereichen
befaßt, die dem früheren Mauerring unmit-
telbar vorgelagert sind. Hier gibt es erheb-
liche städtebauliche Defizite, die größtenteils
auf die Verkehrsentwicklung der vergange-
nen Jahrzehnte zurückgehen. In den kom-
menden Jahren wird es hier darauf ankom-
men, neue attraktive Nutzungen unterzu-
bringen, den Straßenraum aufzuwerten, die
Parkierung besser zu bewirtschaften und ins-
gesamt den Gebieten zu einer hohen Stadt-
qualität - man kann auch sagen Urbanität -
zu verhelfen. In den drei Gebieten Neckar-
tor, Keltnerplatz und Weststadt hat die Stadt
jeweils durch Ausschreibung von Architek-
tenwettbewerben, durch Bebauungspläne
und durch Aufnahme ins Sanierungspro-
gramm des Landes die Vorarbeiten für Ver-
besserungen geleistet.

Einige dieser Maßnahmen seien genannt:

- Neugestaltung der Wöhrdstraße mit Neu-
bebauung auf der Neckarseite (1990)
- Neuerrichtung einer Neckarmüllereigast-

stätte mit Biergarten unter den Kastanien (in
Vorbereitung)

-Neugestaltung des Neckartorgartens und
des Staffelaufgangs zum Österberg (in Vor-
bereitung)

-Aufstockung des Parkhauses König (1989)

-Erweiterung des Feuerwehrhauses am Kel-
ternplatz (1990 begonnen)

-Umbau der früheren Kelter in eine öffentli-
che Markthalle (1989/91)

-Neugestaltung des Keltnerplatzes (1990/92)

-Umgestaltung der Straßen in der nördlichen
Unterstadt (1990/92)

-Verlegung der Hauptschule Innenstadt und
der Albert-Schweitzer-Realschule neben die
Hermann-Hepper-Turnhalle (ab 1991)

-Umgestaltung des Haagtorplatzes 1990/91)

-Bau einer Tiefgarage und einer Sporthalle
an der Westbahnhofstraße (in Vorbereitung)

-Umbau der Hermann-Hepper-Turnhalle zu
einer Versammlungshalle (schrittweise im
Bau)

-Neuordnung und -gestaltung der Straßen
westlich der Altstadt (in Vorbereitung).

In dieses Programm fügen sich die Verwen-
dung der Lauppschen Druckerei für die
Volksbank und die Renovierung einer Reihe
Gartenhäuschen entlang der Ammer (nörd-
lich des Keltnerplatzes) vorzüglich ein. Der
Vorplatz der Volksbank kann als Beispiel für
die angestrebte Qualität der Straßenbild-
pflege dienen.

Neue Aufgaben

Im April 1983 wurde das Stadtansierungsamt
beauftragt, das im Planungsamt vorbereite-
te "Wohnumfeldprogramm Südstadt" zu be-
treuen, das bereits angelaufene "Dorfent-
wicklungsprogramm Bühl" weiterzuführen
und sich der Ortsbildpflege in den histori-
schen Ortskernen Derendingens, Lustnau
und der acht Stadtteile anzunehmen. Vom
Planungsamt wurden zwei Mitarbeiter in das
Stadtansierungsamt übernommen.

Mit dem Wohnumfeldprogramm Südstadt
sollte der bis dahin vernachlässigte Stadtteil
in seiner Eigenart gestärkt und vom Fremd-
verkehr entlastet werden. Die Maßnahmen
konzentrierten sich auf den Umbau von Stra-
ßen (einschließlich Begrünung, die früher be-
reits vorhanden war) und die Verkehrslen-
kung, wobei die Anfahrbarkeit der noch vor-
handenen Gewerbe-, Handwerks- und Ein-
zelhandelsbetriebe eine wichtige Rolle spie-
lte. Über das Wie der Umgestaltung gab es
wiederholt heftige Debatten mit den Betrof-
fenen, mit dem Handel- und Gewerbever-
ein und in den Gremien des Gemeinderates.

Die wichtigsten Einzelprojekte waren Fürst-
Eugen-, Katharinenstraße, Sternplatz (Aufhe-
bung des Kreisverkehrs zugunsten eines Fuß-
gängerplatzes mit Bäumen) und der Bereich
um das in der ehemaligen Stuhlfabrik Schä-
fer etablierte Landestheater Tübingen. Zur
Abrundung fehlen noch die Bepflanzung
der Hechinger Straße mit zwei Baumreihen
und der Bau des Parkhauses auf dem Gelän-
de des ehemaligen Kinos "Metropol", der
sich wegen der Beseitigung der Altlast unter
dem ersten Tübinger Gaswerk verzögert.
Das Programm hat mit dazu beigetragen,
daß heute immer wieder Südstadtbewoh-
ner ihren Stadtteil als ein Gebiet von beson-
ders hoher städtischer Attraktivität loben.

Dorfentwicklung Bühl

Im Ortskern wurde mit dem Dorfentwik-
lungsprogramm des Landes an der Erhal-
tung des charakteristischen Ortsgefüges ge-
arbeitet. Die Tätigkeit des Stadtansierungs-
amtes erstreckte sich dabei auf die Gestal-
tungsplanung für wichtige Straßen und Plät-
ze, insbesondere auch auf die Beratung der
Eigentümer bei der Modernisierung der Ge-
bäude, der Fassadengestaltung und der
Verbesserung der Vorgärten. Das Vorhaben
wurde 1988 vorläufig abgeschlossen. Kleine
abrundende Ergänzungen sollen 1991/92
folgen.

Programm Einfache Stadtansierung Lustnau

Im Ortskern werden mit Mitteln des Landes-
programms "Einfache Stadtansierung"
nach einem im Gemeinderat 1988 verab-
schiedeten Gesamtkonzept Arbeiten an
den Straßen sowie in den Grünanlagen und
im Bereich bei der Dorfackerschule ausge-
führt, die zu einer Verlangsamung des Ver-
kehrs und zu mehr Rücksichtnahme auf Fuß-
gänger, Kinder und Ältere führen sollen. 1989
war ein erster Bauabschnitt im Gebiet Dorf-
straße/Kreuzstraße/Aeulestraße/Alberstraße
fertiggestellt.

Ortskernsanierung Unterjesingen

Wegen des im Zentrum noch ausgeprägten
Dorfcharakters wurde der Stadtteil 1989 für
ein Sanierungsverfahren nach dem Landes-
programm ausgewählt. Nach Untersuchen
und Diskussionen über die städtebaulichen
Mängel und Ziele der Ortskernsanie-
rung erfolgte 1986 die förmliche Festlegung
des Sanierungsgebietes und der Sanierungs-
ziele. Neben der Erhaltung und Modernisie-



Unbekannt: Wohnanlage auf dem "Markt am Nonnenhaus"

rung der historischen Bausubstanz (darunter
zahlreicher großer Scheuern) und der Wie-
derherstellung eines ansprechenden Stra-
ßenbildes muß der Aufwertung des Ortskerns
als Dorfmitte besondere Aufmerksamkeit
gewidmet werden. So entspricht die Mehr-
zweckhalle nicht mehr den heutigen Anfor-
derungen; für eine Erweiterung wurde 1989
ein städtebauliches Gutachten unter drei
Architekturbüros ausgeschrieben.

Die Jesinger Hauptstraße ist wegen der Be-
nutzung als Ortsdurchfahrt der B 28 mit einer
Belastung von fast 21 000 Kraftfahrzeugen in
24 Stunden in der Funktion als Ortsmittelpunkt
(mit zahlreichen öffentlichen Einrich-
tungen und privaten Geschäften) gravie-
rend geschädigt. Solange ein Konzept für
eine Auslagerung des Verkehrs nicht ver-
bindlich festgesetzt ist, müssen die Bemü-
hungen um eine Wiederherstellung dieses
Bereichs fragmentarisch bleiben.

Von 1956 bis 1989 wurde etwa ein Drittel des
Sanierungsprogramms verwirklicht (darunter
13 städtische und private kleinere und grö-
ßere Modernisierungen an Gebäuden). Bis
Mitte 1990 wurden 1,8 Millionen DM aus dem
Sanierungshaushalt für Unterjesingen aufge-
wendet.

Ortsbildsatzung

Das Stadtansierungsamt hat für die Dorfker-
ne der Stadtteile eine Ortsbildsatzung erar-
beitet und mit den Bürgern und Gremien

erörtert. Ziel ist weniger die Verschönerung
als vielmehr die Erhaltung des charakteristi-
schen Aussehens der von ihrer Geschichte
und Vergangenheit geprägten Ortskerne.
Die Reaktion auf diese Absicht der Verwal-
tung und des Gemeinderats ist in den Stadt-
teilen sehr verschieden. Teils bestehen in der
Bevölkerung erhebliche Bedenken gegen
eine solche als Bevormundung aufgefaßte
Satzung; teils wird das Konzept einer Regu-
lierung der Ortsbildpflege überwiegend be-
grüßt. Nach dem Auslegungsverfahren 1989
müssen als nächstes die Gremien in den
Stadtteilen in der Frage "Ortsbildsatzung ja
oder nein" entscheiden.

Wie in der Altstadt gab es seit 1984 auch in
den Stadtteilen Zuschüsse zu besonderen
Aufwendungen bei der Außeninstandset-
zung von Gebäuden (Fassaden/Dächer)
nach der geplanten Stadtbildsatzung. Die
Vergabe ist mit einer sehr intensiven Be-
ratung der Bauherren, Architekten und Hand-
werker verbunden.

Bei Sozialstruktur Durchschnitt erreicht

Ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Stadter-
neuerung ist der Schutz wirtschaftlich
schwacher Gruppen unter den Bewohnern
und Gewerbetreibenden vor Veränderun-
gen, die ausschließlich unter dem Aspekt
optimaler wirtschaftlicher Grundstücksver-
wertung vorgenommen werden. So sind
heute Gebiete in der Nachbarschaft der

Stadtzentren interessante Wohn- und Bürolagen, besonders wenn sie durch Sanierungen mit öffentlichen Mitteln aufgewertet werden.

Als Steuerungsinstrumente stehen der Stadt zur Verfügung:

- die Verordnung gegen Zweckentfremdung von Wohnraum von 1973,
- die Vorhaltung städtischen Wohnraums für benachteiligte Gruppen und der Erwerb von Belegungsrechten bei der Förderung von Modernisierungen,
- die Aufstellung von "einfachen Bebauungsplänen", in denen lediglich die Art der Nutzung geregelt wird (etwa Festsetzung von Wohnnutzung oberhalb des ersten Obergeschosses und Nichtzulassung weiterer Gaststätten wie im Bebauungsplan "Altstadtgebiet").
- die Festlegung von Erhaltungsgebieten.

Mit letzterem können Veränderungen an Bauwerken untersagt werden, wenn zu erwarten ist, daß sie die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung, welche aus städtebaulichen Gründen erhalten bleiben soll, gefährden.

Die Tübinger Innenstadt ist bis jetzt kein bevorzugtes Gebiet für besonders Wohlhabende, aber es besteht die Gefahr, daß durch eine noch weitergehende Modernisierung der Restanteil preisgünstiger Wohnungen in den nächsten Jahren drastisch abnimmt. Die Verwaltung hat deshalb dem Gemeinderat vorgeschlagen, die Zweckmäßigkeit einer Erhaltungssatzung zu prüfen.

Erfreulicherweise hat in der Altstadt die Bevölkerungszahl seit 1977 nicht weiter abgenommen (trotz zunehmenden Wohnflächenbedarfs pro Kopf). Bemerkenswert ist, daß von 1978 bis 1988 eine Annäherung der Bevölkerungsstruktur an den gesamtstädtischen Durchschnitt erreicht wurde (Ausnahme: Ausländeranteil). Diese "Durchschnittlichkeit" sollte in Zukunft möglichst gehalten werden.

Denkmalpflege

Die Aufgaben der Stadt als Untere Denkmalschutzbehörde nimmt das Stadt-sanierungsamt wahr. Hierzu gehört zunächst der regelmäßige Gedanken- und Erfahrungsaustausch und die Besprechung aktueller Bauvorhaben mit dem zuständigen Konservator beim Landesdenkmalamt. Zu dieser Routine kam 1985 bei den sehr umfangreichen und spannenden Ausgrabungen unter dem

Kornhaus die Zusammenarbeit mit der Abteilung Mittelalterarchäologie des Denkmalamtes. Die Grabung wurde vom Stadt-sanierungsamt mit angeregt und von der Stadt finanziell und durch Rücksicht beim Umbau gefördert. Die Ergebnisse haben für die Erforschung der Stadtgeschichte des Mittelalters, auch generell über Tübingen hinaus, interessante Aufschlüsse erbracht und werden das Stadtmuseum im Kornhaus deutlich bereichern. Ein Teil der Exponate wurde so auf dem eigenen Grundstück "produziert".

Ein weiteres Feld städtischen Engagements ist die Inventarisierung der Kulturdenkmale der Stadt, von denen bis heute keine vollständige Auflistung existiert. Um die Aufstellung der Denkmalliste zu fördern, hat die Stadt Fachkräfte in Zeitverträgen (Arbeitsbeschaffungsprogramm) mit den Untersuchungen für Listenentwürfe der Teilbereiche "Ortskerne der Stadtteile" und "Gebäude des 19. und 20. Jahrhunderts" beauftragt.

Das Recht im Blick

Das Bauordnungsamt

Das Bauordnungsamt als Teil der unteren Baurechtsbehörde hat darauf zu achten, daß bei der Errichtung, der Unterhaltung und dem Abbruch baulicher Anlagen (Bauten aller Art vom Wohnhaus über Schornsteine und Brücken bis zu Stellplätzen) die öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten und die dazu erlassenen Anordnungen befolgt werden.

Die Hauptaufgaben des Amtes sind also: Bearbeitung der Bauanträge und Stellungnahmen für Sonderbehörden in bauordnungsrechtlicher Sicht, Bauüberwachung und Bauabnahmen, Bauberatung, Brandverhütungsschau, Überwachung von Hauskläranlagen und geschlossenen Gruben, Verkehrswertschätzungen, Anerkennungsbescheide im steuerbegünstigten Wohnungsbau, Anträge auf Baudarlehen, Prüfung statischer (bautechnischer) Unterlagen, Grundstücksteilungen, Begründung von Wohnungseigentum, Verwaltung der Bauregister.

Das Amt hat an Bauanträgen, Zustimmungsverfahren, Bauvorbescheiden, Nachtragsgesuchen und Stellungnahmen für Sonderbehörden bearbeitet:

Jahr	Stadt mit Lustnau und Derendingen	Stadtteile	zusammen
1982	473	225	698
1983	485	221	706
1984	423	189	612
1985*	451	192	643
1986	590	245	835
1987	640	257	897
1988	655	302	957
1989	637	322	959
1990	686	351	1 037

* bis zum Jahre 1985 wurden lediglich Bauanträge erfaßt

Fertiggestellte Wohnungen:

Jahr	Stadt mit Lustnau und Derendingen	Stadtteile	Anzahl zusammen
1982	526	100	626
1983	731	123	854
1984	850	111	961
1985	448	78	526
1986	180	80	260
1987	183	48	231
1988	154	55	209
1989	155	78	233
1990	225	98	323

Hinzu kam eine Fülle von Industrie- und Gewerbebauten.

Die gesamte Arbeit haben neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewältigt. Neben dem Amtsleiter Konrad Kost sind dies zwei Bauverständige, ein Sachbearbeiter für Statik und sonstige bautechnische Nachweise, vier Baukontrolleure und eine Sekretärin.

Zur Neuordnung der Bauregistratur ist außerdem für ein Jahr eine Hilfskraft (ABM) eingesetzt.



"Ursrain Eger" Anfang 1990

Die Stadt als Bauherr

Das Hochbauamt

Der Schwerpunkt der Bautätigkeit lag in der ersten Hälfte des Berichtszeitraumes. Abgeschlossen wurden das Schulzentrum Feuerhügge sowie die Neubauten der Grundschulen Innenstadt und Waldhäuser-Ost mit einem Bauvolumen von zusammen über 45 Millionen DM. Daneben entstanden ein Pflegeheim, zwei Kindergärten, zwei Feuerwehrgebäude und der Gärtnereihof. Das frühere Gebäude der Stadtwerke wurde für die Stadtbücherei hergerichtet.

In der zweiten Hälfte des Zeitraums überwog die Planungstätigkeit für Projekte, deren Realisierung inzwischen zum Teil angelaufen ist: Erweiterungsgebäude für die Feuerwehr Mitte, Kinderhäuser Alte Mühle in Derendingen und Horemer, Erweiterungsbau Grundschule Unterjesingen. Verschiedene Projekte blieben in der Planungsphase stecken, so insbesondere das Parkhaus Metropol, weil auf dem Grundstück eine Altlast des früher dort befindlichen Gaswerks entdeckt wurde.

Ein neues umfangreiches Aufgabengebiet bildet das im Januar 1990 beschlossene Wohnungsbauprogramm sowie ein weiteres Programm zum Bau von Wohnraum für Asylbewerber. Beide erstrecken sich über mehrere Zeitstufen und haben ein Investitionsvolumen von 15 bis 20 Millionen DM. In Planung oder Planungsvorbereitung sind derzeit eine neue Schul- und Sportanlage an Schleifmühlweg/Westbahnhofstraße, eine Sporthalle in Bühl, mehrere Kindergartenneubauten sowie Kindergarten- oder Grundschülerweiterungen.

Von großer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit der Verwaltung ist der geplante Erweiterungsbau des Technischen Rathauses. Seit Ende 1990 steht die künftige Übernahme von Liegenschaften der französischen Garnison im Vordergrund des kommunalpolitischen Interesses. Hier wird in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt der Investitionen der Stadt liegen.

Sanierung und Erhalt

Unehmendes Gewicht erlangt seit einiger Zeit die Sanierung von Flachdächern und

besonders von Betonfassaden. Bei letzteren ist der jährliche Schadensfortschritt außerordentlich hoch, wenn die Rettung nicht rechtzeitig erfolgt. So haben sich die ursprünglich ermittelten Sanierungskosten für die Fassade der Walter-Erbe-Realschule innerhalb von sieben Jahren verfünffacht. Der schlechte Zustand der Substanz der städtischen Wohngebäude konnte mit den nach dem Gebäudezustandsbericht 1981 bereitgestellten Mitteln deutlich verbessert werden. Leider sind die jährlichen Bauraten seit 1989 wieder rückläufig.

Die Generalsanierung der alten Gymnasien wurde mit dem Uhland- und dem Kepler-Gymnasium fortgesetzt. Bei letzterem beschloß der Gemeinderat wegen der besonderen architektonischen Bedeutung eine aufwendigere, denkmalgerechte Sanierung der Innenräume. Durch verschärfte Vorschriften waren vor allem an Schulgebäuden Investitionen in teils ganz erheblichem Umfang zur Verbesserung des Brandschutzes erforderlich. Wachsendes Umweltbewußtsein führte zu Investitionsprogrammen für den Austausch von Weich-asbest in Elektroheizungen und PCB-haltigen Transformatoren in Leuchten. Seit 1990 sind PVC-Produkte möglichst durch halogenfreie Stoffe zu ersetzen. Das wird etwa bei Elektroinstallationen zu beträchtlichen Mehrausgaben führen. Durch Dienstanweisung wurde die Verwendung von Holzschutzmitteln grundsätzlich verboten. Diese Entscheidung hatte bisher keinerlei negative Folgen.

Die Mittel zur Bauunterhaltung sind zwar von 3,3 Millionen DM im Jahr 1982 auf 4,8 Millionen DM im Jahr 1989 aufgestockt worden; dies ist aber angesichts des Kaufkraftverlusts nach wie vor ungenügend. Seit Jahren wird der Zuwachs an hochinstallierten Neubauten zu wenig berücksichtigt. Gerade sie belasten den Haushalt durch ihren hohen Wartungsaufwand. Unzureichende Mittel aber führen zum Verfall der Bausubstanz und machen irgendwann aufwendige Generalsanierungen erforderlich, die sich hätten vermeiden oder wenigstens hinausschieben lassen. Doch ist der Zustand der Gebäudesubstanz im Schnitt deutlich besser als vor 10 Jahren.

Energiesparen

Nach Voruntersuchungen erarbeitete das Hochbauamt 1981 einen ersten kurzgefaßten Energiebericht. Von Ende 1981 bis 1985 verfaßte dann ein Fachbüro mit einem Werkvertrag als Energiebeauftragter für die

Stadt vier Energieberichte. Im dritten von 1983 wurde unter Hinweis auf die Gefahren einer CO₂-Anreicherung der Atmosphäre und auf die notwendigen Folgerungen für die Energiesparpolitik angeregt, einen Wärmeatlas für Tübingen zu erstellen. Ein Teil des in den Berichten enthaltenen Maßnahmenkatalogs ist in die Haushalts- und Finanzplanung der Stadt eingegangen. Der Abschlußbericht von 1986 enthält eine Energieverbrauchsliste der bis dahin verwirklichten Vorschläge.

Seit 1986 hat die Stadt einen eigenen Energiebeauftragten (bis Ende 1989 Peter Strauss, seit 1990 Joachim Rätsch), der 1986/87 den fünften Energiebericht dem Gemeinderat vorlegte. Nach diesen Berichten wurde eine Fülle von Vorhaben zur Energieeinsparung finanziert und ausgeführt. Dazu gehört ein umfangreiches Programm zum Umbau von Leuchten auf Energiesparbeleuchtung.

Mit der Veräußerung von sieben größeren Heizanlagen 1989 an die Stadtwerke erhielten diese ein beträchtliches Potential zum Ausbau von Nahwärmenetzen und Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen. Künftig wird die Bedeutung hoch wärmedämmter Häuser zunehmen (Niedrigenergiehäuser). Ein entsprechender Beschluß des Umweltausschusses vom 11.10.1990 setzt strenge Richtwerte bezüglich des Wärmedurchgangskoeffizienten (k-Wert) fest.

Es grünt so grün - Gartenabteilung

Die zwei Mann der Gartenabteilung haben von 1982 bis 1990 im gesamten Stadtgebiet landschaftsgärtnerische Arbeiten für 11,3 Millionen DM verplant, ausgeschrieben, überwacht und abgerechnet. Darunter sind nicht nur Neubauten und Erweiterungen von Kinderspielplätzen, Sportanlagen, Friedhöfen, Straßen- und Platzbegrünungen, Freianlagen für Kindergärten, Schulen, Turn- und Festhallen, sondern auch arbeitsintensive Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum im gesamten Stadtgebiet 4 140 Straßen-, Allee- und Parkbäume sowie rund 43 000 mittelgroße Bäume, Kleinbäume und Großsträucher mit mehr als zwei Meter Wuchshöhe gepflanzt.

Stadtgärtnerei

Die Stadtgärtnerei besteht aus zwei Betrieben, dem Blumen- und Zierpflanzenbau mit

Anzuchtbetrieb in der Rappenberghalde 49 und dem Pflegebetrieb der Park-, Garten- und Sportanlagenunterhaltung mit dem 1986 in Betrieb genommenen neuen Gärtnereihof in der Europastraße 30.

Bei der Pflege der öffentlichen Erholungsflächen wird die Stadtgärtnerei durch die Vermehrung des Begleitgrüns (Wohnumfeldprogramm und Verkehrsberuhigung) leider immer weiter in die Position eines drittklassigen Straßenreinigers gezwungen und die fachlichen Tätigkeiten müssen reduziert werden.

In der Grünpflege wird die Erholungsfunktion immer mehr zu einer Hygienefunktion. Zur Zeit werden rund 165 Hektar Grünflächen, 3 000 Großbäume und etwa 20 000 Jungbäume betreut. Davon sind 90 Hektar öffentliches Grün, 20 Hektar waldartige und extensive Parkflächen, 25 Hektar Sportgrün mit Freibad und Reitstadion, sowie 30 Hektar Straßenbegleit- und Parkplatzgrün. Allein die neue B 28 bringt über zwei Hektar dieser pflegeintensiven und unangenehmen Pflegeflächen und ab 1990 das Verkehrsberuhigungsprogramm 130 kleine Begleitgrünflächen in 30 Straßen. In der Kernstadt sind es 820 Pflegestellen, davon sind 340 intensiv, also täglich oder wöchentlich zu pflegen und zu reinigen.

Der prozentuale Flächenanteil am öffentlichen Grün teilt sich auf in 47 Prozent Rasen/Wiese, 31 Prozent Gehölze, 14 Prozent Wege und acht Prozent Verschiedenes wie Sandkästen und Spielgeräteflächen. Eine weitere Rationalisierung mit Maschinen ist nicht mehr möglich. Sie wurde in den Jahren 1958/65 in der Rasenpflege voll verwirklicht. Durch die verstärkte Extensivpflege tritt die manuelle Arbeit wieder in den Vordergrund. Die fünf Pflegebereiche mit je 20 bis 25 Hektar wurden 1988/89 auf sieben Bezirke vermehrt, da die Flächen im Straßenbegleitgrün stark zugenommen haben. Jede Pflegekolonne ist mit vier bis sechs Arbeitskräften besetzt.

Personalstand für die Grünflächenunterhaltung: Drei Arbeitskräfte für Betriebsleitung und Verwaltung, eine Gärtnermeisterin und drei Gärtnermeister, 23 Gärtnerinnen, Gärtner und Landwirte, ein Maurer, ein Zimmermann, 24 Gartenbauhelfer, zwei Anlagenwärter und ein Werkstattarbeiter. Neben den Kulturarbeiten erfordert die Reinigung sowie das Wässern der Junggehölze viel Arbeit. Im Winter sind zusätzlich zur Gehölz- und Baumpflege 1 200 Sitzbänke und 180 Spiel-

geräte zu pflegen und 16 Kilometer Wege zu räumen und zu streuen sowie Solitärgehölze umzupflanzen. 60 Kinderspiel- und Bolzplätze sowie der Waldsportpfad werden ständig überwacht und einmal im Monat kontrolliert, die Sandkästen wöchentlich, bei Bedarf täglich gereinigt.

Die Stadtgärtnerei verwendet im Pflegebereich keine Pestizide mehr. In Nottfällen werden biologische Mittel eingesetzt. Seit über 30 Jahren arbeitet sie mit dem Bund für Vogelschutz, Ortsgruppe Tübingen (Nistkästen) und in den letzten Jahren mit der Unteren Naturschutzbehörde (Grünflächen und Gehölzschnitte) zusammen. Zum Jahresbeginn 1991 wird die neue Kompostierungsanlage in Betrieb genommen.

Seit 1978 werden die 3 000 Altbäume regelmäßig gepflegt. Bisher wurden 165 Solitärbäume in der Kernstadt, 13 auf Friedhöfen, sieben in den Stadtteilen und 653 Alleebäume saniert. Die Erfolge sind positiv, die Mittel also gut angelegt.

1987 wurde in einem Organisationsgutachten vorgeschlagen, die einzelnen Dienststellen der Grünflächenpflege in einem Grünflächenamt zusammenzufassen. Am 1.4.1991 nimmt die Amtsleiterin des inzwischen geschaffenen Grünflächenamtes ihren Dienst auf.

▼ Nachwuchs...



Eine Fülle von Aufgaben

Das Tiefbauamt

Dem Tiefbauamt sind folgende Aufgabenbereiche zugewiesen: Verkehrs- und Straßenplanung, die aber im Dezember 1988 aus dem Tiefbauamt ausgegliedert wurde, vorläufig dem Baudezernat unterstellt wurde, Bau und Unterhaltung von Straßen, Wegen und Verkehrseinrichtungen, Straßenbeleuchtung und -reinigung, Winterdienst, Gewässerausbau und -unterhaltung, Abwasserbeseitigung, Ablagerung von Erdaushub, Unterhaltung und Betrieb der städtischen Brunnen, Bauhof, Tiefbaumaßnahmen der Altstadtsanierung und der Stadtwerke, städtisches Lärmschutzprogramm.

Die Zahl der Beschäftigten des Tiefbauamts ist von 1982 bis 1990 mit 158 und 157 nahezu gleich geblieben. Stadtbaudirektor Emil Hartmeyer, der das Amt 23 Jahre lang geleitet hatte, trat am 1. Oktober 1983 mit 62 Jahren in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Friedrich Gräber.

Umweltschutz

Als eines der schwierigsten Umweltprobleme sind inzwischen die Altlasten erkannt worden, bei denen zwischen Altablagerungen (stillgelegte Auffüllplätze, Hausmülldeponien, wilde Müllkippen und Lagerflächen von Produktionsabfällen) und Altstandorten (Betriebsflächen stillgelegter, seinerzeit mit umweltgefährlichen Stoffen arbeitender Industrie- und Gewerbebetriebe) unterschieden wird. Die Erkundung und Sanierung begann in Baden-Württemberg 1985 mit der systematischen, landesweiten Erfassung der Standorte. Die Stadt Tübingen ermittelte 1986 und 1987 insgesamt 28 Altablagerungs- und elf Altstandorte. Unter den Altlastenstandorten sind das ehemalige Gaswerk an der Reutlinger Straße und das alte Neckarbett in Lustnau die problematischsten.

Ehemaliges Gaswerk an der Reutlinger Straße

Bei Baugrunduntersuchungen für den Neubau eines Parkhauses sowie eines Wohn- und Geschäftshauses der GWG auf dem Gelände des früheren Lichtspielhauses Metropol an der Reutlinger Straße wurden an mehreren Bohrlöchern teerartiger Ge-

such und schwarze Verfärbungen festgestellt. Chemische Analysen ergaben im April 1988 hohe Konzentrationen von Cyaniden und polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen, wie sie besonders Kokereien und Gaswerkbetrieben eigen sind.

Nach einer "Historischen Erkundung" - Nachforschungen in alten Akten, in Plänen im Liegenschaftskataster und im Stadtarchiv hatten ergeben, daß sich dort von 1862 bis 1908 das erste städtische Gaswerk befand - und nach Abschluß einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Landratsamt wurde im November 1988 mit der eigentlichen Erkundung begonnen und ein Tübinger Ingenieurbüro mit den fachtechnischen Untersuchungen beauftragt.

Mitte 1990 befand man sich am Ende der dritten, der "Näheren Erkundung." Die Abteufung der Bohrungen und Sondierungen sowie die Pumpversuche zur Untersuchung des Grundwassers sind soweit abgeschlossen, daß die Ergebnisse ausgewertet und zu einem Gutachten verarbeitet werden konnte, das im Herbst 1990 vorgelegt worden ist.

Weil bei den Bodenuntersuchungen in den Hausgärten des früheren Gaswerkgeländes auch im Oberboden Schadstoffe und Schwermetalle in beträchtlicher Konzentration nachgewiesen wurden, mußte den Anwohnern im April 1989 vom Gesundheitsamt der Verzicht auf den Verzehr von eigenem Obst und Gemüse empfohlen werden. Darauf machte sich bei den Anliegern Sorge über etwaige gesundheitliche Einbußen breit.

Die Stadt vergab deshalb im Juli 1989 einen weiteren Untersuchungsauftrag über einen möglichen Schadstofftransfer zwischen den belasteten Gartenböden und den Gartenfrüchten. Dieser ergab bisher, daß der verunreinigte Boden die gärtnerische Nutzung nicht negativ beeinflusst, daß die Bereiche mit Cyaniden aus der Gasreinigung unter befestigten Hofflächen abgrenzbar sind, daß Reste einer alten Teergrube geortet werden konnten und daß die Teeröle nach über 80 Jahren bis auf die Sohle des Grundwassers in zehn Meter Tiefe abgewandert und dort im Kies "verbacken" sind.

Nach Abschluß der dritten Erkundungsstufe im Herbst 1990 wird sich der vierte Schritt, die "Eingehende Erkundung" für Sanierungs- bzw. Sicherungsvorschläge anschließen, für die ebenfalls mit etwa einem Jahr zu rech-

nen ist. Somit wird erst Ende 1991 eine Aussage möglich sein, wie, in welchem Zeitraum und mit welchen Kosten saniert werden kann oder muß.

Die Kosten der bisherigen drei Erkundungsschritte sind mit rund 900 000 DM beträchtlich. Die Fachleute schätzen, daß für die Erkundungsstufe vier weitere 800 000 DM zu veranschlagen sind. Dies ist dann allerdings noch wenig im Vergleich zur Sanierung, für die die Fachleute 21 Millionen DM als nicht unrealistisch genannt haben.

Ziel der Stadt muß es sein, daß bei der Sanierungsuntersuchung das Baugrundstück für das Parkierungs- und Geschäftsgebäude auf dem freien Platz zwischen Walter-Simon-Straße und Reutlinger Straße zeitlich vorgezogen wird, sodaß dort vielleicht noch 1992 mit Hochbauten begonnen werden kann.

Altes Neckarbett

In den Jahren 1936 bis 1938 wurde der Neckar auf Gemarkung Lustnau in seiner heutigen begradigten Linienführung ausgebaut. Weil das Aushubmaterial des neuen Flußbetts für den Bau der Umgehungsstraße B 27 verwendet wurde, blieb der stillgelegte, etwa 1 600 Meter lange Altarm des Neckars zunächst offen. 1939 begann die Stadt mit der Auffüllung des Altwassers. Abgekippt wurden Bodenmaterial, vor allem aber Haus- und Gewerbemüll. Auf Luftbildaufnahmen der Alliierten von Ende 1944 bis April 1945 sieht man, daß am Kriegsende noch etwa 54 Prozent des alten Flußbetts unversehrt waren. Erst 1960 war die Auffüllung abgeschlossen.

Der Erkundungsstufe 1, der "Historischen Erkundung" (im Auftrag der Wasserwirtschaft) Ende 1987, folgte (von der Stadt) die Stufe 2, die "Orientierende Erkundung". Im ersten Erkundungsschritt ergab eine Vielzahl Bodenluft-Messungen erste Hinweise auf den Aufbau des Müllkörpers, den Gefährdungsgrad des Auffüllmaterials sowie auf vordringliche Detailuntersuchungen.

Daneben holte das beauftragte Büro eine Fülle Auskünfte alter Lustnauer Bürgerinnen und Bürger ein, die die Verfüllung von Anfang an miterlebt hatten und detaillierte Angaben über die eingelagerten Stoffe machen konnten. Die Palette reicht von Bauschutt und Hausmüll über Militärfahrzeugwracks, Fässer mit unbekanntem Inhalt, Klinik- und Lazarettabfälle, Entlausungsmittel, Tierkadaver bis zu Waffen und Munition.

Mit diesen wertvollen Hinweisen wurden inzwischen mehrere Schürfgräben gezogen und Bohrungen niedergebracht, die das Gefahrenpotential des Auffüllmaterials, die chemischen Reaktionen der eingelagerten Stoffe sowie die mögliche Mobilisierung der Schadstoffe in Boden und Grundwasser klären sollen. Die Orientierende Erkundung wurde im Herbst 1990 abgeschlossen. Es folgt auch hier die "Eingehende Erkundung" als dritter Schritt, für die fast ein Jahr (bis Herbst 1991) anzusetzen ist. Weil Umnutzungen großer, zusammenhängender Flächen (Betonwerk Queck) heranstehen, für die ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet ist, muß die Altlastenerkundung zügig vorangetrieben werden.

Wohnumfeldprogramm

Das Land hat 1980 ein Wohnumfeldprogramm (WUP) beschlossen, mit dem die Gemeinden ältere Wohngebiete durch Unterbrechung und Neuordnung der Straßen - gegen Schleichverkehr - für das Wohnen sichern können sollen. Sind die Entwürfe, die Zuschüsse, die Öffentlichkeitsarbeit und das Genehmigungsverfahren Aufgaben des Stadt-sanierungsamtes, so obliegt dem Tiefbauamt die Ausführung der Straßenbauten. Hierzu bedarf es einer gehörigen Portion Detailarbeit, weil bei dem lebhaften Wechsel der Fahrbahnquerschnitte - durch Fahrbahnversätze, Gehwegverbreiterungen und -vorsprünge, Pflanzinseln, Aufpflasterungen - sich die Verhältnisse für die Straßentwässerung grundlegend ändern.

Mit dem WUP wurden bisher fertiggestellt: Fürststraße, Sternplatz mit Seitenstraßen wie Eugen- und Eberhardstraße, Katharinenstraße, David-von-Stein-Weg sowie Neckaraue und Talbachgasse in Bühl, Untere Straße mit Seitenstraßen in Unterjesingen, Teile der Auele- und der Dorfstraße in Lustnau.

Mit dem Rückbau der Hechinger Straße im Wohnumfeldprogramm Südstadt wird das Programm abgeschlossen. Die dorfgerechten Rückbauten in Unterjesingen und Lustnau dauern an.

Straßen

Bis Ende 1988 war es Aufgabe des Tiefbauamts, die Straßen- und Wegeplanung bei Bebauungsplanentwürfen bis zur Baureife zu entwickeln. Dies ist besonders wichtig, weil erst mit einem exakten Straßenausbauplan die Ver- und Entsorgungsleitungen fixiert werden können.

Bei den heutigen Vorgaben zur Verkehrsberuhigung und anspruchsvollen Gestaltung des Straßenbilds (verschränkte Fahrbahnen, Bauminseln Pflasterungen etc.) ist diese Detailplanung wesentlich personal- und zeitaufwendiger geworden. Beispiele sind die Erschließungsgebiete Herrlesberg/Stauden und Breite Pfrondorf.

Die Verkehrsführung im Tübinger Süden unter weitgehender Schonung des historischen Straßennetzes in Derendingen vor dem Durchgangsverkehr spielte in den vergangenen Jahren politisch eine große Rolle. Die Verwaltung hatte auf eine Linienführung auf der B 27 bis zum Hechinger Eck und von dort über die "Kleine Himmelwerkstraße" mit Unterführung der Steinlach und über die nördliche Derendinger Straße zur Hegelstraße und zum Schloßbergertunnel gesetzt, doch wurde diese Trasse vom Gemeinderat abgelehnt. In den Etatberatungen 1984 wurden für die Untersuchung mehrerer Alternativtrassen 50 000 DM Planungsmittel bereitgestellt und sieben Fachbüros zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Im Juli 1984 vergab der Verwaltungsausschuß den Auftrag an ein Ulmer Ingenieurbüro, das das Plangutachten im Oktober 1985 dem Gemeinderat vorlegte. Die vier untersuchten Alternativen mit mehreren Untervarianten wurden in einer Bürgerversammlung am 28. November 1985 auch der Derendinger Bevölkerung erläutert und zur Diskussion gestellt.

Nicht gerade einfacher wurde die Entscheidung, weil die Planung mit derjenigen für die neue L 370 zwischen Tübingen und Rottenburg verbunden werden mußte. In der Sitzung am 9. Juni 1986 entschied sich der Gemeinderat schließlich für eine Umfahrung Derendingens auf der Grundlage der Variante 1a: Die Umgehungsstraße sollte auf der Trasse der K 6900 verlaufen und in einer Querspanne östlich von Weilheim in enger Anlehnung an das dortige Gewerbegebiet an die L 370 angeschlossen werden.

Umfahrung Lustnau

Ging es bei der Umfahrung von Derendingen um eine Gemeindestraße, fiel die Umfahrung von Lustnau, die das Verkehrsaufkommen in der Nürtinger Straße im Zuge der B 297 reduzieren sollte, in die Planungshoheit der Bundesstraßenverwaltung. Auch für diese Planung waren 1984 im Haushalt 50 000 DM eingestellt worden. Doch es kam wegen des Planungsverfahrens für den Neubau der B 27 Blaulachtrasse und der von der Straßenbauverwaltung erwogenen Forcierung der Straßen- und Brückenbauarbeiten zwischen dem Knoten Tübingen-Ost und dem Gühlenknoten keine Mehrheit für einen Planungsauftrag zustande.

Stattdessen untersuchte das Tiefbauamt 1984 die Möglichkeit einer Zwischenlösung mit einer Behelfsbrücke bei der Firma Egeria und Parallelrampen an der B 27 Stuttgarter Straße, allerdings mit negativem Ergebnis.



Trotz ungewöhnlichem Protest . . .



... ist der Güllenknott 1990 schon deutlich erkennbar

Bahnunterführung Karlstraße-Steinlachallee

1984 wurden die Planungen für eine Fuß- und Radwegunterführung zwischen der Steinlachallee und der Karlstraße weiterentwickelt und mit der Verkehrsplanung des Zinserdreiecks in Einklang gebracht.

Danach sollte die Unterführung unter dem Europaplatz hindurch in die Karlstraße hinein verlängert, nur noch dem Andienungs- und Anliegerverkehr vorbehalten und auf der Friedrichstraße wieder der Zweirichtungsverkehr zugelassen werden. Der Gemeinderat stimmte im Juli 1984 der "Rotundenlö-

sung" mit der Verlängerung in die Karlstraße zu, lehnte aber eine geänderte Verkehrsführung am Zinserdreieck als verfrüht ab. Nach weiteren Entwürfen wurde dann der Gegenvorschlag des Architekten Rainer Mühlich mit einer direkt geführten Nordrampe und einem plangleich geführten Überweg über den Europaplatz bei der Hauptpost akzeptiert, zum baureifen Plan ausgearbeitet und realisiert.

In der Frage, ob der als Radweg projektierte Ammerbegleitweg zwischen Lustnau und Unterjesingen die Wilhelmstraße mitbenutzen und dabei die Universität bedienen oder etwas abgerückt in der Schlachthaus-/Brun-

nenstraße verlaufen oder konsequent dem Ammerlauf folgen sollte, entschied sich der Gemeinderat im Juli 1985 in seinem Beschluß zur Umgestaltung der Wilhelmstraße für die Variante II mit "Radwegen in beiden Richtungen". Der Plan wurde im August 1986 dem Gemeinderat vorgelegt und von diesem im Januar 1987 durch Baubeschluß abgesegnet.

Die Pylonenbrücke

1982 hatte die Verwaltung dem Gemeinderat den Bau einer Fuß- und Radwegbrücke zwischen dem Behördenviertel in den Mühlbachäckern Beschäftigten, aber auch den Bewohnerinnen und Bewohnern Derendingens eine direkte Verbindung ins Schulzentrum Uhlandstraße, in die Grünanlagen und in die Altstadt angeboten werden. Da mit einer solchen Überführung, die die neue, breit ausgebaute B 28, die Gleisanlagen des Hauptbahnhofs und zusätzlich noch die Europastraße überspannt, außerdem die Anschlußrampen behinderten- und radfahrerecht angelegt werden mußten, ergab sich eine Bauwerkslänge von rund 380 Metern.

Zwischenstützen in Gleisbereichen der Bahn müssen aber aus Sicherheitsgründen gegen Anpralllasten entgleister Züge dimensioniert werden. Eleganter und kostengünstiger statt solcher klobiger Pfeiler wäre eine mit Seilen an zwei Pylonen aufgehängte Konstruktion gewesen. Nach anfänglicher Zustimmung, wiewohl jeweils mit knappen Mehrheiten, lehnte der Gemeinderat am 18. Oktober 1982 das Projekt als zu gigantisch, für die Benutzerinnen und Benutzer zu windig und als verfrüht ab. Dabei wäre damals die Finanzierung der Stadt außerordentlich günstig gekommen. Als Begleitmaßnahme zum Ausbau der B 28 waren ihr bereits Zuschüsse in Höhe von 85 Prozent der Baukosten zugesagt gewesen. Die Ingenieure des Tiefbauamts hat's gewurmt, eine einmalige Chance ist vertan worden.

Ampeln, Lärm und neue Straßen

Die Steuerung des Verkehrs mit elektrischen Lichtsignalanlagen begann in Tübingen 1962 an der Adlerkreuzung. 1985 taten in der Stadt 95 Signalanlagen ihren Dienst (53 an Kreuzungen, 42 als Fußgängerschutz) die von sieben Dirigenten (Koordinieren, Ein- und Ausschalten der Geräte und Auswahl der verschiedenen Festzeitprogramme) gesteuert wurden. Wegen der technischen Weiterentwicklung der Steuerungsverfahren und der neuen schärferen Normen ab April

1975 mußten ungefähr 80 Prozent der im Stadtgebiet aufgestellten Signalanlagen erneuert werden.

Eine weitere Entwicklung zeichnete sich dann bereits Anfang der achtziger Jahre auch in Tübingen ab: Die nur noch begrenzten Möglichkeiten zum Ausbau der Straßen und Kreuzungen und die gestiegenen Anforderungen an den Gesamtverkehr erforderten eine weitaushöherwertigere Technik der Signalsteuerung. Bei der Erneuerung waren deshalb Geräte einzurichten, die das Verkehrsgeschehen erfassen, die Daten übertragen, speichern und auswerten, Entscheidungen treffen und diese dann über eine moderne Schalttechnik an die Signalgeber als Gebot für die Verkehrsteilnehmer umsetzen können sollten.

Eine erste Schätzung bezifferte den Aufwand für eine solche Umrüstung auf 6,5 Millionen DM. Der Gemeinderat ermächtigte die Verwaltung im Mai 1985 zur Ausschreibung. Mit der Umrüstung wurde im November 1988 an der Neubaustrecke der B 28 begonnen. Installiert sind diese Signalanlagen ferner an der B 297 (Nürtinger Straße), B 27 (Stuttgarter Straße mit Adlerkreuzung) sowie der Wilhelmstraße.

Der zentrale Betriebs- und Bedienungsrechner in der Kelterstraße 30 ist seit Januar 1989 in Funktion. Seine volle Leistungskraft wird er 1992/93 zu beweisen haben, wenn sämtliche Kreuzungen umgerüstet und abgeschlossen sein werden.

Die durch den Schloßberg-Tunnel 1979 in der Innenstadt zunächst eingetretene Lärmentlastung hat sich mit der Zunahme des Verkehrs wieder ins Gegenteil verkehrt. Mit der großflächigen Ausweisung von Tempo-30-Zonen wird für weite Teile der Stadt eine Besserung eintreten.

Keine Aussicht auf Lärmreduzierung besteht dagegen an den Hauptstraßen, wo der Verkehr gebündelt und mit normaler Innerortsgeschwindigkeit geführt werden muß. Um dem betroffenen Personenkreis eine gewisse Hilfe zu geben, hat der Gemeinderat im August 1987 ein freiwilliges Lärmschutzprogramm beschlossen. Danach gewährt die Stadt bei Überschreitung bestimmter Lärmpegelwerte in Wohnräumen Zuschüsse für den Einbau von Schallschutzfenstern. Weil die Richtlinien ursprünglich verhältnismäßig eng gefaßt waren und deshalb die Akzeptanz zu wünschen übrig ließ, wurden sie zweimal, 1989 und 1990, erweitert.

Die Etatmittel zur Unterhaltung und Beschleunigung von Straßen haben sich von 1,64 Millionen 1982 auf 1,86 Millionen DM 1989 erhöht. Dabei konnten aber jeweils nur die allernotwendigsten Reparaturen in Angriff genommen werden. Eine Generalüberholung der Straßen einzelner Stadtquartiere, wie sie etwa Bund und Land praktizieren, würde mindestens den dreifachen Betrag erfordern.

Anfang der achtziger Jahre rückte das Thema "Verkehrsberuhigung" bei Stadtplanern und Mandatsträgern in den Vordergrund. Besonders Bürgerinitiativen bemühten sich dieses Themas, wie in Tübingen die Bürgerinitiative Südstadt/Himmelwerkstraße. Auf ihr Drängen wurden die Derendinger und später die Hechinger Straße für den LKW-Verkehr gesperrt sowie Um- und Rückbauten in der Südstadt und in Derendingen vorgenommen. Hier wurden die ersten Straßen in den vom Bundesverkehrsministerium eingeführten Versuch der Tempo-30-Zonen einbezogen. Die Verkehrsberuhigung beschäftigte so den Gemeinderat von Jahr zu Jahr mehr: Mit insgesamt 2,25 Millionen DM hat er von 1986 bis 1989 rund 15 Maßnahmen realisiert.

Für dringend benötigte weitere Wohnungen und Gewerbeflächen wurden von 1982 bis 1989 neun Baugebiete erschlossen: Neue Äcker sowie Resterschließung in Waldhäuser-Ost, Weilerhalde, Ursraier Egert, Unter dem Holz/Steinlachwasen, Weiher I in Pfrondorf, Aucher/Bangert in Hagelloch, Sandacker-West in Unterjesingen, Ölacker I in Weilheim, westliche Lenastraße in Hirschau. Noch im Bau, aber bereits weit fortgeschritten, sind die drei Erschließungen Herrlesberg/Stauden, Industriegebiet Rittweg in Hirschau, Breite in Pfrondorf.

1980 hatte die Verwaltung ein erstes flächendeckendes Konzept für den Ausbau von Radwegen eingebracht. Es wurde vom Gemeinderat Ende Juni 1982 mit einer Dringlichkeitsreihenfolge beschlossen. Erst im Juni 1989 konnte sich dann der Gemeinderat - nach Prioritäts- und Investitionsberatungen, der Entwicklung einer Gesamtverkehrsplanung und eines neuen mit Interessenvertretern erarbeiteten Konzepts - mit der Fortschreibung des Radwegeplans 1982 befassen. Er beschloß in dieser Sitzung die Bildung einer Fahrradkommission, die dem Gemeinderat ihren beschlußfähigen Bericht Ende 1989 vorlegte. Seit dem Beschluß des Radwegeplans 1982 konnten 24 Projekte fertiggestellt werden.

Streit um Straßen: B 27, B 28, L 370

1978 begannen die politischen Auseinandersetzungen um die neue B 27 zwischen Kirchentellinsfurt und Tübingen. Hatte der Gemeinderat im März 1979 der modifizierten Blaulachtrasse zugestimmt, verlangte er im Mai 1983 den Erhalt des Großholzbrunnens und die Untersuchung zweispuriger Alternativlösungen auf der Grundlage der Blaulachtrasse sowie einer Bündelungstrasse der B 27 mit der B 297.

Am 10. Oktober 1983 wiederholte er den Ablehnungsbeschluß zur Blaulachtrasse und erhärtete ihn durch einen Klagebeschluß, falls der Plan so festgestellt werde. Außerdem forderte er die Straßenbauverwaltung auf, den provisorischen Anschluß der B 27 neu an die B 297 bei Kirchentellinsfurt bis zu einem rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluß zurückzustellen. Das Regierungspräsidium Tübingen widersetzte sich diesen Voten und stellte den Plan auf der Grundlage der modifizierten Blaulachtrasse unter Einschluß des Knotenpunkts Tübingen-Ost und des Güllenknotens am 27. Dezember 1984 fest.

Rund zehn Monate später, am 20. Oktober 1985, hörte sich der Petitionsausschuß in Kirchentellinsfurt die Einwendungen mehrerer Petenten gegen den Planfeststellungsbeschluß an. Am 20. Februar 1987 sprach ersich dann für die planfestgestellte Blaulachtrasse aus und verwarf die Einwendungen der Petenten. Darauf ordnete das Regierungspräsidium den Sofortvollzug für die Bauvorbereitung an und kündigte die Einziehung der Teilstrecke der B 297 zwischen der K 6911 und der Kläranlage Tübingen mit der Verkehrsfreigabe der neugebauten B 27 an. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim aber stoppte im Juli 1988 den Sofortvollzug, der mit dem Bau einer Brücke bei Kirchentellinsfurt begonnen hatte, gab dann jedoch im November 1988 den Weiterbau wieder frei.

Im November 1988 befaßte sich der Gemeinderat in einer Sondersitzung mit den möglichen Linienführungen der B 27 im Süden Tübingens zwischen dem Knoten Tübingen-Ost und der Gemarkungsgrenze im Steinlachtal. In dieser Sitzung erläuterte die Straßenbauverwaltung eine Reihe von Wahllinien, so eine Schindhaustrasse zwischen Hindenburgkaserne und Bläsibad.

Eine eigens zu diesem Thema am 9. März 1989 in Derendingen einberufene Bürgerversammlung endete mit der Verabschiedung

einer Resolution, in der der Gemeinderat aufgefordert wurde, sich für einen Basistunnel unter dem Schindhau hindurch einzusetzen, auf den alsbaldigen Abschluß einer solchen Planung bei der Straßenbauverwaltung zu drängen und dafür zu sorgen, daß die Finanzierung beim Bund in den vorliegenden Ausbaubedarf aufgenommen wird.

Die Galgenbergkreuzung an der B 27 wurde bis 1987 als Gemeinschaftsaufgabe Bund/Stadt verkehrsgerecht ausgebaut. An der Adlerkreuzung war es mit der Verkehrszunahme auf der Nürtinger Straße (B 297) immer schwieriger geworden, von Bebenhausen her nach links ins Ortszentrum von Lustnau zu fahren. Auch wegen des Neubaugebiets Herrlesberg/Stauden wurde daher, ebenfalls als Gemeinschaftsaufgabe, Ende 1989 eine Linksabbiegerspur eingerichtet.

Der Durchgangsverkehr auf der B 28 in Unterjesingen ist mittlerweile auf Tagesbelastungen mit 20 000 bis 22 000 Fahrzeugen gewachsen. Deshalb fordern die Stadt und besonders der Stadtteil schon seit Jahren eine Ortsumgehung. 1986 wurden der Stadt verschiedene Trassen dafür vorgelegt. Die Straßenbauverwaltung empfahl eine ortsnaher Umgehungsstraße, bei der die Sportanlagen jenseits der neuen Straße liegen würden. In einer Bürgerversammlung im November 1986 wurde von Gegnern der Südumgehung eine Tunnelösung nördlich des Stadtteiles ins Spiel gebracht. Weil derzeit aber noch eine ganzheitliche Bewältigung des Verkehrs zwischen Tübingen und Herrenberg unter Einbeziehung der Ammertalbahn untersucht wird, sind die Planungen vorerst wieder auf Eis gelegt.

Im Entwurf zum Generalverkehrsplan des Landes von 1983 für den Zeitraum 1984-1995 soll die L 371 gegenüber der L 370 Vorrang haben. Diese Konzeption, die sich überaus nachteilig für Hirschau auswirken und die Entlastung von Weilheim, Kilchberg und Bühl verzögern würde, widersprach allen Entwicklungskonzepten der Stadt. Der Gemeinderat beschloß daher im Februar 1984 einstimmig, die Einstufung der L 370 in die vorrangige Kategorie zu beantragen.

Daß mit den beiden auszubauenden Straßen (B 28 und L 370) der übergeordnete Verkehr westlich von Tübingen ausreichend bewältigt werden kann, bestätigte 1985 eine vom Regierungspräsidium in Auftrag gegebene Verkehrsuntersuchung. Das Stra-

ßenbauamt Reutlingen erarbeitete darauf einen Vorentwurf, der der Stadt und den Stadtteilen 1986 vorgestellt wurde.

Am 9. Juni 1986 faßte der Gemeinderat den Grundsatzbeschluß zur L 370 neu: Diese soll danach auf einer eng mit der Bahn gebündelten neuen Trasse verlaufen, die Querverbindung K 6900/ L 370 auf einer neuen Linie östlich des Gewerbegebiets von Weilheim geführt und die Strecke zwischen dem Freibad und der L 371 nur mit zwei Streifen ausgebaut werden. Dieser Beschluß wurde aber zwei Jahre später modifiziert. Im März 1988 entschied sich der Gemeinderat für die Querverbindung K 6900/ L 370 im Zuge der Alten Landstraße und für einen vierstreifigen Querschnitt zwischen Freibad und L 371. Seit Mitte 1989 liegt der Stadt der ihre Belange berücksichtigende endgültige Vorentwurf sowie ein landschaftspflegerischer Begleitplan über die Gesamtstrecke vor.

In Fortsetzung des Schloßbergtunnels nach Westen wurde 1982/83 die Strecke zwischen der Ammerbrücke an der Rheinlandstraße und dem Hagellocher Weg (K 6914) zweibahnig ausgebaut und mit einer bequemen Fuß- und Radwegverbindung bei der Aischbachschule versehen.

Der dringend notwendige Weiterbau der B 28 im Zuge der Hegelstraße - Reutlinger Straße konnte 1983 endlich mit der Erneuerung der Blauen Brücke begonnen werden, die wegen Durchrostung als nicht mehr verkehrssicher eingestuft werden mußte. Weil der Um- und Neubau auf engstem Raum und unter Aufrechterhaltung des Verkehrs zu erfolgen hatte und weil außerdem zuvor eine Vielzahl Abwasserkanäle und Versorgungsleitungen zu verlegen und zu erneuern waren, mußten die Straßenbauer den Ablauf generalstabsmäßig vorbereiten und in einer Fülle einzelner Bauabschnitte und Zwischenphasen abwickeln.

Nach rund vier Jahren Bauzeit konnte am 11. Dezember 1987 die offizielle Verkehrsfreigabe gefeiert werden. Der Bau wurde dann mit den Nebenarbeiten und der Pflanzung einer großen Zahl von Bäumen und Sträuchern bis zum Jahresende 1988 abgeschlossen. Wegen der verminderten Fahrstreifenbreiten forderte die Straßenbauverwaltung, den Fahrradverkehr auf Trassen parallel zur B 28 zu legen. So übernahm der Bund die Kosten für die neue Steinlachbrücke an der Schelling-/Eugenstraße. Außerdem förderte er mit dem Land zu 80 Prozent der Herstellungskosten einen kombinierten Radweg entlang

der Walter-Simon-Straße und der Friedrichstraße bis zur Steinlachbrücke, die Verlängerung der Schaffhausenstraße und den Bau einer neuen Steinlachbrücke mit Anschluß an den Europaplatz bei der Hauptpost.

Im Jahr 1986 vereinbarten Bund und Stadt den Ausbau der Steinlachwasenstraße zwischen Waldhörnlestraße und der B 27 beim Bläsiabad als innerstädtische Hauptverkehrsstraße. Die neue Straßenverbindung sollte zur Entlastung der Waldhörnlekreuzung beitragen, Verkehr von dort abziehen und die Gartenstadt verkehrsberuhigen. Mit dem Bau wurde noch im gleichen Jahr begonnen. 1989 konnte die Strecke dem Verkehr übergeben werden.

Beim Kreuzungsumbau Schmiedtor-/Keltternstraße wird die Bedeutung der Keltternstraße deutlich heruntergezogen. Die gleichzeitig ins Auge gefaßte Unterbrechung der Europastraße, die Verkehrsreduzierung des Znserdreiecks und der Mühlstraße haben zu keinen konzeptionellen Änderungen an der Querverbindung zum Schloßbergtunnel geführt. Diesen Zustand hat das Tiefbauamt mehrfach kritisiert: Führt das Gesamtverkehrskonzept nicht zum erhofften Abbau des Kraftfahrzeugverkehrs, könnte sich der Keltternstraßenrückbau, der mit dem Umbau der Schmiedtorkreuzung nun eingeleitet wird, als Ursache künftiger Verkehrsstaus in der Innenstadt erweisen.



Straßenreinigung, Winterdienst

Die Kernstadt ist in 20 Kehrbezirke eingeteilt und wird von der entsprechenden Zahl Straßenwarte saubergehalten; außerdem sind ständig zwei Kehmaschinen im Einsatz. In der Innenstadt und im Universitätsgebiet gibt es auch einen frühmorgendlichen Samstags-, Sonntags- und Feiertagsdienst. Besondere Reinigungsarbeit ist rund um die Stiftskirche nötig, wo sich bevorzugt Wohnsitzlose und andere Gäste Tübingens aufhalten und ihren Unrat hinterlassen. Um hier noch für einigermaßen erträgliche Verhältnisse zu sorgen und vor allem den Pausenhof der Melanchthonschule auf dem südlichen Stiftskirchenvorplatz weiterhin anbieten zu können, sind zusätzlich Personal und Geräte erforderlich.

Im Winterdienst ist beim Tiefbauamt von Anfang/Mitte Dezember bis Mitte März eine Rufbereitschaft eingerichtet. Der morgendliche Kontrolldienst beginnt um drei Uhr, so daß im Einsatzfall schon ab 3.30 Uhr Fahrzeuge und Mitarbeiter angefordert werden können. Im Interesse eines umweltschonenden Winterdienstes werden die Organisationspläne jedes Jahr vor Saisonbeginn geprüft und fortgeschrieben. Der Räum- und Streuplan hat drei Kategorien:

rotes Netz:
Hauptverkehrsstraßen und Verkehrsstraßen mit großen Steigungsverhältnissen (Klinikzufahrten, Osterbergauffahrt),
Streumittel: Auftausalz

blaues Netz:
Sammelstraßen auf denen der ÖPNV verkehrt und solche mit größeren Steigungen,
Streumittel: Splitt

grünes Netz:
Wohnstraßen mit größeren Steigungsverhältnissen,
Streumittel: Splitt

Größere Teile des Stadtgebiets bleiben im weißen Netz, wo nicht gestreut, bei starkem Schneefall allenfalls geräumt wird. Seit 1985 werden im ganzen Stadtgebiet flächendeckend Splittkisten für jedermann bereitgestellt und statt Trockensalz wird zur Verringerung der Streumenge weitgehend Feuchtsalz gestreut.

Der Bau öffentlicher Parkplätze ist in den vergangenen Jahren praktisch eingestellt worden. Für die Parkplätze setzen sich mehr und mehr Parkscheinautomaten durch, die



sich schon bei 12 - 14 Parkständen rentieren. Bis Ende 1989 waren drei Automaten in Betrieb: Am Haagtor, Doblerstraße und Herrenberger Straße. Die beiden letzteren gewinnen ihre Energie aus Solarzellen.

Hochwasser, Flüsse, Wasserläufe

Der Hochwasserschutz in Lustnau blieb auch im Berichtszeitraum ein wichtiges Thema. Nach Gemeinderatsbeschlüssen 1978 und 1980 wurden Voruntersuchungen für zwei Möglichkeiten aufgenommen:

Beckenkombination oberhalb von Bebenhausen und des Kirnbachs und Einzelbecken oberhalb von Lustnau. Ein zusätzliches ökologisches Gutachten lehnte der Gemeinderat im Juli 1984 ab. Erstellte aber mehrheitlich fest, daß die Sach- und Standortentscheidung noch vor der Kommunalwahl im Herbst 1984 zu treffen sei. Tatsächlich beauftragte das Gremium am 1. Oktober 1984 die Verwaltung, ein Konzept für einen wirksamen Hochwasserschutz Lustnaus vorzulegen.

Zu diesem mehrheitlich beschlossenen interfraktionellen Antrag gehörte, daß Vorschläge der beteiligten Fraktionen und der Bürgerinitiativen in die Planung einbezogen werden sollen. Die präzisierten Ausbauvorschläge widersprachen dann aber teilweise dem Gemeinderatsbeschluß von 1984. Die deshalb nötige erneute Beratung im Mai 1985 endete mit der Rückweisung in die Fraktionen und der Auflösung des Gutachtervertrags.

Schließlich wurde Lustnau 1987 wieder einmal von einem in solchem Ausmaß noch nie



erlebten Goldersbach-Hochwasser heimgesucht. Nach zwei Regenfällen am 7. Juli und in der Nacht zum 8. Juli ging am Nachmittag des 8. Juli ein starker Gewitterregen mit Schwerpunkt im Arenbachtal nieder. Der Goldersbach setzte mit einem Abfluß zwischen 95 und 100 Kubikmetern je Sekunde das Bebenhäuser Tal unterhalb der "Steinernen Bruck", vor allem aber Adler-Kreuzung, Wilhelmstraße, Alberstraße, Stuttgarter Straße, Nürtinger Straße und Fischergärten unter Wasser.

Der Umfang der Hochwasserschäden an öffentlichen Einrichtungen, an Gebäuden, beweglichem Inventar, Vorräten und Fahr-

zeugen wurde auf rund acht Millionen DM geschätzt. Dieses Jahrhunderthochwasser konnte wie kein früheres zuvor in einer ausführlichen Dokumentation beschrieben, in Bildern und Plänen festgehalten und analysiert werden.

Unter dem Eindruck dieses schlimmen Ereignisses beschloß der Gemeinderat am 28. September 1987, ein Wasserrechtsverfahren für ein Hochwasserrückhaltebecken mit Staudamm und Trockenbecken zwischen Lustnau und Steiner Bruck zu beantragen. Das Ergebnis der wasserwirtschaftlichen und landschaftsökologischen Untersuchungen wurde dem Gemeinderat im September 1989 vorgestellt. Beide Gutachten empfahlen übereinstimmend einen Beckenstandort "Sauwasen". Am 2. Oktober 1989 beschloß der Gemeinderat - nach einhelliger Empfehlung in den Ortschaften Bebenhausen und Lustnau - einstimmig diesen Beckenstandort. Es sollten dafür ein Wasserrechtsverfahren eingeleitet, Entwurfspläne ausgearbeitet, der Entwurfsplanung ein Jahrhunderthochwasser zugrunde gelegt sowie Angebote für ein klimatologisches Gutachten und für einen landschaftspflegerischen Begleitplan eingeholt werden.

Der Auftrag zur Entwurfsplanung für das Hochwasserrückhaltebecken im Bebenhäuser Tal wurde im Januar 1990 an ein Pforzheimer Büro vergeben. Das klimatologische Gutachten des Geographischen Instituts der Universität Tübingen liegt der Stadt seit Ende Juli 1990 vor.

Wenn die Planungen zügig voranschreiten, könnte noch 1991 der Zustimmungsbeschuß und die Auftragserteilung zur Genehmigungsplanung und zur Einleitung eines Wasserrechtsverfahrens beim Gemeinderat beantragt werden. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß die Maßnahme unter das neue Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz fällt, zu dem noch keine Ausführungsbestimmungen vorliegen. Erst nach diesen Rechtsverfahren kann die Entwurfsplanung in Auftrag gegeben werden. Der Baubeschluß dürfte so frühestens Mitte 1992 möglich sein. Mit dem Baubeginn könnte so Anfang 1993 und mit der Fertigstellung Ende 1994 gerechnet werden.

Nach den Förderrichtlinien der Wasserwirtschaft 1984, das Fördersätze maximal bis 75 Prozent der Herstellungskosten vorsieht, hat der Gemeinderat im November 1988 einem "Wasserbauprogramm 90" zugestimmt. Es ist in fünf Abschnitte gegliedert:

1. Abtrennung von Fremdwasser, das unnötig (Drainage-, Brunnenwasser) die Kläranlage belastet, aus der Kanalisation mit 18 Vorhaben.

2. Sanierung bestehender Hochwasserrückhaltebecken (nach Sicherheitsüberprüfungen 1985 müssen vier Rückhaltebecken saniert werden: Elysium, Backofen-Schindhau, Zehrenbühl und Kaisersbrücke).

3. Hochwasserrückhaltebecken Lustnau (vorläufig geschätzte Baukosten 18 Millionen DM).

4. Renaturierung und naturhafte Sanierung von Gewässern II. Ordnung (angemeldet wurden der Haldenbach in Pfrondorf, der Taibach und der Traubach in Bühl, der Arbach in Hirschau und der Wassergraben Wilhelm-Schussen-Weg).

5. Bauliche Verbesserung von Fließgewässern (Reparatur des Absturzbauwerks mit Einbau einer Fischtreppe an der Steinlach beim Gewerbegebiet Steinlachwasen und Einbau einer Sohlrampe am Mühlbach bei der Alten Mühle).

Der Gesamtaufwand dieses Programmes, das in sechs Jahren erledigt werden soll, liegt bei rund 21 Millionen DM.

Da der Weilheimer Landgraben zu Hochwassern mit extrem hohen Abflußspitzen und damit sehr großen Sachschäden im Ort neigt, wurde 1982 ein Rückhaltebecken im Oberlauf gebaut. Dazu gehörte die Aufweitung des Bachbetts mit einem Durchstich zum Neckar. Das Becken war noch lange nicht fertig - das war erst Ende 1984 der Fall -, als es am 9. April 1983 bei einem Hochwasser schon seine erste Bewährungsprobe ablegen mußte und 25 000 Kubikmeter Wassermassen schadlos zurückhielt.

Für große Aufregung sorgte das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten, als es alternativ vier Speicherstandorte für eine Anreicherung des Neckarwassers, darunter auch das Bühler Tal, ausgewählt hatte und am 15. November 1983 die Stadt zur Stellungnahme aufforderte. Der Gemeinderat lehnte am 28. Mai 1984 ein Speicherbecken im Bühler Tal entschieden ab und erneuerte so seine schon 1980 getroffene Entscheidung. Er stellte sich damit voll hinter die sehr aktive Bürgerinitiative. Das Bühler Tal soll nun, nachdem auch die Landesregierung verzichtet hat, unter Schutz gestellt werden.

In den Jahren 1986/87 wurde die Ammer im Einmündungsbereich des Golderbachs sowie entlang der Strecke zwischen der Tübinger Weststadt und der Markungsgrenze Pfäffingen bepflanzt. Die geplante intensive Gewässerbepflanzung scheiterte aber am Widerstand der Eigentümer. Nach Kontakten zwischen der BUND-Kreisgruppe Tübingen und der Stadt 1985 übernahm der BUND auf eigene Initiative im März 1989 eine Bachpflanzung an der Ammer, die freiwillige Pflegearbeit vertraglich sichert.

Um die gleiche Zeit beschloß der Gemeinderat ein neues Nutzungskonzept für das Ammertal, wonach die Stadt Drainagesysteme nur noch dort unterhält, wo die landwirtschaftliche Nutzung auch künftig garantiert ist.

Abwasser

Schon 1980 hatte die Verwaltung eine Überprüfung des Tübinger Kanalnetzes in Auftrag gegeben. Ein als Ergebnis vorgesehener "Allgemeiner Kanalplan" (AKP) sollte vor allem den Istzustand beschreiben und eine Konzeption für die künftige Regenwasserbehandlung enthalten. Letztere ist besonders notwendig: Immerhin geht bei den in Tübingen mit 97 in großer Zahl vorhandenen Regenausläßen das meiste Regenwasser direkt in die natürlichen Gewässer (Vorfluter), mit einer beträchtlichen Menge an Schmutzfrachten. Der Kanalplan wurde dem Gemeinderat im Oktober 1986 als "Abwasserprogramm 2000" vorgelegt. Er enthält eine Liste der zu erstellenden Regenüberlaufbecken und der zu verstärkenden Abwasserkanäle und befindet sich noch in der fachtechnischen Prüfung beim Wasserwirtschaftsamt Reutlingen. Trotz noch fehlender Genehmigung treibt die Stadt die Verwirklichung Zug um Zug voran.

Obwohl die Sammelkläranlage Tübingen erst 1979 mit ihrem erweiterten mechanischen Anlagenteil und der biologischen Reinigungsstufe in Betrieb genommen wurde, muß sie demnächst weiter ausgebaut und wesentlich vergrößert werden. Da in Lustnau zusätzlich die Abwässer von Ammerbuch, dem Rottenburger Teilort Oberndorf, von Kusterdingen-Immenhausen sowie einem Teilgebiet der Gemeinde Kusterdingen-Mähringen gereinigt werden, sind an die Kläranlage derzeit rund 85 000 Einwohnerinnen und Einwohner angeschlossen. Bis zum Planziel im Jahr 2005 rechnet die Stadtverwaltung mit einer Zunahme der Wohnbevölkerung im Einzugsbereich auf 105 000 Personen.

Entscheidend für die dringende Erweiterung der Kläranlage sind die wesentlich verschärften gesetzlichen Bedingungen an die Qualität des gereinigten Abwassers bei der Einleitung in den Vorfluter Neckar und das Ende der wasserrechtlichen Betriebserlaubnis für die jetzige Anlage zum 31. Dezember 1990. Ferner hat sich - neben den neuen Grenzwerten - die hydraulische Belastung durch Fremdwasser und weitere angeschlossene Flächen erhöht und die Entsorgung des Klärschlammes wird wegen des zur Neige gehenden Deponieraumes immer teurer.

Die Ingenieurplanung für die Klärwerkserweiterung ist im September 1990 im Gemeinderat vorgestellt und beschlossen worden. Sofort im Anschluß daran ist von der Stadt der Antrag auf Verlängerung der wasserrechtlichen Betriebserlaubnis für das Klärwerk gestellt worden. Ein alsbaldiger Baubeginn ist im Interesse aller Beteiligten, möglichst noch 1991 anzustreben, auch wenn bis dahin die wasserrechtliche Genehmigung für das Werk noch nicht abgeschlossen ist.

Kanalsanierungen

Das Tübinger Kanalnetz mit seiner Länge von rund 350 Kilometern stammt aus den unterschiedlichsten Zeiten und setzt sich aus verschiedenen Baumaterialien zusammen. Dementsprechend befinden sich die Kanäle in einem mehr oder weniger guten Zustand. Bei der Feststellung von Unregelmäßigkeiten oder bei Straßenausbauten werden die Kanäle mit dem Kanalfernaugens untersucht. Neben den Kanälen in den Erschließungsgebieten wurden im Berichtszeitraum 38 größere Abwasserkanäle mit fast 34 Kilometern Länge gebaut oder saniert.

Die Stadt unterhält ferner sechs öffentliche Bedürfnisanstalten, deren Zustand immer wieder zu Klagen Anlaß gibt, obwohl sie werktäglich dreimal und auch an Sonn- und Feiertagen gereinigt werden. Einrichtungsgegenstände werden immer wieder mutwillig beschädigt, sodaß der Unterhaltungsaufwand mit rund 300 000 DM im Jahr beachtlich hoch ist. Seit einigen Jahren wird verstärkt gefordert, die öffentlichen Aborte behindertengerecht umzubauen, wie 1989 beim WC in der Klinikumgasse. Die Verwaltung überlegt derzeit weitere Umbauten oder den einen oder anderen Neubau (etwa in der westlichen Altstadt) in Form von Kompaktlösungen, die weniger zerstörungsanfällig sind und sich selbsttätig reinigen.

Abfall

Der Betrieb der Übergangsdeponie Schweinerain ging Anfang 1985 auf den Abfallzweckverband Reutlingen/Tübingen über. Die Deponie hatte damals nach einer nochmaligen Erweiterungsgenehmigung des Landratsamtes eine Restkapazität von etwa 400 000 Kubikmetern, stand aber schon seit 1984 bei der Suche nach einer über das Jahr 1995 hinausreichenden dezentralen Deponie mit einer möglichen Erweiterung um weitere rund eine Million Kubikmeter Deponievolumen unter elf Standorten in der engsten Wahl. Darüber wurde aber bis 1990 nicht mehr entschieden.

Die Kernstadt Tübingen ist in neun Müllabfuhrbezirke eingeteilt, die einschließlich Bebenhausen zweimal pro Woche entsorgt werden; wobei seit 1986 hier die Bevölkerung die Wahlmöglichkeit zwischen ein- und zweimaliger Abfuhr pro Woche hat. In den übrigen Stadtteilen wird der Hausmüll nur einmal wöchentlich abgefahren; die übrigen Stadtgebiete verteilen Großcontainer werden nach einem besonderen Abfuhrplan entleert.

Früher wurde der Hausmüll (Sperrmüll) in den Abfuhrbezirken an jeweils drei bestimmten Tagen im Jahr eingesammelt und abgefahren. Dafür mußte eine Mehrzahl von Lastkraftwagen mit dem dazu gehörenden Ladepersonal vorgehalten werden. Die Anschaffung von Spezialfahrzeugen erlaubt seit 1988 das ganze Jahr über eine kontinuierliche, straßenweise Sperrmüllabfuhr. Bei drei Abfuhrterminen für jeden Haushalt ist es aber geblieben. Die neue Organisationsform hat sich als deutlich wirtschaftlicher und unfallsicherer bewährt.

Seit 1985 sind an vier Stellen in der Stadt Schadstoffsammelstellen eingerichtet, die jeweils an Samstagen von 9 bis 11 Uhr geöffnet sind. Die Haftung liegt beim Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen-Tübingen. Der Betrieb ist insoweit nicht unproblematisch, weil für Aufsicht und Betreuung keine Fachkräfte mit entsprechenden Qualifikationen gefunden werden konnten. Die aufsichtführenden Personen sind Mitarbeiter des Tiefbauamtes.

Das Altpapier wird seit Anfang der achtziger Jahre getrennt eingesammelt, und zwar von caritativen Vereinen, die sich zum Arbeitskreis "Altpapier" zusammengeschlossen haben. Bei fünf Sammlungen im Jahr werden dem Abfall zwischen 1 000 und 1 200 Tonnen Altpapier entzogen. 1986 drohte diese Getrenntsammlung zum Erliegen zu kommen, weil das Altpapier vom Altstoffhandel wegen des Überangebots nicht mehr abgenommen werden konnte. Um es trotzdem dem ökologischen Kreislauf zuzuführen und Deponiekapazität zu sparen, gewährt die Stadt seit 1986 einen garantierten Sammelpreis, der seit 1988 bis auf 50 DM je Tonne erhöht worden ist.

Die Firma Koch, Metzingen, hat auf Initiative der Verwaltung seit 1976 ein verhältnismäßig dichtes Netz von inzwischen 28 Altglascontainern aufgebaut. Wünsche aus der Bevölkerung, es noch weiter zu verdichten, scheitern meist aus Rentabilitätsgründen an der Firma oder an der Schwierigkeit, einen auch für die Umgebung geeigneten Standort zu finden. Jährlich werden rund 1 000 bis 1 200 Tonnen Altglas gesammelt, was einer Volumensparnis von 3 500 bis 4 200 Kubikmetern entspricht.



Auch Aufgabe des Tiefbauamtes: Unterhaltung und Betrieb der städtischen Brunnen

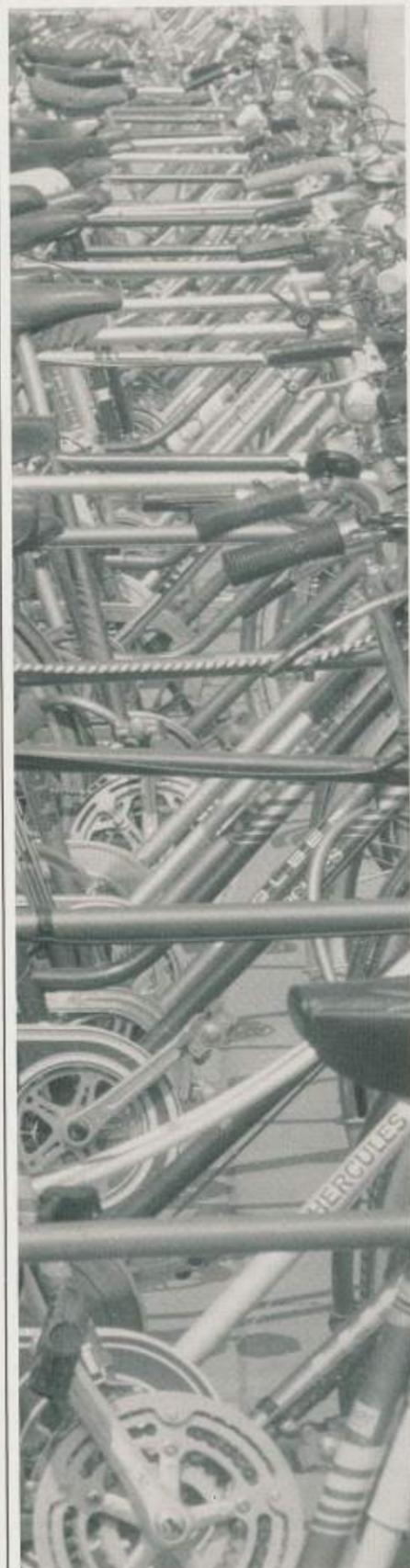
Nachdem für die umweltgerechte Entsorgung FCKW-haltiger Kühlmittel in Haushaltskühlgeräten kreiseinheitliche Lösungen oder ein Entsorgungsmodell des Abfallzweckverbands zunächst nicht gefunden werden konnten, entschloß sich die Stadt im November 1988 zu einer erstmaligen Großsammelaktion und übernahm hierbei noch zusätzlich die Entsorgungskosten von 30 DM je Gerät. Die Aktion wurde im November 1989 wiederholt.

In den letzten Jahren ist es gelungen, die alten Brunnenleitungen, die den Georgsbrunnen auf dem Holzmarkt und den Neptunbrunnen auf dem Marktplatz vom Gebiet Untere Viehweide her speisen, zu reparieren. Bis dahin waren diese Brunnen jahrelang aus dem Wasserleitungsnetz versorgt worden. Neue Brunnen wurden gebaut in der Lusststraße, der Dorfstraße und in der Nauklerstraße.

Nahverkehr

Busbuchten im öffentlichen Personennahverkehr, die das Tiefbauamt früher gesondert anlegte, um das ungehinderte Ein- und Aussteigen zu sichern, werden heute wieder zurückgebaut, um das Wiedereinfädeln der Busse zu erleichtern. Dabei wird bewußt eine Beeinträchtigung des fließenden Verkehrs in Kauf genommen, um auch so den Vorrang des öffentlichen Verkehrsmittels anzuzeigen. Bisher wurden fünf Haltestellen zurückgebaut.

Nicht zuletzt ist das Tiefbauamt noch für die Stadtwerke tätig und führt wie seit deren Gründung alle Bauten aus. Von 1982 bis 1989 betragen die Herstellungskosten 36,2 Millionen DM, im Schnitt also im Jahr 4,5 Millionen DM. Das Tiefbauamt berechnet den Stadtwerken dafür im Jahr zusätzlich rund 160 000 DM als Verwaltungskostenbeitrag.



Grenzen und Karten

Das Stadtvermessungsamt

Das Vermessungsamt mit seinen sechs Abteilungen hat ein breites Aufgabenspektrum. Die Gesamtstadt mit ihren elf Gemarkungen und einer Gesamtfläche von rund 108 Quadratkilometern bietet ein reiches Betätigungsfeld für die Geometer in der Kataster- und Ingenieurvermessung - hinzu kommen die vielschichtigen kommunalen Aufgaben. Das Amt "residiert" in den "oberen Regionen" des Technischen Rathauses in der Brunnenstraße und verfügt derzeit über 61 Beschäftigte, darunter erstmals eine Vermessungsingenieurin.

Seit 1982 sind die Aufgaben nicht weniger geworden. Es seien nur die Anforderungen zum Schutze der Umwelt genannt. Trotzdem hat der Personalbestand um 15 Prozent abgenommen. Dies kann nur bewältigt werden durch die Nutzung aller Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung. Mit ihr wird die Grundlage für ein geographisches, technisches Informationssystem geschaffen, das die Kartenwerke mit allen Informationen über ein Flurstück, wie Fläche, Wert und Lage erfaßt. Am Ende steht die Möglichkeit der Abfrage durch die verschiedenen Fachanwender. So kann etwa der Planer die Umweltverträglichkeit seiner Planung erfragen.

Anlaufstelle ist die Abteilung 1-Verwaltungsbau-technik-Organisation. Hier fertigt ein Siebener-Team unter anderem Lagepläne zu Baugesuchen (von der kleinen Garage bis zum Supermarkt und zur Schule). Danach wird das Bauvorhaben absteckt, das Schnurgerüst eingeschnitten und die Höhe genau ermittelt, damit später die Abwässer auch im natürlichen Gefälle in den Kanal fließen.

Die Verwaltung regelt das Personelle, schreibt Rechnungen, erstellt Gebührenbescheide und ist für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zuständig. Sie kümmert sich um den umfangreichen Geräte-, Maschinen- und Fahrzeugpark, hält aber auch die aus dem Amt kommenden Stadtpläne, Freizeitkarten und sonstigen Kartenwerke zum Verkauf bereit. Erwähnt sei noch

die Lichtpauserei, die für alle städtischen Ämter im Berichtszeitraum 126 000 Quadratmeter Papier und Folien gepaust hat.

Die Abteilung 2 - Katastervermessung - führt das amtliche Verzeichnis aller Flurstücke im gesamten Stadtgebiet stets auf neuestem Stand: das Liegenschaftskataster. Dieses Verzeichnis, ein Mehrzweck-Kataster, ist die Grundlage für das Grundbuch, für die steuerliche Bewertung durch das Finanzamt und für die Schätzung des Bodenwertes durch Gutachter, für Planung, Statistik und Wirtschaft. Katastervermessungen stehen in aller Regel in Zusammenhang mit Grenzstreitigkeiten, mit Bauvorhaben oder mit Erbaueinsetzungen. Die Bearbeitung duldet dabei keinen zeitlichen Aufschub.

Im Berichtszeitraum entstanden 700 Bauplätze, wurden 38 700 Flurstücke verändert, 1 300 Grenzfeststellungen ausgeführt, 16 250 Grenzpunkte bestimmt, 4 350 Gebäude aufgenommen und 22 Kilometer Straßen vermessen. Dies wurde in 2 160 Veränderungsnachweisen und für die Berichtigung des Grundbuches beurkundet.

Als neue Aufgabe obliegt der Abteilung 2 die Einrichtung und Fortführung des automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB). Das ALB wird auf Datenträger erfaßt und mit der EDV fortgeführt. Es tritt an die Stelle des neuen Liegenschaftskatasters und hält alle Daten aktuell auf Abruf nach dem gewünschten Suchelement (Eigentümer, Flurstücksnummer, Gemarkung) für den Auskunftsuchenden bereit. Seit 1988 haben es die Katastergeometer bereits für sechs Gemarkungen eingerichtet, weitere zwei (Kilchberg, Derendingen) werden Ende 1990 fertig. Ortskernvermessungen in Hagelloch, Pfrondorf und Lustnau stehen noch an; Unterjesingen wird 1990 abgeschlossen sein.

Im Hirschauer Rutschgebiet sind umfangreiche Vermessungsarbeiten nötig. Zur Zeit stellt das Amt die Katasterberichtigungsunterlagen für das Flurbereinigungsverfahren in Weilheim her. In den Baulandumlegungen "Lenastraße" (Hirschau), "Herrlesberg-Stauden" (Lustnau) und "Breite" (Pfrondorf) müssen die neuen Flurstücksgrenzen möglichst bald fixiert werden.

Die dritte Dimension

Zusätzlich zu den Gauß-Krüger-Koordinaten braucht die Abteilung 3 - die Ingenieurvermessung - die dritte Dimension, also die Höhe bezogen auf Meereshöhe, und zwar mil-

limetergenau. Dazu sind im Stadtgebiet 1 100 Nivellementpunkte fixiert. Mit ihnen werden 1 600 Punkte bei Bauwerkskontrollen der Höhe nach mit etwa 120 Kilometern Nivellement bestimmt. Ein Beispiel ist die Stiftskirche, bei der wir die Bewegung des Turmes beobachten. Dies ist eine wertvolle Hilfe bei der Erhaltung historischer Gebäude.

Die neunköpfige Abteilung arbeitet überwiegend für die Planer, die Hoch- und Tiefbauer und die Umweltbeauftragte. Mit dem Leitungs-, dem Baum- und dem Straßenkataster werden planungs- und rechtsrelevante Daten vorgehalten. Für die Projekte im Planungsstadium liefert die Ingenieurvermessung neben den Auszügen aus den Katastern Längs- und Querprofile, Höhenraster, Topographie und für die Erhaltung der Gebäudesubstanz in Sanierungsgebieten auch Architekturaufnahmen. Sie hat für die Sanierung 39 solcher Gebäudeaufnahmen gefertigt, eine der letzten war die des Bürgerheimes.

Nicht nur im Planungsstadium sondern auch bei der Ausführung ist die Ingenieurvermessung mit der Berechnung von Achsen, dem Abstecken von Straßen und Leitungen, wie auch bei der Überwachung der Toleranzen bei Kunstbauten wie Brücken vor Ort. Im Straßenkataster werden Fahrbahnmarkierungen, Verkehrszeichen, Fahrbahnränder und Signalanlagen, die ganze "Möbliierung" der Straße, erfaßt und dargestellt. Das "Leitungskataster" ist für Wartung und rasche Reparatur sowie für die Neuplanung von Gas-, Wasser-, Stromleitungen wichtig.

Zu den großen Objekten der Ingenieurvermessung während der letzten Jahre gehören außer der Ortsdurchfahrt der B 28 die Erschließung "Herrlesberg-Stauden" in Lustnau, der Einbau von Turbinen im Neckarkraftwerk in Tübingen, der Bau des Landgrabens mit Rückhaltebecken in Weilheim, der Umbau des Sternplatzes, die Erfassung von Altlasten beim Metroparkhaus und die Erschließungen "Unter dem Holz" in Derendingen, "Auchterf-Bangert" in Hagelloch und "Breite" in Pfrondorf.

1990 wurden Vermessungsarbeiten für den Staudamm Goldersbach, für die Altlastenuntersuchung im alten Neckarbett in Lustnau, für die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, die Baulanderschließungen und die Baubetreuung am Rittweg in Hirschau ausgeführt. Vorrang haben alle Vorhaben zur Schaffung neuen Wohnraums und zur Bausanierung. Ihre großen Erfahrungen mit sa-

nierungsbedürftigen Gebäuden haben drei Vermessungsfachleute im Frühjahr in Jena eingebracht, wo es am Johannisplatz einen Baublock aufzumessen galt. Die Stadt Tübingen wollte damit einen kleinen Beitrag zur Erhaltung und Sanierung historischer Bausubstanz im Stadtkern Jenas leisten.

Mit Computer automatisiert

Für die Bewältigung der Vermessungsarbeit sind 4 200 Lage- und Höhenfestpunkte notwendig. Sie zu überwachen und zu erhalten ist eine Aufgabe der Abteilung 4-Automatization-Datentechnik. Dabei werden jährlich rund einhundert durch Baumaßnahmen entfernte Punkte wieder auf den Zentimeter genau in die alte Lage gebracht und fixiert. Lücken in diesem Netz, die durch neue Baugebiete wie "Ursrain" oder "Herlesberg" entstehen, müssen durch neue Festpunkte geschlossen werden. Festpunkte in Hanglagen werden auf ihre Standsicherheit geprüft; aus dem Maß und der Richtung sind Rutschungen feststellbar.

Wegen zunehmender Alterserscheinungen des Lagefestpunktnetzes muß die Abteilung zu dessen Erhaltung 1990 und in Zukunft erhebliche Arbeit aufwenden. Das Festpunktnetz ist von eminenter Bedeutung, weil darauf alle mit dem Grund und Boden zusammenhängenden Fakten (Grundstückseigentum, Verkehr, Planungen, Baumaßnahmen) bezogen sind.

Die Abteilung erledigt quasi als "Subunternehmer" die Messungen für die Ingenieurvermessung zusammen mit dem Leitungskataster und dem Straßenkataster sowie die Baumessungen der Abteilung 1.

Die jährlich 1 200 Aufträge werden überwiegend von zwei mit elektronischen Meßgeräten ausgerüsteten Meßtrupps ausgeführt. Dies entspricht durchschnittlich zwei bis drei Aufträgen pro Trupp am Tag. Die elektronischen Meßgeräte sind mit einem Computer gekoppelt, der die Daten speichert und Berechnungen im Felde ermöglicht. Diese Rohdaten verarbeitet die Rechenstelle mit der EDV-Anlage zu Gauß-Krüger-Koordinaten und maschinengezeichneten Karten, die vom Auftraggeber weitergenutzt werden. Dank EDV können die Arbeiten im Felde mit einem Minimum an Personal erledigt werden. Verfahrensabläufe lassen sich ohne manuelle Zwischenprüfung oder Arbeit über den Rechner direkt der maschinellen Kartierung zuführen. Dies ist bisher nur bei der Erstellung des Baumkatasters möglich.

1985 wurde die erste Rechanlage von 1970 durch einen Rechner, mit dem die gesamten vermessungstechnischen Programme des Landesvermessungsamts - auch die für die Erstellung des automatisierten Liegenschaftsbuches - abgewickelt werden können, ersetzt. Heute entstehen jährlich etwa 100 000 Koordinatenpaare für Einzelpunkte, werden 200 000 Punkte für den Zugriff aller Abteilungen dauerhaft gespeichert.

Die technische Entwicklung hat die Anlage aber bereits überholt. Die neue Speichertechnik und Rechengeschwindigkeit ermöglichen heute digitale Karten. Diese "Graphik" ist die Zukunft im Vermessungswesen. Das Amt arbeitet mit einem Graphik-Arbeitsplatz bereits erfolgreich in der Kartenerstellung. An dieser neuen Rechanlage wurde im ersten Halbjahr 1990 die Software für die Grundkarten und Kanalerfassung getestet. So können nun aus der Flurbereinigung Weilheim mit dieser Anlage die neuen Grenzen in die Karten der Maßstäbe 1:500 und 1:2500 übernommen werden. Anschließend sollen Aufgaben im Bereich der Umwelt, der kleinräumigen Gliederung und des Kanalkatasters bearbeitet werden.

Umliegungen und Richtwerte zur Behebung der Wohnungsnot

Die zahlreichen Bebauungspläne werden von der Abteilung 5 - Geschäftsstelle des Umliegungsausschusses - umgesetzt. Das bedeutet, daß ein Eigentümer für sein zur Bebauung nicht geeignetes Feldflurstück im Grundstückstauschverfahren einen in Form und Größe zur Bebauung geeigneten Bauplatz erhält. Man spricht dabei von "gesetzlichen Umliegungen". Bürgerinnen und Bürger haben die gesetzlich verankerte Möglichkeit, sich gegen eine Bauplatzzuteilung zu wehren, wenn sie sich in ihren Rechten verletzt glauben. Solche Rechtsbehelfe können allerdings eine Umliegung um Jahre verzögern.

Die sehr geringe Anzahl eingelegter Rechtsbehelfe in den derzeit 16 laufenden Umliegungen belegt, daß sich die Geschäftsstelle erfolgreich bemüht, die Beteiligten zufrieden zu stellen; sie maßgeschneidert mit Baupläten zu versorgen. Nur so war es in den vergangenen acht Jahren möglich, zehn Umliegungen mit zusammen 553 beteiligten Grundstückseigentümern abzuschließen. Sieht man von der Umliegung im Gewerbegebiet "Feuerhügge-Steinlachwasen" ab, wurden in den übrigen neun Umliegungen auf einer Fläche von 59 Hektar 577 Baupläte

ze für Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser geschaffen.

Auch in dem sehr langwierigen und für alle Beteiligten äußerst unbefriedigend verlaufenen Umliegungsverfahren "Weinbergweg/Hirschhalde" in Hirschau ist nach dem anstehenden Urteil des Baulandsenats auf einen baldigen Abschluß zu hoffen. Als nächstes ist die Umliegung "Bonlanden West" zu erwarten. Weitere Verfahren zeichnen sich ab, sodaß auch künftig die Vollbeschäftigung gesichert ist.

Als jüngstes Kind hat die Abteilung 5 die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses übertragen bekommen, ohne die die Grundstücks- und Gebäudewertschätzung kaum denkbar wäre. Dort werden sämtliche Grundstückskaufverträge - in den letzten acht Jahren rund 9 000 mit einem Gesamtkaufpreis von etwa 1,5 Milliarden DM - in einer Kaufpreissammlung ausgewertet, wesentliche Daten für die Wertermittlung abgeleitet und täglich zahlreiche Auskünfte zu Bodenrichtwerten und anderen Bewertungsfragen gegeben. Außerdem werden jährlich etwa 120 Gutachten für private Antragsteller, Gerichte, Sozialämter und andere Behörden vorbereitet.

An jedem Jahresende beschließt der 16köpfige Gutachterausschuß anhand der Kaufpreissammlung die amtlichen Richtwerte, die in der Richtwertkarte festgehalten werden. In dieser Karte sind die durchschnittlichen Quadratmeterpreise für das gesamte Gemeindegebiet dargestellt. Sie hat für diejenigen, die Grundbesitz haben oder erwerben wollen, erhebliche Bedeutung. Mit der Richtwertkarte ermittelt auch das Finanzamt die Steuern, die Notare errechnen ihre Gebühren und den Wert eines Nachlasses und die Banken legen die Höhe von Beleihungsgrenzen fest.

Karten ohne Zahl

Fast immer ist das Ergebnis der Arbeit in einer Karte dargestellt. Die Abteilung 6 - Kartographie - führt als Basis die Stadtgrundkarte 1:500 mit derzeit 682 Blättern. In dieses Kartenwerk sind die Veränderungen, die Meßergebnisse, einzuarbeiten. Dabei steht mit 2 134 Veränderungen die Fortführung des Liegenschaftskatasters an erster Stelle. Dieselbe Nachtragsarbeit ist im zweiten Kartenwerk, der "Württembergischen Flurkarte 1:2 500" mit zusammen 112 Blättern, zu leisten. Die Karten werden auf einem transparenten Zeichenträger geführt. So können

Deckfolien unterschiedlicher Themenbereiche (Ver- und Entsorgungsleitungen, Wasser-, Landschafts- und Naturschutz, Geländeformen, Baurecht) mit diesen Kartenwerken fast beliebig kombiniert werden. Von allen Kartenwerken werden in regelmäßigen Abständen zur Sicherung Kopien gefertigt und diese ausgelagert.

Zusammen mit dem Landkreis wird eine "Freizeitkarte 1:35 000 für Radwandern und Freizeit" für die gesamte Kreisfläche herausgegeben. Sie ist 1989 in der 5. Auflage erschienen; seit ihrem ersten Erscheinen 1980 wurden 40 000 Stück gedruckt. Neben weiteren unterschiedlichen Sonderdarstellungen als Orientierungshilfen (wie Campingplatz, Busbahnhof) ist eine wesentliche Aufgabe der Kartographie die Bearbeitung von Sonderkarten unterschiedlicher Thematik wie Übersichtskarten im Maßstab 1:5 000 für das Kanal-, Gas-, Fernwärme- und Wasserleitungsnetz, Orientierungskarten für Autofahrer, für Behinderte, für den öffentlichen Personennahverkehr oder für die Feuerwehr.

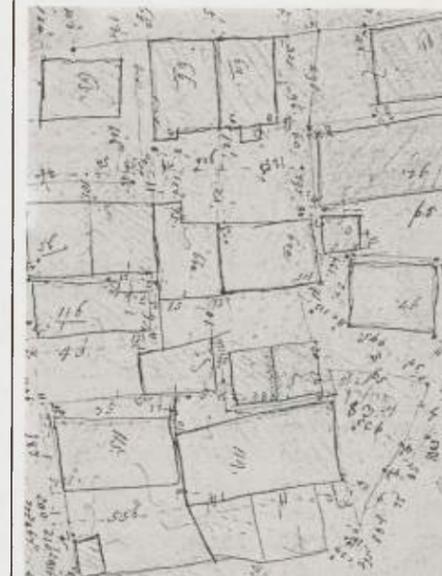
Zu Beginn des neuen Schuljahres hat die Kartographie für die Aktion "Sicherer Schulweg" besonders instruktive Karten herausgebracht. Für die Fortschreibung und Neuaufgabe des Flächennutzungsplanes Reutlingen/Tübingen wurden umfangreiche Unterlagen zugestellt. Neu gedruckt werden die Übersichtskarten über das Wasserrohnetz und über die Stadtentwässerung im Maßstab 1:5 000.

Neben diesen Grundkarten gibt das Stadtvermessungsamt alle drei Jahre einen Stadtplan heraus, der sich trotz zunehmender privater Konkurrenz als amtlicher Stadtplan im Maßstab 1:12 500 bisher sehr gut behaupten konnte. Die Stückzahlen der verschiedenen Auflagen belegen seine Beliebtheit. So wurden seit der Ausgabe 1981 über 90 000 Exemplare gedruckt. Die Ausgabe 1989 ist mit rückseitigen Darstellungen des Fahrradverkehrsnetzes und des Liniennetzes im öffentlichen Personennahverkehr besonders attraktiv. Diese beiden Karten wurden im Herbst 1990 für die Neuaufgabe von 12 000 Stadtplänen aktualisiert.

Der Stadtplan ist nicht nur Orientierungshilfe für Einheimische und Fremde, auf ihm basieren auch Karten zur Verkehrsführung bei der Planung von Radwegen, Schulwegen, Sondereinrichtungen für Behinderte, Karten für Leitungsnetze, Richtwertkarten und Karten zur Bevölkerungsstruktur, sowie der vergrößerte Innenstadtplan, der als Orientierungs-

hilfe an bestimmten Verkehrspunkten angebracht ist.

Die laufende Aktualisierung all dieser Karten erfordert von den fünf Beschäftigten besonderes Engagement. Parallel dazu versorgen sie täglich die technischen Ämter und Planungsstellen sowie die Stadtwerke mit Auszügen aus den verschiedenen Kartenwerken. Ferner werden jährlich rund 300 Kartenunterlagen, sowohl Einzelkopien wie auch ganze Atlanten einschließlich Luftbildern in unterschiedlichen Maßstäben, teils nach fotografischer Vergrößerung oder Verkleinerung, teils auch mit thematischen Ergänzungen auf Bestellung geliefert - die Zahl dieser Nachfragen steigt . . .



Dokumentation einer Vermessung in Unterjesingen



Fleisch und Vieh

Das Veterinäramt

Standort: Schlachthausstraße 13.

Amtsvorstand: Stadtveterinärdirektor Dr. Gernot Stengel, 60, (seit September 1982). Personalstand: zwei Beamte, zehn Angestellte (darunter vier Fleischbeschauerärzte und zwei Fleischbeschauer), sechs Arbeiter. Das Amt 71 (Schlacht- und Viehhof) wurde 1984 in Veterinäramt umbenannt. Damit werden auch im Namen die umfangreichen Aufgaben vor allem der Lebensmittelüberwachung deutlich und verständlicher.

Mit der neuen Fleischhygieneverordnung 1986 kamen die Schlachttier- und die Fleischuntersuchung bei Gehegewild und in Sonderfällen die Fleischuntersuchung bei erlegtem Haarwild hinzu. Zur Zeit werden zehn Gehege überwacht.

Schlachtviehmarkt

Der Schlachtviehmarkt Tübingen hat sich wie alle anderen Lebendviehmärkte durch die tiefgreifenden Umstrukturierungen in der Landwirtschaft und der Fleischvermarktung in der Bundesrepublik und der EG grundlegend gewandelt. Die Direktvermarktung von Schlachtvieh - ohne den Lebendvieh-

markt - hat sich durchgesetzt. Bei der Vermarktung von Schlachtschweinen ist die Entwicklung besonders drastisch.

Darüber hinaus gewinnt die Totvermarktung weiter an Boden, was in Tübingen und Süddeutschland zu einem empfindlichen Rückgang der Schweineschlachtungen und damit der Gebühreneinnahmen geführt hat. In der Schlachtviehvermarktung sind sinkende Zahlen bei Mastschweinen unauffällig. Der Selbstversorgungsgrad bei Schlachtschweinen liegt in Baden-Württemberg bei unter 50 Prozent mit weiter abnehmender Tendenz. Erstaunlicherweise ist die Lebendvermarktung von Rindern relativ stabil geblieben.

Um diesem Strukturwandel Rechnung zu tragen, hat der Gemeinderat 1988 die Gebührensatzung geändert. Die Einbringgebühren für Schlachttiere, die den Markt nicht berühren, wurden gestrichen und der gebührenfreien Direktvermarktung überlassen. Diese Rationalisierung bewirkte einen geringeren Personaleinsatz durch weggefallene Viehhofbeschickung und Lebendwiegungen und ermöglichte die Umsetzung eines Mitarbeiters. Leider können die Einsparungen bei den Personalausgaben die fehlenden Gebühreneinnahmen nicht ausgleichen.

Direktanlieferung von Lebendvieh zur Schlachtung und zum Totversand bestimmen das Marktgeschehen. Zu den weiteren

schnellen Strukturwandlungen in der Vieh- und Fleischvermarktung, die den ruinösen Rückgang des Lebendviehmarktes in den nächsten Jahren noch beschleunigen werden, kommen Überlegungen des Tierschutzes, Schlachtviehtransporte über 200 Kilometer hinaus zu verbieten. Das wird zusätzlich ein Argument sein, Schlachthöfe nur noch in Schlachttiererzeugergebieten anzusiedeln.

Mit der bereits für Schweinefleisch gesetzlich vorgeschriebenen und der in Kürze zu erwartenden Geräteklassifizierung für Rindfleisch wird der Lebendviehhandel bei Schlachtvieh sterben, da dabei die Abrechnung nur noch nach Schlacht- und nicht mehr nach Lebendgewicht erfolgt. Damit ist das Ende der Lebendviehmärkte abzusehen. Die Schlachtviehmarkthalle des Tübinger Viehhofes wird dann als Wartestall für die Direktanlieferung von Schlachttieren eine neue Aufgabe erhalten, für die kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe der Umgebung ein kleiner Marktplatz der Vermarktung wegfallen.

Alter Schlachthof ganz modern

Durch die Vereinbarung zwischen der Fleischzentrale Südwest und der Stadt über die Nutzung einer Kapazität von 4 800 Tonnen ist die Wirtschaftlichkeit des Schlachthofes weitgehend gewährleistet, da die Fleischzentrale bei weniger Schlachtungen den Fehlbetrag jährlich ausgleichen muß. Der Vertrag endet 1992. Beim Ausbau ihres Marktes Tübingen hat sie 1984 auf städtischem Gelände eine neue von der EG zugelassene Zerlegehalle mit Verladeeinrichtungen und zwei Kühllhäuser errichtet. Die Notschlachthanlage im alten Pferdeschlachthaus wurde ausgebaut, ein neues Schweinekühlhaus für die Tübinger Metzger errichtet und eine neue Kadaver- und Konfiskatsammelstelle mit Kühlung geschaffen.

Durch diese erheblichen Umbauten konnte der Schlachthof seinen EG-Status festigen. Das bestätigt das gute Abschneiden des alten Schlachthofes mit seiner modernen, rationell arbeitenden Einrichtung bei einer EG-Kontrolle im Juni 1987 durch Beauftragte der EG-Kommission in Brüssel, des Bundesgesundheitsamtes Berlin, des Ministeriums für ländlichen Raum in Stuttgart und des Regierungspräsidiums Tübingen.

1988 wurden die alten, unter Materialermüdung leidenden Kesselhausanlagen aus den fünfziger Jahren durch eine moderne,

mit Gas befeuerte Heißwasserbereitungsanlage ersetzt. Die Gasbefehuerung ist auch ein Beitrag zum Umweltschutz. Ebenfalls in den achtziger Jahren wurde zur Kosteneinsparung die Betriebsführung weiter rationalisiert. So wird das Blut nicht mehr von einem Spezialunternehmen zur Blutmehlgewinnung an den Niederrhein transportiert (Kosten rund 12 000 DM im Jahr) sondern in einem eigenen Tankanhänger dem Faultrum der Kläranlage Lustnau zur Biogasgewinnung zugeführt.



Wegen der gewaltigen Erhöhung der Entsorgungsgebühren für Pansenung auf der Mülldeponie Schweinerain von rund 2,30 DM je Tonne 1983 auf 102 DM 1988 - hinzu kamen etwa 12 000 DM Transportkosten im Jahr - mußte mit 38 000 DM Kosten eine Pansenungspresse eingebaut werden. Diese entzieht dem Panseninhalt zwei Drittel des Wassers und macht das Material so zu einem gesuchten Kompostmaterial für Gärtnereien - und es entstehen keine Entsorgungskosten.

Mit dem Strukturwandel in der Schlachttiervermarktung ändert sich auch die Fleischvermarktung. Der Totversand vor allem von Schweinefleisch aus den Erzeugergebieten im Norden Deutschlands in die Verbrauchergebiete im Süden gewinnt immer mehr an Boden. Das schlägt sich vor allem in den Schlachtzahlen der Fleischzentrale nieder, die bis fast auf die Hälfte zurückgegangen

sind. Demgegenüber vermochten die Tübinger Metzger ihre Schlachtungen in den achtziger Jahren weitgehend stabil zu halten. Behaupten, teils sogar steigern konnte die Fleischzentrale die Rinderschlachtungen. In der weiteren Umgebung, auf der Schwäbischen Alb und im Schwarzwald, gibt es derzeit noch ausreichend Rinderbestände.

Während die Zerlegekapazität erheblich gesteigert wurde, ist die Schlachtkapazität mit 6 000 Tonnen Jahresleistung wegen nicht erweiterter Kühlmöglichkeit gleich geblieben. Sie wird der Versorgung der Stadt mit Frischfleisch gerecht, eine Ausweitung der Schlachtleistung zum Versandschlachthof ist nicht geplant. Die Fleischzentrale lastete ihre Freikapazität von 4 800 Tonnen nicht ganz aus, kam aber ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen bei Minderschlachtungen stets nach. Die Metzger füllten ihre Schlachtfreikapazität von 1 200 Tonnen etwa zur Hälfte aus, eine Steigerung ist nicht zu erwarten.

In den achtziger Jahren nahmen Not-, Krank- und Seuchenschlachtungen erheblich zu. Das Einzugsgebiet dieser Sonderschlachtungen erstreckt sich mittlerweile bis in den Schwarzwald und über die Schwäbische Alb bis an den Bodensee. Immer weniger Schlächtereien sind offensichtlich bereit, solche kosten- und personalintensiven Schlachtungen auszuführen. Bei den Hauschlachtungen in den eingemeindeten Ortschaften und im Schlachthof ist der Abwärtstrend nach wie vor vorhanden.

Mit den Rationalisierungen der achtziger Jahre sind alle Möglichkeiten des Kosteneinsparens ausgeschöpft. Eine Verringerung des Gebäudekomplexes ist nicht möglich. Die ständig steigenden Personalkosten stellen einen erheblichen Kostenfaktor dar, der nicht zu dämpfen ist, da kein weiteres Personal eingespart werden kann. Wartung und Pflege der Anlage, Schlachthygiene und Fleischuntersuchung können sonst nicht mehr gewährleistet werden.

Sinkende Schweineschlachtzahlen und fallende Preise für Schlachtabfälle sorgen für Mindereinnahmen, die sich in den nächsten Jahren kaum verbessern werden. Da langfristig mit weiteren Schließungen von Metzgereien mit eigener Produktion zu rechnen ist, dürften auch die Eigenschlachtungen zurückgehen. Zunehmen wird dagegen der Zukauf von Teilstücken oder Tierkörperhälften beim Fleischmarkt durch Gaststätten

und Metzgereien. Der Rückgang der Hauschlachtungen setzt sich fort, auch hier wird der Fleischmarkt die Lücke schließen. Ob die Direktvermarktung (Ab-Hof-Verkauf) von Fleisch sich durchsetzen und die Hauschlachtungen ablösen wird, bleibt abzuwarten, da auch die Direktvermarkter die Anforderungen der Fleischhygieneverordnung erfüllen müssen. Die Investitionskosten dürften in keinem Verhältnis zum erwarteten Gewinn stehen.

Wie lange die Rinderschlachtzahlen noch konstant bleiben, ist offen, man kann aber vorsichtig optimistisch sein. Mittelfristig muß jedoch die Kühlkapazität für Rindfleisch erhöht werden, da die strikte Einhaltung der EG-Kühlanforderung eine längere Verweildauer vor allem von Rinder-Hintervierteln im Kühlhaus erfordert. Ein zusätzliches Rinderkühlhaus müßte deshalb in Kürze geplant werden.

Bis 1992 gewährleistet der Vertrag mit der Fleischzentrale Südwest die Auslastung der überwiegenen Schlachtkapazität von 4 800 Tonnen. Inwieweit die Firma Moksel AG, die Mitte 1990 zu 76 Prozent der Anteile die Fleischzentrale übernahm, bereit ist, den Vertrag weiterhin zu erfüllen, wird man sehen müssen. Ob über 1992 hinaus ein neuer Vertrag abgeschlossen werden kann, läßt sich ebenso noch nicht beurteilen. Ständig schärfer werdende Anforderungen an die



114 Blick in die neue Zerlegehalle

Schlachthygiene durch EG-Richtlinien, nicht ausgelastete Schlachtkapazitäten und ständig steigende Personal- und Sachkosten werden in Zukunft zu weiteren Schlachthofschließungen im Lande führen. Die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes und die Wiedervereinigung Deutschlands mit zusätzlichen Schlachtiererzeugergebieten in Mecklenburg und Brandenburg werden den Vieh- und Fleischmarkt erneut verändern. Insofern ist eine Prognose über 1992 hinaus derzeit nicht möglich.

Die Fleischproduktion 1990 betrug 4 882,33 Tonnen. Davon entfallen auf die Fleischzentrale Südwest 4 030,37 Tonnen (82,55 Prozent), auf die gewerblichen Schlachtungen der Metzgereibetriebe und die Haus-, Not- und Krankschlachtungen 851,96 Tonnen (17,45 Prozent). Regelmäßig haben ein Großschlächter, neun Tübinger und acht auswärtige Metzgereien geschlachtet. Die Freibankverkaufsstelle in der Haaggasse wurde am 30. September 1989 geschlossen.

Lebensmittelüberwachung

Die Lebensmittelüberwachung im gesamten Stadtgebiet wurde nach wie vor in der seit vielen Jahren bewährten Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt, dem Wirtschaftskontrolldienst der Landespolizei, dem Staatlichen Gesundheitsamt und dem Staatlichen Veterinäramt wahrgenommen. Ihr unterliegen alle Betriebe, die Lebensmittel tierischer Herkunft in irgendeiner Form zur Abgabe an Dritte herstellen, behandeln oder vertreiben.

Bei der Bauplanung und -ausführung werden Lebensmittelbetriebe beraten und überprüft. Die Mitarbeiter kontrollieren

Herstellung und Lagerung der Produkte bis zur Endabgabe an den Verbraucher. Sie überwachen die Waren sowohl auf die gesundheitliche Unbedenklichkeit und Betriebs hygiene als auch auf die qualitative Zusammensetzung und den Schutz vor Verbrauchertäuschung. Die Lebensmittelbetriebe werden ein- bis mehrmals jährlich unangemeldet kontrolliert.

Im Stadtgebiet waren 1990 zu überprüfen (in Klammern 1982):

27 (25) Metzgereien, 27 (24) Läden mit Frischfleischabteilungen, 73 (77) Lebensmittelgeschäfte, 78 (72) Kantinen, 223 (193) Gaststätten, 7 (3) Fisch-, Wild- und Geflügelhandlungen, 13 (6) Marktstände, insgesamt also 439 (400) Betriebe.

Auf Stadtfesten, Jahrmärkten, Flohmärkten, Sommerfesten, Verkaufsausstellungen, Straßen- und Vereinsfesten wurden außerdem 86 Kontrollen vorgenommen. Hygienische Mißstände konnten rechtzeitig erkannt, hygienisch bedenkliche Betriebe saniert oder zur Sanierung geschlossen, verdorbene Ware vor der Abgabe an Kunden aus dem Verkehr genommen und damit weiterer Schaden, das Auftreten oder die Ausweitung durch Lebensmittel verursachter Erkrankungen wirksam verhindert werden.

Die Umsetzung der EG-Richtlinien für frisches Fleisch in nationales Recht verschärft die Hygieneanforderungen an die Metzgereien mit eigener Schlachtung und Produktion. Es werden daher nur wenige Betriebe bestehen können. Die meisten werden die Schlachtung einstellen, viele auch die Produktion eigener Fleisch- und Wurstwaren aufgeben müssen, da die Bau- und Investitionskosten die finanziellen Möglichkeiten

vieler Betriebe überschreiten. Übrigbleiben werden wenige leistungsfähige Fachbetriebe und Verkaufsmetzgereien sowie Frischfleischabteilungen in Supermärkten. Ob der Rückgang der Zahl kleiner Lebensmittel-Einzelhandelsgeschäfte gebremst und durch Neuansiedlung solcher Kleinbetriebe in Wohngebieten aufgefangen wird, ist ungewiß. Die überwiegenden Marktanteile können sicher weiter die Großmärkte behaupten.

Auch die Zahl der Kantinen in mittleren Betrieben wird aus wirtschaftlichen Gründen weiter zurückgehen, die Belieferung aus Fern- und Großküchen sich verstärken. Die Zahl der Gaststätten dürfte sich mit geringen Abweichungen auf dem jetzigen Stand einpendeln. Das Veterinäramt erwartet mit Interesse den bevorstehenden Landtagsbeschluß über die künftige Zuordnung der Lebensmittelüberwachung. Bleibt die Lebensmittelüberwachung in ihrer bewährten Form bei den Großen Kreisstädten oder wird sie beim Landratsamt angesiedelt?

Tierheim

Im Jahre 1982 konnte der Tübinger Tierschutzverein e.V. sein neues Tierheim in Betrieb nehmen. Die Ende November 1982 gegründete Tierheim GmbH übernahm die Versorgung und Betreuung der Tiere aus der Stadt und dem Kreis.

Belegung des Tierheims von 1982 bis 1990

	Hunde		Katzen	
	herrenlos	Pensions-tiere	herrenlos	Pensions-tiere
1982	82	82	101	93
1983	82	124	140	87
1984	128	146	136	121
1985	111	136	123	131
1986	117	156	177	159
1987	96	136	175	147
1988	114	145	162	138
1989	58	145	195	157
1990	80	177	155	157

Die steigende Zahl der Fund- und Pensions-tiere zeigt, wie dringend notwendig der Neubau war. Das Veterinäramt besichtigt das Tierheim jährlich. Ergebnis: Die Anlage wird gut genutzt und fachgerecht geführt, die Fund- und Abgabetierte befanden sich in gutem Ernährungs- und Pflegezustand.

Dorfkern verkehrsberuhigt

Lustnau

Im letzten Verwaltungsbericht wurde für Lustnau die Überschrift "Hoffnung Herrlesberg" gewählt. Inzwischen sind die ersten Häuser des Baugebietes bezogen und die weitere Bebauung geht zügig voran.

Lebten im Jahre 1982 8 528 Menschen in Lustnau, waren es 1990 8 447 Einwohnerinnen und Einwohner.

Der Ortsbeirat, dessen Vorsitz seit geraumer Zeit der Geschäftsstellenleiter führt, hat sieben Mitglieder. Nachdem in den letzten Jahren öfters Wechsel zu verzeichnen waren, gehören ihm heute an: Stadtrat Wilhelm Volle, die Ortsbeirätinnen Hildegard Schulz, Elke Meyer-Dubbers, Ingeborg Enderlein und die Ortsbeiräte Gerhard Boehmler, Peter Alcheler und Friedrich Grüninger.

Der Ortsbeirat hatte von 1982 bis 1990 in 34 Sitzungen für die Entwicklung und Gestaltung des Dorfkernes sowie der Straßenumbauten bedeutendes beraten. So wurde der gesamte Dorfkern verkehrsberuhigt, das Lustnauer Zentrum fertiggestellt und der Bau der B 27 neu - der Entlastung der Nürtinger Straße - begonnen. Außerdem wurde wieder eine Linksabbiegerspur an der Adlerkreuzung von Bebenhausen her eingeführt

und erst vor kurzem vom Gemeinderat die Erweiterung des Friedhofes und der Friedhofshalle beschlossen.

Die Geschäftsstelle im Rathaus ist mit einem Beamten besetzt, der auch für Derendingen zuständig ist. Bis zum Herbst 1984 leitete sie Fritz Schmid. Sein Nachfolger ist Eberhard Fröschke. Außerdem sind noch zwei Angestellte sowie ein Hausmeister (auch für das Rathaus Derendingen) und eine Reinemachefrau beschäftigt. Die Beschäftigten hatten im Berichtszeitraum (Zahlen von 1975 - 1981 in Klammern) 32 (11) Hausgeburten, 270 (308) Sterbefälle, 432 (304) Aufgebote und 303 (197) Eheschließungen sowie 188

Kirchenaustritte und 717 Rentenanträge zu bearbeiten.

Weitere bedeutende Ereignisse waren die Einrichtung und Einweihung des Polizeipostens in der Harpprechtstraße sowie die Fertigstellung des Katholischen Pfarramtes.

Zum Leidwesen der Lustnauer trat der Goldersbach am 8. Juli 1987 wieder einmal über die Ufer und löste ein Hochwasser mit katastrophalen Folgen aus. Aus diesem Grunde steht auch auf ihrer Wunschliste der baldige Bau des Rückhaltebeckens zwischen Lustnau und Bebenhausen an oberster Stelle.



Jahrhunderthochwasser in Lustnau



Geschlachtet wurden:

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Pferde	1	1	-	-	1	-	-	-	-
Bullen	4 011	4 015	3 953	3 786	3 796	3 438	3 147	3 318	3 768
Kühe	2 839	2 877	3 357	2 949	3 292	4 061	3 283	3 621	3 998
Rinder	1 531	1 386	1 658	1 430	1 523	1 531	1 549	1 628	1 647
Kälber	127	175	228	179	160	165	207	226	177
Schweine	40 779	38 649	36 872	31 832	29 286	24 064	26 637	23 747	22 525
Schafe	1 209	1 133	992	1 038	3 082	841	1 788	1 417	884
Ziegen	2	9	19	8	3	6	6	6	10
Gesamt:	50 499	48 245	47 079	41 222	41 143	34 106	36 617	33 963	33 009

900 Jahre alt und wichtige Neubauten

Derendingen

Die bis 1934 selbständige Gemeinde Derendingen hat eine Gemarkungsfläche von 663 Hektar und ist damit nicht ganz halb so groß wie Lustnau. Die Geschäftsstelle im Rathaus wird, wie die in Lustnau, von Eberhard Fröschke geleitet. Er hat die Nachfolge von Fritz Schmid angetreten, der im Oktober 1984 in den Ruhestand trat.

Das weitere Team besteht aus einer Ganz- und einer Halbtagskraft, einem Hausmeister (auch für Lustnau zuständig) und einer Reinnachfrau. Dem Ortsbeirat gehören, nach häufigem Wechsel in den letzten Jahren, die sieben folgenden Mitglieder an: Manfred Wurster, Irmgard Klüner, Maria Dapp-Dietzelbinger, Peter Klein, Marlene Haupt, Wilhelm Friesch und Erika Braun. Den Vorsitz führt Eberhard Fröschke.

Der Ortsbeirat befaßte sich im Berichtszeitraum in 24 Sitzungen überwiegend mit der Verkehrsberuhigung, aber auch mit dem Neubau des Feuerwehrhauses, dem Bebauungsplanverfahren "Alte Mühle" und der Südwestumfahrung.

Im Jahre 1981 lebten in Derendingen 5 444 Menschen, inzwischen ist die Einwohnerzahl auf 6 165 gewachsen. Im Standesamt wurden 25 Hausgeburten, 281 Aufgebote, 216 Eheschließungen und 146 Sterbefälle registriert. Aus der Kirche traten 163 Personen aus (darunter 98 aus der Katholischen Kirche). Es wurden 678 Rentenanträge einschließlich der Anträge auf Kindererziehungszeiten eingereicht.

Nachdem 1987 der maschinell lesbare Personalausweis und 1989 der fälschungssichere Reisepaß eingeführt wurden, mußten wegen der großen Antragsflut Sonderregelungen getroffen werden. Dabei hat die Geschäftsstelle Derendingen die zentrale Versendung der Ausweis-anträge für alle Verwaltungsstellen übernommen.

An besonderen Baumaßnahmen sind zu erwähnen: die Fertigstellung der Kreissporthal-

le (1984) und der Gewerblichen Berufsschule (1982), die Erschließung des Gewerbegebietes "Unter dem Holz", der Neubau des Kinderhortes "Alte Mühle" sowie der Neubau des Regierungspräsidiums in den Mühlbachäckern und die Einrichtung eines soziokulturellen Zentrums im ehemaligen Fabrikgebäude der Firma Möbel-Beck. Nicht vergessen seien die Fertigstellung und Einweihung des Feuerwehrhauses und die Namensgebung des Carlo-Schmid-Gymnasiums.

Unter den geselligen Veranstaltungen ragt das 50-jährige-Jubiläum der Gartenstadt vom 4. bis 6. September 1987 heraus. Höhepunkt war jedoch das von der Arbeitsgemeinschaft der Derendinger Vereine und Gruppierungen zusammen mit den Schulen veranstaltete Festwochenende zur 900-Jahr-Feier Derendingens vom 8. bis 10. September 1989.

Auf der Wunschliste der Derendinger steht nach wie vor an erster Stelle der Bau einer Aula oder wenigstens die Erweiterung der Ludwig-Krapf-Turnhalle, damit die Vereine bei ihren Feierlichkeiten nicht immer "über Land" gehen müssen.

Eingliederungsvertrag fast erfüllt

Weilheim

Im Vorfeld der 900-Jahr-Feier des Stadtteils Weilheim kann zunächst festgestellt werden, daß die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, Ortschaftsrat und Verwaltung weiter vertrauensvoll und gut war.

Der Weilheimer Ortschaftsrat, dem zu Beginn des Berichtszeitraumes Claus Bürker, Hartmut Kilger, Rudolf Kost, Siegfried Lang, Werner Lauer, Annegret Mentzel, Margarete Raabe, Otto Schreiner, Rudolf Trescher und Berthold von St. André angehörten, veränderte sich durch die Wahlen 1984 und 1989 wesentlich. 1984 wurden Heide Barth, Ottmar Geckle, Gerhard Junger und Wilhelm Saur für die ausscheidenden Claus Bürker, Hartmut Kilger, Siegfried Lang und Rudolf Trescher und 1989 Claus Bürker, Lore Malchow, Fritz Poddig und Gerhard Ulmer für die ausscheidenden Annegret Mentzel, Rudolf Kost, Berthold von St. André und Wilhelm Saur, gewählt. Ortsvorsteher ist seit 1974 der jetzt 48-jährige Roland Glaser.

Nachdem Klaus Röscheisen im Dezember 1982 aus beruflichen Gründen aus dem Ge-

meinderat ausgeschieden war, hatte der Stadtteil bis zur Wahl Ende 1984 keinen Vertreter mehr im Gemeinderat. Seither vertritt Otto Schreiner Weilheimer Interessen im Stadtparlament.

Der Ortschaftsrat tagte im Durchschnitt elfmal im Jahr und beschloß dabei wesentliche Vorhaben für die Entwicklung des Stadtteils. Die Bürgerversammlungen in den Jahren 1985 und 1988 verliefen problemlos.

Die Einwohnerzahl stieg von 1 254 Ende 1975 über 1 455 Ende 1982 auf 1 584 Ende 1990. Zu registrieren waren im jährlichen Durchschnitt sechs Trauungen, 14 Geburten und acht Sterbefälle.

Pläne ...

In den Jahren 1982 und 1983 befaßten sich Ortschaftsrat und Gemeinderat mit dem Rahmenplan Weilheim, parallel dazu mit dem Bebauungsplan Schelmen, der im Sommer 1983 abgeschlossen werden konnte, und mit dem Bebauungsplan Ölacker, der im Herbst 1984 Rechtskraft erhielt.

Weit mehr Kopfzerbrechen bereitete dem Gemeinderat der Bebauungsplan "Neckarweg - Verbrauchermarkt Weilheim", bei dem es um die Erweiterung der Firma Multimarkt geht. Er beschäftigte die Gremien von 1985 bis 1990 und führte erstmals zu einem Verfahren im Vermittlungsausschuß, wobei zunächst kein zufriedenstellender Kompro-

miß gefunden werden konnte. Erst im Sommer 1990 konnten die Beratungen abgeschlossen werden.

Die Planung der neuen L370 zwischen Tübingen und Rottenburg und der Verknüpfung mit der K 6900 behandelten die Gremien zwischen 1985 und 1986.

... und Bauten

Am 25. April 1982 konnte nach eineinhalbjähriger Bauzeit das Gemeindehaus der evangelischen Kirchengemeinde in der ehemaligen gemeindeeigenen Zehntscheuer eingeweiht werden.

Nach langen und schwierigen Entscheidungen wurde im Januar 1982 der neue Friedhof fertiggestellt. Die Glockenanlage in der Aussegnungshalle wurde durch eine Spendenaktion, bei der 15 000 DM zusammenkamen, finanziert.

Eines der größten Vorhaben des Stadtteils, der Aus- und Umbau des Landgrabens mit Rückhaltebecken, wurde Mitte 1982 begonnen, die endgültige Fertigstellung konnte am 1. Mai 1985 unter großer Beteiligung der Bevölkerung gefeiert werden.

Durch einen Umbau im Erdgeschoß wurden in der Grundschule 1986 erhebliche Verbesserungen vorgenommen. Es entstanden ein Werkraum und die notwendigen Räume für die Verwaltung.

Nach dem Spatenstich am 20. Mai 1986 dauerte es fast zwei Jahre, bis am 23. April 1988 die Rammerthalle eingeweiht werden konnte. Mit ihr besitzt Weilheim erstmals einen geeigneten Raum für sportliche Betätigungen und kulturelle Veranstaltungen.

Die Erschließung des Baugebiets Ölacker wurde im Frühjahr 1987 begonnen und Ende 1988 abgeschlossen. Erstmals steht hier in einem Weilheimer Baugebiet die umweltfreundliche Energieart Gas zur Verfügung. Zu Beginn der Erschließung wurde auch die Straßenkreuzung Wilsonstraße/Alte Landstraße umgestaltet. Diese Gelegenheiten konnten genutzt werden, Weilheim auch an das Kabelnetz der Post anzuschließen.

Mit viel Energie, nach manchen harten Diskussionen und Auseinandersetzungen und in enger Zusammenarbeit zwischen Evangelischer Kirche, Kirchengemeinderat, Landesdenkmalamt, Stadtverwaltung und Ortsverwaltung wurde die Nikomedeskirche zwi-



Blick ins Innere des Feuerwehrhauses



Rammerthalle



Nikomedeskirche

schen 1986 und Frühjahr 1988 innen vollständig renoviert, wobei manche überraschende kirchen- und kunsthistorische Kostbarkeit entdeckt, freigelegt und restauriert wurde. Am 27. März 1988 wurde der Gemeinde ein gelungenes Werk vorgestellt. Der Einbau einer neuen Orgel - gegen den Willen der Denkmalpfleger - anstelle der alten, denkmalgeschützten Orgel, erfolgte 1989.

Die im Herbst 1976 angeordnete Flurbereinigung konnte im Berichtszeitraum entscheidend vorangetrieben werden. Nach dem Ausbau der Feld- und Wirtschaftswege in den Jahren 1984/1985 erfolgten 1986/1987 die landschaftspflegerischen Maßnahmen. Am 1. November 1987 wurde mit der vorläufigen Besitzeinweisung ein gewisser Abschluß erreicht. Gefährdet wurde diese Maßnahme noch durch eine umfangreiche Diskussion im Gemeinderat über die geplante Verkleinerung des Wasserschutzgebietes "Auchtert".

Obwohl der Brunnen wegen schlechter Wasserqualität seit 1975 stillgelegt ist und Stadtverwaltung und Stadtwerke Anfang der achtziger Jahre der Verkleinerung zugestimmt hatten, sollte diese nun im offiziellen Verfahren abgelehnt werden. Erst im September 1988, nach halbjähriger Diskussion, stimmte der Gemeinderat der Verkleinerung der Wasserschutzzone zu. Die Flurbereinigung konnte fortgesetzt und zum 6. November 1989 die vorzeitige Ausführung des Flurbereinigungsplanes angeordnet werden.

Nach der Bereitstellung der erforderlichen Flächen durch die Flurbereinigung war es möglich, im Herbst 1988 entlang der ehemaligen K 6900 (Derendinger Weg) Obstbäume - zwischen Aussiedlerhof Junger und dem neuen Friedhof eine Kastanien-/Nußbaumallee und zwischen Weilheim und Kilchberg verschiedene Baumgruppen - zu pflanzen.

Auch der Bau eines Spielplatzes im Bereich Kromer wurde Ende 1988 begonnen und im Frühjahr 1989 beendet. Auch diese Maßnahme war nur durch die Bereitstellung der Flächen durch die Flurbereinigung möglich.

Personelles und Besonderes

Bei einem durch Brandstiftung ausgelösten Großbrand am 8. Dezember 1987 in der Wilonstraße in einem Ökonomiegebäude kam eine Anwohnerin in den Flammen um. Auch am 22. Mai 1987 mußte die Feuerwehr in den frühen Morgenstunden zu einem Wohnungsbrand in die Alte Landstraße ausrücken. Zum 15. Oktober 1986 wurde erstmals eine Arztpraxis in Weilheim eingerichtet.

Wilhelm Böbel wurde zum 70. Geburtstag am 23. Februar 1986 für besondere Verdienste um den Musikverein die Ehrennadel des Landes überreicht. Die gleiche Auszeichnung erhielt am 4. März 1987 Altbürgermeister Karl Groß für seine Verdienste um die Vereine Weilheims. Wesentliche Verbesserungen im Nahverkehr wurden zum Som-

merfahrplan 1987 erreicht: Der Ortskern wird seither durch zwei neue Haltestellen beim Rathaus und an der Alten Landstraße mit verschiedenen Buskursen bedient. Seit Herbst 1988 ist auch der Ortsteil Kreßbach durch ein Sammeltaxi an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angebunden. Ende Mai 1986 haben die Stadtwerke Tübingen GmbH die Stromversorgung Weilheims von der EVS Herrenberg übernommen.

Vereine und Aktivitäten

Der Schützenverein beging 1985 das Jubiläum seines 80-jährigen Bestehens, der Musikverein 1987 sein 60-Jahre-Fest, die Ortsgruppe Weilheim im Schwäbischen Albverein 1988 ihre 65-Jahre-Feier. Im selben Jahr konnte der Sportverein auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Der Obst- und Gartenbauverein legte 1982 einen Obstlehrgarten entlang der Verbindungsstraße nach Kreßbach an. In Zusammenarbeit mit dem Obst- und Gartenbauverein wird alljährlich ein Blumenschmuckwettbewerb durchgeführt. 1984 und 1988 nahm der Stadtteil am Kreiswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" teil und schloß dabei jeweils mit einem 2. Platz ab.

Wünsche und Ausblick

Die planerische Vorarbeit für die Sportanlagen wurde 1989 begonnen und 1990 abgeschlossen. Die Verwirklichung des Wunsches nach Außensportanlagen kann nun zügig begonnen werden, da die liegenschaftliche Seite im Zusammenhang mit der Flurbereinigung geklärt ist. Damit wäre der letzte Punkt des Zehnjahresplanes der Eingliederungsvereinbarung nach über zwanzig Jahren erledigt.

1990 wurde ein Spielplatz im Wohngebiet "Ölacker" angelegt und der Spielplatz im Tal verbessert. Die Anlage eines Fußweges zum Friedhof ist vorgesehen.

Bei derzeit stark steigenden Geburtenzahlen muß an eine Erweiterung des Kindergartens und auch der Schule gedacht werden. Die Umgestaltung der Wilonstraße, Sanierungsmaßnahmen im alten Ortskern sowie die Nutzung der Scheunensind Zukunftsthemen.

Der Bau der L 370 neu, damit der Rückbau der alten L 370 und der Anschluß der K 6900 an diese neue Straße müssen im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts möglichst bald verwirklicht werden.

Dem Sport mehr Platz

Kilchberg

Die vergangenen acht Jahre standen in Kilchberg hauptsächlich im Zeichen der Planungen und des Baus von Sporteinrichtungen.

Nachdem man sich mit dem Bühler Ortschaftsrat auf den Standort für eine gemeinsame Mehrzweckhalle in den "Unteren Kreuzäckern" geeinigt hatte, galt es, einen Bebauungsplan aufzustellen. Parallel dazu konnte gleich nebenan ein Sportplatz geplant und gebaut werden. Zugleich wurde auch das Gewerbegebiet "Beim Bahnhof" planungsrechtlich abgesichert. Nach langen Verhandlungen mit den Grundbesitzern konnten die Äcker erworben werden.

Der dringende Bedarf zwang den Ortschaftsrat, den Ausbau des Sportplatzes, der

am 2. Mai 1987 eingeweiht wurde, dem Bau der Mehrzweckhalle vorzuziehen. Dies hat jedoch den großen Nachteil, daß es keinerlei Sanitär- und Aufenthaltsräume für die Sportlerinnen und Sportler gibt. Die SG Kilchberg behilft sich notdürftig mit drei Containern.

Ein Streitobjekt bleibt die Mehrzweckhalle. Die Verwaltung schlug ursprünglich eine Größe von 15 x 27 Metern vor. Die Sportlerinnen und Sportler dagegen verlangten eine Spielfeldgröße mit 20 x 40 Metern. Nach dem vorschlag der Verwaltung sollten die kulturellen Vereine in der Halle eigene Räume und der unter drängender Platznot leidende Jugendclub einen Anbau erhalten. Nach jahrelangen Verhandlungen und Beratungen in den Ortschaftsräten Kilchberg und Bühler beschloß dann der Gemeinderat als Kompromiß eine Mehrzweckhalle in der Größe 18 x 36 Meter.

Am 20. Mai 1983 wurde ein neuer Spielplatz "Am Keltengrab" eingeweiht und mit der Änderung des Bebauungsplanes "Auchtert" ein langjähriger Wunsch der Eltern erfüllt. Im gleichen Jahr wurde der neue

"Geisslesweg" im Rammert den Waldbesitzern und Wanderern übergeben.

Der Ortschaftsrat beschloß 1982 einen Rahmenplan für Kilchbergs Zukunft, nach dem unter anderem die Aussicht des Ensembles Kirche/Schloß von Westen her nicht zugebaut werden darf. Die Fläche zwischen Bühler Straße und Rammertstraße West ist als weiteres Baugebiet vorgesehen, für das 1988 der Bebauungsplan in die Beratung genommen wurde. Auf Wunsch der Anlieger der Bühler Straße und wegen der zunehmenden Wohnungsnot sieht der Ortschaftsrat die Zeit für gekommen, daß dieses Gebiet überbaut wird.

In der allgemeinen wirtschaftlichen Rezession Anfang der achtziger Jahre gerieten die zur Firmengruppe Bauknecht gehörenden Himmelwerke in Konkurs. Durch das Eingreifen der Stadt konnte der Niedergang - 600 Arbeitsplätze in Kilchberg wären verlorengegangen - verhindert werden. Die Stadt kaufte die übrigen Grundstücke auf und erfüllte damit die Bedingung der Firma Flender aus Bocholt für die Übernahme des maroden Betriebs. Unter der Bezeichnung Flender



Schloßgartenfest

Himmelwerk expandiert das Unternehmen seither ständig und sucht dringend weitere Arbeitskräfte.

Festjahr 1986

Ein reges Vereinsleben mit Partnerschaftstreffen Kilchberg / Zürich zeichnet die vergangenen Jahre aus. Das Festjahr war 1986: Die Freiwillige Feuerwehr feierte 100 Jahre, der Schwäbische Albverein Ortsgruppe Kilchberg 75 Jahre, der CVJM Kilchberg 60 Jahre des Bestehens.

Schließlich beging Kilchberg vom 6. bis 8. September 1986 die 750-Jahrfeier der ersten schriftlichen Erwähnung des Ortes. Dies war das größte Fest aller Zeiten in Kilchberg. Rund 3 000 Menschen erlebten den historischen Umzug durch das Dorf und feierten im Zeit am Schulhaus. Die Schweizer Freunde, darunter der gesamte Gemeinderat aus Kilchberg/Zürich mit Ehegatten, waren mit 86 Personen, Musikern und Feuerwehrleuten zu Gast. Beim gemeinsamen Essen wurde zwischen Oberbürgermeister Dr. Schmid und Gemeindepräsident Dr. Kobelt ein künftiger Jugendaustausch zwischen beiden Kilchberg beschlossen, der seither gut funktioniert.

Als besondere Erinnerung wurde von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt ein Heimatbuch "Kilchberg, ein Streifzug durch acht Jahrhunderte" herausgebracht. Durch Spenden und Verkäufe konnte der Druck von 1 100 Exemplaren finanziert werden. Das Buch ist nur noch in wenigen Exemplaren vorrätig.

Zur gleichen Zeit wurde im Rathaus eine "Heimatstube" neben einer neuen Registratur auf der Bühne eingebaut. In der ehemaligen "Molke" erhielten die Arbeiter (Fronmeister, Gärtner, Müllwerker) einen Aufenthaltsraum. Im ehemaligen Amtszimmer des Bürgermeisters entstand ein Vereinsraum. Die Volkshochschule hält dort jetzt regelmäßig Unterricht und die Vereine können den Raum für Sitzungen benutzen.

Auf vielfältigen Wunsch der Einwohnerschaft beschäftigte sich der Ortschaftsrat mit der Einführung von Tempo 30. In einer Bürgeranhörung im Feuerwehrhaus war die Mehrheit der Anwesenden für diese neue Möglichkeit den Verkehr zu verlangsamen. Um die Bürgerinnen und Bürger mit verschiedenen Verkehrsregeln nicht unterschiedlich zu behandeln, beschloß der Ortschaftsrat am 3. Mai 1988 die Einführung von Tempo 30

in ganz Kilchberg ohne Umbaumaßnahmen. Im Oktober 1988 wurde dann in Kilchberg als zweitem Tübinger Stadtteil (nach Bebenhausen) generell Tempo 30 zum Limit, was gut funktioniert.

Im Ortschaftsrat sind seit 1989:

Erich Krauß, Günther Schneider, Ferdinand Kehrer, Dr. Klaus Mohr, Siegfried Bürker, Paul Krauß, Hans Krauß, Emma Wienchol, Richard Gebauer, Horst Kunz und Dr. Heribert Weber. Im Gemeinderat wird Kilchberg durch den wiedergewählten Horst Kunz vertreten. Seit 1980 ist Erich Krauß, 55 Jahre, Ortsvorsteher. Das Jahr 1990 stand im Zeichen der Erwartung des Baubeginns für die Mehrzweckhalle. Wider Erwarten hat aber der Gemeinderat am 26. März 1990 die fertig geplante und genehmigte Halle gekippt. Die Mehrheitsfraktionen wollten eine reine Sporthalle, auch auf Betreiben der Kilchberger und der Tübinger Sportlerinnen und Sportler. Eine reine Sporthalle sei ihrer Meinung nach effektiver nutzbar und außerdem 1,7 Millionen DM billiger.

In einer großen Bürgerbewegung pro Mehrzweckhalle wurden 409 Unterschriften gesammelt, die dem Oberbürgermeister bei einer Bürgerversammlung am 11. Mai übergeben wurden. Der Ortschaftsrat entschied sich am 29. Mai mit 10:1 Stimmen für die geplante Mehrzweckhalle und gegen eine reine Sporthalle. Der Gemeinderat beschloß am 16. Juli trotzdem die Planung und den Bau einer Sporthalle mit Baubeginn noch 1990. Der Ortschaftsrat zeigt sich über den Beschluß empört und hat den Vermittlungsausschuß angerufen.

In Planung ist seit 1990 der Bebauungsplan "Bühler Straße/ Rammertstraße West". Am Pfarrhaus im Dorfzentrum ist vorgesehen, die Straße teilweise zu pflastern. Bei weiteren Umbauten und Kanalisierungen (Abwasser 2000) sollen möglichst bald Breitbandkabel fürs Fernsehen eingebaut werden; im Kastellweg liegen bereits die ersten.

Die Stadt plant wegen der Wohnungsmisere auf gemeindeeigenen Grundstücken "Hinter den Gärten" zwei Häuser mit je sechs Sozialwohnungen bauen. Über die Höhe der Gebäude und der geschätzten Baukosten sind die Meinungen im Ortschaftsrat und im Gemeinderat noch kontrovers. Spätestens im Frühjahr 1991 sollte aber mit dem Bau begonnen werden.

Dorfverschönerung, Verkehrssorgen, Speicherbecken

Bühl

In Bühl hat sich in den letzten acht Jahren vieles getan. Wesentlichen Anteil hatte der jeweilige Ortschaftsrat. Seit den Kommunalwahlen vom 22. Oktober 1989 besteht dieser aus den Ortschaftsrätinnen Verena Knott-Thiemann, Renate Mang, Anita Merk und den Ortschaftsräten Manfred Faiß, Jochen Hagner, Axel Hille, Hugo Lohmüller, Achim Sailer, Roland Schindler, Friedrich Wilhelm Seeliger und Werner Staib.



Ortsvorsteher wurde Friedrich W. Seeliger, seine Stellvertreter Hugo Lohmüller und Manfred Faiß. Für den Stadtteil ist immer noch Hugo Lohmüller im Gemeinderat. Der Ortschaftsrat hatte sich überwiegend mit Bebauungsplänen und dem weiteren Ausbau der Infrastruktur zu befassen.

So wurden der Bebauungsplan "Steinriegel" geändert und die Bebauungspläne "Bei der Schule" und "Schäfergarten" beschlossen, 1986 der Aufstellungsbeschuß für die Bebauungspläne "Grotthaus-Läniger" und "Schloßgartenacker" gefaßt. Außerdem sollte im Gewinn Kohlweiden ein Schuppengebiet ausgewiesen werden. Erst 1989 wurde der Bebauungsplan "Bonlanden West" für die Ausweisung eines Gewerbegebietes beschlossen, nachdem zuvor der Vermittlungsausschuß eingeschaltet wurde.

Fast sämtliche Ortsstraßen konnten, auch

mit Hilfe des Dorfentwicklungsprogrammes ausgebaut werden, wobei die Verkehrsberuhigung eine große Rolle spielte. So wurden außer einer Tempo-30-Zone im gesamten Ortsbereich weitere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen verwirklicht.

Die geplante gemeinsame Mehrzweckhalle mit Kilchberg ist immer noch nicht erstellt und ein Ende der Diskussion nicht abzusehen.

Der im Bühler Tal vorgesehene Kühlwasserspeicher steht zur Zeit nicht mehr zur Diskussion.

Im Dorf selbst kann man jetzt den Neubau des Feuerwehrhauses, das renovierte alte Rathaus, einen neu eingerichteten Jugendraum im alten Feuerwehrhaus und den Kindergartenbau für eine dritte Gruppe besichtigen. Ferner wurde neben den Tennisplätzen ein Bolzplatz angelegt.

Mit großem Nachdruck fordert die Bühler Bürgerschaft, daß endlich die L 370 neu gebaut wird - der Verkehr durch das Dorf bedeutet eine inakzeptable Lärm- und Schadstoffbelastung. In den letzten Jahren wurde das Dorf im Rahmen des Dorfentwicklungsprogrammes mit breitem Engagement in vielen Bereichen umgestaltet. Außerdem ist die Einführung einer Ortsbildsatzung im Gespräch.

Hinzu kommen die Aktivitäten der Bühler Vereine, die das kulturelle Leben im Dorf das ganze Jahr über abwechslungsreich und interessant machen. Dies alles bewirkt eine anhaltend dörfliche Atmosphäre, um die die Bühler Bürgerinnen und Bürger von vielen beneidet werden.

Schwer vorstellbar: Ein Speicherbecken im Landschaftsschutzgebiet Bühler Tal

Attraktivität und Nöte

Hirschau

Markungsfläche 617 Hektar 19 Ar 17 Quadratmeter.

Wie die Übersicht zeigt, ist die Einwohnerzahl im Berichtszeitraum nur mäßig gestiegen. Das stürmische Wachstum der sechziger und siebziger Jahre wurde bewußt gedrosselt. In den vergangenen Jahren wurde nur ein kleines Neubaugebiet westlich der bislang einseitig bebauten Lenastraße ausgewiesen, in dem derzeit neue Ein- und Zweifamilienhäuser gebaut werden.

Der Ortschaftsrat Hirschau besteht aus elf Mitgliedern. Den Vorsitz führt seit Dezember 1971 Hermann Endreß als Ortsvorsteher.

Mitglieder 1982 - 1984:

Hermann Barth, Hans-Otto Binder, Karl Dold, Hermann Endreß, Dieter Fischer, Richard Friedrich (auch Stadtrat), Franz Hartmann, Siegfried Kaltenmark, Irmgard Latus, Adolf Schnitzler, Georg Schöllkopf.

1984 - 1989:

Hermann Barth, Hartmut Dietrich, Karl Dold, Gernot Ehrmann, Hermann Endreß, Charlotte Friedrich, Richard Friedrich (Stadtrat), Irmgard Latus, Adolf Schnitzler, Georg Schöll-

kopf, Werner Wulf. Seit Oktober 1989: Hermann Barth, Karl Dold, Gernot Ehrmann, Hermann Endreß, Richard Friedrich, Ulrich Latus (auch Stadtrat), Roland Mayer, Eva Renner, Georg Schöllkopf, Martin Wekenmann, Werner Wulf.

Ohne Ortschaftsrats-Mandat waren oder sind im Gemeinderat: 1982 - 1984 Annemarie Hopp, 1984 - 1989 Dr. Christine Dreyer, seit 1989 Rainer Braun.

Partnerschaft Kingersheim (Elsaß)

Seit 1963 unterhalten beide Gemeinden eine rege und fruchtbare Partnerschaft mit offiziellen Treffen der Gremien, jährlich im Wechsel stattfindenden Schülerbegegnungen und Wandertreffen in den Vogesen und im Schwarzwald, zahlreichen Begegnungen der Vereine und der Feuerwehr sowie privaten Familienkontakten.

Besondere Ereignisse:

Am 6. Juni 1982 wurden bei einem Heimatabend die Verdienste des Kingersheimer Bürgermeisters Marius Fischer um die Partnerschaft mit der Verleihung der Bürgerplakette in Gold gewürdigt.

Am 22. Oktober 1983 fand während der Hirschauer Traditionskirbe ein Heimatabend zum 20-jährigen Bestehen der Partnerschaft mit den Vereinen beider Gemeinden statt. Am 2. und 3. Juni 1984 war eine Hirschauer Delegation mit Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid zur Einweihung des neuen

Sportzentrums nach Kingersheim gereist. Beim Festabend erhielten Dr. Eugen Schmid und Hermann Endreß für ihre Verdienste um die Partnerschaft die Kingersheimer Bürgermedaille in Gold.

Das Jahr 1988 stand ganz im Zeichen der 25-jährigen Partnerschaft. Unter großer Beteiligung der Bevölkerung und zahlreicher Gäste wurde dieses Jubiläum im Juni in Kingersheim und im September in Hirschau gefeiert. Die beiden kommunalpolitischen Gremien stifteten die "Partnerschafts-Verdienstmedaille Kingersheim-Hirschau" und brachten den zweisprachigen Bildband "25 Jahre Kingersheim-Hirschau" heraus.

Verwaltungsstelle

Die nach dem Eingliederungsvertrag im Rathaus untergebrachte örtliche Verwaltungsstelle mit eigenem Standesamt betreut die Bürgerinnen und Bürger in allen kommunalen Angelegenheiten. Sie wird, ebenso wie die Bürgersprechstunde des Ortsvorstehers am Dienstag, rege in Anspruch genommen. 1988 wurde im Dachgeschoß des Rathauses das Ortsarchiv aufgebaut.

Mehr Überwachung nötig

Jedes Jahr im Sommer sind häufig Felddiebstähle zu verzeichnen, die leider nicht aufgeklärt werden können. Die Überwachung durch den Feldschützendienst ist zu mangelhaft und wirkungslos. Feld- und Weinbergwege werden ständig von Unberechtigten mit Kraftfahrzeugen befahren, die Freizeiteinrichtungen Spielplatz und Feuerstelle "Holzacker" von Vandalen mißbraucht. Der jährlich der Polizei vorgetragenen Bitte um Kontrollen an Wochenenden, wird leider so gut wie nicht entsprochen.

An den Baggerseen führen umfangreiche städtische Kontrollen zur Verringerung der verbotenerweise geparkten Fahrzeuge. Die 1984 angebrachten Schranken an den Feldwegzufahrten zu den Baggerseen verhindern seitdem das Befahren der Uferbereiche. Gezielte Kontrollen zeigen auch gegen das verbotene Befahren der Feldwege zum Baggersee Klebingen Wirkung. Die Untersuchungen des Gesundheitsamtes ergaben bei den Baggerseen bisher keine Beanstandungen der Wasserqualität.

Im Berichtszeitraum ist die Kfz-Belastung der Ortsdurchfahrt weiter gestiegen. Durch häufige und unregelmäßige Geschwindigkeits-

kontrollen wird versucht, die überhöhten Geschwindigkeiten, die vor allem in den Ortseinfahrtsbereichen gefahren werden, zu drosseln. Ein Problem stellt auch der ruhenden Verkehr, der leider nicht häufig genug überwacht werden kann, dar. Hier ist, gemeinsam mit der Polizei, dringend mehr zu tun.

Auch in Hirschau ist die Diskussion um Tempo 30 in Wohngebieten im Gange. Der Ortschaftsrat ist bislang der Ansicht, daß zunächst dort, wo es am notwendigsten ist, nämlich auf der Ortsdurchfahrt L 371, Tempo 30 gegen den Willen des Regierungspräsidiums durchgesetzt werden müsse.

Kinder, Vereine, Kultur

In Hirschau besteht eine zweizügige Grundschule, die Uhlandschule. Im Februar 1982 richtete der Ortschaftsrat mit Freiwilligen aus der Bürgerschaft bei der Schule einen beliebten Kinderspielplatz ein. Die Westfassade des Schulgebäudes mußte im selben Jahr aufgrund durchdringenden Regenwassers vollständig saniert werden.

Wegen des starken Anstiegs der Schülerzahlen war im Herbst 1983 ein Anbau mit zwei Klassenzimmern nötig gewesen. Die aus Glasbausteinen errichtete Treppenhauseinfassade mußte 1985 wegen gegebener Einsturzgefahr neu errichtet und gestaltet werden. Ein großes Schulfest unter dem Motto "Weltreise" stellte 1987 die Hirschauer Familien und Kinder aus dem Ausland in den Mittelpunkt.

Jedes Jahr im Herbst veranstaltet der Ortschaftsrat mit den Vereinen für alle über 70-Jährigen einen Alternachmittag mit ständig steigender Teilnehmerzahl. Eine weitere herausragende Veranstaltung ist das alljährliche Adventskonzert des Liederkranzes mit dem Akkordeonclub, dem Musikverein und örtlichen Instrumentalgruppen in der St. Ägidiuskirche.

Im zweijährigen Turnus veranstalten die Vereine und die beiden Kindergärten auf der Kingersheimer Straße ein zweitägiges Straßenfest, das sich wegen seines originellen und reichhaltigen Angebots an Kinderspielmöglichkeiten überörtlicher Beliebtheit erfreut.

Jährliche Höhepunkte der Fasnet sind die Rathausübernahme durch die Narrenzunft mit Fasnetspredigt und Hexentanz vor dem



Rathaus sowie der Umzug durch Hirschau am Rosenmontag. Der 1988 begonnene Bau einer Lager- und Versammlungshalle der Narrenzunft im Gewerbegebiet Rittweg kann 1991 abgeschlossen werden. Der Bauplatz wurde von der Stadt im Erbbaurecht überlassen.

Anfang Juni 1982 feierte der Musikverein sein 125-jähriges Bestehen verbunden mit einem Heimatabend.

Leider ist der Wunsch des Ortschaftsrates, in der Riedkeller eine Heimatstube einzurichten, immer noch nicht verwirklicht. Zum Erwerb von Gegenständen stehen dafür jährlich zwischen 500 und 1000 DM zur Verfügung.

Erstmals beteiligte sich Hirschau 1988 am Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" und wurde im Kreis erster Sieger. Bei der Landesausscheidung 1989 erhielt Hirschau für die Dorfbemühungen und den ländlich gestalteten Friedhof einen Sonderpreis im Wert von tausend DM.

Auf Markung Hirschau befindet sich das Naturschutzgebiet "Hirschauer Berg" und das Landschaftsschutzgebiet "Spitzberg". Unter Denkmalschutz stehen die Friedhofskapelle "Zu unserer lieben Frau am Holderbusch", der Kirchturm der St. Ägidiuskirche, das Pfarrhaus mit Pfarscheuer und die Riedkeller. 1983 wurden Turm- und Kirchendach der St. Ägidiuskirche, 1986/87 die Pfarscheuer renoviert. Das Evangelische Gemeindehaus erhielt eine neue Orgel.

Planen und Bauen: Wohnungen und Straßen

Das aufwendige Bebauungsplanverfahren "Industriegebiet Rittweg" wurde abgeschlossen, bis auf wenige Baulücken ist das Industriegebiet "Rittweg" bebaut. Der Bebauungsplan für das Wohnhausgebiet "Lenastraße" wurde 1987 rechtskräftig. Während derzeit im Rittweg die Erschließungen laufen, sind in der "Lenastraße" die ersten Wohnhäuser im Bau.

Der seit Ende der siebziger Jahre anhängige Dauerbrenner Umlegungsverfahren Hirschau konnte wegen zwei Einsprüchen immer noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Derzeit ist das Verfahren bei der Baulandkammer und beim Verwaltungsgericht anhängig. 1991 wird die gerichtliche Entscheidung erwartet. In einem langwierigen Verfahren wird derzeit der Versuch unternommen eine Ortsbildsatzung einzuführen. Diese Absicht ist in der Bevölkerung und im Ortschaftsrat umstritten. Seit Jahren schwebt ein Verfahren gegen einzelne Bauherren, die im "Schelmenegert" zu große Gartenhäuser errichtet haben. Ob dieses Verfahren je zum Abschluß kommen wird?

Hirschau drückendstes Problem ist die Verkehrsbelastung durch den stark gestiegenen Durchgangsverkehr in der Kingersheimer und der Wurmlinger Straße. Ursache ist vor allem die 1981 eröffnete Autobahn A 81 Stuttgart-Singen. 1986 sammelte eine Bürgerinitiative im Dorf tausend Unterschriften



Auf dem Weg zur Einweihung des neuen Kingersheimer Sportzentrums

für den raschen Bau der L 370 neu, von der sich viele eine Linderung der Probleme versprechen. Nach anfänglichem Widerstand erklärte sich das Land 1987 mit dem Einbau von Mittelinseln an beiden Ortseinfahrten einverstanden. Sie konnten 1990 realisiert werden.

1989 wurden an der östlichen Ortseinfahrt eine feste Verkehrszählungs- und Geschwindigkeitsmeßstelle installiert und die Ortsettergrenzen angepaßt. Hirschau ist über Radwege mit Tübingen, Wümlingen und Rottenburg verbunden. Der zu schmale Radweg zwischen der Neckarbrücke (L371) und dem Freibad konnte leider noch nicht verbreitert werden. Rottenburg sträubt sich, den Radweganschluß nach Kiebingen auszubauen.

Für den absturzgefährdeten Felshang "Reutele" mußten 1986 erneut aufwendige Betonpfeilerstützen errichtet werden.

Aus einer Bürgerspende von tausend DM für einen Brunnen vor dem alten Schulhaus entstand 1987 eine freiwillige Aktion, die zur völligen Neugestaltung des gesamten Vorplatzes mit einer neuen Brunnenanlage führte. Durch Grundstückserwerb entlang der Industriestraße konnte die Gemeinde 1989 zehn Lindenbäume pflanzen. Sobald der Bauhof aus der Riedkelter ausgezogen ist (der Neubau soll 1991 in Angriff genommen werden), muß die letzte von ursprünglich sechs Hirschauer Kelttern, die unter Denkmalschutz steht, saniert werden. Dort sollen dann der Obst- und Weinbauverein und eine Heimatstube einziehen.

Nachdem schon mehr als die Hälfte der Baugrundstücke in der Lenastraße bebaut ist, ist die Aufstellung des Bebauungsplan "Riedstraße" dringend geboten. In den neunziger Jahren sind auch die Ortsstraßen im Südwesten und Nordwesten wohngerecht zu gestalten und auszubauen. Die Themen Kindertagesstätte und Altenwohnungen werden den Ortschaftsrat ins dritte Jahrtausend begleiten.

Landwirtschaft, Weinbau, Gewerbe

In Hirschau gibt es noch drei landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe neben zahlreichen Nebenerwerbsbauern. Der Weinbau hat in den vergangenen Jahren wieder einen erfreulichen Aufschwung genommen. Ihm widmen sich neben einem hauptberuflichen Weingärtner zahlreiche Hobbywen-

gerter ("Feierabendweinbau"). In der Riedkelter hat sich Anfang der siebziger Jahre der Obst- und Weinbauverein in Eigenarbeit einen Lager- und Versammlungsraum geschaffen. Ernte und Weinqualität sind gut. Daher wächst die Zahl der jährlichen Besenwirtschaften zur Freude der Weinzähne und zum Ärger der Gastronomie erheblich.

1989 begann für Hirschau das Gaszeitalter: Von der Gasversorgungsleitung Tübingen-Rottenburg südlich des Neckars wurde eine Leitung durch den Fluß zum Hirschauer Industriegebiet und in das Neubaugebiet "Lenastraße" geführt. Zugleich wurden beim Ausbau des Rittwegs die Anschlüsse für die Betriebe mitverlegt. In den nächsten Jahren soll der Ort Zug um Zug mit Gas versorgt werden.

Seit Mitte der achtziger Jahre verlegt das Fernmeldeamt Reutlingen in den Ortsstraßen Breitbandkabel für das Kabelfernsehen. Mitte der neunziger Jahre soll ganz Hirschau verkabelt sein.

Ortssanierung, Straßensorgen, Raumnot

Unterjesingen

Zwischen 1982 und 1990 hat sich die Einwohnerzahl Unterjesingens um mehr als 250 Personen erhöht, obwohl kein größeres Baugebiet erschlossen wurde. Der stärkste Anstieg ist seit 1986 zu verzeichnen. Die Einwohnerzahlen am 30.06.1975: 2 408, am 30.09.1981: 2 417, am 31.12.1985: 2 467, am 31.12.1990: 2 745.

Durch diese Bevölkerungsentwicklung wurde der Arbeits- und Verwaltungsaufwand für die Beschäftigten der Verwaltungsstelle und den Ortsvorsteher immer umfangreicher. So hatte die Verwaltungsstelle unter anderem von 1982 bis 1990 zu bearbeiten:

3 137 Anträge für Reisepässe, Personal- und

Kinderausweise, 4 001 An- und Abmeldungen; 1 999 Lohnsteuerkarten; 10 600 Fahrkarten, Wertmarken und Umweltkarten (Ausgabe und Verkauf); 575 Rentenanträge und Anträge für Kindererziehungszeiten; 516 Führerscheinanträge; 641 Polizeiliche Führungszeugnisse; 567 Meldebescheinigungen; 399 Baugesuche; 158 Aufgebote; 83 Eheschließungen; 155 Beerdigungen, Sterbefälle.

Bis Januar 1985 wurde Unterjesingen durch den hauptamtlichen Ortsvorsteher Richard Schmid vertreten, der bereits vor der Eingliederung (1971) seit 1957 Bürgermeister der selbständigen Gemeinde war. Sein ehrenamtlicher Nachfolger ist Friedrich Maichle, der nach den Kommunalwahlen 1989 im Amt bestätigt wurde.

Dem Ortschaftsrat gehörten 1982 an: Dr. Wolfgang Adolph, Berta Maria Dölker, Emil Hechler, Dieter Keller, Friedrich Maichle, Hans Schnaidt, Ulrich Seibold, Helmut Silber, Robert Kaiser, Heinz Züffle, Erich Zeeb, Robert Kaiser, der langjährige Stellvertreter des früheren Bürgermeisters und späteren Ortsvorstehers, verunglückte 1983 tödlich. Für ihn rückte Alfred Theurer in den Ortschaftsrat

nach. Im Gemeinderat war Unterjesingen durch Doris Zeeb und Dr. Wolfgang Adolph vertreten.

Bei den Kommunalwahlen 1984 schieden Dr. Wolfgang Adolph, Maria Dölker, Dieter Keller, Erich Zeeb, Hans Schnaidt, sowie beide Gemeinderäte aus. Neu wurden gewählt: Willy Müller, Gerd Schäfer, Eugen Steck, Doris Zeeb, Manfred Kienzien. Im Gemeinderat wurde Unterjesingen von Dieter Keller und Anette Jores vertreten, für die nach ihrem Wegzug Helmut Singer nachrückte.

1989 schieden aus dem Ortschaftsrat aus: Manfred Kienzien, Willy Müller, Gerd Schäfer, Ulrich Seibold, Helmut Silber, Doris Zeeb und beide Gemeinderäte. Neu gewählt wurden: Karin Grundel, Gabi Hilberer-Klöppler, Gudrun Wizemann, Ewald Rall, Helmut Singer und in den Gemeinderat Michael Rak und Sonja Roh.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Ortschaftsrates war in den vergangenen Jahren die Sanierung des alten Ortskerns, die auch in den kommenden Jahren noch für Arbeit sorgen wird. Am 11. März 1986 wurde das Sanierungsgebiet förmlich festgelegt. Seither sind



viele Maßnahmen verwirklicht oder mindestens geplant worden. Sie haben dazu beigetragen, daß sich das Ortsbild positiv verändert hat oder noch ändern wird. So wurden einige Straßen umgestaltet: Kirchhalde, Brunnenhalde, Unterm Rathaus. In der Unteren Straße sind die Arbeiten noch nicht abgeschlossen.

Auch das Rathaus wird nach und nach saniert, vom Dach angefangen (1984/85), über die Außenfassade und die Verwaltungsräume bis zum Erdgeschoß, dessen Umbau jetzt geplant ist.

Unterhalb des Rathauses wurde 1989/90 mit dem Umbau des früheren Farrenstalles mit Scheune zu einem Bauhof begonnen. Als weiteres öffentliches Gebäude ist das Kelterhäusle, der letzte Gebäudeteil der ehemaligen Kelter in der Weinsteige, saniert und damit vor dem Zerfall gerettet worden. In ihm konnte die Flaschenwaschanlage des Obst- und Weinbauvereins, die bisher im Farrenstall untergebracht war, installiert werden.

Der Weinanbau in Unterjesingen befindet sich übrigens in den letzten Jahren im Aufwärtstrend. Waren es 1982 noch 3,40 Hektar Anbaufläche, so hat sich das Weinbaugelände bis 1990 auf 6,44 Hektar erweitert.

1988 wurde in der Kelter in der Kirchhalde das "Isinger Dorfmuseum - Alte Kelter" offiziell festlich eröffnet. Dies hat vor allem der unermüdliche Einsatz des Förderkreises "Unterjesinger Kelter", der zur Erhaltung und künftigen Nutzung des Gebäudes 1983 gegründet wurde, möglich gemacht. Für seine Arbeit wurde der Verein 1989 mit einem Preis beim Landeswettbewerb für kommunale Bürgeraktionen ausgezeichnet.

Obwohl es leider in vielen Vereinen und Gruppierungen an aktivem Nachwuchs mangelt - Neuzugezogene nehmen weniger am Vereinsleben teil - ist die Vereinsarbeit noch lebendig. Seit 1982 konnten Gemischter Chor, Liederkreis, Sportverein, Freiwillige Feuerwehr, Spielmannszug und Posaunenchor Jubiläen feiern. Rechtzeitig zu den Jubiläumsfeiern entwässerten und befestigten die Vereine 1986 gemeinsam in Eigenleistung den Festplatz beim Sportgelände. Die Gesamtkosten von über 100 000 DM konnten durch die Eigenleistungen der Vereinsmitglieder auf die im Etat ausgewiesenen 37 000 DM Materialkosten gesenkt werden. Durch ihre Aktivitäten und Veranstaltungen tragen alle Vereine zum kulturellen

Leben bei und leisten im Ort vorbildliche Jugendarbeit.

Das jetzt als evangelisches Gemeindehaus dienende alte Schulhaus, eines der wenigen für die Allgemeinheit und die Altenarbeit nutzbaren Gebäude, wurde ebenfalls mit einer Vielzahl freiwilliger Helferstunden von 1978 bis 1983 Zug um Zug renoviert, wobei die Freilegung des Fachwerkes am Ostgiebel besonders erwähnenswert ist. Rechtzeitig zur 500-Jahrfeier der St.Barbarakirche 1984 war das Gebäude fertiggestellt.

Unterjesingen ist mit Lustnau der vom Straßenverkehr am stärksten belastete Tübinger Stadtteil. Die Jesinger Hauptstraße (B 28) mit täglich 22 000 bis 23 000 Fahrzeugen und die Rottenburger Straße (L 372) mit rund 6 000 bis 7 000 Fahrzeugen haben Werte erreicht, die nicht mehr zumutbar sind, sei es im Blick auf die Verkehrssicherheit oder auch auf die Abgas- und Lärmbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner. Was nützt ein schönes Ortskernsaniierungsgebiet, wenn mitten durch den Ort ein Autobahnzubringer führt?

Seit Jahren wird über eine Ortsumfahrung der B 28 diskutiert. Verschiedene Trassenvarianten bis zu einer Tunnelösung wurden im Ortschaftsrat und in Bürgerversammlungen beraten. Hatte sich der Ortschaftsrat für eine Variante zur näheren Untersuchung entschieden, wurde wieder alles auf Eis gelegt. Nun muß ein in Auftrag gegebenes integriertes Verkehrsgutachten, dessen Erstellung Jahre dauert, abgewartet werden. Das Spiel beginnt von neuem, wie es seit Jahrzehnten der Fall ist.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Erleichterung für die Bewohnerinnen und Bewohner wurden Maßnahmen gefordert, die teils bereits realisiert sind oder noch bevorstehen, wie mehr Fußgängerschutzanlagen an der Ortsdurchfahrt B 28, Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Rottenburger Straße L 372, dritte Bushaltestelle im Westen und Tempo 30 auf allen Nebenstraßen.

Im Straßen- und Tiefbau sind seit 1982 die Landhaushöhe und der Burgunderweg ausgebaut worden. Ferner wurde ein Bebauungsplan für das Gebiet Sandäcker-West erstellt und danach erschlossen. Als notwendig erwies sich die Verlegung und Erneuerung verschiedener Abwasserkanäle. 1989 wurde in einem ersten Abschnitt ein Entlastungskanal in der Unteren Straße gegen die jährlichen Überschwemmungen geschaffen.

Im Jahr 1989 wurde bei einer Bürgeranhörung die Nutzungskonzeption Ammertal heftig diskutiert. Obwohl Alternativvorschläge eingearbeitet wurden, kamen die kritischen Stimmen noch nicht zur Ruhe.

Erweiterungen

Seit 1988 wachsen die zur Einschulung heranstehenden Jahrgänge sprunghaft. So müssen seit dem Schuljahr 1988/89 die ersten Klassen geteilt und die Grundschule zweizügig geführt werden. Klassenzimmer standen nicht zur Verfügung. Die nötige Erweiterung der Grundschule um vier Klassen und einen bisher nicht vorhandenen Lehrtrakt wurde vom Hochbauamt und vom Schul- und Sportamt zügig geplant und im März 1990 begonnen. Spätestens 1991 soll der neue Anbau bezugsfertig sein.

Auch für das Mehrzweckgebäude unterhalb der Schule wird seit längerer Zeit eine Erweiterung unter anderem für Feuerwehr und Kindergarten erwogen. Wegen Platzmangels ist ein Anbau erforderlich. Drei in Auftrag gegebene Architektenentwürfe liegen vor.

1990 beschäftigte sich der Ortschaftsrat mit den Flachdächern im Gebiet in Sandäcker-Ost: Vermehrt kamen Klagen über undichte Dächer und daher Forderungen nach anderen Dachformen. Erste Planungen wurden vom Stadtplanungsamt gefertigt. Eine Fragebogenaktion zur Änderung der Dachform wird zur Zeit ausgewertet.

Ein in Unterjesingen während der letzten Jahre größer gewordenen Problem sind die fehlenden Möglichkeiten für ortsansässige Handwerker, ihre Betriebe zu erweitern oder neu zu bauen. Zehn Betriebe haben Unterjesingen inzwischen verlassen. Um eine weitere Abwanderung zu verhindern, bemüht sich der Ortschaftsrat seit geraumer Zeit um die Ausweisung von Gewerbeflächen.

Trotz Ausbau Dorf geblieben

Hagelloch

"Das Neubaugebiet im Gewann Auchttert-Bangert soll sich in seinem Erscheinungsbild an den alten Ortskern von Hagelloch angleichen"; mit diesen Worten wird die städtebauliche Zielvorstellung in der Begründung zum Bebauungsplan "Auchttert/Bangert" formuliert. In der Tat zeichnet sich das nun größtenteils überbaute Wohngebiet im Hinblick auf die Hausformen, die Straßen und die Grünflächen durch eine harmonische Einfügung in das Dorf aus. Insgesamt umfaßt der Planbereich 10,1 Hektar und gibt Platz für 66 Ein- und Zweifamilienhäuser.

Lange hat es gedauert bis Hagelloch zu diesem schönen Neubaugebiet kam. 1981 wur-

de das Bebauungsplanverfahren eingeleitet, am 14. Mai 1984 faßte der Gemeinderat den Satzungsbeschuß. Die Stadt mußte aber im September 1984 den beim Regierungspräsidium eingereichten Genehmigungsantrag zurücknehmen. In einem Einspruch einiger Grundstückseigentümer wurden formale Verfahrensfehler im Ortschaftsratsrat geltend gemacht. Der Satzungsbeschuß mußte deshalb wiederholt werden.

In der Satzung, die am 10. Oktober 1985 in Kraft trat, wurden zwei zusätzliche Baumöglichkeiten im Süden ausgewiesen. Diese Entscheidung, mit der der Gemeinderat nicht der Empfehlung des Ortschaftsrates folgte, stieß in großen Teilen der Hagellocher Bevölkerung auf Unverständnis.

Ein weiteres Bebauungsplanverfahren sorgte längere Zeit für Unruhe. Im Januar 1985 hatte der Ortschaftsrat der Stadt den Aufstellungsbeschuß für den Bebauungsplan "Viehtor-, Auchttertstraße und Torbogenweg" empfohlen. Die Kernfrage war dabei nicht der Ausbau der Straßen, sondern die

Entscheidung öffentliche oder private Grünfläche für den westlichen Teil des Pfarrgartens.

Eng verknüpft mit diesem Problem war der Standort des Gemeindehauses, das die evang. Kirchengemeinde ursprünglich vier Meter weiter westlich plazieren wollte, der Ortschaftsrat aber zum Erhalt einer möglichst großen Grünfläche vier Meter weiter östlich. Der Gemeinderat hat den Empfehlungsbeschuß des Ortschaftsrates übernommen. Am 15. Februar 1988 trat die Satzung in Kraft. Die Stadt erwarb daraufhin 1050 Quadratmeter des ehemaligen landeseigenen Pfarrgartens als öffentliche Anlage. Der hier geschaffene Spielplatz wurde von der Bevölkerung gerne angenommen.

Das Gemeindehaus, ein markanter Bau, wurde bereits am 29. Juni 1986 eingeweiht. Es hat sich zu einem wichtigen Zentrum entwickelt, das nicht nur der Kirchengemeinde und dem CVJM sondern auch anderen Gruppen offen steht.



Ein weiteres Bepflanzungsverfahren, die "Buswendeschleife Entringer Straße" war zunächst umstritten, hat sich aber für die Bewohnerinnen und Bewohner des Neubaugebiets als notwendig erwiesen, insbesondere seit der öffentliche Nahverkehr tagsüber im Halbstundentakt verläuft.

Der Rahmenplan, in dem die städtebauliche Entwicklung des Stadtteils Hagelloch festgelegt wurde, konnte 1983 nach heftigen Diskussionen im Ortschaftsrat verabschiedet werden.

Ortschaftsrat, Vereine

Hagelloch hatte am 31. Dezember 1990 1 826 Einwohnerinnen und Einwohner, bei der Eingemeindung 1971 waren es dagegen nur 1 400 gewesen. Ortsvorsteher war seit der Eingemeindung 1971 bis Ende 1989 der frühere Bürgermeister Manfred Deutschler.

Bei den Kommunalwahlen am 22. Oktober 1989 hatten nicht mehr kandidiert: Erwin Reutter, Josef Romer, Hans Lack, Hermann Barchet und Friedrich Schneck. Neu in den Ortschaftsrat kamen: Katharine Dobler, Karl Motzer, Dr. Jürgen Christner, Christian Reutter und Rolf Schöll. Seit der Wahl durch den Gemeinderat am 8. Januar 1990 ist Gertrud Kurz Ortsvorsteherin.

Die örtlichen Vereine bestimmen das öffentliche Leben in Hagelloch wesentlich mit. Sie bestreiten auch das jährliche Dorffest und die Feier zum 1. Mai, bei der als der einzigen Gemeinde im Kreis ein Vertreter der Gewerkschaft spricht.

In den vergangenen Jahren feierten Jubiläen: der Schützenverein das 25jährige, der VaK das 40jährige, der Musikverein das 60jährige, der Turn- und Sportverein Hagelloch 1913 das 75jährige und der Kirchenchor das 60jährige Bestehen. Der Liederkreis bereitet sein 125-Jahre-Jubiläum für 1991 vor.

Der Krankenpflegeverein Hagelloch e.V. hat sich in den letzten Jahren auch der sozialen Betreuung Kranker angenommen. In Zusammenarbeit mit der städtischen Sozialstation wurden für Langzeitkranke kleine Ausflüge und Spaziergänge veranstaltet und Kranke besucht. Seit 1982 unterhält der Verein "Frauen helfen Frauen" in Hagelloch ein Frauenhaus. Im "Alten Schulhaus", dem ehemaligen Feuerwehrraum, wird für die Hagellocher Jugendlichen derzeit ein Jugendtreff eingerichtet. Die Jugendlichen

haben die Umbauarbeiten unter Leitung des Hochbauamtes selbst ausgeführt. Sie haben ihren Raum am 30. Dezember 1990 eingeweiht.

Festhalle saniert, fehlende Kindergartenplätze

In knapp einem Jahr wurde 1989 die Turn- und Festhalle saniert und durch einen Anbau für Geräte und Bestuhlung erweitert. Eine neue Heizung (ein späterer Anschluß von Schule und Kindergarten an die Heizzentrale ist vorgesehen), neue Belüftung, Beleuchtung, Toiletten und Duschen, eine Lautsprecheranlage und eine großzügige Ausgabetheke machen sie zu einem beliebten Ort für den Vereins- und Schulsport und für Veranstaltungen.

Bei Vereinsaktivitäten, bei der Abschlußfeier des Blumenschmuckwettbewerbs und bei Hochzeiten wird sie gerne und oft benutzt.

Die Grundschule Hagelloch wird derzeit von 53 Kindern besucht, die in vier Klassen unterrichtet werden. Im Kindergarten Viehtorstraße mit seinen zwei Gruppen macht sich immer mehr der Mangel an Kindergartenplätzen bemerkbar. Der Vorschulkindergarten im "Alten Schulhaus" beherbergt die Gruppe mit den ältesten Kindern.

Fragen der Verkehrsberuhigung und der Mangel an geeigneten Sportplätzen erfordern für die Zukunft weitere Überlegungen. Trotz der Baumaßnahmen der letzten Jahre hat Hagelloch seinen dörflichen Charakter bewahrt. Auch heute noch gilt manches aus der Beschreibung des Oberamts Tübingen, Stuttgart 1867: "Der freundliche, nicht große Ort liegt am südlichen Saume des Schönbuchs in einem sanft in die Hochfläche sich einsenkenden, gegen Osten geneigten Seitenthälchen des Weilersbachthals. Zwischen den einfachen Bauernhäusern, die sich zerstreut und unregelmäßig an den zum Teil gepflasterten und gekandelten Straßen lagern, treten die das ganze Dorf umschließenden schönen Obstbaumwiesen herein."

Damals hatte Hagelloch zwar nur 579 Einwohnerinnen und Einwohner, aber die Obstbaumwiesen charakterisieren auch heute noch die Gemarkung Hagelloch. Viel Mühe wird von den Bewohnern aufgebracht, sie zu erhalten und, wo nötig, neue Bäume zu pflanzen. Ein Beispiel dafür gab der Ortschaftsrat mit der Pflanz- und Rodungsaktion 1986 am Heuberger Tor, wo eine alte Eiche fiel und eine Linde gepflanzt wurde.

Die Erweiterung des Kindergartens Viehtorstraße, die Sanierung des Hartplatzes, sowie der Ausbau des Torbogenweges, der südlichen Panoramastraße und des südlichen Sandklingenweges sind die wesentlichen Aufgaben für das neue Haushaltsjahr.

"Die Perle in der Krone"

Bebenhausen

Bebenhausen, der kleinste Teilort und der zuletzt zur Kernstadt gekommene, hat seine Besonderheiten. Als Gesamtanlage unter Denkmalschutz gestellt, einschließlich der Streuobstwiesen, Felder und Grünflächen bis zum Waldrand, lagert er sich um den beherrschenden baulichen Mittelpunkt, das Kloster, und ist das Eingangstor zum Naturpark Schönbuch.

Nach Bebenhausen kommen viele - zum Spazierengehen, zum Wandern, zur Besichtigung der Klosteranlage und ihrer Museen, um sich am Ortsbild zu erfreuen und nicht zuletzt zu den häufigen abendlichen Veranstaltungen, Konzerten und Festen im Kloster.

Bebenhausen - die perfekte Idylle? Fast könnte man es meinen. In der Tat, Bebenhausen hat in den vergangenen acht Jahren viel Positives aufzuweisen. Die Zusammenarbeit zwischen der Ortsverwaltung und den Ämtern der Stadt verläuft reibungslos und ist im Ortschaftsrat vertrauensvoll. Diesem gehören seit der letzten Wahl Ernst Fischer, Dr. Hans Günzi, Brigitte Haug, Imanuel Märkle, Siegfried Pfeiffer und Ursula Stöffler an. Ausgeschieden sind Hermann Maurer und Jürgen Brucklacher, für den 1987 Joachim Jacobowski nachrückte. Imanuel Märkle wurde bereits 1980 zum ersten Mal in den Ortschaftsrat gewählt, Reinhold Hauff, August Heller und Karl Rilling schieden 1984 aus.

Die Verwaltungsstelle ist mit einer Teilzeitkraft besetzt; bis 1986 war dies Dorothea Seethaler, seitdem ist es Ruth Wiesenmaier. Zum Ortsvorsteher wurde 1980 Heinz Reichert gewählt, ihm folgte 1984 Prof. Dr. Barbara Scholkmann, die 1989 erneut zur Ortsvorsteherin gewählt wurde.

Einige wichtige Vorhaben konnten im Berichtszeitraum beendet werden. 1983 wurde

der Anschluß der Ortskanalisation an die Kläranlage Tübingen fertiggestellt. Besonders wichtig war die Einrichtung eines Kindergartens - zum ersten Mal in der Geschichte des Orts - im Herbst 1984. Er wurde als Provisorium in einem Gebäude im ehemaligen Schulgarten untergebracht, ein "handgestricktes" Bebenhäuser Kindergartenmodell, an dem die Kindergarteneltern mit 304 freiwilligen Arbeitsstunden tatkräftig mitwirkten.

Der Kindergarten wäre nicht möglich gewesen ohne die Bereitschaft der Evangelischen Kirchengemeinde, das von ihr genutzte Gebäude zur Verfügung zu stellen. Seine Zukunft bereitet derzeit allerdings Sorge, da die Kinderzahl in den letzten Jahren wieder rückläufig ist. So sind für das Kindergartenjahr 1990/91 vorläufig zehn Kinder plus einem weiteren angemeldet. Der Ortschaftsrat bemüht sich, den Kindergarten, wenn irgend möglich, im Ort zu halten.

Schon 1982 hatte sich eine Bürgerinitiative gegen ein geplantes Hochwasserrückhaltebecken wenige hundert Meter oberhalb der Ortsgrenze im Goldersbachtal gebildet. In ihr engagierten sich Alt- wie Neubürger gleichermaßen. Sie war mit ihrem Anliegen, erfolgreich.

Der Ortschaftsrat wirkte bei der Planung eines neuen Radwegs zwischen Bebenhausen und Lustnau mit. Einstimmig sprach er sich für die Einführung von Tempo 30 im gesamten Ort aus, das 1987 eingeführt wurde.

1988 konnte der Kirchenchor der Evangelischen Kirchengemeinde sein hundertjähriges Bestehen feiern. Im gleichen Jahr erhielt die Jugend-Tierschutzgruppe den Umweltpreis des Schwäbischen Tagblatts.

Höhepunkt: Jubiläum 800 Jahre Kloster

Ein glanzvoller Höhepunkt für den Ort war 1987 die 800jährige Wiederkehr der Gründung des Klosters Bebenhausen. Das Jubiläum wurde mit zahlreichen Festveranstaltungen begangen, von denen eine ganze

Anzahl von Ortsverwaltung und Ortschaftsrat organisiert wurde, so z.B. einen Gemeindeflug zum "Mutterkloster" Schönau im Odenwald.

Mit einem großen Fest, bei dem unter strahlend blauem Himmel im Kloster Dorfbewohner ein Laienspiel mit Bildern aus der 800jährigen Geschichte aufführten, mit einem Festgottesdienst, den der evangelische Landesbischof hielt, mit einem Dorffest und einem Tag der offenen Tür auf der Königlichen Jagdhütte feierten die Bebenhäuser ihre traditionsreiche Vergangenheit.

Hinzu kamen Festkonzerte, ein Festakt, den das Staatliche Liegenschaftsamt veranstaltete und bei dem ein "echter" Zisterzienserrat aus Kloster Mehrerau bei Bregenz die Festrede hielt, Fachtagungen zur Geschichte des Klosters und Kunstausstellungen in der privaten Galerie in der Klosterwagnerei.

Die Ortsvorsteherin organisierte mit vielen Helfern aus der Bevölkerung eine Ausstellung zur Geschichte des Dorfs, die in der ehemaligen Klosterküche gezeigt wurde und zu der rund 16 000 Besucher kamen. Das Festjahr 1987 wird den Bebenhäusern noch lange unvergeßlich bleiben.

Allerdings bescherte das Jubiläumsjahr 1987 auch unerfreuliche Ereignisse. Vom Hochwasser im Juli war auch Bebenhausen betroffen: Der Goldersbach trat, was bisher noch nie geschehen war, schon im Ort über die Ufer und überschwemmte mehrere Keller. Schließlich brach am Tage des Festgottesdienstes im November im Schloß ein Brand aus, der beinahe zu einer Katastrophe für die historische Schloßanlage geführt hätte. Dank dem Einsatz der Bebenhäuser und Tübinger Feuerwehr konnte das Schlimmste verhindert werden.

Idylle mit Schatten

Aber die Idylle hat auch ihre Schattenseiten. Es sind die letztlich seit der Eingemeindung ungelösten Verkehrsprobleme vor allem mit dem ruhenden Verkehr. Der seit langem geplante Parkplatz, auf dem die nach Beben-

800 Jahre Bebenhausen Großes Dorffest am 22. u. 23. Aug. 87

hausen kommenden Touristen und Wanderer ihre Fahrzeuge abstellen können, ist auch 1990 noch immer nicht verwirklicht. Die Planung einer Parkierungsanlage vor dem Ort mit direkter Zufahrt von der B 27 konnte noch nicht bis zum Baubeschluß vorangetrieben werden. Für dieses drängendste Problem sollte unbedingt möglichst bald eine Lösung gefunden werden.

Hinzu kommen die Probleme des Durchgangsverkehrs von Waldhäuser-Ost zur B 27, auch dies eine Frage, die bereits im Eingemeindungsvertrag eine Rolle spielte.

Ein seit einigen Jahren drängendes Thema ist die Einrichtung eines Bürgersaals mit Bewirtungsmöglichkeit, damit die Gemeindeveranstaltungen, der Altennachmittag und die Preisverleihung im Blumenschmuckwettbewerb, der alljährlich ein wichtiges Ereignis im Gemeindeleben darstellt, weiter abgehalten werden können. Auch die Vereine wie Männerchor, Albverein und die kirchlichen Gruppen benötigen einen Raum. Der Ortschaftsrat hofft, daß sein Beschluß ausgeführt und ein solcher Saal durch einen Umbau im Rathaus rasch geschaffen wird. Er hat den Grundsatzbeschluß gefaßt, der Baubeschluß des Gemeinderats sollte unverzüglich folgen.

Das Schulhaus, das seit 1972 an eine Landesbehörde, das Denkmalamt, vermietet war, ist seit kurzem wieder geräumt. Die zweckentfremdeten Wohnungen in den Obergeschossen werden wieder hergerichtet und können als städtische Wohnungen vermietet werden. Das Erdgeschoß, der alte Schulsaal, soll in jedem Fall in seiner historischen Form erhalten und für Gemeindezwecke genutzt werden. Derzeit steht er den Jugendgruppen zur Verfügung.

Insgesamt lebt es sich gut in Bebenhausen und mit den Bebenhäusern, die nach Möglichkeit den alten Gruß der Zisterziensermönche beherzigen: "Porta patet - cor magis", frei übersetzt: Bebenhausen, das Tor zum Naturpark Schönbuch, steht offen und auch das Herz seiner Bewohner für alle, die hierher kommen.



Mehr Wohnungsbedarf

Pfrondorf

In den letzten Jahren konnten in Pfrondorf viele wichtige Vorhaben verwirklicht werden; andere sind noch in der Ausführung oder Planung.

Der Ortschaftsrat beriet in drei verschiedenen Zusammensetzungen in vielen öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen unzählige Tagesordnungspunkte über die Geschichte und Belange des Stadtteils Pfrondorf.

Seit den Kommunalwahlen vom 22. Oktober 1989 besteht er aus der Ortschaftsrätin Edith Hellstern und den Ortschaftsräten Wolfgang Dieter, Bruno Gebhart-Pietzsch, Theodor Grauer, Karlheinz Laux, Ernst Marxer, Walter Mayer, Kurt Reitter, Wilhelm Röthenbach, Karl-August Schaal und Volker Welz. Zum Ortsvorsteher wurde Wilhelm Röthenbach und als Stellvertreter Theodor Grauer und Walter Mayer vorgeschlagen. Der Gemeinderat hat die Bestätigung Röthenbachs aber abgelehnt. Alle Lösungsversuche sind gescheitert. Bis zu Klärung und Entscheidung des weiteren Vorgehens in dieser in der Kommunalgeschichte des Landes bisher einzigartigen Konstellation nimmt Röthenbach,

nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung die Geschäfte weiter wahr.

Wegen der gestiegenen Nachfrage nach Wohnraum wurden die Baugelände "Weiher" und "Breite" sowie der nördliche Bereich der Blaihofstraße erschlossen. Die Einwohnerzahl lag 1990 bei 2 554.

Aufgrund dieser Erschließungen mußten Gelder in die Infrastruktur des Stadtteils investiert werden. So wurden diverse Tiefbau-, vor allem Kanalisations- und Straßenbaumaßnahmen ausgeführt, die in Zukunft fortgesetzt werden. Großer Bedarf herrscht an einem Gartenhausgebiet, das inzwischen verwirklicht werden konnte, und an dem geplanten Gewerbegebiet "Hofstrütze".

Aus rechtlichen Gründen konnte dieses Gewerbegebiet allerdings noch nicht geschaffen werden. Noch in der Planung sind der Bebauungsplan für das Sportgelände "Höhberg" und die Neuanlage eines Friedhofs im Gewann "Rädles Äcker/Schwarze Äcker". Außerdem möchte der Ortschaftsrat Standorte für landwirtschaftliche Schuppen anbieten können und die Sportanlage bei der Schönbuchhalle vollenden.

In der jüngeren Vergangenheit wurden verschiedene Verkehrsberuhigungsmaßnahmen realisiert, weitere sollen folgen. Um den Verkehr aus den Wohngebieten herauszuhalten, sollte vor allem die Verbindungsstraße "Blaihofstraße/Alte Stuttgarter Straße" möglichst rasch ausgebaut werden.

1988 wurden neue Bauhofgaragen mit einem Löschwasserbehälter in der Unterkellerung erstellt. Dies war bei der Erschließung des Gebiets "Breite" notwendig geworden. In dem Gebäude konnte auch dem Roten Kreuz eine Garage angeboten werden.

Das wichtigste Bauvorhaben aber war 1989 der Neubau des Kindergartens "Breite". Die Einweihung konnte zusammen mit dem Jubiläum seines hundertjährigen Bestehens gefeiert werden.

Ein dringendes Vorhaben ist die Sanierung des Bachbettes des Haldenbaches, die in nächster Zeit begonnen werden soll.

Zur Information aller Pfrondorfer Bürgerinnen und Bürger hat die Verwaltungsstelle 1988 eine Broschüre "Bürgerinformation" erstellt und an alle Haushalte verteilt. Diese sollte insbesondere den Neubürgerinnen und Neubürgern die Eingewöhnung in das Dorf- und Vereinsleben erleichtern. Auch dank der vielfältigen Aktivitäten der örtlichen Vereine ist Pfrondorf ein Stadtteil, in dem sich vieles tut und in dem es sich leben läßt.



Kindergarten "Breite"

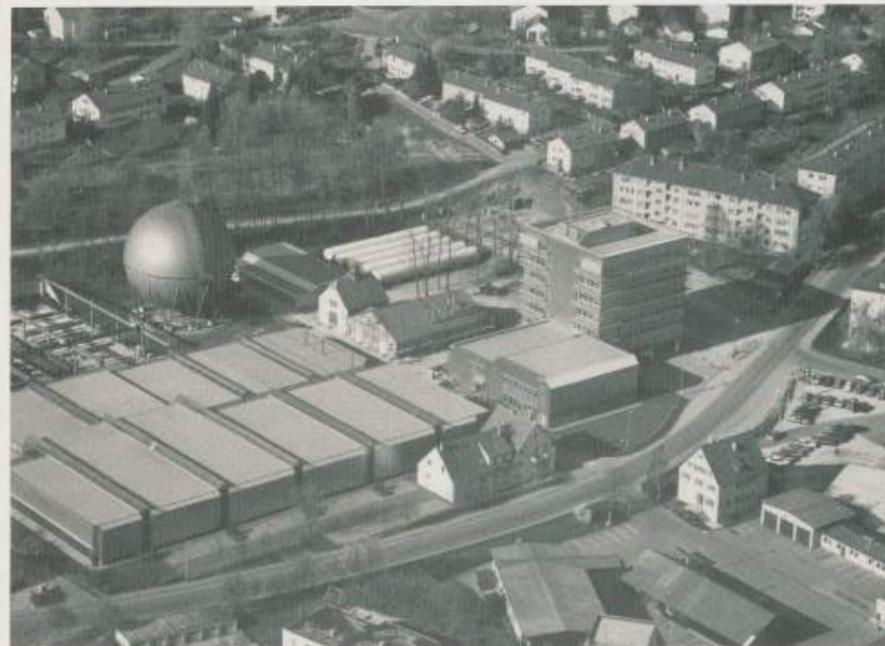
Energie zum Leben

Die Stadtwerke Tübingen GmbH

Mit dem Umzug der Verwaltung der Stadtwerke Tübingen (SWT) ins neue Domizil in der Eisenhutstraße im Januar 1984 wurde ihr bisher größtes Bauvorhaben nach fast sechsjähriger Bauzeit abgeschlossen. Der erste Bauabschnitt mit dem Betriebshof war bereits im Oktober 1981 fertig.

Unterirdische Teerfunde unter einer abgebrochenen Lagerhalle verzögerten den Bau des Verwaltungs- und Sozialgebäudes. Sie verursachten nicht nur 1,7 Millionen DM zusätzliche Kosten für die Entsorgung, sondern machten auch eine Umplanung, vor allem eine wesentlich tiefere Gründung notwendig. Die Herstellungskosten beliefen sich auf 17,5 Millionen DM einschließlich der Einrichtung.

Bei der Finanzierung beschränkten die Stadtwerke einen neuen Weg: Das Verwaltungs- und Sozialgebäude wurde geleast. Nach 25 Jahren, zum 30. Juni 2007 kann das Gebäude zum Restbuchwert erworben werden. Das neue Verwaltungs- und Sozialgebäude wurde am 26. Mai 1984 mit einem Tag der



Die Stadtwerke Tübingen GmbH nach der Fertigstellung des neuen Verwaltungsgebäudes 1984

offenen Tür eingeweiht, zu dem rund 4 000 Besucherinnen und Besucher kamen.

Nicht weniger zukunftsweisend wie die räumliche Neuordnung war die Umwandlung der Stadtwerke von einem Eigenbetrieb in eine Eigengesellschaft Anfang 1982, mit 32 Millionen DM Stammkapital. Die Eigentumsverhältnisse änderten sich dadurch nicht. Der statt des gemeinderätlichen Werksausschusses gebildete Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern: dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden, neun Stadträtinnen und Stadträten sowie fünf Vertretern der Beschäftigten. 1983 wurde die Tochtergesellschaft, die Kraftwerk Tübingen GmbH, in die Muttergesellschaft überführt.

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich von Anfang 1982 bis Ende 1990 von 207 auf 237 (darunter 12/15 Auszubildende). Zwischenzeitlich wurde das Ausbildungsplatzangebot auf 28 erhöht, um der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen. Die Ausweitung der Wärmeversorgung führt zu zusätzlichem Personalbedarf.

Dem technischen Geschäftsführer Dr. Cwienk wurde am 4./5. November 1985 fristlos gekündigt. Die von ihm angestrebte Klage gegen die Entlassung blieb auch in letzter Instanz erfolglos. Die Gesellschafterversammlung bestellte Dr. Friedrich Weng ab August 1986 zu seinem Nachfolger.

Der Strom

Die Stromabgabe stieg von 200 Millionen Kilowattstunden 1982 auf 284 Millionen 1990. Etwa die Hälfte des Zuwachses war durch die Übernahme der Stadtteilversorgung verursacht. Berücksichtigt man diese Änderung, beträgt der jährliche Zuwachs des Stromverbrauchs durchschnittlich 2,2 Prozent. Er war eine Folge des seit 1983 anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums. So nahm beispielsweise der industrielle Stromverbrauch 1988 um 7,5 und 1989 um 5,1 Prozent zu. Demgegenüber ist bei den privaten Haushalten der Trend gegenläufig. Hier wirkt sich zum einen der geringere Stromverbrauch neuer Haushaltsgeräte - allein in den letzten zehn Jahren 20 bis 40 Prozent - wie auch die Energiesparberatung und Information positiv aus.

Die Stadtwerke haben den Strom 1982 noch zu 96 Prozent von der Energieversorgung Schwaben AG (EVS) bezogen. Inzwischen konnte der Anteil der Eigenerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen im Fernheizwerk Waldhäuser-Ost und in der Eisenhutstraße auf zwölf Prozent erhöht werden.

Im Berichtszeitraum verlegten die Stadtwerke 43 Kilometer 20-Kilovolt-Mittelspannungskabel und 91 Kilometer Ein-Kilovolt-Niederspannungskabel, sowie 0,5 und 2,8 Kilometer neue Freileitungen. Die Umstellung der Hausanschlüsse von Frei- auf Kabelleitung wurde zügig fortgeführt. Der Grad der Verkabelung des Niederspannungsnetzes erreicht mittlerweile 83 (1982: 77) Prozent.

Im Wasserkraftwerk Brückenstraße wurde 1982 die über 70 Jahre alte Turbinenanlage mit 2,3 Millionen DM erneuert. Überholungsarbeiten waren auch im Kraftwerk Rappenberghalde notwendig. Die Sanierung eines restlichen Teilstücks des Kanals ist in Arbeit. Die Kosten werden auf 1,2 Millionen DM geschätzt.

Die Konzessionsverträge der früheren Gemeinden Bühl, Hirschau, Hagelloch, Kilchberg, Pfrondorf und Weilheim mit der EVS liefen Ende 1985 aus. Die Stadt hat die Verträge nicht mehr verlängert und die Stromversorgung den Stadtwerken übertragen. Nach langen Vorarbeiten und schwierigen Verhandlungen wurde der Übernahmevertrag zwischen EVS, Stadt und Stadtwerken im Januar 1986 unterzeichnet. Lediglich Unterjesingen bleibt vor allem wegen der relativ hohen Entflechtungskosten ausgeklammert.

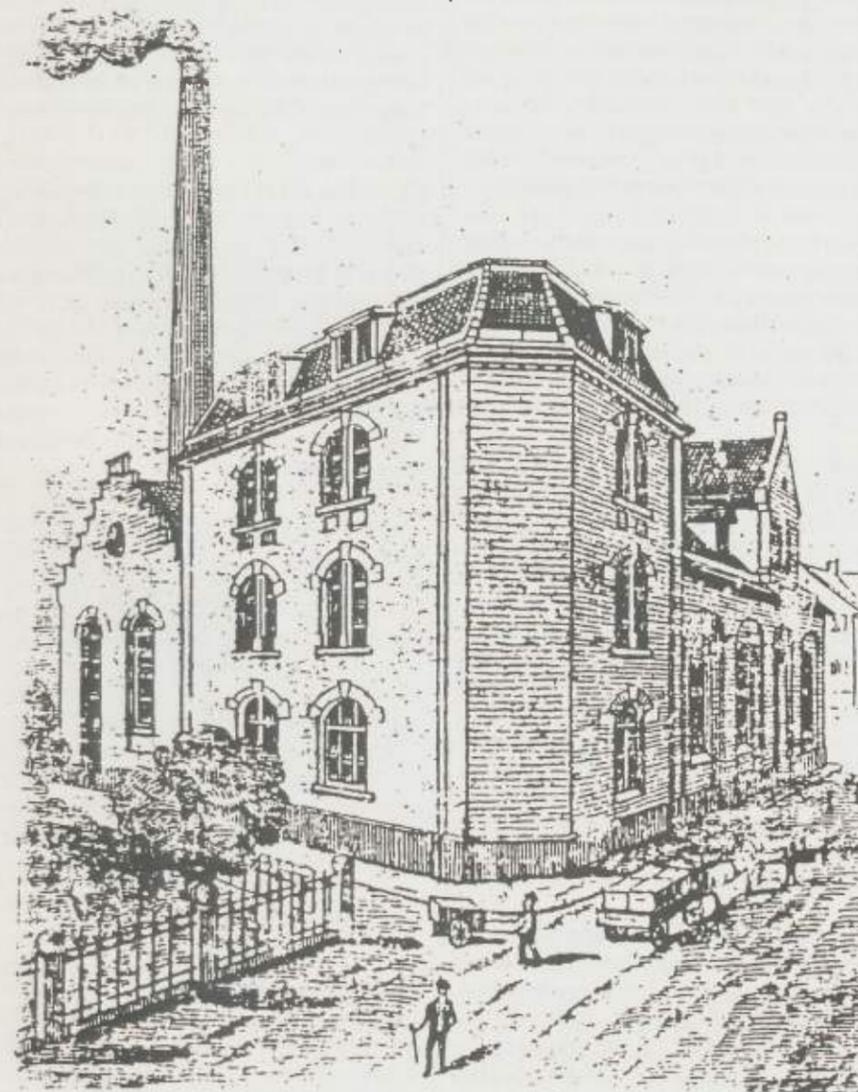
Der Kaufpreis für die von März bis Juli 1986 nach und nach übernommenen Versorgungsanlagen und Grundstücke und die Aufwendungen für die Anbindung der 20-Kilovolt-Stadtteilnetze an die Anlagen der Stadtwerke betragen 21 Millionen DM. Dieser Kraftakt, der sich nachhaltig rentiert, entsprach auch den kommunalpolitischen Zielen, die Stromversorgung zu dezentralisieren und den Querverbund für die Gesamtstadt zu verwirklichen.

Das Gas

Die Gasabgabe lag 1990 bei 625 Millionen Kilowattstunden und hat sich damit seit 1982 fast verdoppelt. Einmal sind 1 500 Heizgaskunden neu hinzugekommen, so in den für die Gasversorgung neu erschlossenen Ge-

bieten in Weilheim, Hirschau und Bühl. Vor allem aber ist der Zuwachs auf den Anschluß der beiden Fernheizwerke Universität II und Waldhäuser-Ost zurückzuführen. Beide werden seit November 1982 und März 1983 unterbrechbar mit Erdgas befeuert.

Voraussetzung war der Bau einer zweiten Gastransportleitung von Reutlingen nach Tübingen mit Abzweig zu den Heizwerken in der Nordstadt. An ihr haben die Stadtwerke Tübingen einen Eigentumsanteil von 80 Prozent. Diese Leitung verbesserte die Versorgungssicherheit der Tübinger Gasversorgung entscheidend und stellt sie auf Jahrzehnte sicher. Ein neuer Erdgasliefervertrag, der mit den Stadtwerken Reutlingen mit Wirkung ab Oktober 1985 abgeschlossen wurde, führt die vertraglichen Beziehungen fort



Das einstige Dampf-Elektrizitätswerk in der Nonnengasse. Baujahr 1902

und berücksichtigt künftige Zuwachsmengen bis zum Jahr 2000.

Das Gasmitteldrucknetz wurde um 4,9 und das Niederdrucknetz um 14 Kilometer erweitert. Beide Netze haben inzwischen eine Länge von 167 Kilometern. Erneuert wurden im Berichtszeitraum 18 Kilometer Leitungen.

Fernwärme, Kraft-Wärme-Kopplung

Das fernwärmeversorgte Gebiet Waldhäuser-Ost wurde 1983/84 durch den Anschluß mehrerer Blockheizwerke auf Leichtölbasis ("Ochsenweide", "Postbaugenossenschaft" und "Studo") an das Fernheizsystem der Stadtwerke erheblich erweitert. Ferner konnte die Fernwärmeversorgung auf den nördlichen Teil des Baugebiets 'Ursrainger Egert' ausgedehnt werden.

Der Anschlußwert der versorgten Gebäude erhöhte sich dadurch und durch die nachfolgende Bebauung der Wohngebiete Neue Äcker und Schafbrühl von 40,5 Megawatt 1982 auf 51,4 Megawatt; die Wärmeabgabe stieg bei relativ milden Wintern in den beiden letzten Jahren von 47 Millionen Kilowattstunden auf 58 Millionen Kilowattstunden. Die höchste Abgabe wurde 1987 mit rund 64 Millionen Kilowattstunden verzeichnet.

Rund 10,3 Millionen DM wendeten die Stadtwerke im Berichtszeitraum für die Erweiterung des Fernheizsystems auf. Die Stadtwerke kamen der Forderung nach einer gleichzeitigen Nutzung der im Heizwerk eingesetzten Primärenergie Erdgas zur Strom- und Wärmeerzeugung (Kraft-Wärme-Kopplung) nach und bauten eine Heizkraftstufe mit einer Gasturbine aus den USA. Die 7,3 Millionen DM teure Anlage wurde im September 1985 in Betrieb genommen. Die Gasturbine hat eine elektrische Leistung von vier und eine thermische Abwärmeleistung von acht Megawatt. Ihre Betriebszeit wurde 1988 mit einem zweiten 200 000-Liter-Wärmespeicher verbessert. Die in der Heizkraftstufe erzeugte Wärme deckte jährlich bis zu 62 Prozent des gesamten Fernheizbedarfs; als Koppelprodukt wurden seit 1985 gleichzeitig 78 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt.

Im kleineren Gebiet Galgenberg-Ost werden derzeit neben den Stadtwerken 196 Wohneinheiten mit 4 346 (1982: 4 259) Kilowatt Anschlußwert mit Fernwärme versorgt. Hinzu kamen 1990 noch die Wohngebäude

der französischen Garnison in der Stuttgarter und der Königsberger Straße, die den Anschlußwert auf 5 500 Kilowatt erhöhten. Die Wärmeabgabe betrug hier im vorigen Jahr 3,8 Millionen Kilowattstunden. Die Wärmeerzeugung erfolgt ebenfalls zu einem wesentlichen Teil im Kraft-Wärme-Kopplungsprozeß.

1989 wurden die Abgaswerte der ursprünglich für die Notstromversorgung aufgestellten beiden Gasmotoren durch den Einbau von Katalysatoren verbessert und ein weiterer Gasmotor installiert. Das Heizkraftwerk verfügt damit über 520 Kilowatt Leistung. Zum wirtschaftlichen Betrieb wurde außerdem ein Wärmespeicher mit 70 000 Litern Fassungsvermögen erstellt.

Den Eigentümern von größeren Heizanlagen (ab 500 Kilowatt) bieten die Stadtwerke neuerdings die Wärmelieferung sowie die Regelung und Überwachung als Energiedienstleistung an. Dabei übernehmen sie die Anlage oder installieren eine neue. So erstellten die Stadtwerke die Heizungsanlage für das Kultur- und Gewerbezentrum Waldhörle (Inbetriebnahme Oktober 1989) und übernahmen 1990 14 größere Heizanlagen der Stadt für 4,7 Millionen DM. Zwei weitere Verträge über eine Nahwärmeversorgung wurden mit einer Firma und der Museumsgesellschaft geschlossen.

Das Wasser

Der Wasserverbrauch ist in den letzten Jahren, von geringen Schwankungen abgesehen, gleich geblieben (1990 5,2 Millionen Kubikmeter). Er wird zu 51 Prozent durch Bodenseewasser und zu 41 Prozent durch die eigenen Brunnen im Neckartal gedeckt. Der Rest entfällt auf den Wasserbezug vom Zweckverband Ammerthal-Schönbuchgruppe für Bühl, Hagelloch, Hirschau und Unteresingen. Eine zweite Anschlußleitung an die Bodensee-Fernwasserleitung, die 1,1 Million DM kostete, hat 1983 die Versorgungssicherheit weiter erhöht. Vergrößert wurde außerdem das Speichervolumen durch Erneuerung und Erweiterung der Behälter auf dem Kreuz und Heuberg sowie durch den neuen Wasserbehälter Herrlesberg. Die Baukosten betragen 7,6 Millionen DM. Neu verlegt oder erneuert wurden 52 Kilometer Wasserleitungen.

Seit einigen Jahren werden die wachsenden Umwelteinflüsse auf das Trinkwasser bundesweit in der Öffentlichkeit diskutiert. Auch in Tübingen sorgte die Grundwasser-

verunreinigung im Vorfeld der Pumpwerke Großholz und Au durch leichtflüchtige Chlorkohlenwasserstoffe für Schlagzeilen. Die Brunnen wurden im Spätsommer 1984 außer Betrieb gesetzt, nachdem Konzentrationen bis zu 38 Mikrogramm je Liter festgestellt worden waren. Die Meßergebnisse liegen nach der umfangreichen Sanierung wieder unterhalb des nach der Trinkwasserverordnung zulässigen Grenzwertes von 25 Mikrogramm je Liter. Das Pumpwerk Großholz wurde jedoch wegen des Baus der neuen B 27 nicht mehr zur Trinkwasserversorgung herangezogen. Für die dadurch entstehenden Nachteile (Ausfall von 16 Sekundenlitern) ist den Stadtwerken Ersatz zugesichert.

Im November 1987 mußte außerdem der Wildermuthbrunnen wegen Atrazinverunreinigung stillgelegt werden. Nach der Entfernung des verseuchten Bodens auf dem Gelände des Bahnbetriebswerks ergeben die laufenden Untersuchungen eine stete Abnahme der Grundwasserunreinigung. Die Trinkwasserversorgung war jedoch durch den Ausfall der Pumpwerke nach Menge und Güte zu keiner Zeit gefährdet.

Zu den Umweltbelastungen gehört auch der Anstieg des Nitratgehalts im Grundwasser durch die lange überdosierte Düngung in der Landwirtschaft. Bei den Brunnen im Neckartal betrug die Konzentration 1989 im Mittel etwa 23 Mikrogramm je Liter, dies entspricht 46 Prozent des Grenzwertes.

Die Härte des Tübinger Eigenwassers von rund 30 Grad Deutscher Härte im Vergleich zum Bodenseewasser mit neun Härtegraden wurde seit Jahren immer wieder kritisiert und führte auch zu dem Ansinnen, unterschiedliche Wasserpreise einzuführen. Aus den Lösungsvorschlägen der Stadtwerke beschloß der Gemeinderat im Februar 1989 einstimmig, daß die Kernstadt sowie Kilchberg und Weilheim mit Trinkwasser gleicher Qualität versorgt werden und zwar mit einem Mischwasser aus Eigen- und Bodenseewasser, das im Mittel eine Härte von 14 Grad aufweist. Die Kosten für die Realisierung des Wassermischkonzepts werden auf rund 13 Millionen DM geschätzt.

Die Stadtwerke haben 1987 begonnen, eine zentrale Leitwarte aufzubauen, in der die Betriebsführung aller Anlagen zusammengefaßt wird. Zunächst wurde die Betriebsführung des Gasezuges, der Wasserversorgung und der Wärmeversorgungsanlagen auf ein neues Prozeßrechnersystem übernommen. Dabei konnte die Gasbezugsregelung

und der Betrieb des Fernheizwerkes Waldhäuser-Ost automatisiert werden, sodaß in der Gasübergabestation und im Fernheizwerk kein Schichtpersonal mehr eingesetzt werden muß. Die Übernahme der Stromversorgungsanlagen auf das neue System wird bis Ende 1991 abgeschlossen sein. Danach wird die in der bisherigen Warte im Neckarwerk aufgebaute Leittechnik in das Betriebsgelände Eisenhutstraße verlegt.

Die Bäder

Bei der Umgründung der Stadtwerke wurden die Bäder nicht in die Eigengesellschaft eingebracht. Den Stadtwerken obliegt aber weiterhin die Betriebsführung der beiden Hallenbäder und des Freibades. Nach dem Rückgang Anfang der achtziger Jahre, haben sich die Besucherzahlen der beiden Hallenbäder seit 1985 stabilisiert, im Umlandbad jährlich bei 100 000 und im Hallenbad Nord bei 250 000. Der Freibadbesuch schwankte jährlich zwischen 180 000 und 250 000 Badegästen.

Die Eintrittspreise wurden zweimal erhöht. Sie betragen derzeit für Erwachsene im Normaltarif vier DM; für Jugendliche, Schüler über 18 Jahre, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende und Schwerbehinderte 2,50 DM. Eine Jahreskarte für Erwachsene für alle Bäder kostet 210, eine Freibad-Saisonkarte 50 DM. Der Durchschnittserlös je Besucher lag 1989 bei 2,25 DM. Etwa den gleichen Betrag hatte die Stadt für jeden Badegast zuzuschießen.

Um die Bäder bedarfsgerecht und so attraktiv wie möglich anzubieten, gab es in den vergangenen Jahren folgende Verbesserungen: Unbegrenzte Badezeit in den Hallenbädern, zusätzlicher Warmbadetag mit kostenloser Wassergymnastik, Sonnenduschen in den Hallenbädern, Massagedüsen, Außenterrasse im Hallenbad Nord, Wasser-rutschbahnen im Freibad. Erhebliche Mittel werden in den kommenden Jahren für die grundlegende Sanierung des Freibades, insbesondere der technischen Anlagen, aufgebracht werden müssen.

Energieberatung, Abrechnung

Die Stadtwerke verstehen sich nicht nur als Energielieferant. Sie haben vielmehr die Energiesparberatung schon vor Jahren begonnen. Der Schwerpunkt liegt heute überwiegend in der Heizungsberatung. Im Jahresmittel nehmen rund 220 Kunden das An-

gebot wahr. Neben den regelmäßigen Vorträgen, an denen bisher etwa 2 500 Personen teilnahmen, haben die Stadtwerke in den vergangenen drei Jahren jeweils eine zweitägige Informationsveranstaltung für Fachleute und Verbraucher angeboten mit den Themen Brennwertechnik, Erdgas und Umwelt, Stromsparen.

Der Energie- und Wasserverbrauch der Tarifkunden wurde bis Ende 1982 zweimonatlich abgelesen und abgerechnet. Gesetzliche Bestimmungen (Bestabrechnung, Lineare Komponente) waren der Anlaß, auf ein neues EDV-Abrechnungsverfahren mit rollierender Jahresverbrauchsabrechnung umzustellen. Die Zähler werden seither nur noch einmal im Jahr abgelesen.

Die Entwicklung bei den Geräten, die gestiegenen Anforderungen im technischen Bereich und in der Verwaltung (Textverarbeitung) aber auch die veränderte Kostensituation bewogen die Stadtwerke, auf autonome Datenverarbeitung überzugehen. Seit Anfang 1990 wird die Datenverarbeitung (Verbrauchsabrechnung, Mahn-, Debitorenbereich, Zähler-, Finanz- und Materialwesen) in eigener Regie vorgenommen. Lediglich für das Personalwesen wird Übergangsweise noch das seitherige Verfahren beim Rechenzentrum Reutlingen benutzt. Zusätzlich wurde ein PC-Netzwerk aufgebaut, über das zentral gespeicherte Texte und Daten von den Fachabteilungen abgerufen werden können.

Zugleich mit Einführung der Jahresabrechnung 1983 stellten die Stadtwerke von zweimonatlicher auf monatliche Zahlung um. Die monatliche Abschlagszahlung wurde von den Kunden positiv aufgenommen. Für die Stadtwerke ergab sich einerseits ein Zinsvorteil, andererseits ein erheblicher Mehraufwand durch die Verdoppelung der Zahlungen. Obwohl der Anteil der Bankabbucher wieder 80 Prozent erreichte, erhöhte sich die Anzahl der Mahnungen von 1982 bis 1989 um das Dreieinhalbfache. Auch die Anzahl der Stromsperrungen stieg von etwa 200 auf 300 im Jahr.

Tarife

Nach der Verteuerung der Strompreise von 1982 bis 1986 um durchschnittlich etwa sieben Prozent pro Jahr stabilisierte sich das über dem Bundesdurchschnitt liegende Niveau des Lieferanten EVS. Anfang 1988 kam eine große Anzahl Industrie- und Gewerbetkunden aufgrund einer neuen Strompreis-

struktur in den Genuß von Preissenkungen um durchschnittlich vier Prozent. Bei den Tarifkunden wurde der Kleinverbrauchs-tarif gesenkt. Der durchschnittliche Erlös je Kilowattstunde betrug 1989 genau 23,16 Pfennig gegenüber 20,60 Pfennig 1982. Eine Neuordnung der Strompreise steht wegen der Anfang 1990 in Kraft getretenen neuen Bundestarifordnung bevor.

Die Gaspreise wurden siebenmal angepaßt. Aus Wettbewerbsgründen sind sie im wesentlichen an die Entwicklung des Preises für leichtes Heizöl gekoppelt. So konnten den Kunden von 1986 bis 1988 Preissenkungen weitergegeben werden. Seither haben die Öl- und Gaspreise wieder angezogen. Zum Teil war die Verteuerung auch durch die 1989 eingeführte Erdgassteuer bedingt. Der durchschnittliche Erlös aus dem Gasverkauf - ohne die Abgabe an die Fernheizwerke - lag 1989 mit 4,57 Pfennig je Kilowattstunde um ein Drittel unter dem Preis von 1982.

Ähnlich den Gaspreisen, wenn auch in geringerem Ausmaß, entwickelten sich die Wärmepreise. Seit 1987 sind sie unabhängig vom Preis für schweres Heizöl, da dieses nicht mehr verfeuert wird. Maßgebend ist der Gasbezugspreis und damit mittelbar der Preis für leichtes Heizöl. Der Durchschnittserlös aus dem Fernwärmeverkauf betrug 1989 7,8 Pfennig je Kilowattstunde gegenüber 9,3 Pfennig 1982. Seit 1984 gelten für beide Fernwärmegebiete einheitliche Wärmepreise.

Der Wasserpreis stieg seit Juli 1981 von 1,50 DM je Kubikmeter zuzüglich einem monatlichen Verrechnungspreis von drei DM nach zwei Erhöhungen seit Beginn 1988 auf 2,05 DM plus vier DM. Die letzte Preiserhöhung um durchschnittlich 13 Prozent ging fast zur Hälfte auf das seit Anfang 1988 an das Land abzuführende Wasserentgelt von 10 Pfennig je Kubikmeter Wasserentnahme zurück. Mit diesem Wasserpfennig wird den Landwirten ein finanzieller Ausgleich für ertragsmindernde Düngebeschränkungen in Wasserschutzgebieten gezahlt. Der Wasserpreis deckte 1989 die Kosten der Wasserversorgung in Tübingen nur zu 95 Prozent; die Unterdeckung betrug 12,6 Pfennig je Kubikmeter.

Investitionen und Gewinne

Im Berichtszeitraum investierten die Stadtwerke in die Erneuerung und Erweiterung der Versorgungsanlagen 135 Millionen DM. Davon entfallen auf Strom 46,4, Gas 26,3, Wasser 33,1, Fernwärme 12,3, Heizkraftstufe Waldhäuser-Ost und Blockheizkraftwerke

10,8, gemeinsame Anlagen 6,1 Millionen DM. Durch Abschreibungen wurden 58, durch Baukostenzuschüsse 20 und durch Darlehen 18 Prozent der Mittel aufgebracht. Die Stadt verstärkte das Eigenkapital durch Gewinnrückführung um fünf Millionen DM oder vier Prozent des Kapitalbedarfs. Von Anfang 1982 bis Ende 1989 erhöhte sich das Eigenkapital von 33,27 auf 39,13 und verringerte sich das Fremdkapital von 46,45 auf 42,78 Millionen DM. Der Neuverschuldung von 24 Millionen DM stand eine Tilgung bei Altdarlehen von 27 Millionen DM gegenüber; die Relation von Eigenkapital zu langfristigen Fremdkapital verbesserte sich von 1:1,4 im Jahr 1982 auf 1:1,09 im Jahr 1989.

Die Forderung nach einem angemessenen Ertrag des Unternehmens konnte hinreichend erfüllt werden. Das im Betrieb angelegte Kapital (Stammkapital und Rücklage) hat sich im Mittel mit 6,4 Prozent verzinst. Außerdem wurde die höchstzulässige Konzessionsabgabe erwirtschaftet.

	Gewinn TDM	Konzessions- abgabe TDM	Gesamt- abführung TDM
1982	1 932	4 710	6 642
1983	3 356	5 181	8 537
1984	2 073	5 680	7 753
1985	-	5 949	5 949
1986	760	6 283	7 043
1987	2 594	6 468	9 062
1988	4 909	6 524	11 433
1989	3 400	6 629	10 029
Insg.	19 024	47 424	66 448

Sonderabschreibungen auf die Heizkraftstufe Waldhäuser-Ost und die Auswirkungen der Netzübernahme beeinflussten die Jahresergebnisse 1985 und 1986 erheblich. Die jeweiligen Bilanzgewinne wurden an die Stadt abgeführt.



© 1991
UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

Berichte: von den jeweiligen Ämtern, Geschäfts- und Verwaltungsstellen
Redigierung: Konrad Rumbaur
Fotos: Manfred Grohe, Ulrich Metz, Wolf-Dieter Nill
Karikaturen: Sepp Buchegger
Zusammenstellung und Gestaltung: Hauptamt - Ilona Huss, Gerhard Domnik
Ausführung und Reproduktion: Hauptamt - Reprintstelle, Walter Gillessen
Druck und Bindung: Hauptamt - Hausdruckerei

Auflage: 1500, Herstellung auf umweltfreundlichem Papier
Es wurde darauf geachtet, den Bericht sprachlich geschlechtsneutral zu formulieren.